

134 Seiten /
3 A Seiten

(Ausgegeben am 24. Januar 1992)

Niedersächsischer Landtag

Stenographischer Bericht

42. Sitzung

Hannover, den 12. Dezember 1991

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	3831	von Bredow (CDU)	3835
Tagesordnungspunkt 18:		Schröder, Ministerpräsident	3836, 3838
Dringliche Anfragen	3831	Hildebrandt (FDP)	3837
a) Rüstungsaltslasten in Niedersachsen am Beispiel Wohnpark Empelde (Stadt Ronnenberg) — Dringliche Anfrage der Fraktion der SPD — Drs 12/2479	3831	Gansäuer (CDU)	3838
Frau Kruse (SPD)	3831, 3834	c) Ungenehmigter Betrieb militärischer Schießanlagen — Dringliche Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 12/2483	3838
Griefahn, Umweltministerin	3832, 3834, 3835	Frau Hoops (Grüne)	3838, 3841, 3842
Jordan (Grüne)	3833	Griefahn, Umweltministerin	3839, 3840, 3841, 3842, 3843
Schirmbeck (CDU)	3834, 3835	Puls-Janssen (Grüne)	3840, 3842
Jüttner (SPD)	3834, 3835	Jordan (Grüne)	3840
b) Expo-Volksbefragung und kein Ende — Dringliche Anfrage der Fraktion der CDU — Drs 12/2480	3835	Frau Zachow (CDU)	3840
		Möhrmann (SPD)	3841
		Schirmbeck (CDU)	3841
		Hildebrandt (FDP)	3842, 3843
		Kethorn (CDU)	3843

IA

d) Minister Trittins Umgang mit der Wahrheit — Dringliche Anfrage der Fraktion der FDP — Drs 12/2484	3843
Hildebrandt (FDP)	3843
Trittin, Minister für Bundes- und Europa-angelegenheiten	3844, 3847, 3849
Schröder, Ministerpräsident	3845, 3846, 3848, 3850
Goldmann (FDP)	3846
Dr. Stratmann (CDU)	3847
Dr. Hruska (FDP)	3848
Frau Kopp (FDP)	3850

Tagesordnungspunkt 19a:

Zweite Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992 — HG 1992 —) — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/1790 — Bechlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen — Drs 12/2460 bis 12/2476 — Änderungsantrag der Fraktion der FDP — Drs 12/2496 — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/2497 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU — Drs 12/2498

Freiherr von Wangenheim (CDU), Berichterstatter	3850
Eveslage (CDU)	3851
Gansäuer (CDU)	3852
Aller (SPD)	3853, 3895
Hildebrandt (FDP)	3864
Dr. Roske (Grüne)	3876
	3881

Schröder, Ministerpräsident	3887
Küpker (FDP)	3893
Ronsöhr (CDU)	3896
Frau Tewes (SPD)	3898, 3918
Jürgens (FDP)	3901
von Hofe (Grüne)	3902, 3947
Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3903
Dr. Hruska (FDP)	3910, 3953
Grill (CDU)	3911
Frau Dr. Schole (Grüne)	3915
Kempmann (Grüne)	3920
Griefahn, Umweltministerin	3922
Schirmbeck (CDU)	3923
Frau Pawelski (CDU)	3924
Frau Hammelstein (SPD)	3928
Frau Hoops (Grüne)	3931, 3952
Frau Lenke (FDP)	3932
Schoppe, Frauenministerin	3935
Dr. Schneider (Isernhagen) (CDU)	3938
Schneider (Salzgitter) (SPD)	3940, 3964
Bannier (FDP)	3946
Horrmann (CDU)	3948
Puls-Janssen (Grüne)	3954
Goldmann (FDP)	3956
Wernstedt, Kultusminister	3959
Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur	3962

(Erste Beratung: 33. Sitzung am 11. 9. 1991)

Nächste Sitzung	3964
---------------------------	------

Vom Präsidium:

Präsident	Milde (SPD)
Vizepräsident	Dr. Blanke (CDU)
Vizepräsidentin	Goede (SPD)
Vizepräsident	Jahn (CDU)
Vizepräsident	Jordan (Grüne)
Vizepräsident	Rehkopf (FDP)
Schriftführerin	Lau (SPD)
Schriftführerin	Lübben (SPD)
Schriftführer	Mientus (SPD)
Schriftführer	Rettig (SPD)
Schriftführer	Puls-Janssen (Grüne)
Schriftführer	Brunkhorst (CDU)
Schriftführerin	Pawelski (CDU)
Schriftführer	Reinemann (CDU)
Schriftführerin	Stoll (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Schröder (SPD)	Staatssekretär Dr. Weber, Niedersächsische Staatskanzlei
Innenminister Glogowski (SPD)	Staatssekretär Schapper, Niedersächsisches Innenministerium
Finanzminister Swieter (SPD)	Staatssekretär Neuber, Niedersächsisches Finanzministerium
Sozialminister Hiller (SPD)	Staatssekretär Dr. Riege, Niedersächsisches Sozialministerium
Kultusminister Wernstedt (SPD)	Staatssekretärin Jürgens-Pieper, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr Dr. Fischer (SPD)	
Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Funke (SPD)	Staatssekretär Bartels, Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Justizministerin Alm-Merk (SPD)	Staatssekretär Henze, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Trittin (Grüne)	Staatssekretär Ebisch, Niedersächsisches Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten
Ministerin für Wissenschaft und Kultur Schuchardt	Staatssekretär Dr. Reinhardt, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Umweltministerin Griefahn	
Frauenministerin Schoppe (Grüne)	

Beginn: 9 Uhr.

Vizepräsident Rehkopf:

Ich eröffne die 42. Sitzung im 17. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtags der 12. Wahlperiode.

Die Beschlußfähigkeit können wir im Moment noch nicht feststellen.

Geburtstag hat die Frau Abgeordnete Kopp. Wir gratulieren ihr auch in Abwesenheit an dieser Stelle, weil später kaum Gelegenheit sein wird, ganz herzlich.

(Jüttner [SPD]: Sie holt noch was zu trinken!)

Zur Tagesordnung. Wir beginnen heute mit Tagesordnungspunkt 18 — Dringliche Anfragen. Danach befassen wir uns ausschließlich noch mit dem Tagesordnungspunkt 19 — Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1992 — Haushaltsgesetz 1992 — Gesetzentwurf des Landesministeriums — Drs 12/1790.

Die heutige Sitzung wird gegen 19 Uhr enden.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenographischen Dienst bis spätestens morgen mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Es folgen jetzt geschäftliche Mitteilungen durch den Schriftführer. Herr Reinemann, bitte!

Schriftführer Reinemann:

Es hat sich entschuldigt von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Schuricht.

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Dringliche Anfragen

Hierzu eine Vorbemerkung, meine Damen und Herren. In der Fragestunde kann der amtierende Präsident — auch bei Dringlichen Anfragen — Zusatzfragen zulassen. Zur Fragestunde enthält die Geschäftsordnung die Einschränkung, daß der ordnungsgemäße Ablauf dadurch nicht gefährdet werden darf. Bei Dringlichen Anfragen waren die Präsidenten bislang sehr großzügig.

Diesmal ist im Ältestenrat in Anbetracht unserer umfangreichen Tagesordnung angeregt worden, daß der vorgesehene Ablauf nicht durch eine

Überschreitung der für die Dringlichen Anfragen vorgesehenen Stunde gefährdet werden sollte. Bei vier Fragen stehen damit für jede Frage einschließlich Zusatzfragen 15 Minuten zur Verfügung. Ich werde jeweils auf den Ablauf dieser Zeit aufmerksam machen und mir gegebenenfalls vorbehalten, keine Zusatzfragen mehr zuzulassen.

Meine Damen und Herren, haben Sie bitte Verständnis dafür. Wir haben heute eine sehr lange Tagesordnung. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch die Landesregierung an die Zeitökonomie erinnern. Manchmal sind die Antworten so lang, daß kaum noch Chancen bleiben, Zusatzfragen zu stellen und im Zeitlimit zu bleiben. — Ich danke Ihnen ganz herzlich.

(Stock [CDU]: Wenn sie wenigstens noch lang und gut wären, dann ginge es!)

— Hierzu muß ich mich einer Stellungnahme enthalten, Herr Kollege.

(Jüttner [SPD]: Herr Stock hält mit Zwischenrufen die Verhandlung auf!)

Ich rufe nun die erste Dringliche Anfrage auf:

a) **Rüstungsalasten in Niedersachsen am Beispiel Wohnpark Empelde (Stadt Ronnenberg)** — Dringliche Anfrage der Fraktion der SPD — Drs 12/2479

Die Frage wird gestellt von der Kollegin Frau Kruse. Bitte schön!

Frau Kruse (SPD):

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Die von Rüstungsalasten ausgehenden möglichen Gefahren für Boden, Wasser und Luft und damit auch für die Menschen wurden in der Bundesrepublik lange unterschätzt.

Ausgelöst durch die parlamentarische Debatte im Niedersächsischen Landtag im Jahr 1987, ist in Niedersachsen eine interministerielle Arbeitsgruppe eingerichtet worden.

Im November 1991 wurde vom Umweltministerium die 2. Fortschreibung des Berichts „Rüstungsalasten in Niedersachsen — Bestandsaufnahme und Handlungskonzepte“ vorgelegt. Einer der in diesem Bericht genannten Standorte einer militärischen Altlast ist der Ortsteil Empelde der Stadt Ronnenberg im Landkreis Hannover, bis 1945 Standort einer Munitionsfabrik. In dieser von der Firma Dynamit Nobel betriebenen Fabrik wurden Teilkomponenten angeliefert und zur fertigen Munition zusammengesetzt. Der Standort Em-

Frau Kruse

pelde ist in dem Bericht des Ministeriums dem Abschnitt zugeordnet worden, in dem „Standorte mit nachgewiesenen oder mit großer Wahrscheinlichkeit vorhandenen Gefährdungen“ zusammengestellt sind.

Das Gelände der Munitionsfabrik wurde unmittelbar nach 1945 anderen Nutzungen zugeführt. Von 1946 bis 1964 diente es als Lager für Flüchtlinge und Heimatvertriebene. Ein Teil der dort untergebrachten Menschen hat 20 Jahre hier gelebt. Von 1946 bis 1962 befand sich auf dem Gelände des jetzigen Wohnparks ein Kreiskrankenhaus des Landkreises Hannover.

Für das gesamte Gebiet wurde Anfang der 80er Jahre ein Bebauungsplan für den heutigen Wohnpark Empelde aufgestellt und genehmigt. Inzwischen wohnen dort ca. 2 000 Menschen. Mitte dieses Jahres hat das Niedersächsische Umweltministerium eine große Zahl von Bodenproben im Wohnpark Empelde entnommen.

Kürzlich wurden im Blut einer dort lebenden schwangeren Frau besonders hohe Quecksilberwerte festgestellt. Nach Informationen aus der Presse haben sich das Sozialministerium, das Umweltministerium, der Landkreis Hannover und die Stadt Ronnenberg darauf geeinigt, kostenlose Reihenuntersuchungen von 900 Bewohnerinnen und Bewohnern des Wohnparks auf mögliche Quecksilberrückstände im Blut durchzuführen. Am 9. Dezember haben diese Untersuchungen begonnen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sind im Zusammenhang mit der Ausweisung und Genehmigung des Bebauungsgebietes Wohnpark Empelde Fragen der Gefährdung des Geländes aufgrund der früheren Nutzung als Munitionsfabrik berücksichtigt worden?
2. Welche Ergebnisse haben die vom Umweltministerium vorgenommenen Untersuchungen, bezogen auf den Standort, gebracht?
3. Welche Vorstellungen haben die beteiligten Stellen zur Behandlung und ggf. Sanierung dieses und vergleichbarer Altlastengebiete mit möglicher Gefährdung von Menschen?

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Frau Kollegin. — Diese Dringliche Anfrage wird beantwortet durch Ministerin Griefahn.

Griefahn, Umweltministerin:

Guten Morgen, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Niedersachsen ist das erste Bundes-

land, das eine umfassende Erkundung vermutter Rüstungsaltslasten vornimmt. In der Bestandsaufnahme von 1988 befand sich der Standort Empelde neben zahlreichen anderen in der nachgeordneten Priorität. Ein dringender Handlungsbedarf wurde damals noch nicht gesehen. Seinerzeit wurden lediglich orientierende Untersuchungen empfohlen. Dennoch wurde im Hinblick auf die Wohnbebauung am Standort Empelde bereits im Jahre 1990 mit ersten Untersuchungen begonnen. Aufgrund der bisherigen Ergebnisse wird dieser Standort inzwischen mit der höchsten Prioritätsstufe behandelt.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich Ihre Fragen wie folgt:

Zu 1: Verantwortlich für die Aufstellung des Bebauungsplans ist die Stadt Ronnenberg. Nach Auskunft der Stadt Ronnenberg ist in dem im Jahre 1981 rechtsverbindlich gewordenen Bebauungsplan Nr. 56 „Wohnpark Empelde“ auf die vorangegangenen Nutzungen ausdrücklich hingewiesen worden. Der Bebauungsplan sei nach den Regeln des seinerzeit gültigen Bundesbaugesetzes unter Beteiligung der betreffenden Stellen zustande gekommen. Die vorgebrachten Anregungen und Bedenken seien in die Abwägung einbezogen worden. Die Erschließung des gesamten Baugebietes ist durch eine Entwicklungsgesellschaft betrieben worden. Die Entwicklungsgesellschaft war über die vorangegangenen Nutzungen des Geländes informiert. Eine Bewertung dieser Aussagen möchte ich nicht vornehmen.

Zu 2: Die nähere Untersuchung des Standorts Empelde wurde im Mai 1990 mit einer historisch-deskriptiven Untersuchung aufgenommen. Ausgewertet wurden insbesondere Archivunterlagen, die Aussagen von Zeitzeugen sowie Luftbilder der Alliierten aus den letzten Kriegsjahren. Nach den Ergebnissen dieser Studie wurde auf dem Gelände des heutigen Wohnparks bereits im Jahre 1861 eine Zündhütchenfabrik gegründet. Bis 1914 wurde sie zu einer Munitionsfabrik ausgebaut und nahm im Jahre 1927 die Produktion von Jagd- und Sportmunition auf. Die Zündhütchenfabrik wurde im Jahre 1934 von der Firma Troisdorf AG in Köln übernommen, die dort die Produktion von Infanteriemunition in großtechnischem Maßstab aufnahm. Noch vor Abschluß der historisch-deskriptiven Untersuchung im März 1991 wurde bereits im Januar 1991 aufgrund der sich abzeichnenden Ergebnisse eine Überprüfung der Spielplätze im Wohnpark veranlaßt. Insgesamt wurden 67 Proben aus dem Oberbodenbereich entnommen und auf 21 relevante Schadstoffparameter aus der Rüstungsproduktion sowie

der Nachkriegsnutzung hin untersucht. Die Analysen zeigten insbesondere Auffälligkeiten bei den Schwermetallen Kupfer, Quecksilber, Zink und Chrom. Das in diesem Zusammenhang in Auftrag gegebene toxikologische Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß die damals festgestellten Belastungen nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand nicht ausreichen, um gesundheitliche Schäden zu verursachen. Im Mai dieses Jahres wurden die gegenwärtig noch laufenden Untersuchungen eingeleitet. Im Rahmen dieser Maßnahme wurden an insgesamt 170 Punkten Bodenproben aus unterschiedlichen Tiefen sowie fünf Wasserproben entnommen. Derzeit liegen die Analyseergebnisse von etwa 90 Probenahmenstellen vor. In fünf Proben sind extrem hohe Quecksilberkonzentrationen bis zu 2 600 mg/kg festgestellt worden. Vier der fünf Proben überschreiten den Wert von 200 mg/kg Quecksilber, der gemäß den Richtwerten der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, der LAGA, eine akute Gefährdung der menschlichen Gesundheit besorgen läßt.

Nach Bekanntwerden der Meßergebnisse wurden diese mit dem Landkreis Hannover und der Stadt Ronnenberg erörtert, und die Gefahrenbereiche wurden daraufhin abgesperrt. Aufgrund der nunmehr festgestellten Belastung wurden weitere Untersuchungen veranlaßt. Ermittelt werden sollen die Bindungsformen des Quecksilbers, die für eine toxikologische Bewertung von Bedeutung sind. Die Ergebnisse liegen noch nicht vollständig vor. Zum Teil wurde metallisches Quecksilber nachgewiesen. Ferner wurden Pflanzenproben aus dem Wohnpark auf ihren Quecksilbergehalt hin untersucht. Die bei Obst und Gemüse gefundenen Analysewerte unterschreiten deutlich die Richtwerte des Bundesgesundheitsamtes sowie der Futtermittelverordnung. Bei Pilzen, Gewürzkräutern und im Gras wurden diese Richtwerte überschritten. Die Ende August 1991 vorsorglich ausgesprochene Empfehlung, auf den Verzehr von Anbauprodukten aus dem Wohnpark zu verzichten, wird daher aufrechterhalten. Bei Untersuchungen, die Bewohner aufgrund der Erkenntnisse über die Belastungen im Wohngebiet selbst veranlaßt haben, sind zwischenzeitlich auch erhöhte Quecksilbergehalte im Blut einiger Wohnparkbewohner festgestellt worden, deren Ursachen bisher noch nicht bekannt sind. Ob die Belastungen im Wohnpark als Hauptursache anzusehen sind, soll durch ein Blutuntersuchungsprogramm der Anwohner des Wohnparks festgestellt werden.

Zu 3: Die Ergebnisse der derzeit laufenden Voruntersuchungen sind im einzelnen noch nicht be-

kannt. Ein entsprechendes Gutachten mit einer Bewertung und Zuordnung der festgestellten Belastungen wird für das Frühjahr 1992 erwartet. Von diesem Gutachten wird es abhängen, ob und in welchem Umfang weitere Einzeluntersuchungen vorzunehmen sind. Eine Entscheidung über Art und Inhalt von Sanierungsmaßnahmen kann somit erst nach Abschluß der Gefährdungsabschätzung mit nachfolgender Risikobewertung erfolgen. Sollten sich jedoch aufgrund der Zwischenergebnisse weitere Maßnahmen im Rahmen der Gefahrenabwehr als notwendig erweisen, so werden diese von der zuständigen Gefahrenabwehrbehörde, in diesem Fall der Stadt Ronnenberg, und dem Landkreis Hannover veranlaßt.

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Frau Ministerin. — Herr Jordan, Sie haben das Wort zu einer Zusatzfrage.

(Jordan [Grüne]: Zwei!)

— Zwei. Auch das ist zulässig.

Jordan (Grüne):

Frau Ministerin, wie beurteilen Sie die Tatsache, daß die Entwicklung dieses Baugebietes trotz Warnungen, z. B. auch von seiten der örtlichen Grünen Anfang der 80er Jahre, von der damaligen SPD-Mehrheit in Ronnenberg und auch von der Opposition, der CDU, massiv vorangetrieben worden ist?

Des weiteren möchte ich wissen, ob auf die Gemeinde unter Umständen ähnliche Schadenersatzforderungen zukommen werden, wie dies einer Gemeinde im Raum Bielefeld in einem ähnlichen Fall passiert ist.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Zu Ihrer ersten Frage: Das Problem liegt sicherlich darin, daß die Beamten, die die Bebauungspläne Anfang der 80er Jahre aufgestellt haben, dies sicherlich nach bestem Wissen und Gewissen gemacht haben. Ich habe ja gesagt, daß ich nicht bewerten kann, wie konkret die Abwägungsprozesse dort gelaufen sind.

Zu Ihrer zweiten Frage: Ich kann nicht ausschließen, daß auf die Stadt Schadenersatzforderungen zukommen. Das ist einfach so. Die Frage ist, wie hinterher überhaupt mit Sanierungen umgegangen wird. Wir befinden uns ja in einer dauernden

Frau Griefahn

Auseinandersetzung auch mit dem Bund über die Frage der Sanierung von Altlasten aus dem Rüstungsbereich.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Kruse, bitte!

Frau Kruse (SPD):

Wir wissen, daß seit Montag in diesem Gebiet bei den derzeitigen Bewohnern Blutuntersuchungen durchgeführt werden. Wir haben auch in unserer Anfrage deutlich gemacht, daß in der Vergangenheit — — —

(Zurufe von der CDU: Frage!)

— Ich werde die Frage ja stellen. Ich will sie nur erläutern, meine Herren.

(Eveslage [CDU]: Wir dürfen das auch nicht!)

Ich stelle die Frage, ob dann, wenn die Ergebnisse der Blutuntersuchungen, die derzeit bei den Bewohnern vorgenommen werden, den Schluß zulassen, daß die Bewohner des Wohnparks durch die im Boden befindlichen Schwermetalle belastet sind, nicht auch die ehemaligen Bewohner des Flüchtlingslagers oder die Bediensteten des Kreiskrankenhauses in die Untersuchungen einbezogen werden müßten?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Das wäre eine sinnvolle Ergänzung, damit wir abschätzen können, ob die Belastung durch die jetzige Bebauung oder die Grundbelastung herrührt.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Schirmbeck, bitte!

Schirmbeck (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Außerhalb der vorbereiteten Fragen möchte ich eine Frage stellen, die vielleicht ziemlich schwierig zu beantworten ist. Frau Ministerin, der Kollege Gansäuer hat unter dem 17. Oktober 1991 eine Kleine Anfrage mit demselben Inhalt gestellt. Warum ist, wenn Sie heute so ausführlich dieses Thema beantworten können, die Kleine Anfrage bis heute nicht beantwortet worden?

(Jüttner [SPD]: Weil der Postweg immer länger dauert als der mündliche Weg!)

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin!

Griefahn, Umweltministerin:

Lieber Herr Schirmbeck, Sie wollen ja eine aktuelle Information haben. Wie Sie gehört haben, haben gerade in den letzten zwei Monaten sehr, sehr viele Aktivitäten, und zwar inklusive der Blutuntersuchungen, die am Montag begonnen haben, in diesem Bereich stattgefunden. Deswegen haben wir immer wieder Informationen nachgeschoben. Deswegen konnten wir Ihnen in diesem Fall die Anfrage nicht abschließend beantworten. Es geht dabei auch um Fragen, wie sie ebenfalls heute gestellt worden sind, die ich nur bis zu dem jetzigen Zeitpunkt beantworten kann.

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Herr Jüttner, bitte!

Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Griefahn, ist der Landesregierung bekannt, daß der Beamte der nachgeordneten Behörde, der damals mit diesem Thema befaßt war und dessen Name hier natürlich nicht zur Sache beiträgt, Anfang der 80er Jahre in dem Genehmigungsverfahren zwar Vorbehalte angemeldet hat, daß sich diese Vorbehalte aber nicht auf das Thema militärische Altlasten, sondern auf Bebauungsdichte und vergleichbare umweltpolitisch irrelevante Vorgänge bezogen haben?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Ja.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Kruse, Sie wollen noch eine Frage stellen.

Frau Kruse (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Stadt Ronnenberg als Ordnungsbehörde ist ja für Sicherheit, Ordnung und Gefahrenabwehr zuständig. Ich habe die Frage, ob bei allen Zusammenkünften und bei allen Verhandlungen bzw.

bei allen Informationen beide Ministerien, also MU und MS, immer und zu allen Zeiten mit der Stadt Ronnenberg zusammenarbeiten und ob der Informationsfluß gewährleistet ist.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Die Stadt Ronnenberg ist zuständig. Wir helfen ihr mit unserem Sachverstand ständig. Insofern ist es selbstverständlich, daß ständig ein Informationsaustausch stattfindet.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Schirmbeck, bitte!

Schirmbeck (CDU):

Frau Ministerin, darf ich dem Kollegen Gansäuer berichten,

(Jüttner [SPD]: Warum ist er nicht da?)

daß in einem überschaubaren Zeitraum das Ministerium eine abschließende Stellungnahme zu seiner Kleinen Anfrage vorlegen wird, oder sind die Untersuchungen immer noch nicht abgeschlossen, also nur für die Dringliche Anfrage, aber nicht für die Kleine Anfrage?

(Jüttner [SPD]: Die Frage ist nicht überzeugend!)

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, wollen Sie antworten?

Schirmbeck (CDU):

So früh am Morgen ärgern wir uns doch nicht, Herr Kollege.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Schirmbeck, die Frau Ministerin möchte antworten. Dann müssen Sie am Rednerpult auch Platz machen. — Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Herr Gansäuer kann sicherlich alle Fragen, die ich heute beantwortet habe, im Protokoll nachlesen. Die Antwort auf die Anfrage ist im übrigen auf dem Weg. Sie können aber davon ausgehen, daß es täglich neue Ergebnisse gibt.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Jüttner, Sie haben noch eine Zusatzfrage.

Jüttner (SPD):

Frau Griefahn, vor dem Hintergrund, daß in Niedersachsen zu diesem Thema aufgrund einer Großen Anfrage, die die Grünen im Jahre 1988 eingebracht haben, sehr viel zu diesem Programm — etwa in Form von Untersuchungen — passiert ist, frage ich Sie: Was hat eigentlich die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches in ihrer Verantwortung für militärische Altlasten getan, von denen Niedersachsen ja ganz besonders betroffen ist?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Es ist ja bekannt, daß die Bundesregierung nur die Kosten für die Kampfmittelbeseitigung trägt. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat deshalb die Erarbeitung eines Gesetzes zur Rüstungsaltenfinanzierung in Auftrag gegeben. Das Land Niedersachsen führt diesen Auftrag aus. Der Entwurf eines solchen Gesetzes ist von uns nunmehr der Ministerpräsidentenkonferenz zugeleitet worden. Diese muß jetzt sehen, daß sie das weitere Verfahren einleitet. Die Bundesregierung wehrt sich behende dagegen, eine Finanzierung für militärische Altlasten zu übernehmen.

(Jüttner [SPD]: Donnerwetter! Herr Gansäuer sollte da einmal hinschreiben!)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die zweite Dringliche Anfrage auf:

b) **Expo-Volksbefragung und kein Ende** — Dringliche Anfrage der Fraktion der CDU — Drs 12/2480

Die Frage wird gestellt vom Kollegen von Bredow.

von Bredow (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mitglieder der Landesregierung und SPD-Politiker haben wiederholt den Eindruck vermittelt, eine Volksbefragung zur Expo sei nicht mehr beabsichtigt. Nunmehr hat jedoch Minister Trittin für die Grünen erneut eine Volksbefragung als sinnvoll bezeichnet.

von Bredow

Ich frage die Landesregierung:

Erstens. Wie bewertet sie den Sinn und die möglichen Auswirkungen einer Volksbefragung/Bürgerbefragung zur Expo?

Zweitens. Unter welchen rechtlichen Voraussetzungen und Zeitabläufen ist eine Volksbefragung/Bürgerbefragung denkbar?

Drittens. Ist die Landesregierung bereit, zu erklären, daß eine Volksbefragung/Bürgerbefragung zur Expo definitiv nicht stattfindet?

Vizepräsident Rehkopf:

Der Herr Ministerpräsident antwortet.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache eine Vorbemerkung. Wie Sie wissen — das wissen natürlich auch die Fragesteller —, haben sich die Stadt und das Land erfolgreich um dieses Projekt beworben.

(Schirmbeck [CDU]: Das alte Land!)

— Das Land ist das gleiche geblieben. Die alte Regierung ist richtig. Das gilt in jeder Hinsicht.

— Das einzige Problem, das eine Durchführung des Projekts verhindert, ist die bislang leider gezeigte Unentschlossenheit der Bundesregierung,

(Haha! bei der CDU. — Schirmbeck [CDU]: Das sind alles Textbausteine, Herr Ministerpräsident! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— das ist nun einmal so —, die nötigen Finanzierungszusagen zu machen. Wie Sie auch wissen oder jedenfalls wissen könnten, bin ich aber sehr optimistisch, daß sich dieses Widerstreben der Bundesregierung überwinden lassen wird. Ich stütze meinen Optimismus auf die klare Zusage des Bundeskanzlers. Ich gehe davon aus, daß er sowohl bereit als auch in der Lage sein wird, seinen Finanzminister überzeugen zu können, bei dem aus fiskalischen Gründen, vielleicht aber nicht nur aus fiskalischen Gründen, der Hauptwiderstand vermutet werden muß.

Wie Sie des weiteren wissen, soll eine Entscheidung im März/April des nächsten Jahres — besser im März — getroffen werden. Bis dahin sind Arbeitsgruppen außerordentlich intensiv mit der Vorklärung dessen beschäftigt, was wegen des Zeitbedarfs unabhängig von einer definitiven Entscheidung sowohl geklärt werden kann als auch geklärt werden muß. Ich halte es z. B. für einen Fortschritt, daß sich der Bundesverkehrsminister auf Weisung des Bundeskanzlers in der Lage

sieht, nunmehr ein öffentliches Personennahverkehrskonzept untersuchen zu lassen, das sowohl den allgemeinen Bedürfnissen der Region als auch den spezifischen Bedürfnissen unter Weltausstellungsbedingungen Rechnung trägt. Ich halte das nicht zuletzt deshalb für einen Erfolg, weil sich auch diejenigen, die sich — was ich gut verstehen kann — kritisch mit diesem Projekt auseinandersetzen, einmal überlegen sollten, welche Region in den nächsten zehn oder 15 Jahren — zumal in den alten Bundesländern — auch nur den Hauch einer Chance haben könnte, ein solches öffentliches Personennahverkehrssystem mit Hilfe des Bundes erstellt und finanziert zu bekommen. Das ist überhaupt nur möglich im Zusammenhang mit einem nationalen Ereignis.

Alle, die die Verkehrsprobleme in den Ballungszentren nur über den öffentlichen Personennahverkehr gelöst sehen können, wollen und müssen, müssen für eine solche Möglichkeit unter allen Umständen eintreten. Ich gehe davon aus, daß sich das auch noch herumsprechen wird.

Vor diesem Hintergrund beantworte ich gern Ihre Fragen:

Sie wissen, daß die Landesregierung überhaupt keinen Zweifel daran gelassen hat, daß sie ein ökologisch verantwortbares Projekt Weltausstellung im Jahre 2000 will. Sie ist diejenige Institution, die alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten genutzt hat, um das Projekt voranzubringen. Nach dem, was ich weiß, gilt das auch für die Landeshauptstadt Hannover, und nach dem, was ich hoffe, wird es zu Beginn des nächsten Jahres auch für den Bund gelten. Damit ist nach meiner Auffassung die Durchführung des nationalen Projekts Weltausstellung gesichert. Über die Inhalte wird man dann im einzelnen auch unter Beteiligung internationaler Positionen und Personen reden müssen.

Die Frage, ob eine Volksbefragung in Hannover sinnvoll ist, vermag ich nicht zu beantworten. Herr von Bredow, das müßten Sie diejenigen in Hannover fragen, die ein solches Projekt vorhaben und das in deren alleiniger Verantwortung liegt. Ich darf Sie daran erinnern, daß wir hier im Niedersächsischen Landtag und nicht im Stadtrat von Hannover sind.

Welche Auswirkungen eine solche Volksbefragung oder Bürgerbefragung auf das Projekt haben könnte, vermag ich nicht zu beurteilen. Auch dazu müßten Sie die im hannoverschen Stadtrat vertretenen politischen Gruppierungen befragen. Wie Sie vielleicht wissen, gehöre ich

dem hannoverschen Stadtrat nicht an. Ich gedenke auch nicht dafür zu kandidieren.

(Beifall bei der SPD. — Hildebrandt [FDP]: Man soll das nie ausschließen! — Stock [CDU]: Das wird Herrn Schmalstieg beruhigen! Davon können Sie ausgehen!)

Ihre zweite Frage, unter welchen rechtlichen Voraussetzungen und Zeitabläufen eine Volksbefragung bzw. eine Bürgerbefragung denkbar sei, ist ein bißchen undifferenziert gestellt. Ich will einmal davon ausgehen, daß Sie sowohl die Ebene des Landes als auch die Ebene der Landeshauptstadt erfragen wollen.

Für das Land sieht die gegenwärtige Landesverfassung plebiszitäre Elemente und Instrumente bekanntlich nicht vor. Das kann man sich durch einen Blick in ebendiese Verfassung erschließen. Nach einhelliger Auffassung ist in Niedersachsen das System der repräsentativen Demokratie, wie Hans-Peter Schneider es schreibt, rein und ausnahmslos verwirklicht. Diejenigen, die die gegenwärtig laufende Verfassungsdebatte in Niedersachsen ein wenig überschauen, wissen, daß es Positionen gibt, die das ändern wollen. Ich halte diese Positionen für vernünftig und würde mir wünschen, daß sie durchgesetzt werden.

Auf der Basis des geltenden Verfassungsrechts sind solche Volksbefragungen und Bürgerbefragungen nach ziemlich einhelliger Meinung — ich füge hinzu: leider — nicht möglich. Zweitens. Die rechtliche Zulässigkeit plebiszitärer Elemente auf kommunaler Ebene — das würde dann die Landeshauptstadt Hannover betreffen — richtet sich nach der Kommunalverfassung. Ich empfehle Ihnen und den Fragestellern, den § 22 a der Niedersächsischen Gemeindeordnung zu lesen. Er ist 1977 eingeführt worden und beschäftigt sich mit den rechtlichen Möglichkeiten des sogenannten Bürgerantrags. Daneben gibt es eine Bürgerbeteiligung, die durch die Öffentlichkeit von Rats- und Fachausschußsitzungen hergestellt werden soll.

Wenn man einen Bürgerentscheid machen wollte, müßte man die Niedersächsische Gemeindeordnung wohl entsprechend ändern. Das ist eine rein abstrakte Betrachtungsweise; aber das ist vermutlich so. Die Entscheidungskompetenz liegt nach den bisherigen Gesetzestexten bei den Repräsentativorganen, in diesem Fall also beim Rat der Landeshauptstadt Hannover. Bürgerbefragungen — das ist jetzt eine Interpretation des geltenden Rechts — sind nach meiner Auffassung zulässig, ohne daß eine Normierung in der Niedersächsischen Gemeindeordnung ausdrücklich

stattfinden müßte. Diese Ansicht wird durch eine Reihe von Gerichtsentscheidungen gestützt, die insbesondere in den süddeutschen Bundesländern zu dieser Problematik ergangen sind. Ich muß darauf hinweisen, daß man auch unter diesen Voraussetzungen allgemein davon ausgeht, daß das Letztentscheidungsrecht bei den Repräsentativorganen liegt.

Nun zu der dritten Frage, ob die Landesregierung bereit ist zu erklären, daß eine Volksbefragung oder Bürgerbefragung zur Expo nicht stattfindet. Bezogen auf das gesamte Land Niedersachsen gibt es solche Pläne nicht. Bezogen auf die Landeshauptstadt Hannover gibt es offenkundig solche Pläne. Das, was die Landeshauptstadt Hannover im Rahmen ihres eigenen Wirkungskreises und im Rahmen des geltenden Rechts machen kann, werden wir nicht bewerten. Die Art und Weise, wie sich die Landeshauptstadt Hannover für dieses Projekt Akzeptanz verschafft und sich vergewissert, wie die Menschen in Hannover denken, ist ausschließlich Sache der politischen Kräfte in der Landeshauptstadt Hannover. Die Landesregierung wird sich in den Prozeß nicht einmischen. Ich würde raten, daß sich die im Landtag vertretenen Parteien als solche — als Parteipolitiker sind Sie, wie man sieht, anderer Auffassung und natürlich auch berechtigt, anderer Auffassung zu sein — und die Fraktionen in ihrer jeweiligen Funktion einer Einmischung in die Dinge, die die Landeshauptstadt Hannover allein betreffen, enthalten sollten. Aber das ist natürlich nur ein Rat; den können Sie annehmen oder auch nicht.

(Schmalstieg [SPD]: Das war ein klares Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung!)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön für die Antwort. — Die erste Zusatzfrage stellt der Kollege Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ist der Landesregierung bekannt, ob der Kollege Gansäuer nach wie vor für eine Volksbefragung eintritt?

(Schmalstieg [SPD]: Das ist gut!)

Zweitens. Herr Ministerpräsident, sind Sie sicher, daß Ihr Bundesratsminister mit Verve, mit Einsatz und mit allen erdenklichen Mitteln und Möglichkeiten in Bonn alles tut, um die Durchsetzungsfähigkeit für die Expo in Bonn zu erhöhen?

Vizepräsident Rehkopf

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Ministerpräsident, bitte!

Schröder, Ministerpräsident:

Zur ersten Frage: Ich bin über den jetzigen Erkenntnisstand und über die jetzige politische Position des Fraktionsvorsitzenden der CDU nicht informiert.

(Gansäuer [CDU]: Sie sind nie informiert!)

— Das ist von mir aus gesehen auch nicht so schlimm, Herr Gansäuer, weil es auch nicht so interessant ist. — Ich wollte nur sagen: Was er zur Zeit zu dieser Frage denkt, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich nehme an, in einer der nächsten Pressemitteilungen der CDU-Fraktion werden wir darüber mal wieder etwas lesen.

(Gansäuer [CDU]: Da können Sie Gift drauf nehmen!)

— Sehen Sie! — Vielleicht, lieber Herr Hildebrandt, ergibt sich auch die Möglichkeit, daß er Ihnen das direkt sagt.

Zur zweiten Frage: Der Bundesratsminister hat ebenso wie die anderen Mitglieder des Kabinetts akzeptiert — und dies in aller Freundschaft —, daß die Vertretung des Projekts bei mir ist. Über eine mangelnde Unterstützung in der massiven Werbung für das Projekt durch den Bundesratsminister in Bonn kann ich mich in dieser Frage ebenso wie in allen anderen Fragen nicht beklagen.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Gansäuer, Sie stellen die nächste Frage oder die nächsten beiden Fragen.

Gansäuer (CDU):

Herr Ministerpräsident, können Sie dem Landtag mitteilen, was die Landesregierung zu tun gedenkt, wenn eine solche Volksbefragung — sie steht, das konnte man Ihren Ausführungen entnehmen, unmittelbar bevor, Herr Oberbürgermeister — negativ ausgeht?

Im übrigen darf ich von Ihnen, Herr Ministerpräsident, eine Bewertung erbitten. Was glauben Sie eigentlich, werden diejenigen in Bonn tun, die die Expo verhindern wollen, wenn sie das morgen in der Presse zur Kenntnis bekommen? Können Sie sich vorstellen, welches Wasser auf diese Mühlen gegossen wird?

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Ministerpräsident, bitte!

Schröder, Ministerpräsident!

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Gansäuer, Sie werden verstehen, daß wir auf hypothetische Fragen ungern antworten.

(Zuruf von Gansäuer [CDU].)

Warum sollte ich darauf antworten? Ich weiß nicht, ob in Hannover eine solche Befragung stattfinden wird.

(Gansäuer [CDU]: Herr Schmalstieg hat das gesagt!)

— Herr Schmalstieg ist ja im Moment nicht aufgerufen, etwas zu sagen. Er wird das im Stadtparlament sagen. Ich gehe davon aus, daß eine solche Volksbefragung, wenn es sie geben sollte, erstens hinreichend repräsentativ sein wird und zweitens im Sinne des Projektes — weil es für die Entwicklung der Stadt außerordentlich wichtig ist — auch positiv ausgeht. Ich bin gern bereit, vorsorglich zu erklären, daß ich mich darüber freuen werde, wenn meine Annahmen eintreffen.

Diejenigen, Herr Gansäuer, mit denen ich in Bonn über dieses Projekt verhandele, sind längst nicht so kleinkariert, wie Sie es ihnen jetzt unterstellen. Die denken nämlich überhaupt nicht daran, aus dem kleinkarierten Hickhack, der auch heute wieder veranstaltet wird, irgendwelche negativen Schlüsse hinsichtlich der Position des Landes zu ziehen.

(Gansäuer [CDU]: Das ist eine falsche Aussage!)

Vizepräsident Rehkopf:

Ich rufe jetzt die dritte Dringliche Anfrage auf:

c) **Ungenehmigter Betrieb militärischer Schießanlagen** — Dringliche Anfrage der Fraktion der Grünen — Drs 12/2483

Frau Hoops hat das Wort.

Frau Hoops (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Truppenübungsplätzen von Bundeswehr und NATO in Niedersachsen handelt es sich um nicht genehmigte Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Zwar ist die formelle Anzeige der Anlagen nach § 67 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Anfang 1986 fristgerecht er-

folgt. Diese Anzeigen sind jedoch bis heute unvollständig. Prüffähige Unterlagen, die zur Beurteilung etwaiger schädlicher Umwelteinwirkungen erforderlich sind, liegen nicht vor. Damit sind die gesetzlichen Verpflichtungen nicht erfüllt.

Auch hat es die Bundesregierung unterlassen, trotz der seit mehr als einem Jahr weitgehend abgeschlossenen Arbeiten des Umweltbundesamtes an einem Berechnungsverfahren für den in dB(C) zu messenden Lärmausstoß großkalibriger Waffensysteme ein entsprechendes Meß- und Bewertungsverfahren vorzulegen. Dieses nämlich würde es erlauben festzustellen, in welchem Umfang die örtliche Bevölkerung von Schießlärm betroffen ist, und damit die Notwendigkeit der Lärmentlastung unterstreichen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, von der Bundeswehr ergänzende prüffähige Unterlagen zu erhalten?
2. Wird die Landesregierung per Erlaß gegebenenfalls einen eigenen Meß- und Bewertungsmaßstab für den Lärmausstoß großkalibriger Waffensysteme festlegen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Tatsache, daß im Entwurf der Bundesregierung für eine neue TA Lärm die von Truppenübungsplätzen ausgehende Lärmbelastung ausdrücklich angenommen worden ist?

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Frau Hoops. — Frau Ministerin Griefahn beantwortet die Anfrage.

Griefahn, Umweltministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Anfrage zeigt beispielhaft, daß die umweltspezifischen Probleme der Bundeswehr noch lange nicht befriedigend gelöst sind, obwohl sie schon lange bekannt sind.

Seit 1985 sind militärische Schießstände und Schießplätze wegen ihres erheblichen Lärms und der Erschütterungsbelastungen auf Gebäude nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungspflichtig. Bis zur Einführung dieser Genehmigungspflicht errichtete ungenehmigte Anlagen waren dann auch den zuständigen Behörden anzuzeigen. Die Aufsicht über militärische Schießplätze übt zwar die Bundeswehrverwaltung selbst aus, die Erteilung von Genehmigungen obliegt

demgegenüber den nach Landesrecht zuständigen Behörden. Für die Truppenübungsplätze Bergen und Munster sind es die Landkreise Celle und Soltau-Fallingb. Die Anzeigen an sich hat die Bundeswehr gegenüber den Landkreisen abgegeben. Die gesetzlich geforderten Unterlagen, die die Genehmigungsbehörde in die Lage versetzen sollen, schädlichen Umwelteinwirkungen durch nachträgliche Anordnungen oder Auflagen im Genehmigungsbescheid entgegenwirken zu können, sind jedoch bis heute — fünf Jahre nach Einführung der Genehmigungspflicht — nicht vollständig. Das haben wir auch bei sehr vielen anderen Bereichen, wo das Militär betroffen ist.

Das Bundesverteidigungsministerium hat mehrfach beteuert, die Unterlagen zu erstellen, und hat dabei immer wieder darauf hingewiesen, wie schwierig und wie sehr zeitaufwendig dies sei. Wenn man einmal die Strenge des Bundes selber betrachtet, wie er selbst Unterlagen unnachgiebig fordert — ich denke nur einmal an Verfahren, die wir gegenüber dem Bund zu vertreten haben —, dann ist das, meine ich, ein sehr ungleiches Maß. Wir können und werden deshalb jede weitere Verzögerung angesichts der hohen Lärmbelastung, der die Anwohner der größten Truppenübungsplätze Europas in Bergen und Munster ausgesetzt sind, nicht länger hinnehmen. Bereits nach meinem Amtsantritt habe ich deshalb den Bundesminister der Verteidigung in einem persönlichen Schreiben auf diesen unhaltbaren Zustand hingewiesen. Die Belastungssituation der Anwohner und der Zeitablauf lassen uns keine andere Wahl mehr, als mit weiteren Mitteln — dazu gehören eben auch politische Mittel — Schritte gegen den Schießbetrieb in der derzeitigen Form zu unternehmen. Nach unserer Auffassung ist eine Neuordnung von Truppenübungsplätzen auch aus übergeordneten Gesichtspunkten mit Blick auf die weitreichenden Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa geboten.

Zu den Fragen im einzelnen:

Erstens. Ohne Druckmittel scheint es offenkundig nicht zu gehen. Nach § 62 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes kann das unvollständige Beibringen von Unterlagen als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden. Obwohl ein derartiges Verfahren unter Behörden ungewöhnlich ist, sieht die Landesregierung keine andere Möglichkeit, als Bußgeldverfahren gegen die Bundeswehr einleiten zu lassen, wenn nicht weiterhin eine Ungleichbehandlung gegenüber Anderen bestehen soll, die nach dem Bundes-

Frau Griefahn

Immissionsschutzgesetz einen Betrieb genehmigen lassen müssen.

(Zustimmung von Puls-Janssen [Grüne].)

Daneben wird die Landesregierung weiterhin von ihren politischen Möglichkeiten Gebrauch machen und Druck auf die Bundesregierung ausüben, den gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Wir haben das ja auch schon in anderen Fällen gehabt und getan.

Zweitens. Die Bundesregierung ist seit mehreren Jahren bemüht, ein Verfahren zur Messung und Beurteilung der Schallemissionen großkalibriger Waffen zu entwickeln. Obwohl die Entwicklung des Verfahrens durch das Umweltbundesamt nahezu abgeschlossen ist und damit bereits erste Lärmkarten für die Schießplätze Bergen und Munster erstellt worden sind, zögert die Bundesregierung immer noch mit der Umsetzung der Verfahren in geltendes Recht. Damit verhindert sie, daß die zuständigen Behörden die notwendigen Maßnahmen zum Lärmschutz treffen oder die Anwohner diese auf öffentlich-rechtlichem Wege einklagen können. Das ist also wieder eine Ungleichbehandlung.

Die Landesregierung wird auch hier nicht weiter tatenlos zusehen. Wir werden für Niedersachsen ein eigenes Meß- und Beurteilungsverfahren einführen. Wir erstellen jetzt schon Schallimmissionsschutzpläne, in denen das schon sehr deutlich wird.

Drittens. Wenn die aufgrund der Gewerbeordnung erlassene TA Lärm aus dem Jahre 1968 nunmehr nach 23 Jahren dem Bundes-Immissionsschutzgesetz angepaßt werden soll, so zeigt diese Verzögerung die umweltpolitische Mißachtung, die die Bundesregierung dem Lärmschutz insgesamt beimißt. Der nunmehr vorgelegte Entwurf zur Novellierung der TA Lärm, der bisher von allen Seiten als unzureichend bezeichnet wurde, nimmt Schießanlagen der Bundeswehr ausdrücklich vom Geltungsbereich aus. Auch das ist wieder ein Unding. Ich kann nur eine Schlußfolgerung daraus ziehen: Die Bundesregierung ist schlicht und ergreifend offensichtlich nicht gewillt, die vom Schießlärm betroffenen Bürger kurzfristig und auch in dem heute möglichen Umfang zu entlasten.

Vizepräsident Rehkopf:

Eine Zusatzfrage stellt der Kollege Puls-Janssen.

Puls-Janssen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung und Sie, Frau Ministe-

rin: Wie bewerten Sie eigentlich die Tatsache, daß die Bundeswehr — wenn ich das richtig erinnere, haben Sie es vorhin so gesagt — seit fünf Jahren prüfungsfähige Unterlagen nicht vorlegt? Sie haben hier deutlich gesagt, wie Sie zu reagieren gedenken. Ich muß aber ganz ehrlich sagen, es ist für mich völlig unverständlich, wie so etwas bei einer staatlichen Institution passieren kann, die die Bundeswehr ja ist. Wie bewerten Sie das?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Wir haben hier die Situation, daß der Staat bzw. der Bund sich selbst kontrolliert und daß dadurch eine Staat-im-Staat-Mentalität eintritt, die ich nicht akzeptieren kann. Es wird unterschiedliches Maß angelegt gegenüber Firmen oder Bürgern und staatlichen Institutionen selbst, die bestimmte Gesetze einzuhalten haben.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Jordan, Sie stellen die nächste Frage.

Jordan (Grüne):

Frau Ministerin! Wie viele Änderungsgenehmigungen für den Betrieb militärischer Schießanlagen haben die zuständigen Landesbehörden seit Inkrafttreten der Änderung der 4. Verordnung zum BImSchG 1985 erteilt?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Bislang haben wir drei Änderungsgenehmigungen erteilt. Es gibt aber 35 Anlagen, von denen wir noch keine Genehmigungsunterlagen bekommen haben.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Kollegin Zachow, bitte!

Frau Zachow (CDU):

Bei der Beantwortung der Frage zwei haben Sie von „nahezu abgeschlossenen Verfahren“ gesprochen. Nun frage ich Sie:

a) Was verstehen Sie unter „nahezu abgeschlossen“?

b) Was können Sie rein technisch mit „nahezu abgeschlossenen Verfahren“ anfangen, um Unterlagen zu bekommen?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Sie können daraus entnehmen, daß sich die Behörden ständig bemühen, die fehlenden Unterlagen zu bekommen, um die erforderlichen Prüfungen durchführen zu können. Wenn wir die Unterlagen nicht bekommen, können wir auch nicht abschließen.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Kollegin Hoops, Sie haben jetzt das Wort.

Frau Hoops (Grüne):

Frau Ministerin! Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß es in den vergangenen sechs Jahren zu keinen weiteren Betriebs- oder Nutzungsänderungen militärischer Schießanlagen gekommen sein soll?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Ich habe Ihnen das Problem schon dargelegt. Dadurch, daß der Bund sich selbst beaufsichtigt, kann ich das überhaupt nicht beurteilen. Ich bin auf die Anzeigepflicht und das Liefern der dazugehörigen Unterlagen angewiesen, da die Landkreise nur die Genehmigung erteilen, aber nicht die Aufsicht haben. Insofern kann ich dazu keine Auskunft geben.

(Frau Zachow [CDU]: Nichts Genaues weiß man nicht!)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Möhrmann, bitte!

Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, ich frage Sie: Gibt es eine rechtliche Möglichkeit, zum jetzigen Zeitpunkt wegen einer Nichtgenehmigung die Schießbahnen zu schließen?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Wir haben nicht die Möglichkeit, eine Schießanlage zu schließen; ich habe schon darauf hingewiesen. Wir können nur Bußgeldverfahren einleiten, um fehlende Unterlagen zu bekommen. Es besteht eine Genehmigungspflicht, das heißt, wir müssen dafür sorgen, daß wir die Unterlagen bekommen. Auch das ist wiederum ein Fall, wo eine ungleiche Behandlung von außenstehenden Firmen und Einrichtungen des Bundes besteht, die dem BImSchG unterliegen.

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Herr Kollege Schirmbeck, Sie stellen die nächste Frage.

Schirmbeck (CDU):

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, daß das Bewertungsverfahren für die impulshaltigen Geräusche, die großkalibrige Waffen verursachen, noch nicht endgültig abgeschlossen ist? Ist Ihnen bekannt, daß der Bundesumweltminister nach Vorlage dieser Erkenntnisse eine Verwaltungsvorschrift speziell für Schießplätze erlassen will?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Das Umweltbundesamt hat uns informiert, daß das Verfahren abgeschlossen ist. Die Bundeswehr

(Schirmbeck [CDU]: Nahezu, haben Sie eben gesagt!)

— ich sage es ja — hat Karten vorgelegt, die aber noch nicht die Unterlagen sind, die wir brauchen. Das ist der entscheidende Punkt.

Ich habe vorhin gesagt, daß bei der Novellierung der TA Lärm wiederum die militärischen Schießplätze explizit ausgeschlossen sind. Das heißt, daß wir auch künftig nichts machen können.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Möhrmann, Sie stellen eine zweite Zusatzfrage.

Möhrmann (SPD):

Frau Ministerin, können Sie mir erklären, wie es kommt, daß seit dem Vorliegen der Werte für

Möhrmann

den Zeitraum August 1988 bis Juli 1989 für den Übungsplatz Bergen die Bundesregierung nicht in der Lage gewesen ist, dB(C) in dB(A) umzurechnen?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Das ist ja das, was ich moniere. Sie weigert sich eben, uns vollständige Unterlagen zu geben. Dazu gehört auch das Umrechnungsverfahren.

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Herr Puls-Janssen, bitte!

Puls-Janssen (Grüne):

Frau Ministerin, können Sie dem Parlament sagen, in welcher Größenordnung sich ein Bußgeld für eine Ordnungswidrigkeit, wie es in diesem Fall angemessen wäre, bewegen müßte, um die Bundeswehr dazu zu bewegen, entsprechend tätig zu werden?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

(Zurufe.)

Griefahn, Umweltministerin:

Selbst das Doppelte des Höchstsatzes würde wahrscheinlich nicht ausreichen, um das Verhalten der Bundeswehr zu ändern. Die maximale Höhe des Bußgelds beträgt 20 000 DM. Das sind umgerechnet etwa vier Schuß Panzermunition.

(Schirmbeck [CDU]: Wer muß das denn bezahlen?)

Das ist die Situation. Wir können nicht mehr Bußgeld verlangen. Also wird es wahrscheinlich für den Bund nicht attraktiv genug sein, deswegen tatsächlich die Belastung zu verringern.

(Schirmbeck [CDU]: Wer muß das Bußgeld bezahlen, Frau Ministerin?)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Hildebrandt stellt eine weitere Zusatzfrage.

Hildebrandt (FDP):

Frau Ministerin, sind Sie bereit, beim Bundesverteidigungsministerium darauf hinzuwirken, daß

die Lärmmessung nicht nur während der schießarmen Zeit, etwa von Juli bis August, am Übungsplatz vorgenommen wird, sondern daß eine Ganzjahresmessung durchgeführt wird?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Herr Hildebrandt, ich habe das bereits getan. Ich erwähnte den Brief an das Bundesverteidigungsministerium, den ich direkt zu Beginn meiner Amtszeit geschrieben habe. Der Bundesverteidigungsminister hat darauf ausweichend geantwortet und hat mir das eben nicht zugestanden. Ich habe keine Möglichkeit, das zu veranlassen, weil ich nicht Aufsichtsbehörde bin. Das ist der Punkt.

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Frau Hoops, bitte schön!

Frau Hoops (Grüne):

Frau Ministerin, wie beurteilen Sie den Umstand, daß das Lärmkataster, das die Grundlage zur Bewertung des Schießlärms sein soll und das von der Bundeswehr erstellt wird, weder alle Außenfeuerstellungen noch den Lärm durch die an- und abfahrenden Truppen noch den Tieffluglärm erfaßt und auf Messungen in der Zeit von 6 bis 22 Uhr beruht, obwohl meistens in einer Zeit von 8 Uhr bis 1 Uhr nachts geschossen wird, und keine Spitzenwerte, sondern nur Durchschnittswerte berücksichtigt? Ist das eine angemessene Grundlage, um die Belastung durch den Schießlärm bewerten zu können?

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Ich halte die Informationen, die gegeben werden, für nicht angemessen. Auch die Maßnahmen, die die Bundeswehr ergreifen will, um zu einer Reduzierung zu kommen, halte ich nicht für angemessen. Sie möchte uns die entsprechenden Informationen nicht geben, weil aus ihnen geschlossen werden könnte, was unternommen werden müßte. Daran hat sie aber offensichtlich kein Interesse. Wir werden auf eine Neuordnung der Schießplätze dringen. Deswegen hoffen wir darauf, daß diese Geschichten in diesem Zusammenhang mit

geregelt werden. Bislang sehen wir aber nicht, daß das Bundesverteidigungsministerium bereit ist, darauf einzugehen.

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Herr Kethorn, Sie stellen die nächste Zusatzfrage.

Kethorn (CDU):

Frau Ministerin, trifft es zu, daß Sie mit Schreiben des Bundesverteidigungsministeriums vom 23. September 1990 über den Stand des Forschungsvorhabens informiert worden sind?

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Das ist zwar dargestellt worden. Nicht dargestellt worden sind aber die Einzelpunkte, die für ein Genehmigungsverfahren notwendig sind. Dies wird nicht umgesetzt. Genau das ist der Punkt.

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Hildebrandt darf noch eine Zusatzfrage stellen.

Hildebrandt (FDP):

Frau Ministerin, wenn die Belastung der Bevölkerung durch Lärm so schlimm ist, möchte ich von Ihnen wissen, ob bei Ihnen im Haus Überlegungen darüber angestellt werden, wie man die Belastung der Bürger durch Ausgleichsmaßnahmen, etwa passive Schallschutzmaßnahmen, erträglicher machen kann.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Ministerin, bitte!

Griefahn, Umweltministerin:

Zunächst einmal gilt das Verursacherprinzip. Ich glaube, wir haben schon eine Menge Vorarbeit geleistet, indem wir eigene Meßpläne erstellt haben. Insofern verfügen wir inzwischen über mehr Informationen, als uns die Bundeswehr zur Verfügung gestellt hat. Ich möchte aber noch einmal darauf aufmerksam machen, daß wir nicht der Verursacher sind. Wir dringen auf den Bundesminister der Verteidigung, das Verursacherprinzip anzuwenden. Bei einem Etat mit einem Volumen von 54 Milliarden DM müßte das möglich sein.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt die letzte Dringliche Anfrage auf:

d) **Minister Trittins Umgang mit der Wahrheit — Dringliche Anfrage der Fraktion der FDP — Drs 12/2484**

Die Frage wird gestellt vom Kollegen Hildebrandt.

(Goldmann [FDP]: Ja, Herr Trittin, jetzt sind Sie dran! Jetzt geht es los!)

Hildebrandt (FDP):

Am 19. November 1991 schreibt der Niedersächsische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Jürgen Trittin, an den Geschäftsführer einer großen Werft in Papenburg — ich zitiere —:

„Die Niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, nicht mit Regierungen zu kooperieren, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Auch auf nationaler und internationaler Ebene tritt die Landesregierung dafür ein, daß Unrechtsregime nicht durch Wirtschaftsförderung stabilisiert werden.“

Unter dem Eindruck des Massakers auf den Platz des Himmlischen Friedens im Jahre 1989 haben die Koalitionsparteien im Juni 1990 vereinbart:

„Angesichts der Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern werden das Sudan und das China-Engagement zeitweise ausgesetzt. Vorbehaltlich der Überprüfung der einzelnen Maßnahmen sind humanitäre Hilfen jedoch fortzusetzen und ggf. auszuweiten.“

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Martin Hildebrandt hat der Niedersächsische Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herr Dr. Peter Fischer, am 14. November 1991 vor dem Niedersächsischen Landtag zum Thema Wirtschaftsbeziehungen und Menschenrechte ausgeführt, die Niedersächsische Landesregierung betrachte Verletzungen der Menschenrechte als ernsthaftes Hindernis für die Verbesserung von Wirtschaftsbeziehungen. Dennoch werde einer Politik des Drängens auf Besserung auch im Gespräch mit Offiziellen der Vorzug vor einer vollständigen Isolation — in diesem Falle Chinas — gegeben.

Ferner hat der niedersächsische Wirtschaftsminister im Rahmen eines Besuches in der Volksrepublik China ein umfangreiches Kooperationsprogramm mit der Volksrepublik China und mit der Regierung der Volksrepublik China vereinbart.

Hildebrandt

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann hat die Niedersächsische Landesregierung beschlossen, nicht mit Regierungen zu kooperieren, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind?
2. Wie sind in dem vorgenannten Zusammenhang die Aktivitäten des Wirtschaftsministers Fischer zu beurteilen?
3. Wie will der Ministerpräsident dieses Landes gemäß Artikel 22 und Artikel 28 der Vorläufigen Niedersächsischen Verfassung sicherstellen, daß sich die Mitglieder der Landesregierung gegenüber allen Bürgern und Unternehmen dieses Landes wahrheitsgetreu und im Sinne des von allen Ministerinnen und Ministern abgeleisteten Amtes verhalten?

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Die Fragen werden beantwortet von Herrn Minister Trittin. Bitte sehr, Herr Minister!

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Am 18. Juni 1991 beschloß das Landeskabinett eine von meinem Hause erstellte Vorlage zur Zusammenarbeit Niedersachsens mit den Entwicklungsländern. Darin heißt es u. a. wörtlich:

„Mit Regierungen, die für eine Verletzung der Menschenrechte verantwortlich sind, soll es künftig keine Zusammenarbeit geben, außer Maßnahmen der humanitären Hilfe. Wobei unter humanitärer Hilfe Maßnahmen verstanden werden, die unmittelbar der Sicherstellung von Nahrungsmitteln und der medizinischen Versorgung dienen.“

Vor dem Hintergrund dieses Beschlusses habe ich einen Brief des Geschäftsführers der Meyer-Werft in Papenburg beantwortet, in dem ich u. a. geschrieben habe:

„Die Niedersächsische Landesregierung hat beschlossen, nicht mit Regierungen zu kooperieren, die für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Auch auf nationaler und internationaler Ebene tritt die Landesregierung dafür ein, daß Unrechtsregime nicht durch Wirtschaftsförderung stabilisiert werden.“

Anlaß war die in einem Schreiben an mich offensiv gerechtfertigte Lieferung von aus Mitteln des

Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit finanzierten Fährschiffen für Indonesien in einem Gesamtumfang von insgesamt 360 Millionen DM. Diese Finanzierung widerspricht selbst den Kriterien der Bundesregierung für Empfängerländer für Entwicklungshilfe eklatant. Es steht nämlich außer Frage, daß die indonesische Regierung Menschenrechte in eklatanter Weise verletzt. In den letzten Jahren gab es ständig eine große Zahl von politischen Gefangenen, willkürliche Festnahmen und Schnellhinhaltungen, die Tötung von Demonstranten sowie Massenverhaftungen nach friedlichen Studentendemonstrationen. Allein in den Jahren 1983 bis 1986 ließ die Regierung 5 000 Menschen wegen geringfügiger Straftaten liquidieren. Erst vor wenigen Wochen, am 12. November, ließ die indonesische Regierung im widerrechtlich besetzt gehaltenen Ost-Timor durch Soldaten ein Massaker an über 100 Menschen anrichten. Dennoch soll Indonesien weiterhin eines der Hauptnehmerländer bundesdeutscher Entwicklungshilfe sein.

Indonesien ist ein an Bodenschätzen reiches Land, das sich nach meinen Informationen eine Armee von 283 000 Soldaten, 171 Panzern, zwei U-Booten, 60 Kriegsschiffen und eine Luftwaffe von 112 Kampfflugzeugen leisten kann. Anstelle dieser Rüstung wäre Indonesien durchaus in der Lage, nicht nur 15 Passagierschiffe, sondern Hochspannungsleitungen, Zubehörteile für Küstenmotorschiffe und Diesel-Generatoren für die Erzeugung von Strom selbst zu finanzieren. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß gerade auch die Höhe der Rüstungsausgaben ein Kriterium bei der Vergabe von Entwicklungshilfemitteln sein sollte,

(Gansäuer [CDU]: Richtig!)

wie Herr Warnke in seinen zu Recht gelobten Grundsätzen ausgeführt hat. Diesen Sachverhalt habe ich in meinem Schreiben an die Meyer-Werft vom 19. November dieses Jahres ausführlich dargestellt.

Die Landesregierung ist der Auffassung, daß Wirtschaftsförderung mit entwicklungs-, wirtschafts- und außenpolitischen Kriterien insofern in Einklang stehen muß, daß sich diese nicht wechselseitig blockieren. Dieser Maßstab gilt selbstverständlich auch für die niedersächsischen Aktivitäten in China.

Vor diesem Hintergrund — darauf habe ich auch schon in der letzten Sitzung hingewiesen — habe ich das Eintreten des Wirtschaftsministers in China für die Wiederherstellung und Einhaltung der Menschenrechte ausdrücklich begrüßt. Im übr-

gen verweise ich darauf, daß die Landesregierung im Zusammenhang mit dem zitierten Kabinettsbeschuß auch beschlossen hat, etliche Projekte in China einzustellen bzw. auslaufen zu lassen, was Sie im übrigen auch der von Ihnen selbst zitierten Anfrage entnehmen könnten, wenn Sie sie lesen würden.

(Hildebrandt [FDP]: Sie sind ein Kasper, Herr Minister!)

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Dringliche Anfrage der FDP namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1 und 2: Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Zu 3: Die Unterstellung in der Überschrift der Anfrage, die hier wiederholt wird, ich ginge fahrlässig mit der Wahrheit um, fällt auf den Fragesteller zurück. Die in diesem Zusammenhang in der Presse kolportierte Behauptung etwa, ich sei ein Heuchler, wirft vielmehr die Frage auf, ob es sich bei dem Verbreiter dieser Äußerung nicht vielleicht um einen Verleumder handelt. Die Fraktion der FDP benutzt die von Menschenrechtsverletzungen schlimmsten Ausmaßes betroffene Bevölkerung in Indonesien und China, um einzelne Landesminister gegeneinander auszuspielen und sie wahrheitswidrig der Lüge zu bezichtigen. Diesen Mißbrauch der Menschenrechtsfrage für kleinlichen Parteienhader weist die Landesregierung in aller Schärfe zurück.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön, Herr Minister. — Eine Zusatzfrage stellt zunächst der Kollege Hildebrandt.

Hildebrandt (FDP):

Herr Minister, mir bleibt im Augenblick nur das Recht der Fragestellung. Deshalb frage ich Sie: Sie kennen ja die Namen und Fakten der Woche. Ich frage Sie und den Ministerpräsidenten, wie Sie beide die Meldung aus dem Wirtschaftsministerium vom 15. Oktober bewerten, in der es heißt — ich zitiere —:

„100 internationale industrielle Aussteller bei der Maschinenbaumesse in Peking belegen für den Minister Fischer deutlich die zunehmende Attraktivität des chinesischen Marktes. Er bot China eine enge Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft an, weil der Einsatz modernster Technologien

auch eine neue Qualität der Beziehungen zwischen Käufer und Verkäufer verlangt.“

Die weitere Frage möchte vielleicht der Ministerpräsident beantworten. Herr Ministerpräsident, welche Aufgabe hatte Minister Glogowski Mitte Juli in Papenburg? Er ist im „Sonntagskurier“ vom 14. Juli auf einem Photo bei der Begrüßung von Staatspräsident Suharto zu sehen. War es dort seine Aufgabe, den Beschluß der Landesregierung, den Herr Trittin gerade zitiert hat, zu überbringen?

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Schröder, Ministerpräsident:

Wenn mich ein Fraktionsvorsitzender so auffordert, will ich gern antworten.

Zur ersten Frage: Herr Hildebrandt, Herr Trittin hat darauf hingewiesen — und das ist auch richtig so —, daß derartige Aktivitäten nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen stehen dürfen, nach denen Entwicklungshilfe vergeben wird. Auch aus der Äußerung, die Herrn Fischer zugeschrieben wird, ergibt sich, daß ein solcher Konflikt gerade nicht besteht. Insofern vermag ich den Widerspruch nicht zu erkennen.

Zweitens. Herr Glogowski war dort, weil die Bundesregierung einen internationalen Gast eingeladen hatte. Dieser internationale Gast, der in Deutschland — nicht in Niedersachsen — einen Staatsbesuch machte, hatte den Wunsch, die Werft in Niedersachsen zu besuchen. Wir halten es auch in solchen Fällen, in denen wir mit den Gästen inhaltlich nun wahrlich nicht übereinstimmen, für absolut angemessen, protokollarische Mindeststandards von Höflichkeit und Respekt gegenüber den Gästen der Bundesregierung, mit der wir ja zusammenarbeiten, einzuhalten. Herr Minister Glogowski war gebeten worden, zur Einhaltung dieses Maßstabs protokollarischer Höflichkeit in seiner Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident den Staatspräsidenten in Niedersachsen zu begleiten. Ich nehme an, bei dieser Gelegenheit ist das Photo, das in der Zeitung erschienen ist, gemacht worden.

(Hildebrandt [FDP]: Sie kennen seine Rede, die er dort gehalten hat?)

— Nein, ich kenne die Rede, die er dort gehalten hat, nicht.

(Gansäuer [CDU]: Ich hoffe, er hat nicht wieder ein Interview gegeben!)

Schröder

Ich habe nicht die Gewohnheit, Herr Hildebrandt, die Reden der Kabinettsmitglieder vorher zu lesen. Herr Gansäuer, ich habe auch nicht die Gewohnheit, mir vorher sagen zu lassen, welche Presseäußerungen sie machen wollen. Vielleicht sollte ich es in Zukunft tun.

(Gansäuer [CDU]: Das wäre sicherlich angebracht!)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Kollege Goldmann, Sie haben das Wort für bis zu zwei Fragen.

Goldmann (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Herr Minister Trittin hat eben ausgeführt, daß am 18. Juni der Beschluß im Kabinett gefaßt worden ist, die Zusammenarbeit mit Ländern, die Menschenrechtsverletzungen begehen, auszusetzen. Ich möchte zu den Ausführungen, die Sie eben gemacht haben, nachfragen. Ich war bei dem Empfang, der in Papenburg stattgefunden hat, anwesend und hatte auch die Berichte von Amnesty International gelesen. Ich habe auch mit durchaus gemischten Gefühlen an diesem Empfang teilgenommen, wie auch Vertreter Ihrer Fraktion, soweit ich weiß. Es ist nicht richtig, wenn Sie feststellen, daß das einzig und allein eine Angelegenheit der Bundesregierung war. Ich frage Sie: Trifft es zu, daß das Land Niedersachsen aus diesem Anlaß einen Essensempfang gegeben hat, und zwar in einem sehr aufwendigen und in der Ausführung exzellenten Stil? Trifft es weiterhin zu, daß in der sehr persönlich und sehr freundschaftlich gehaltenen Rede des Innenministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Glogowski mit keinem einzigen Wort auch nur angedeutet worden ist, daß es einen solchen Beschluß gibt, wie Sie ausgeführt haben, und daß es auch kein Hinterfragen der Rechtmäßigkeit dieser Mittel für Indonesien gegeben hat?

Eine zweite Frage sei mir gestattet.

(Puls-Jansen [Grüne]: Das waren doch schon zwei!)

— Das war nach meiner Rechnung eine. Ich glaube, das sieht der Präsident genauso.

(Heiterkeit.)

Herr Minister Trittin, Sie haben — das als Feststellung — anscheinend ein gestörtes Verhältnis zu einem Unternehmer, der sehr viele Arbeitsplätze in einer Region vorhält.

Vizepräsident Rehkopf:

Sie müssen aber fragen, Herr Goldmann!

Goldmann (FDP):

Ich möchte Sie fragen, wie Sie die Aussage, die ja nicht unwitzig ist, „doch bedrohlich sind die Aktivitäten der Emsländer allemal“, verstanden wissen möchten, die Sie anlässlich eines Empfangs in Bonn geäußert haben. Die Frage geht konkret dahin: Sind Sie mit mir einer Meinung, daß die Meyer-Werft von der Firmenleitung bis zum letzten Mitarbeiter bzw. zur letzten Mitarbeiterin alles tut, um Arbeitsplätze in einer relativ strukturschwachen Region zu erhalten?

(Zustimmung von der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Der Herr Ministerpräsident möchte wieder antworten.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Kollege, Ihre zweite Frage wird Herr Trittin selber beantworten.

Zur ersten Frage nur soviel: Ich sage noch einmal, was jeder einzelne in einer kurzen Begrüßung sagt, ob er dort Kabinettsbeschlüsse, an denen er mitgewirkt hat, zitiert oder ob er das nicht tut, unterliegt nun wirklich seiner Verantwortung. Sie sollten Herrn Glogowski nicht unterstellen — ich kenne ihn dafür gut genug, um das für ihn zurückweisen zu können —, daß er einen Mangel an Sensibilität im Umgang mit Regimen hat, die Menschenrechtsverletzungen begehen.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist auch nicht der Punkt!)

Ganz im Gegenteil. Aus langer politischer Zusammenarbeit weiß ich, daß das nicht so ist. Wenn das in der Rede nicht sehr konkret zum Ausdruck gebracht worden ist, dann mag es so sein, daß es so war; ich habe die Rede nicht nachgelesen. Ich kann und will das hier auch nicht kommentieren.

Auf eines will ich aber hinweisen, damit das völlig klar ist: Es ist immer schwierig, und das wird es auch bleiben, ganz bestimmte Prinzipien, denen Sie jedenfalls allgemein ja auch nicht widersprechen, nach denen staatliche Hilfe vergeben wird, in Übereinstimmung mit der realen Situation in solchen Ländern zu bringen, die sich ja auch ändert, die sich, wie wir ja alle hoffen, tendenziell jedenfalls zum Besseren ändert. Das ist eine schwierige, nur im Einzelfall lösbare Aufga-

be. Für die Niedersächsische Landesregierung gilt, daß wir Geld aus Steuermitteln — denn um solches handelt es sich ja — prinzipiell nicht einsetzen, um Regimen zu helfen, die Menschenrechtsverletzungen begehen. Ich hoffe, daß wir uns in dem Punkt auch einig sind. Wie man dann mit Wirtschaftskontakten umgeht, ist eine Frage, die damit nicht in Zusammenhang gebracht werden kann. Zum Beispiel aus den Aktivitäten des Wirtschaftsministers in China, aus dem, was ich beim Empfang des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten hier inhaltlich gesagt habe, geht hervor, daß wir, was die Deutlichkeit angeht, mit der wir auf solche Menschenrechtsverletzungen hinweisen, keine Wünsche offenlassen; ich denke, auch keine von Ihnen.

Es ist immer eine Frage, ob man sagt, man wolle einen bestimmten Gast nicht oder noch nicht empfangen, oder ob man ihn empfängt und dann die Position, die man selber für richtig hält, offen und freimütig ausspricht.

Im Falle China haben wir den zweiten Weg gewählt. Ich halte das für richtig, für vernünftig und für angemessen.

In dem Fall, den Sie hier zum Gegenstand einer Anfrage gemacht haben, hat es sich um einen Gast der Bundesregierung gehandelt. Wir werden uns auch in Zukunft gegenüber den Gästen der Bundesregierung nicht so verhalten, daß wir uns von der Bundesregierung unter Umständen vorwerfen lassen müßten, wir würden ihre Gäste protokollarisch nicht angemessen behandeln. Da also nicht wir Herrn Suharto eingeladen haben, sondern die Bundesregierung, denke ich, war das ein richtiger Umgang mit dieser Sache.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. — Herr Minister Trittin!

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Goldmann, die Unterstellung, ich hätte zu irgendeinem Unternehmer in Niedersachsen ein schlechtes Verhältnis, muß ich entschieden zurückweisen.

(Gansäuer [CDU]: Um Gottes willen! Darauf wären wir nie gekommen!)

Ich würde aber ein schlechtes Verhältnis zu einem solchen Unternehmer bekommen, wenn ich fest-

stellen müßte, daß z. B. etwas, was unter normalen Menschen üblich ist, nicht eingehalten werden würde, z. B. daß man Briefe, die man sich schreibt, unter sich behält und nicht weiterleitet. Ich habe aber nirgendwo einen Anlaß für die Annahme, daß solche Briefe weitergeleitet worden wären.

(Goldmann [FDP]: Richtig!)

Hinsichtlich der Äußerungen in Bonn verweise ich auf den Charakter dieses freudvollen Abends.

(Goldmann [FDP]: Da waren Sie nüchtern, nicht wahr?)

— Ich war stocknüchtern! — Ich will Sie nur auf folgendes hinweisen: Das, was Ostfriesland vom Emsland her hauptsächlich bedroht, die Frage, der ich nachgegangen war, wie es kommen konnte, daß ein so traditionelles Produkt wie der Doornkaat aus Norden in die Hände von Schnapsbrennern aus Haselünne fallen könnte, die sich dadurch auszeichnen, dieses edle Getränk mit Apfelsaft zu verdünnen.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Dr. Stratmann, Sie stellen die nächste Frage.

Dr. Stratmann (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, angesichts Ihrer Äußerung, daß wirtschaftsfördernde Maßnahmen für Unrechtsregime von seiten der Niedersächsischen Landesregierung nicht mit Steuermitteln unterstützt werden sollen und werden, frage ich Sie: Von welchem Sponsor werden sich die Kabinettsmitglieder für Reisen nach China in Zukunft bezahlen lassen? Sollen diese Herren und Damen

(Unruhe bei der SPD und bei den Grünen)

ihre Reisen aus der Privatkasse bezahlen, oder aus welchen Kassen wird das bezahlt?

(Deike [SPD]: Aus der Portokasse!)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Dr. Stratmann, zu der Frage der Fraktion der FDP gehört diese Ergänzung offensichtlich nicht. Aber wenn der Herr Minister antworten will, bitte schön.

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Ich würde mich ja der Disziplinargewalt des Herrn Präsidenten unterwerfen, Herr Dr. Strat-

Trittin

mann, aber ich empfehle Ihnen nachzulesen, was hier hinsichtlich der Finanzierung von Unternehmen zum Zwecke der Wirtschaftsförderung ausgeführt worden ist. Aussagen über Dienstreisen von Mitgliedern des Kabinetts sind an dieser Stelle in keiner Weise gemacht worden.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Dr. Hruska stellt die nächste Zusatzfrage.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem Sie, Herr Ministerpräsident, hier Unterschiede zwischen wirtschaftlicher Kooperation und Entwicklungshilfe gemacht haben, frage ich Sie: Werden Sie Ihren Kabinettsbeschuß dahin korrigieren, daß Entwicklungshilfe bei Unrechtsregimen nicht stattfindet, wohl aber wirtschaftliche Kooperation?

(Beifall bei der FDP.)

Wenn Sie das nicht tun, Herr Ministerpräsident, dann frage ich Sie, welcher Unterschied denn zwischen den Hilfen für China — auch im Hafenaufbau — und den Hilfen für Indonesien angesichts der Tatsache besteht, daß — da werden Sie mir sicherlich nicht widersprechen — die Rüstungssituation in China hinsichtlich von Kampfflugzeugen und hinsichtlich Schiffen nicht anders ist oder eher sogar noch ausgeprägter ist als in Indonesien?

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Herr Ministerpräsident, bitte!

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Hruska, ich bin nicht ganz sicher, ob Sie mich mißverstanden haben oder ob Sie mich mißverstehen wollten.

(Dr. Hruska [FDP]: Nie!)

— Das ist schön. — Die Niedersächsische Landesregierung finanziert keine wie auch immer geartete Rüstungshilfe.

(Hildebrandt [FDP]: Das hat er auch nicht gesagt!)

Sie denkt auch gar nicht daran, das in Zukunft zu tun.

(Hildebrandt [FDP]: Sie haben ihn gar nicht verstanden! — Dr. Hruska [FDP]: Wollten Sie mich mißverstehen?)

Zweitens. Wir sind der Meinung, daß die staatliche Wirtschaftshilfe den gleichen Kriterien wie die Entwicklungshilfe folgen sollte. Ich habe darüber auch nicht geredet. Ich habe von wirtschaftlichen Kontakten zwischen Unternehmen in der Bundesrepublik und — wenn es um eigenständige Unternehmen in solchen Ländern geht — diesen oder — wenn es um Planwirtschaften geht — den entsprechenden staatlichen Stellen geredet. Diese Kontakte vollziehen sich nicht in erster Linie unter Verantwortung der Regierung, weder der Landes- noch der Bundesregierung. Was die Landes- und die Bundesregierung in solchen Fällen tun können, sind ganz bestimmte staatliche Aktivitäten. Sie kennen das System unterschiedlicher Bürgschaften: entweder zu geben oder nicht zu geben. Es bestand zwischen uns und der Bundesregierung immer Übereinstimmung, daß es z. B. in China sinnvoll gewesen ist, für eine längere Zeit und mit Nachdruck etwa Hermes-Bürgschaften, also Ausfuhrkredite, nicht zu geben. Das ist auch geschehen.

Ich will hinzufügen: Durchlöchert worden ist dieses EG-Prinzip zunächst nicht von uns, schon gar nicht von uns, aber auch nicht von der Bundesregierung. Durchlöchert worden ist es von anderen westeuropäischen Ländern. Ich will auch überhaupt nicht anstehen, zu sagen, daß der Bundeswirtschaftsminister — der im übrigen nicht meiner Partei angehört, wie Sie vielleicht wissen — die Reise, die er nach China gemacht hat, dazu benutzt hat, auf die Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen, und zwar in aller Deutlichkeit, so wie der Wirtschaftsminister dieses Landes auch, und daß im übrigen natürlich ökonomische Kontakte entwickelt worden sind.

Es ist immer die Frage, ob Sie darauf setzen, daß sich aus diesen Kontakten sozusagen eine Liberalisierung ergibt oder ob — was im Einzelfall entschieden werden muß — durch internationalen Druck mit deutscher Beteiligung, also beispielsweise durch Boykottmaßnahmen — siehe Südafrika —, eine Veränderung herbeigeführt werden kann. Welche der beiden Instrumente jeweils eingesetzt werden, muß im Einzelfall beurteilt werden.

(Hildebrandt [FDP]: Das sollte aber eine Landesregierung geschlossen machen!)

— Ja, natürlich, das tut sie ja auch geschlossen. Was Sie versuchen, ist völlig neben der Angelegenheit, denn in dieser Frage gibt es zwischen den Mitgliedern des Kabinetts nicht die geringsten Unterschiede. Der Beschluß, den Herr Trittin zur Entwicklungshilfe von Niedersachsen vorgelesen hat, gilt für alle Kabinettsmitglieder. Ich

finde ihn ausgezeichnet. Was darin über die möglichst nahe Ankoppelung von Wirtschaftshilfe an Kriterien der Entwicklungshilfe steht, ist genauso richtig. Niemand, kein Mitglied des Landeskabinetts, mich eingeschlossen, suspendiert sich in seinem politischen Handeln von diesem Beschluß. Wir denken gar nicht daran.

(Hildebrandt [FDP]: Können Sie vielleicht noch sagen, warum Herr Trittin gestern die Hilfe für Anhui eingestellt hat, die eine humanitäre Hilfe war?)

— Die Hilfe für Anhui, soweit sie humanitäre Hilfe war — er mag zu den Einzelheiten vielleicht noch etwas sagen — ist nicht eingestellt worden. Im Zusammenhang mit dem Besuch des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten — ich will das hier erwähnen — ist uns für diese Soforthilfe ausdrücklich gedankt worden. Es gibt in Anhui einige inhaltlich offensichtlich unsinnige Projekte, die die alte Regierung begonnen hat

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

und die man auf jeden Fall nicht weiterführen dürfte. Ich könnte Ihnen jetzt gerne ein paar Einzelheiten zitieren, die schon in der Nähe der Satire liegen, die aber nicht wir zu verantworten haben. Es gibt Projekte, von denen wir glauben, daß sie so eng mit den Interessen eines großen Unternehmens verbunden sind, mit dem wir sehr gut zusammenarbeiten und dem wir alles erdenklich Gute wünschen, daß diese Aktivitäten vom Unternehmen selbst finanziert werden können und wir unsere knappen Ressourcen nicht einzusetzen brauchen.

Vizepräsident Rehkopf:

Frau Kollegin Kopp stellt die letzte Frage hierzu.

(Minister Trittin: Ich wollte das ergänzen!)

— Entschuldigung. Minister Trittin möchte noch etwas ergänzen.

Trittin, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten:

Da Sie diesen Einwurf gemacht haben, Herr Hildebrandt, wiederhole ich das. Ich wiederhole es aber nicht im Inhalt nach. Sie haben im Zusammenhang mit der Anfrage, die Sie an Herrn Fischer gestellt haben, eine ausführliche Liste der Projekte bekommen, die wir gemäß dem Kabinettsbeschluß, den ich zitiert habe, in China eingestellt haben. Ich bitte Sie, dies anstelle unqualifizierter Einwürfe nachzulesen. Sie haben die

Liste. Sie kennen sie. Sie behaupten wider besseres Wissen das Gegenteil.

(Hildebrandt [FDP]: Ich habe eine Frage gestellt und nichts behauptet!)

— Sie haben in der Frage behauptet, wir hätten die Hilfe für Anhui eingestellt. Sie haben die Liste der Projekte, die wir eingestellt haben, und Sie haben die Liste der Projekte, die wir aus humanitären Gründen weiterführen. Das wissen Sie alles. Ich unterstelle Ihnen nicht, daß Sie schlecht informiert sind, sondern ich unterstelle Ihnen, daß Sie sich hier nicht so intelligent zeigen, wie Sie sind.

(Hildebrandt [FDP]: Sie sollten sich benehmen! Sie sind ein richtiger Lümmel, Herr Minister!)

Hinsichtlich der Konsistenz Ihrer Position können Sie eigentlich nur zwei Dinge tun: Entweder Sie teilen die Auffassung, die Sie dieser Landesregierung unterstellen,

(Hildebrandt [FDP]: Gibt es seit gestern eine neue Entscheidung? Das wollte ich wissen!)

sie habe ein mehr oder weniger plattes Verhältnis oder doppelzüngiges Verhältnis zu Menschenrechtsverletzungen. Das insinuiert Ihre Fragestellung. Dann müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, wie Sie beispielsweise Projekte bewerten,

(Hildebrandt [FDP]: Sie haben Fragen zu beantworten!)

die nicht aus Mitteln der Wirtschaftsförderung, nicht als Werftenhilfe, nicht als Subventionstatbestand, sondern die aus Entwicklungshilfemitteln, die humanitären Zwecken dienen sollen, finanziert werden; vor dem Hintergrund, daß es einen Kabinettsbeschluß der Bundesregierung gibt, der besagt, daß Entwicklungshilfemittel nicht an Länder vergeben werden dürfen, die in eklatanter Weise die Menschenrechte verletzen, und der weiter besagt, daß diese Mittel nicht an Länder vergeben werden sollen, die eine unglaubliche Hochrüstung betreiben. Wie ist vor diesem Hintergrund die Vergabe von 360 Millionen DM an Entwicklungshilfemitteln für ein Projekt in Indonesien zu bewerten? Hierbei handelt es sich um ein Land, das in eklatanter Weise Menschenrechte verletzt, das in eklatanter Weise Hochrüstung betreibt.

(Hildebrandt [FDP]: Das gilt für China auch!)

— Weichen Sie nicht aus! — Erklären Sie bei Gelegenheit, wie Sie diese Form der Entwicklungshilfe der Bundesregierung, die von Ihrer Partei

Trittin

mitgetragen wird, bewerten. Ich bewerte sie als doppelzüngig und doppelmoralisch.

(Beifall bei den Grünen.)

Vizepräsident Rehkopf:

Nun hat Frau Kollegin Kopp das Wort. — Bitte schön!

Frau Kopp (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung erstens, wie ihre derzeitige Position zu diesem Thema vor dem Hintergrund zu bewerten ist, daß Teile der Landesregierung vor zwei Jahren noch auf stärkere Kooperation mit dem ehemaligen DDR-Regime gedrängt haben und explizit der jetzige Ministerpräsident Herrn Honecker als einen ehrenwerten Mann bezeichnet hat.

(Oh! bei der SPD. — Gansäuer [CDU]: Das ist eine sehr gute Frage! — Weiterer Widerspruch bei der SPD. — Eveslage [CDU]: Das hat tief getroffen!)

Zweitens. Wie wird sich der Kabinettsbeschuß vom 18. Juni konkret auf die Kooperation mit China auswirken?

(Zustimmung bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Der Herr Ministerpräsident möchte antworten, obwohl die erste Frage nicht zur Sache gehört.

Schröder, Ministerpräsident:

Ich will sie trotzdem gern beantworten. Um aber mit der zweiten Frage zu beginnen: Welche Konsequenzen das hat, ist dem Hohen Haus am 14. November von dem zuständigen Minister, Herrn Trittin, mitgeteilt worden. Ich verweise auf diese Antwort. Sie wollen das bitte nachlesen.

Zur ersten Frage: Ich gehöre nach wie vor zu denjenigen, die der Auffassung sind, daß die Entwicklungen in der ehemaligen DDR und in Ost- und Südosteuropa überhaupt nur denkbar gewesen sind, weil wir in der Bundesrepublik in der sozial-liberalen Koalition nach einer Phase der strikten Abgrenzung begonnen hatten und erheblich weit gekommen waren, diese Phase strikter Abgrenzung und Entfaltung wirtschaftlichen Drucks von außen aufzugeben und durch eine Politik der sogenannten kleinen Schritte abzulösen, die seinerzeit von Willy Brandt und Walter Scheel entworfen worden ist. Ich halte diese Politik, die den Versuch gemacht hat, die Phase des Roll back und

die dazu eingesetzten Instrumente durch eine Phase des Diskurses zu überwinden, nach wie vor, auch in der Rückschau, für richtig. Ich analysiere nach wie vor, daß diese Politik der sozial-liberalen Koalition, die ich historisch für unheimlich bedeutend halte, zu den Ereignissen massiv beigetragen hat, über die nicht nur Sie sich jetzt freuen.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Rehkopf:

Danke schön. Damit ist der Tagesordnungspunkt 18 — Dringliche Anfragen — erledigt.

Ich kann nunmehr mitteilen, daß die Beschlußfähigkeit des Hauses gegeben ist.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 19a auf:

Zweite Beratung: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992 — HG 1992 —)
— Gesetzentwurf des Landesministeriums —
Drs 12/1790 — Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen —
Drs 12/2460 bis Drs 12/2476 — Änderungsantrag der Fraktion der FDP — Drs 12/2496 — Antrag der Fraktion der FDP — Drs 12/2497 — Änderungsantrag der Fraktion der CDU —
Drs 12/2498

Der Gesetzentwurf des Landesministeriums wurde in der 33. Sitzung am 11. September 1991 an den Ausschuß für Haushalt und Finanzen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen.

Über den Entschließungsantrag der FDP-Fraktion in der Drucksache 2497 wird gemäß § 36 unserer Geschäftsordnung nach der Schlußabstimmung über den Haushaltsplanentwurf abgestimmt.

Der Ausschuß empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 1790 mit den in den Beschlußempfehlungen vorgeschlagenen Änderungen — Drucksachen 2460 bis 2476 — anzunehmen.

Zunächst wird der Vorsitzende des Ausschusses für Haushalt und Finanzen einen kurzen Bericht erstatten. Wir beginnen dann die Haushaltsberatung 1992 mit folgendem Beratungsteil: Allgemeinpolitische Debatte über Regierungs- und Haushaltspolitik. Für diesen Teil sind insgesamt ca. drei Stunden Beratungszeit vorgesehen. In der Debatte stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung: der SPD und der CDU jeweils 45 Minuten, der FDP und den Grünen jeweils 30 Minuten. Der Ältestenrat ist übrigens davon ausgegangen, daß die Landesregierung eine Redezeit von insgesamt 30 Minuten nicht überschreitet.

Wir kommen nun zur Berichterstattung. Das Wort hat der Herr Kollege von Wangenheim. Bitte schön!

Freiherr von Wangenheim (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie schon in den vergangenen Jahren ist der Ausschuss für Haushalt und Finanzen übereingekommen, über die Beratung des Haushaltsplanentwurfs für das Jahr 1992 einen kurzen Gesamtbericht zu erstatten.

Ich möchte Ihnen zunächst die Beratungsergebnisse des Haushaltsausschusses zum Haushaltsgesetz erläutern. Das Haushaltsgesetz ist vom Haushaltsausschuß wieder in zwei Beratungsdurchgängen beraten worden. Der Haushaltsausschuß empfiehlt Ihnen, den § 1 unverändert mit der üblichen Maßgabe anzunehmen.

In § 3 Abs. 3 soll die Ermächtigung an das Finanzministerium, zweckgebundene Darlehen insbesondere aus Mitteln des Bundes zur Förderung des Wohnungsbaues aufzunehmen, um 182000 DM herabgesetzt werden. Dies ist eine zwangsläufige Veränderung aufgrund der Empfehlungen des Haushaltsausschusses zum Einzelplan 05 des Sozialministeriums.

Die Empfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, dem § 4 des Gesetzentwurfs einen neuen Absatz 2 anzufügen, geht auf einen Vorschlag des Finanzministeriums zurück. Die Vertreter des Finanzministeriums trugen dazu im Haushaltsausschuß vor, bei der Vorbereitung der baulichen Erweiterung für die Universität Lüneburg habe sich herausgestellt, daß die Finanzierung durch die Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft für das Land wirtschaftlicher sei und eine schnellere Realisierung ermögliche. Hierzu bedürfe es einer besonderen haushaltsgesetzlichen Ermächtigung. Für die im Haushaltsplanentwurf 1992 erstmals veranschlagten Vorhaben einer Erweiterung der Hauptmensa und eines Neubaus der Nebenmensa der Technischen Universität Braunschweig sei das gleiche Verfahren vorgesehen.

Die Ergänzung in § 5 Absatz 2 soll es ermöglichen, Garantien des Landes Niedersachsen für Beteiligungen neben der Republik Polen auch in der Republik Ungarn, in der tschechischen und slowakischen föderativen Republik und in den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu übernehmen.

Die vom Haushaltsausschuß zum § 12 Absatz 1 Nr. 1 vorgeschlagene Änderung geht auf einen Vorschlag des Vertreters der FDP-Fraktion zurück. Diese Bestimmung ermächtigt die Hochschulen, nicht in Anspruch genommene Personalausgaben für besetzbare Planstellen und Stellen in Anspruch zu nehmen. Nach dem Gesetzentwurf des Landesministeriums sollte die Inanspruchnahme auf 90 vom Hundert begrenzt sein.

Der Haushaltsausschuß empfiehlt Ihnen, die 100prozentige Inanspruchnahme zu ermöglichen. Des weiteren empfiehlt Ihnen der Haushaltsausschuß, den § 17 Absatz 1 zu streichen. Die Vorschrift ist aufgrund des Gesetzes über die Bindung der Rückflüsse aus Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaus vom 4. Juli 1991 entbehrlich.

Mit der empfohlenen Änderung zum § 17 Absatz 3 sollen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege in die Förderung mit aufgenommen werden. Diese Änderung geht auf einen Vorschlag der Fraktionen der SPD und der Grünen zurück.

Mit dem Einfügen der Absätze 15 bis 17 in § 17 sollen die notwendigen Folgeregelungen nach dem Inkrafttreten des Solidarbeitragsgesetzes in das Haushaltsgesetz aufgenommen werden. Damit ist der Haushaltsausschuß einer Empfehlung des um Mitberatung gebetenen Ausschusses für innere Verwaltung gefolgt. Da die politischen Standpunkte der Fraktionen zum Solidarbeitragsgesetz ohnehin bekannt sind, möchte ich auf eine nähere Erläuterung verzichten.

Des weiteren empfiehlt Ihnen der Haushaltsausschuß, den Grundsätzen für die Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Rechtssprache in dem Text des Haushaltsgesetzes und den allgemeinen Bestimmungen zu den Stellenplänen, Stellenübersichten und Bedarfsnachweisen Rechnung zu tragen.

Im übrigen soll das Haushaltsgesetz, abgesehen von einigen kleineren redaktionellen Änderungen, unverändert bleiben.

Der geänderte Entwurf des Haushaltsgesetzes 1992 wurde im Haushaltsausschuß mit den Stimmen der Vertreter der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Vertreter der Fraktionen der CDU und der FDP angenommen.

Ich komme nun zu den Einzelplänen. Dazu eine Vorbemerkung:

Zu fast allen Einzelplänen sind sowohl in den Fachausschüssen als auch im Haushaltsausschuß von allen Fraktionen zahlreiche Änderungsanträge gestellt worden, die nicht immer eine Mehr-

von Wangenheim

heit fanden und deshalb in den Beschlußempfehlungen nicht oder nicht in voller Höhe wieder erscheinen. Ich kann diese abgelehnten Anträge nicht alle erwähnen, zumal ich davon ausgehe, daß die Fraktionen ihre erfolglosen Bemühungen noch in der Debatte darstellen werden. Ich werde in diesem Gesamtbericht auch darauf verzichten, einzelne Änderungen zu den Einzelplänen darzustellen, die Ihnen der Ausschuß für Haushalt und Finanzen empfiehlt. Die wesentlichen Änderungen sind Ihnen ohnehin bekannt, und ich möchte vermeiden, durch die Erwähnung einzelner Änderungen diesen ein besonderes politisches Gewicht zu geben. Ich beschränke mich daher auf einen Gesamtüberblick.

Die Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen führen im Ergebnis zu Einnahme- und Ausgabesteigerungen von rund 287,7 Millionen DM. Da rund 190 Millionen DM davon im Grunde nur eine Umbuchung darstellen, reduziert sich dieser Betrag auf etwa 100 Millionen DM. Der Betrag der Verpflichtungsermächtigungen soll um rund 426 Millionen Deutsche Mark erhöht werden.

Im Ergebnis wurde das Haushaltsvolumen damit gegenüber der Regierungsvorlage um 0,8 % ausgeweitet. Die Regierungsvorlage sieht vor, daß das Haushaltsvolumen des Haushalts 1992 gegenüber dem Haushalt 1991 um 5,4 % steigt. Rechnet man die Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Haushalt und Finanzen ein, so beträgt die Steigerungsrate insgesamt 6,2 %. Die Investitionsquote steigt von 12,1 auf 12,2 %.

Eingehen möchte ich nicht auf die finanzpolitischen Schwerpunkte, die von den Fraktionen im Haushaltsausschuß vorgetragen wurden. Sie entsprechen im wesentlichen dem, was schon bei der ersten Lesung hier im Plenum gesagt wurde.

In der Abstimmung über die Einzelpläne des Haushaltsplanentwurfs 1992 beschloß der Ausschuß für Haushalt und Finanzen die Einzelpläne 01 — Niedersächsischer Landtag — und 14 — Niedersächsischer Landesrechnungshof — einstimmig. Die übrigen Einzelpläne billigte der Ausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Ausschußmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP.

Der Ausschuß für Haushalt und Finanzen bittet Sie, seinen Beschlußempfehlungen Ihre Zustimmung zu geben.

Ich möchte noch eine Bemerkung anfügen. Sie werden gemerkt haben, daß wir mit den gedruckten Beschlußempfehlungen in diesem Jahr erst zu einem sehr späten Termin zu Ihnen gekommen

sind. Sie haben sie erst am Anfang dieser Woche in den Fächern gefunden. Das ist sicherlich ungewöhnlich und war insbesondere auch für die Oppositionsfraktionen im Hinblick auf die Vorbereitung der heutigen Debatte sicherlich eine gewisse Erschwernis.

Ich möchte Ihnen den Grund hierfür nennen. Wir hatten uns mit Rücksicht auf die zu erwartenden Ergebnisse der neuen Steuerschätzung darauf verständigt, erst am 21. November die Schlußberatung im Haushaltsausschuß zu veranstalten. Danach sind wir verfahren. Das hat im Ergebnis dazu geführt, daß die Drucklegung für die Verwaltung ein technisches Problem war.

Man kann sich allerdings die Frage stellen, ob das so gut gelaufen ist. Es war natürlich wichtig, daß man die neuen Steuerschätzungen kennt. Allerdings müssen wir feststellen, daß die Ergebnisse dieser neuen Steuerschätzung im heute vorgelegten Entwurf tatsächlich keinen Niederschlag gefunden haben.

Damit bin ich am Ende meines Berichts. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Rehkopf:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. — Zur Geschäftsordnung hat der Kollege Eveslage das Wort.

Eveslage (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben soeben mit der Beratung über den Landeshaushalt 1992 im Plenum begonnen. In diesem Haushalt geht es um die großen politischen Weichenstellungen für das nächste Jahr. Es ist sozusagen die Stunde des Parlaments. Und die Stunde des Parlaments erfordert nach unserer Ansicht auch die Anwesenheit der Regierungsglieder.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion stelle ich nach § 78 unserer Geschäftsordnung den Antrag, die fehlenden Mitglieder der Landesregierung, also den stellvertretenden Ministerpräsidenten Herrn Glogowski, die Justizministerin Frau Altmek, den Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Herrn Trittin,

(Gansäuer [CDU]: Der kann draußen bleiben!)

den Sozialminister Herrn Hiller und die Frauenministerin Frau Schoppe herbeizuzitieren und erforderlichenfalls die Sitzung so lange zu unterbrechen, bis die Landesregierung hier vollständig vertreten ist.

(Beifall bei der CDU. — Zahlreiche Abgeordnete und einige Minister betreten den Plenarsaal.)

Vizepräsident Rehkopf:

Meine Damen und Herren, es hat den Anschein, daß die Damen und Herren Minister in aller Kürze hier sein werden. Ich habe Herrn Fischer auch schon gesehen. Herr Trittin ist da. Die Regierungsmitglieder werden gebeten, an der Haushaltsdebatte teilzunehmen.

(Eveslage [CDU]: Ich hatte sofortige Abstimmung beantragt!)

— Herr Eveslage, Sie haben zwei Möglichkeiten eingeräumt. Entweder die Minister kommen sofort, oder wir lassen über die Unterbrechung abstimmen.

(Zuruf von der CDU.)

Wollen wir es mal nicht zu eng sehen. — Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind vollzählig.

(Zurufe von der CDU: Nein!)

— Der Innenminister ist da. — Wir können in der Debatte fortfahren. Das Wort hat zunächst der Kollege Gansäuer.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat die Hälfte der Legislaturperiode noch nicht hinter sich gebracht, und schon kriselt es nach Aussage des stellvertretenden Ministerpräsidenten in dieser Koalition mächtig. Unabhängig von dieser Feststellung, meine sehr verehrten Damen und Herren, spüren die Menschen im Lande: Der Lack blättert gewaltig. — Wenn er denn überhaupt vorhanden war.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Regierung ist groß im Produzieren von Sprechblasen. Darin ist sie unübertroffen. Ebenso unübertroffen ist sie aber auch im Nichtbewältigen landespolitischer Probleme.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün ist die

Landesregierung nicht müde geworden, den Bruch unzähliger Wahlversprechen mit zwei Argumenten zu begründen, nämlich erstens mit der Finanzpolitik der Vorgängerregierung und zweitens mit den Kosten der deutschen Einheit. Was die erste Begründung anbelangt, ist es ein leichtes, zu beweisen, daß SPD-Abgeordnete — z. B. Herr Ravens, Herr Kasimier oder Herr Theilen — die frühere Landesregierung immer wieder aufgefordert haben, die Konsolidierung der Landesfinanzen nicht so eilig voranzutreiben. In großen Anzeigen — eine davon habe ich hier — hat die SPD die Sparpolitik der damaligen Regierung kritisiert. Für den Haushalt 1985 erklärte Karl Ravens z. B., die Union solle das Wort „Konsolidierung“ nicht in einen so absoluten Stand erheben. Er hat gefordert, 200 Millionen DM mehr Schulden zu machen.

Als die Einnahmen aus dem Förderzins im Jahre 1987 wegen des Verfalls des Ölpreises auf dem Weltmarkt jedoch von 2,2 Milliarden DM auf fast Null fielen und das Land hierdurch in große Schwierigkeiten geriet, schwenkte z. B. Joke Bruns sofort um, was ja bekanntermaßen eine seiner hervorragendsten Disziplinen ist. Nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern?“ erklärte er in einer Finanzdebatte am 14. Mai 1987:

„Die Regierung Albrecht hat zehn Jahre lang über ihre Verhältnisse gelebt. Sie hat Jahr für Jahr mehr Geld ausgegeben, als sie eingenommen hat.“

Wir hätten noch viel mehr Geld ausgegeben, wenn wir den Anträgen der SPD stattgegeben hätten. Das aber nur nebenbei. — Herr Bruns sagte dann weiter:

„Das ist die ganz einfache finanzpolitische Arithmetik.“

Diese Aussage, meine Damen und Herren, betrachten wir nun unter dem Blickwinkel dieses Haushalts. Was machen Schröder und Bruns denn nun heute? — Trotz der höchsten Einnahmen in der Geschichte Niedersachsens geben Sie Tag für Tag mehr Geld aus, als Sie einnehmen und leben auf Teufel komm raus über ihre und unsere Verhältnisse, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

In zwei Jahren 1,6 Milliarden DM Rücklagen plündern, mehr als 5 Milliarden DM Mehreinnahmen verausgaben und trotzdem noch fast 5 Milliarden DM neue Schulden machen — dies ist eine Leistung, die schon fast in das Guinnessbuch

Gansäuer

der Rekorde gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Trotzdem bestätigt das Finanzministerium in einer Kabinettsvorlage, für 1992 fehlten trotz der hohen Neuverschuldung noch 700 Millionen DM, und für 1993 fehlten 1,1 Milliarden DM. Was sagte doch Joke Bruns vor der Landtagswahl laut „Emder Zeitung“? Ich habe sie mitgebracht. Ich zitiere:

„Mit ihm gebe es keine Politik mit Verschuldung, außer wenn damit Arbeitsplätze geschaffen würden. Zur Verwirklichung des Zehn-Punkte-Programms sei es allerdings nicht nötig, neue Schulden zu machen.“

Das ist doch völlig klar. Die haben noch nicht einmal zwei Punkte verwirklicht und müssen schon neue Schulden machen.

(Beifall bei der CDU.)

„Die Finanzierung ließe sich durch zu erwartende Steuermehreinnahmen und Haushaltsumschichtungen erreichen.“

Wie ist heute die Wirklichkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren? — Steuermehreinnahmen hat diese Landesregierung so reichlich wie keine andere Landesregierung zuvor. Trotzdem aber macht sie noch reichlicher Schulden wie keine andere Landesregierung zuvor, jedenfalls im Verhältnis zu den Einnahmen.

(Beifall bei der CDU.)

Heute, meine Damen und Herren, kann Joke Bruns angesichts solcher Ankündigungen froh sein, daß er bei seinen Reden im Lande nicht an einen Lügendetektor angeschlossen ist.

Im Oktober dieses Jahres fand das Verfahren über die Normenkontrollanträge verschiedener Bundesländer im Hinblick auf das Finanzausgleichsgesetz vor dem Bundesverfassungsgericht statt — wie jeder weiß —, und dort sollte man ja — das wäre sicherlich sinnvoll —, anders als Herr Bruns dies manchmal vor dem Parlament tut, die Wahrheit sagen. Dankenswerterweise hat dies der Staatssekretär im Finanzministerium, Herr Neuber, im Namen der Landesregierung getan, und er hat damit alle Verdrehungen von Rot-Grün über das Finanzgebaren von CDU und FDP in das Reich der Märchen verwiesen. In seiner Stellungnahme hat er nämlich folgendes erklärt — das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen —:

„Dabei ist die Entwicklung des Schuldenstandes in Niedersachsen keineswegs größer als im Bundesdurchschnitt. Im Gegenteil:

Von 1970 bis 1990 steigt die Verschuldung bei allen Flächenländern um 1 335 %, in Niedersachsen um 1 319 %. Niedersachsen hat seine geringere Finanzkraft also nicht etwa durch höhere Verschuldung ausgeglichen, sondern sich bei den Ausgaben zurückgehalten. Ausweislich der Ihnen vorliegenden Zahlen steigen die Ausgaben Niedersachsens im Zeitraum 1982 bis 1991 um 39,8 %, die der Länder insgesamt um 45,5 %.“

Außerhalb Niedersachsens, meine Damen und Herren, fällt es offensichtlich Mitgliedern der Landesregierung leichter, die Wahrheit zu sagen, denn Staatssekretär Neuber hat recht: In Niedersachsen ist es unter CDU und FDP trotz der Einnahmeausfälle beim Förderzins gelungen, die Kreditfinanzierungsquote von 1976 bis 1990 um mehr als die Hälfte zu drücken.

Ich denke, mit diesem Zitat können wir dieses Kapitel endgültig ad acta legen. Ich gehe aber immer wieder gern darauf ein, wenn Sie das wünschen.

Nun zum zweiten Punkt, nämlich der deutschen Einheit. Heute ist bewiesen, was kürzlich noch bestritten wurde, daß nämlich Niedersachsen, so wie es das von uns beauftragte Prognos-Institut herausgefunden hat, für die deutsche Einheit nicht draufgezahlt, sondern an ihr sogar verdient hat. Ich zitiere in diesem Zusammenhang aus der Kabinettsvorlage des Finanzministers Swieter vom 5. November 1991. Dort heißt es wörtlich:

„Die Entwicklung der Steuereinnahmen stellt sich in Niedersachsen im bisherigen Jahresverlauf unter dem Einfluß der guten Wirtschaftslage, die durch die Nachfrageimpulse aus den neuen Bundesländern zusätzlich gestärkt wird, recht günstig dar. Die hohen Mehreinnahmen ... resultieren im wesentlichen aus dem beträchtlichen Anstieg der Steuern vom Einkommen, insbesondere der Lohnsteuer (+ 16,1 %) und der veranlagten Einkommensteuer (+ 53,2 %) sowie dem überdurchschnittlichen Wachstum des Umsatzsteueraufkommens (+ 32,1 %).“

Das ist gigantisch! So etwas hat es noch nie gegeben, und trotzdem kommt Rot-Grün mit Geld nicht hin und zurück. Das ist die Wahrheit, vor der Niedersachsen steht.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, auch die anschließende Aufzählung der finanzpolitischen Risiken ändert nichts daran, daß Niedersachsen der größte

finanzielle Einheitsgewinnler unter den deutschen Bundesländern ist.

(Waike [SPD]: Es steht aber in der Vorlage noch etwas mehr! Warum haben Sie das nicht zitiert?)

Es ist deshalb schlicht eine Unverschämtheit, angesichts dieser gigantischen Einnahmesituation auch noch der deutschen Einheit die Nichterfüllbarkeit von Wahlkampfversprechen in die Schuhe zu schieben.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, Sie haben die Wahlkampfversprechen abgegeben, obwohl Sie nicht wissen konnten, daß Sie diese Mehreinnahmen erzielen würden. Ich sage Ihnen an dieser Stelle, wie ich es schon oft getan habe: Sie haben, Herr Schröder besonders, den Mund zu voll genommen. Sie haben die Wähler belogen und betrogen! Dabei bleibt es!

(Starker Beifall bei der CDU.)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir uns nicht fragen, ob es nicht auch zur Verbitterung der Menschen in der ehemaligen DDR beiträgt, daß sie gerade in diesen Tagen miterleben müssen, wie z. B. die westdeutschen Bundesländer um jede Mark feilschen, die sie nicht in die neuen Bundesländer geben müssen?

Auf den Tagungen aller Parteien wird im Zusammenhang mit den Problemen der Dritten Welt oft das Wort von der Solidarität strapaziert. Ich frage mich, wie das eigentlich gelingen soll, wenn dies noch nicht einmal im Verhältnis zu den eigenen Landsleuten gelingt, die über 50 Jahre Diktatur erleiden mußten.

Meine Damen und Herren! Vor wenigen Tagen hat Finanzminister Swieter auf einer Pressekonferenz angekündigt, er wolle die Steuermehreinnahmen aus dem jetzt laufenden Haushaltsjahr der Rücklage zuführen. Dies ist zwar vernünftig — das gebe ich zu —, aber ich war besonders erstaunt, weil ich mich an eine Rede — wie so oft — von Gerhard Schröder erinnerte, die er Ende 1988 im Landtag zum Thema Rücklagen gehalten hat. Er hat damals folgendes gesagt:

„Nach wie vor will die Zählgemeinschaft“

— das waren damals wir beide —

„mehr als 450 Millionen DM in die Rücklage geben. Die Neuverschuldung soll“

— das hat er gesagt —

„2,45 Milliarden DM ausmachen. Sie,“

— CDU und FDP —

„meine Damen und Herren, sind dem Parlament noch immer eine Antwort auf die Frage schuldig, weshalb Sie sich bei Banken fast 2,5 Milliarden DM für teure Zinsen ausleihen wollen, um dann davon gleich wieder 450 Millionen DM in die Rücklage zu geben.“

Sodann hat er folgendes hinzugefügt:

„Mit der Erhöhung der Reserve für 1990 auf 1,6 Milliarden DM haben Sie doch nur eines im Sinn, meine Damen und Herren: die Bildung einer Wahlkampfkasse,“

— das hat er gesagt —

„mit der Sie dann, wenn es jemals soweit kommt, dem staunenden Wähler Wohltrauten vorführen wollen.“

Meine Damen und Herren, bewiesenermaßen haben CDU und FDP die 1,6 Milliarden DM Rücklage nicht als Wahlgeschenk ausgegeben, sondern diesen großen Betrag — ich füge hinzu: blödsinnigerweise — Rot-Grün hinterlassen.

(Beifall bei der CDU.)

Die Frage, ob dies klug war, ist beantwortet, denn das Geld ist inzwischen von Rot-Grün in anderthalb Jahren verklitscht worden.

Sicher aber ist schon heute, daß SPD und Grüne 1994 keinen einzigen Pfennig in der Rücklage belassen werden. Davon können wir ausgehen. Abgesehen davon hätten sich Herr Schröder und Herr Bruns zu Recht aufgeregt — das gebe ich zu —, wenn das Motiv, diese Rücklage zu bilden, jenes gewesen wäre, das sie der damaligen Landesregierung unterstellt haben. Deshalb können wir ganz sicher sein, daß Schröder und Bruns niemals so handeln würden. Ich habe allerdings, meine sehr verehrten Damen und Herren, die vorhin schon zitierte Kabinettsvorlage vom 5. November 1991 — ich habe sie hier — zu Ende gelesen. Die letzten drei Sätze des Papiers haben den letzten Beweis für den Mangel an finanzpolitischer Seriosität und Aufrichtigkeit bei den Herren Schröder und Bruns geliefert. In diesem Papier heißt es nämlich zum Schluß — ich zitiere wörtlich —:

„An eine weitere Reduzierung der Nettokreditaufnahme ist deshalb unter den gegebenen Umständen realistischerweise nicht zu denken. Ziel der Landesregierung“

— das kennen wir —

„ist es aber, die Nettokreditaufnahme innerhalb der Legislaturperiode unter der selbst gesetzten Kreditaufnahmegrenze von 10 Milliarden DM zu halten.“

Gansäuer

Und jetzt kommt der letzte Satz:

„Außerdem sollte sie sich einen Handlungsspielraum am Ende der Legislaturperiode 1994 schaffen.“

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Das bedeutet nichts anderes: Rücklagenbildung und neue Schulden als Kriegs- und Wahlkampfkasse für 1994. Das ist der Punkt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, größere Heuchler als Sie beide, die müssen Sie in Niedersachsen lange suchen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Auf einem Bezirksparteitag im November 1987 hat Gerhard Schröder einmal gesagt — er ist ja wirklich eine Fundgrube; soviel Unsinn wie er in den letzten zehn Jahren hat kein Politiker in Deutschland geredet —:

„Der Fortschrittsbegriff von Godesberg stimmt nicht mehr. Er gründet sich auf Wachstum und nur auf Wachstum. Mit dieser dumpfen Fortschrittsgläubigkeit muß gebrochen werden.“

Angesichts dieses Haushaltes kann ich nur feststellen — auch mit Blick auf die Grünen —: Es gibt keine Landesregierung in den alten Bundesländern, die ihr Ausgabegebaren stärker auf Wachstum gründet als die rot-grüne. Gäbe es das Wachstum durch die deutsche Einheit nicht, hätte Gerhard Schröder schon lange einen Offenbarungseid leisten müssen. Gerhard Schröder hat weder das Wachstum noch eine solide Finanzpolitik noch etwa die deutsche Einheit zu verantworten, sondern das haben CDU und FDP gemeinsam gemacht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Zum zweiten Mal übersteigt das Volumen des niedersächsischen Landeshaushaltes die Empfehlungen des Finanzplanungsrates um fast das Doppelte. Zum zweiten Mal liegt Niedersachsen hinsichtlich des Personalkostenzuwachses an der Spitze aller Bundesländer. Meine sehr verehrten Damen und Herren, würden sich alle öffentlichen Haushalte so verhalten wie Niedersachsen, wäre die Stabilität unserer Währung in wenigen Jahren dahin. Wenn das, was Rot-Grün in Niedersachsen finanzpolitisch vorführen, ein Modell für Bonn sein soll — das wird ja manchmal gesagt; der Wähler möge dies verhüten —, kann man unseren Bürgern nur empfehlen, ihre Sparguthaben möglichst rasch aufzulösen und in die Toskana auszuwandern. Wie ich gelesen habe, kennen sich Sozialdemokraten da ja besonders gut aus.

Meine Damen und Herren, in ihrem Landeswahlprogramm schreibt die SPD: „Zu den Fehlleistungen im engeren wirtschaftspolitischen Aufgabenbereich kommen die Wirkungen einer drastisch reduzierten öffentlichen Investitionstätigkeit.“ Als die SPD dies schrieb, betrug die Investitionsquote des Landes 13 %. Laut Mipla dieser Regierung soll sie aber in den kommenden Jahren auf unter 11 % sinken. Wenn die 13 % von damals nun schon eine Fehlleistung gewesen sein sollen, was sind dann die 10,9 %, die Rot und Grün in ihre Mipla geschrieben haben?

Diese Politik ist genau das Gegenteil von dem, was sich ein strukturschwaches Land leisten darf. Konsumtive Ausgaben erhöhen und investive absenken kostet mittel- und langfristig Wirtschaftskraft und damit Arbeitsplätze. Mit diesem strukturpolitischen Sinkflug geht nun Gerhard Schröder in die zweite Halbzeit dieser Legislaturperiode.

Damit aber nicht genug. Unabhängig von der Beteiligung der Gemeinden am Fonds „Deutsche Einheit“ erzwingt Rot-Grün von den Kommunen ein Sonderopfer, das sich durch nichts rechtfertigen läßt und das sie bis 1994 700 Millionen DM kosten wird. Ich messe Sie immer an Ihren eigenen Aussagen. Was hatte die SPD doch in ihr Wahlprogramm geschrieben? Ich zitiere: „Es ist deshalb das vorrangige Ziel der SPD, den Städten, Gemeinden und Landkreisen eine Finanzausstattung zu garantieren, die eine eigenverantwortliche Lösung der Probleme auf kommunaler Ebene möglich macht.“ Deshalb nehmen Sie den Kommunen logischerweise 700 Millionen DM weg. Das ist ja logisch, nicht wahr?

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung ist mit Wortbrüchen und nicht eingehaltenen Versprechungen fast gegenüber jedermann gepflastert.

(Präsident Milde übernimmt den Vorsitz.)

„Meine Damen und Herren, wer seinen Landeshaushalt durch kommunale Kassen sanieren will, schädigt erneut die sozial Schwachen, fördert die Arbeitslosigkeit, schwächt die Lebensqualität und verschärft das Nord-Süd-Gefälle.“ Joke Bruns hatte recht, als er dies im Mai 1987 sagte. Meine Damen und Herren, er hat es nur im November/Dezember 1991 völlig vergessen, wie so vieles andere auch.

(Beifall bei der CDU.)

Ich zitiere ihn auch deshalb so oft, weil er in letzter Zeit, insbesondere in den letzten anderthalb Jahren, offenbar an chronischem Gedächtnisschwund zu leiden scheint. Im Vergleich zum Jahre 1987 gibt es allerdings einen kleinen Unterschied: Damals haben wir es mit einigen Milliarden Mindereinnahmen zu tun gehabt, während diese Regierung über etliche Milliarden Mehreinnahmen verfügt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, wenn Sie unseren Maßstäben nicht gerecht werden, ist das Ihr gutes Recht; aber wir fordern Sie — wie schon so oft — auf: Werden Sie doch bitte wenigstens Ihren eigenen Maßstäben gerecht, die Sie sogar in Ihre Programme geschrieben haben. Das wäre ja schon etwas.

Wer noch geglaubt hat, die Koalitionsfraktionen würden bei der Haushaltsberatung die Kraft aufbringen, wenigstens einen kleinen Beitrag zum Umsteuern zu leisten, hat sich getäuscht. SPD und Grüne satteln wieder einmal drauf. Eine Kontrolle der Regierung durch die Mehrheit im Landtag findet nicht mehr statt. Frau Dückert und Herr Bruns haben gleichermaßen betont, Mehreinnahmen sollten möglichst zur Abdeckung der globalen Minderausgaben genutzt werden. Wir halten es für einen schlechten Witz, wenn diese beiden die Meinung vertreten, die globalen Minderausgaben sollen bestehenbleiben, um — wie Sie vor der Presse gesagt haben — finanziellen Druck der Fraktionen auf die Ministerien ausüben zu können.

Wer so etwas sagt, versucht die Dinge auf den Kopf zu stellen; denn jeder weiß, daß das Parlament mit der Ausbringung einer globalen Minderausgabe in der bisher einmaligen Höhe von 367 Millionen DM auf einen wesentlichen Teil seines Budgetrechtes verzichtet. Das weiß jeder Klippschüler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Jämmerlicher kann eine Landtagsmehrheit nicht mehr beweisen, daß sie eigentlich nicht mehr gebraucht wird.

Der Präsident des Landesrechnungshofs hat dazu folgendes ausgeführt:

„Ein Haushaltsplanentwurf, der die Landesregierung zu Minderausgaben von 367 Millionen DM verpflichtet und es allein ihr überträgt, bei welchen Einzelansätzen und in welcher Höhe Kürzungen stattfinden, ist nur scheinbar ausgeglichen. Bei der Beratung und Verabschiedung eines solchen Entwurfs weiß im Grunde genommen niemand, worum es wirklich geht.“

Dies ist eine schwerwiegende und sehr ernst zu nehmende Kritik von einem Rechnungshofpräsidenten, der, wie jeder weiß, der sozialdemokratischen Partei und nicht der christdemokratischen Partei angehört.

Daß der Landesregierung trotz der hervorragenden Einnahmesituation ungewöhnlich mulmig zumute sein muß, ist verständlich, wenn man sich die rot-grüne Mipla ansieht. Da werden auf Seite 21 655 Millionen DM an Einnahmen aus der Strukturhilfe veranschlagt, obwohl jeder wußte, daß wir diesen Betrag mit Sicherheit nicht in voller Höhe einnehmen würden, obwohl im Januar nachverhandelt wird. Daß die globale Minderausgabe in den Jahren 1993 bis 1995 nicht 367 Millionen DM wie im Jahre 1992, sondern sogar jährlich mehr als 450 Millionen DM betragen soll, will ich nur noch am Rande erwähnen. Dann wäre es doch eigentlich konsequent, wenn man das Parlament nach Hause schicken würde.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Sie gehen doch freiwillig! Das haben Sie doch beim letztenmal gemacht, als abgestimmt werden sollte, weil Sie keine vernünftigen Anträge stellen konnten!)

Das Originellste steht nun aber auf Seite 23 der Mipla. Dort sind nämlich, was ich überhaupt noch nicht erlebt habe, ab 1993 sage und schreibe jeweils 650 Millionen DM globale Mehreinnahmen veranschlagt worden. Diese Geisterbuchung, um es einmal mit Herrn Bruns zu sagen, dieser Phantomansatz macht das ganze Dilemma dieser Koalition deutlich.

(Beifall bei der CDU.)

Ihr steht schon nach eineinhalb Jahren das Wasser bis zum Hals, obwohl sie einen großen Teil ihrer Versprechungen weder eingeleitet noch umgesetzt hat.

Ich nenne beispielhaft nur die Verdoppelung des Umweltetats, die Arbeitszeitverkürzung für Lehrer, die Finanzierung der Kindertagesstätten, die versprochene bessere Ausstattung der Hochschulen — das Gegenteil wird getan —, die Expo 2000, die Kosten eines verbesserten Pflugeschlüssels.

Dann hat Herr Schröder vor der Wahl für den Fall seines Sieges noch versprochen — ich zitiere den „Nord-Report“ —:

„Als erstes werde ich die Staatsjagd abschaffen. Unsere Tiere müssen wieder ihr Leben behalten.“

(Lachen und Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Gansäuer

Meine Damen und Herren, in Springe heißen die Jagden nun nicht mehr Staatsjagden. Aber es wird genauso gejagt wie vorher. An der letzten Jagd hat laut „HAZ“ vom 3. Dezember 1991 der General Behrens teilgenommen. Er ist Jagdkönig geworden. 17 Wildscheine und fünf Stück Damwild hat er erlegt. Ich sage Ihnen, Herr Schröder: Den Wildschweinen ist es völlig wurscht, auf welcher Jagd sie totgeschossen werden. Tot ist tot.

(Lachen und Beifall bei der CDU.)

Die Finanzschwierigkeiten machen Herrn Schröder schwer zu schaffen. Dies ist auch der Grund dafür, daß er in Sachen Mehrwertsteuererhöhung einen bemerkenswerten Schlingerkurs, um nicht zu sagen: einen bemerkenswerten Eiertanz aufführt. Während nämlich Frau Matthäus-Maier im Bundestag die Erhöhung für die SPD strikt ablehnt und der SPD-Sozialexperte Dressler sie als unsozial bezeichnet, wenngleich die SPD in den 70er Jahren drei Mehrwertsteuererhöhungen beschlossen und den erniedrigten Mehrwertsteuersatz jeweils auch gleich mit erhöht hat, muß Gerhard Schröder dafür sein. Warum? — Weil er ausweislich seiner Mipla eine Deckungslücke von über 1 Milliarde DM hat. Deshalb gibt es für die SPD einmal mehr einen klaren Kurs — wir werden das erleben —: im Bundestag ablehnen und im Bundesrat irgendwann doch mit der Stimme Niedersachsens zustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nicht nur wir haben uns angesichts eines derart unausgeglichenen Haushalts gefragt, auf welcher finanziellen Grundlage dieser Ministerpräsident das Land in die unternehmerische Verantwortung für die Olympia-Werke in Wilhelmshaven einbinden wollte. Dies hätte für Gerhard Schröder als Chef dieses Unternehmens — nämlich dadurch, daß das Land Olympia hätte aufkaufen sollen — nicht 200 Millionen DM Verlust bedeutet, sondern das Mehrfache. Darauf können Sie Gift nehmen, daß es so gekommen wäre!

(Beifall bei der CDU.)

Aber warum hat er das zugesagt? — Weil wir kurz vor der Kommunalwahl standen. Er hat versucht, die Arbeitnehmer und die Menschen in Wilhelmshaven zu täuschen. Es ist ihm wahrscheinlich auch gelungen. Aber sie merken heute, daß er sie getäuscht hat.

(Beifall bei der CDU.)

Die Möglichkeit, die er hatte, um Olympia zu retten, hatte er verschlafen, als er mit Mercedes über die Teststrecke gesprochen hatte.

(Beifall bei der CDU.)

Was die wirtschaftliche Kompetenz dieses Ministerpräsidenten angeht, haben wir ja ausgiebig genießen können. Noch heute sind Firmenleitung und Betriebsrat der Continental AG begeistert darüber, wie fachmännisch der Ministerpräsident nach einem 90minütigen Essen mit Herrn Pirelli empfohlen hat zu fusionieren, um so Hunderte von Arbeitsplätzen in Hannover zu vernichten. Die jetzige Entwicklung zwischen der Continental AG und der Firma Pirelli ist deshalb auch ein Schlag in das Gesicht von Gerhard Schröder. Seine damalige ökonomisch-analytische Meisterleistung knüpft an ein Interview an, das er einmal in der Schlußphase der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt gegeben hat. Damals hat er im „Münchener Merkur“ erklärt — ich habe ihn hier; man muß sich das auch wieder auf der Zunge zergehen lassen —:

„Weite Teile der SPD und besonders der Kanzler betreiben eine Reformpolitik auf dem Boden des Kapitalismus. Wir dagegen gehen davon aus, daß man unser Wirtschaftssystem insgesamt beseitigen muß.“

(Beifall bei der CDU.)

Sehr schön, meine Damen und Herren! Das erinnert mich an die Tischrede von Herrn Jelzin, der gesagt hat, nach der Perestroika in der Sowjetunion sei das erste Buch, das er gelesen habe, das Buch über die soziale Marktwirtschaft gewesen. Vielleicht leiht Ihnen Herr Jelzin das Buch einmal aus, Herr Schröder.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

Nun wird man Herrn Schröder allerdings nicht vorwerfen können, daß er nichts dazugelernt hat, im Gegenteil: Er hat im Vergleich zu damals erhebliche Fortschritte gemacht, denn er trinkt heute nachgewiesenermaßen lieber und öfter mit Unternehmern Champagner als mit Gewerkschaftern Bier.

In ihrem Programm für die Kommunalwahl im Oktober haben die Sozialdemokraten zehn Gründe aufgeführt, SPD zu wählen. Als Nummer 1 wurde hervorgehoben, daß Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mitten im Leben stehen. Diese Aussage ist intellektuell wirklich eine Spitzenleistung. Wo Lebenseinstellungen — so steht im Programm — sich verändern, würden sie aktiv den Wandel der Gesellschaft gestalten.

Meine Damen und Herren, es gibt in der Tat einen hervorstechenden Wandel im Lebensstil dieser Regierung, den insbesondere der Ministerpräsident prägt. Nun will ich erst einmal vorweg sagen: Politik muß auch Spaß machen, und nach getaner Arbeit müssen Politiker auch feiern kön-

nen; darüber gibt es gar keinen Zweifel. Aber wenn hochdotierte Minister

(Hildebrandt [FDP]: So hochdotiert sind sie gar nicht!)

feiern — und ich sage noch einmal, ich gönne es ihnen gern, gleich welcher Couleur sie sind —, dann sollen sie ihre Feten gefälligst selber bezahlen und nicht auf Kosten der Steuerzahler große Parties feiern, so wie dies zum Beispiel aufgrund des Jahrestages der Regierungsübernahme von Rot-Grün im Sommer geschehen ist. Der „Nord-Report“ berichtete seinerzeit über diesen Abend:

„In lockerer Atmosphäre“

— auf Staatskosten natürlich —

„wurde zwischen rot und grün beleuchteten Kunststoffsäulen stundenlang geplaudert und gescherzt. Diese zwanglose Stimmung“

— auf Staatskosten natürlich. „Ehrlich in die neue Zeit“, Herr Schröder —

„außerhalb der altersgrauen Routine schien zu gefallen. 'Wir wollen mit diesem Stil die letzten 14 Jahre vergessen machen und dafür sorgen, daß diese Art des Miteinandergehens Mode wird', sagte ein strahlender Ministerpräsident. Und Finanzminister Hinrich Swieter verkündete“

— das ist das schönste —:

„Wir wollen jetzt jedes Jahr den Geburtstag der Koalition feiern.“

Auf Steuerzahlerkosten natürlich!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU.)

„Wenn wir das bei einem 34-Milliarden-Etat nicht finanzieren können . . .“

Meine Damen und Herren, es hätte nur noch gefehlt, daß er gesagt hätte: „Wenn wir das bei 2,4 Milliarden DM neuer Schulden nicht finanzieren können.“ Das wäre noch schöner gewesen. — Da kann ich nur sagen: Na dann Prost! Viel Vergnügen bei der nächsten Feier! Was hat doch Gerhard Schröder auf einem Landesparteitag einmal gesagt:

„Die SPD würde ihre Identität als Partei der Aufklärung verlieren, wenn sie das Volksempfinden als Grenze ihrer inhaltlichen Arbeit akzeptierte.“

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

— Das geht alles von meiner Redezeit ab! — Recht hat Gerhard Schröder, denn das Volksempfinden hat diese Gelage auf Kosten der Steuer-

zahler satt bis obenhin im Gegensatz zu Gerhard Schröder und zu Rot-Grün.

Meine Damen und Herren, es fällt nun langsam auf, daß dieser Ministerpräsident einen Stil vorlebt, der zumindest mit sozialdemokratischen Ansprüchen alter Schule nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

(Zuruf von der CDU): Die gibt es auch nicht mehr!

Da schreibt der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 27. Mai 1991:

„Gerhard Schröder, SPD-Ministerpräsident von Niedersachsen, demonstrierte wieder einmal seinen Hang zum Wohlleben.“

Der „Spiegel“ berichtet, daß Schröder zu früh von einem Mittagessen der SPD-Länderchefs in ein Hintergrundgespräch Lafontaines mit Journalisten hineingeplatzt sei. Der „Spiegel“ berichtet dann weiter:

„Während die Zeitungsschreiber mit Selterswasser verköstigt wurden, ließ sich Schröder unter verständnisinigem Gepruste Lafontaines und der Journalistenrunde auf einem silbernen Tablett ein Glas Champagner kredenzen.“

Nun könnten wir diese Geschichte als kleine Anekdote werten, frei nach dem Motto: „Genossen, ihr braucht euren Champagner nicht mehr zu verstecken und heimlich zu trinken, Gerhard Schröder trinkt ihn auch öffentlich.“

Aber es geht tiefer, meine Damen und Herren! Im September war Hans Apel, wie Sie wissen, zu Gast in Hannover. Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ berichtete — ich zitiere —:

„Zu den derzeitigen SPD-Sternen wie Oskar Lafontaine oder Gerhard Schröder hegt Apel eine tiefe innere Distanz. Sie rührt vor allem vom Lebensstil, dem sich der Hamburger Reihenhäusler verschrieben hat.“

Er hat gesagt:

„Uns trennen nicht eine Generation, sondern 100 Jahre. Wenn ich lese, daß sich Gerhard Schröder und andere Schuhe für 500 DM und einen Anzug für 3 000 DM leisten, ist das für mich schlicht Sünde.“

(Zurufe.)

— Meine sehr verehrten Damen und Herren, das habe nicht ich gesagt, sondern das hat Hans Apel gesagt.

(Waike [SPD]: Mehr als peinlich, was Sie sagen! — Weitere Zurufe von der SPD.)

Gansäuer

Ich will in diesem Kontext nur noch auf etwas zurückkommen, was Ihr Kollege Auditor angesprochen hat.

(Frau Tewes [SPD]: Peinlich für das Parlament!)

In Hannover gab es eine Veranstaltung „Zirkus und Entenbrust“ zu Ehren des neuen Lottochefs. Hauptdarsteller bei dieser 40 000 DM teuren Sause waren Gerhard Schröder und sein ehemaliger Staatssekretär. Nach Ansicht eines Kollegen aus der SPD-Landtagsfraktion

(Zurufe von der SPD)

— darf ich den schon nicht mehr zitieren? — hatte der Abend bestätigt, daß sich die meisten Politiker mit dem Geld anderer Leute bereichern, wenn sie erst einmal oben sind. „Das betrifft auch Schröder. Viele von uns denken so“, hat Michael Auditor gesagt. Daß viele Bürger ebenso dachten, belegt eine Fülle von Leserbriefen, aus denen ich nur einen zitiere:

„Barockfürsten: Die Instinktlosigkeit dieser Selbstbediener wird nur durch ihre Schamlosigkeit übertroffen, mit der sie hinlangen.“

An diesen Reaktionen wird nun überdeutlich, meine Damen und Herren, daß es bei dem Stil des Ministerpräsidenten Schröder eben nicht nur um seine private Lebensart geht, sondern auch darum, daß sein Stil die negativen Vorurteile vieler Menschen gegenüber der Politik ständig verschärft. Ich kritisiere diesen Stil, weil der Schrödersche Champagnersozialismus den Mangel an politischer Glaubwürdigkeit der Politiker insgesamt verstärkt. Links reden, rechts leben. Darin wird Gerhard Schröder von niemandem übertroffen.

(Zustimmung bei der CDU.)

„Der Mangel an politischer Glaubwürdigkeit ist in der Demokratie nicht weniger gefährlich als ungelöste soziale Probleme“, so stand es im SPD-Landtagswahlprogramm.

Vor dem Hintergrund dieser Lebensart erinnerte ich mich an eine Rede von Gerhard Schröder aus dem Jahre 1989, die er kurz vor der letzten Landtagswahl gehalten hat. Er hat damals gesagt:

„Mehr als drei Millionen Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Frauen sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Viele alte Menschen scheuen den Weg zum Sozialamt und leben buchstäblich in bitterster Armut.“

Soweit die Worte des damaligen Oppositionsführers. Was machen der Regierungschef Schröder und seine SPD heute? Ich habe das eben vorgetragen: Weder im vergangenen Jahr noch in diesem Jahr geben sie entgegen unseren Anträgen auch nur eine einzige Mark zusätzlich für Obdachlose aus, um nur ein Beispiel herauszugreifen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage Ihnen, Herr Schröder: Diesen Menschen, die Sie damals gemeint haben, werden Sie besonders imponieren, wenn über Ihren Lebensstil in den Zeitungen berichtet wird, und es wird ihnen klar werden, daß sie von Ihnen lediglich benutzt wurden, um Stimmung zu machen. Heute haben Sie sie im Stich gelassen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun noch ein wenig auf die Rede eingehen, die Herr Schröder gestern gehalten hat, und ein bißchen Champagner in die Wunde gießen. Gestern hat Herr Schröder hier bedeutende Ausführungen gemacht, zu denen ich nur folgendes sagen will: Erstens. Wir freuen uns darüber, daß auf den Juso in Gerhard Schröder nach wie vor Verlaß ist. Zweitens. Allmählich werden seine Reden stereotyp. Wenn er nicht mehr weiter weiß, wirft er der gesamten Opposition vor, sie diffamiere demagogisch. Wenn er dann überhaupt keine Argumente mehr hat, meine Damen und Herren, macht er für all seine Unbill die alte Landesregierung verantwortlich.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie sich einmal etwas Neues einfallen, Herr Schröder, damit wir endlich in der Diskussion weiterkommen.

Ich kann an dieser Stelle nur fragen: Was erwarten Sie eigentlich von der Opposition, wenn Ihr eigener stellvertretender Ministerpräsident sagt, diese Regierung kriselt, und in drei Bereichen leistet sie nicht das Notwendige? Er hat sie genannt: Asylpolitik, Atommülltransporte und Müllentsorgung. Meine Damen und Herren, glauben Sie denn etwa, wir würden hier im Niedersächsischen Landtag mit Ihnen fröhlich Watte pusten, wenn es darum geht, die Lebensverhältnisse der Menschen in Niedersachsen zu sichern und sie nicht aufgrund dieser rot-grünen Koalition zu verschlampen? Das glauben Sie doch wohl nicht im Ernst!

(Beifall bei der CDU.)

Ein weiterer Punkt, der wichtig ist. Sie kennen unsere Position zur Expo, meine sehr verehrten Damen und Herren. An dieser Position wird sich

nichts ändern, wie immer unser persönliches und politisches Verhältnis ist, Herr Schröder, weil die Expo über den Tag hinaus wichtig ist, an dem wir beide hier vermutlich Politik machen werden. Aber eines kann ich Ihnen an dieser Stelle sagen: Wenn Sie die Expo wirklich wollen, dann spielen Sie bitte nicht so mit gezinkten Karten, wie es Ihre Staatskanzlei gemacht hat. Diese Art und Weise des Umgangs mit einem Gutachten, daß man etwas daranhängt, was in dem Gutachten selber gar nicht steht, führt dazu, daß das Mißtrauen der Menschen insbesondere in der Region ständig wächst und daß der Widerstand gegen diese Expo 2000 wächst.

(Beifall bei der CDU.)

Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Mich unterscheidet viel vom Kollegen Jordan. Aber wie die SPD und die Regierung ihn kritisieren können, weil er diese gezinkten Karten kritisiert hat, das kann ich überhaupt nicht mehr begreifen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will hier nur sagen: Wir wollen die Expo. Wir wollen sie mit dem Thema der globalen Bedrohung dieser Erde, der Umweltbedrohung dieser Erde. Wir wollen sie aber mit offenem Visier gegenüber den Menschen in dieser Region und in Niedersachsen. Wir wollen sie nicht durch Heimlichkeiten und Verdrehungen erreichen.

Im übrigen, wenn es eine Bürgerbefragung geben soll — das müßte ja jetzt einmal geklärt werden —, muß ich sagen: Die Bundesregierung will im März entscheiden. Glauben Sie, daß die Bundesregierung vor dem Hintergrund einer solchen Entscheidung entscheidet und Milliarden zur Verfügung stellt? Sie müßte ja mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn sie nicht vorher weiß, was mit der Expo 2000 wirklich passiert.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Sie in Hannover eine Volksbefragung machen — ich selber komme aus Laatzen —, kann ich Ihnen garantieren: Die Umlandgemeinden werden sich sofort, und zwar mit Recht, daranhängen. Wann wollen Sie eigentlich diesen Zustand beenden? Wenn Sie meinem Vorschlag gefolgt wären — nicht aus einer Grundüberzeugung heraus, sondern einfach um die Expo zu retten —, die Volksbefragung, wenn sie schon sein muß, zusammen mit der Kommunalwahl durchzuführen, dann wäre das ganze Thema heute in Wahrheit erledigt.

Meine Damen und Herren, im Bereich der Wirtschaftspolitik — ich habe es schon oft gesagt; ich

wiederhole es immer wieder — ist es eine einzige Katastrophe. Wir haben große Chancen. Wir haben die Vereinigung des getrennten Deutschlands. Der europäische Markt steht unmittelbar bevor. Bis heute hat Rot-Grün kein Verkehrskonzept vorgelegt, das ja die Grundlage für jede wirtschaftliche Tätigkeit ist. Die Küstenautobahn, vom Bundesverkehrsminister vorgeschlagen, wird von diesem Ministerpräsidenten schlichtweg abgelehnt. Die Straßenverbindungen zur Ostsee und zum sächsischen Industrieraum werden ebenso nicht geplant und nicht gebaut wie auch viele andere Straßen in Niedersachsen, die notwendig wären. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle haben dazugelernt. Auch wir wollen nicht einen Straßenbau ohne Berücksichtigung ökologischer Gegebenheiten. Aber Niedersachsen so aufs Abstellgleis zu bringen, das wird Niedersachsen noch viel weiter zurückschmeißen als die nicht erfolgten strukturpolitischen Entscheidungen von 1945 und 1948.

(Beifall bei der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was soll man von diesem Wirtschaftsminister erwarten? — Diese Koalition hat ihn selber demonstriert. Reihenweise sind ihm Kompetenzen entzogen worden. Für die Forschungsinstitute ist er nicht mehr zuständig. In der Energiepolitik spielt er nur eine Statistenrolle. In Helsinki ist er nun gewesen. Auch das noch. Dort unterläuft ihm die peinliche Panne, daß er auf dem Dia mit den bedeutenden niedersächsischen Industrieunternehmen ausgerechnet die von der Schließung bedrohte AEG-Olympia an dominierender Stelle vorführt. Das war sicherlich ein schöner, erhebender Moment! Ihm werden, wie jeder weiß, Entscheidungen von Abgeordneten diktiert — wo ist der Schattenminister Kempmann? —, ob es die Rücknahme seiner Vorstellungen zur Wirtschaftsfördergesellschaft, zum Ausbau der A 26, zu den Erdgastrassen oder zu vielem anderen betrifft. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen an dieser Stelle: Sparen Sie dem Land viel Geld! Streichen Sie das Amt des Wirtschaftsministers! Sie brauchen es in Wahrheit nicht; denn er führt wirklich nur eine Statistenrolle. Zu Wirtschaftsgesprächen beispielsweise des Ministerpräsidenten in Rußland wird er gar nicht erst mitgenommen. Während die Landesregierung in der mittelfristigen Finanzplanung behauptet „Mit der Mittelstandsförderung will die Landesregierung die besondere wirtschaftspolitische Bedeutung dieser Branche unterstützen“, wird in nur einem Jahr die erfolgreiche Mittelstandsförderung eingestellt, der Landesdarlehensfonds wird geplündert.

Gansäuer

Die Wirtschaftspolitik dieses Wirtschaftsministers ist in der Gesamtschau ein einziges Desaster. Am Beispiel der Wirtschaftspolitik wird erkennbar, daß die rot-grüne Koalition und infolgedessen die Regierung zu wichtigen strukturpolitischen Entscheidungen aus rein ideologischen Gründen nicht in der Lage sind. Das hat Herr Glogowski richtig erkannt. Man ist grundsätzlich gegen Straßenbau, also darf er nicht stattfinden. Man ist grundsätzlich gegen Müllverbrennung, also darf sie nicht stattfinden. Man ist grundsätzlich gegen Kernenergie, also darf es auch keine Entsorgung geben.

Wenn die Ideologie aber an ihre Grenzen stößt, weil die Übernahme von Verantwortung und die Problemlösung immer unausweichlicher werden, bedient sich Rot-Grün erst einmal einiger Showelemente. Diese Showelemente heißen Gutachten für viele Millionen DM, Beiräte und interministerielle Arbeitsgruppen, die dann anschließend nichts bringen. Nach der Kette von Niederlagen vor den Gerichten einschließlich des Bundesverfassungsgerichts wird eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Prüfung von rechtlichen Möglichkeiten des Landes gegen die Einlagerung von Atommüll eingesetzt. Das Ergebnis ist bekannt, wir haben es immer vorausgesagt: Auf dem Boden des geltenden Rechts ist der Ausstieg nicht zu machen.

Auch die Tatsache, daß immer mehr Wissenschaftler vor dem Abschalten von Atomenergie-aktoren wegen der großen CO₂-Belastung warnen, berührt diese Landesregierung nicht, Frau Griefahn schon gar nicht. Sie ist standfest. Sie läßt sich ihre Vorurteile nicht durch Sachargumente kaputt machen.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang zitiere ich aus dem Bericht des Club of Rome, der vor wenigen Wochen herausgekommen ist. Dort steht:

„Wir schlagen schweren Herzens vor, auch die Option auf die Kernspaltung offenzuhalten, da diese vermutlich weniger gefährlich ist als die Verbrennung von Öl und Kohle.“

Wer ein zweites Tschernobyl verhindern will, sage ich, darf nicht abschalten, sondern muß die gute Sicherheitstechnologie deutscher Kernkraftwerke, die beste der Welt, weiterentwickeln, um nicht sichere KKWs sicherer zu machen.

Vor vier Wochen ist der stellvertretende sowjetische Umweltminister hier im Hause gewesen. Ich habe mit ihm persönlich gesprochen, wie andere

auch, und er hat mir gesagt, daß die Sowjets und die Russen auf unsere Sicherheitstechnologie setzen. Aber Ihre Politik würde dazu führen, daß sie nicht mehr zur Verfügung stände! Und, meine Damen und Herren, wie nahe Tschernobyl sein kann, haben wir Deutschen vor einigen Jahren erlebt.

Meine Damen und Herren! Heute, nach eineinhalb Jahren, hat die Landesregierung die Hälfte aller Staatssekretäre ausgewechselt, auch ein besonderes Privileg dieser Landesregierung, obwohl es für den Staatsbürger sehr teuer ist. Wir haben erlebt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß Herr Bulle nun eine große Karriere gemacht hat. Er ist als Staatssekretär abgelöst worden und zum Vorsitzenden der Grünen gewählt worden. So kann ein Rausschmiß also auch gut zu Ende gehen.

Ich habe vor wenigen Tagen einen Staatssekretär gefragt: „Wissen Sie eigentlich, was Optimismus ist?“ Er hat mich etwas verwirrt angeguckt, und ich habe zu ihm gesagt: „Ich erzähle Ihnen das. Optimismus ist, wenn ein Staatssekretär der rot-grünen Koalition sich am Montag Essenmarken für fünf Tage kauft!“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU. — Unruhe bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Es ist völlig unbestritten, daß die Landesregierung das Land Niedersachsen im Bereich des Sonderabfalls in große Schwierigkeiten bringt. Diejenigen, die davor gewarnt haben, sind verunglimpft und als Pyromanen beschimpft worden. Herr Glogowski hat selber gesagt, daß dies ein wichtiger Bereich ist, in dem Rot-Grün große Versäumnisse zu verzeichnen hat. Es wird Zeit — Herr Bruns, Ihnen haben es Ihre eigenen Bürgermeister auch gesagt —, daß Sie endlich in die Puschen kommen, damit es in Niedersachsen nicht zu einem Müllkollaps kommt.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will nur am Rande erwähnen, Herr Schröder, daß Sie noch vor zwei Jahren kurz vor der Landtagswahl hier im Hause gesagt haben, wer heutzutage von sozialer Gerechtigkeit auf dem Wohnungsmarkt spreche, ernte nur Gelächter. Damals gab es 100 000 Wohnungssuchende. Was glauben Sie wohl, was Sie 1994 für ein Gelächter ernten werden, wenn es in Niedersachsen aufgrund Ihrer verfehlten Wohnungspolitik 200 000 Wohnungssuchende geben wird!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben andere Vorstellungen entwickelt. Wir ha-

ben unsere Alternativen auf den Tisch gelegt, und wir werden sie auch durchfinanzieren.

Sie haben im Hinblick auf die Kindergartenpolitik gesagt, es sei eine politische Selbstverpflichtung der SPD in Niedersachsen, in ihrer Regierungstätigkeit dafür zu sorgen, daß zum Beispiel die Hundertprozentfinanzierung beim Kindergarten erreicht wird. Bis heute hat sich das in Luft aufgelöst. Zwanzig Prozent sind es immerhin noch. Das Gesetz, das Sie acht Wochen vor der Landtagswahl als Showgesetz eingereicht haben, liegt heute dem Niedersächsischen Landtag nach fast der Hälfte der Legislaturperiode immer noch nicht vor, abgesehen davon, daß die Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung überhaupt nicht enthalten sind. Wir haben heute die schlechteste Unterrichtsversorgung seit acht Jahren. Jeder weiß das. Und wir gehen einer immer schlechteren Unterrichtsversorgung entgegen.

(Zurufe von der SPD: Falsch! — Waike [SPD]: Das ist schon dreist, was Sie da machen! Das ist schon mehr als dreist!)

Eckart Spoo beispielsweise, dem man wirklich nicht nachsagen kann, daß er Ehrenmitglied der CDU ist, hat jetzt noch geschrieben:

„Schritt zurück bei Schulpolitik — Niedersachsen kann Versprechen aus Wahlkampf nicht halten.“

Ich glaube, einen besseren Zeugen als ihn gibt es eigentlich nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Aufgrund Ihrer Politik des Durchdrückens der Gesamtschule droht ein Schulsterben in der Fläche. Die Gemeinden können dies nicht finanzieren, wie Sie selbst am besten wissen. Es droht eine Auszehrung eines im Grundsatz bewährten Schulsystems.

Machen Sie nur so weiter, die Eltern und die Öffentlichkeit werden schon entsprechend darauf reagieren. Da sind wir ganz sicher.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Landeshaushalt 1992 wird mehr als die Hälfte dieser Legislaturperiode haushaltsrechtlich geregelt. Dieser Haushalt enthält bereits die finanzpolitische Halbzeitbilanz. Ich habe einiges dazu gesagt.

(Waike [SPD]: Zum Haushalt haben Sie fast gar nichts gesagt! — Zuruf von der SPD: Zum Haushalt kein Wort!)

Auf der Strecke geblieben sind diejenigen, denen Sie alles versprochen haben. Die Gewerkschaften sind enttäuscht. Die Umweltverbände sind unzu-

frieden. Die Justizvollzugsbeamten beschwerten sich über Frau Alm-Merk. Ich könnte diese Liste verlängern, meine Damen und Herren.

In den letzten Tagen hat sich auch noch — inzwischen scheint die Beleidigung von Polizeibeamten in diesem Kabinett fast zur Pflichtübung geworden zu sein —

(Köneke [SPD]: Helau!)

Herr Trittin in die Reihe der Polizeischrecks dieses Kabinetts eingeordnet. Ich habe hier zwei Bemerkungen, die er jetzt gemacht hat und die ich dem Haus mitteilen möchte. Zum einen hat er in einem NDR-Interview gesagt — Sie wollten insbesondere einen neuen Stil pflegen, Herr Schröder —: „Schäuble soll die Schnauze halten.“ — Interview vom 28. November, ich habe es hier.

Auf eine Einladung des Kommandeurs der Panzerbrigade II hat er wörtlich geschrieben: „Nieder mit dem Militär! Soldaten raus, Flüchtlinge rein!“

(Frau Schliepack [CDU]: Pfui! — Zuruf von der CDU: Da lacht er noch! Unfaßbar! — Weitere Zurufe.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer solche Unsinnigkeiten, um nicht zu sagen Blödsinnigkeiten sagt, der gehört nicht in einen Ministersessel, der gehört auf die Couch, um es mal ganz einfach zu sagen.

(Beifall bei der CDU. — Zustimmung bei der FDP. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Milde:

Herr Kollege Gansäuer, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Gansäuer (CDU):

Dann komme ich zum Schluß, Herr Präsident.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich das Agieren dieses Kabinetts ansieht, dann ist es wirklich oftmals eher mit einem Kindergarten, der sich der antiautoritären Erziehung verschrieben hat, als mit einem wichtigen Teil unseres Staates vergleichbar.

Abschließend: Diese Politik hat dazu geführt, daß die Finanzgrundlagen in unserem Land fast zerstört sind. Die Einnahmen in diesem Haushalt sind unkorrekt aufgeführt, die Ausgaben in großen Teilen unkontrollierbar veranschlagt; dies hat auch der Präsident des Landesrechnungshofs bestätigt. Die Struktur des Haushalts ist investitionsfeindlich.

Gansäuer

Wenn ich den Haushalt bewerte, kann ich mich nur an einen Schlagler erinnern, der heißt: „Ohne Moos nix los“. Wenn ich den Haushaltsplan betrachte und durchlese, kann ich nur sagen: In Niedersachsen ist trotz Moos nichts los, was schade für die Menschen ist. — Ich danke Ihnen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU.)

Präsident Milde:

Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Aller um das Wort gebeten. Ich erteile ihm das Wort.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Aller (SPD):

Ich bedanke mich ganz herzlich bei der CDU für den Beifall als Vorschußlorbeeren auf meine Rede.

Herr Gansäuer, nachdem Sie diese Rede gehalten haben, habe ich mich wirklich gefragt, ob Sie nicht besser Ihr Geld mit Büttensreden verdienen.

(Zustimmung bei der SPD. — Lachen bei der CDU.)

Denn die Frage, warum Sie das Kabinett zitiert haben, kann ich mir selbst beantworten. Es war überflüssig, die Minister von ihrer Arbeit abzuhalten.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Nun will ich Ihnen etwas sagen, Herr Gansäuer: Wen wollten Sie eigentlich mit der Rede überzeugen? Die Bürger, die Presse oder die Finanzpolitiker und die Finanzexperten? Die letzteren haben Sie mit Ihrer Haushaltsrede mit Sicherheit nicht angesprochen und schon gar nicht überzeugt.

(Gansäuer [CDU]: Das ist eine Generalaus-sprache! Ich bin doch hier kein Pfennig-fuchser!)

Ich habe glücklicherweise wenige Minuten vor dieser Beratung den Änderungsantrag der CDU zum Landeshaushalt 1992 und damit auch zur Mittelfristigen Planung dieses Landes auf den Tisch bekommen. Sie haben Ihren Änderungsantrag in Ihrer Rede eben als echte Alternative der CDU zur Regierungspolitik dargestellt. Wir brauchten nicht viel Zeit, um die paar Seiten durchzublätern; denn von dem, was Sie hier als Alternativen verbal angekündigt haben, findet sich in Ihrem Änderungsantrag nichts wieder. Ich werde Ihnen gleich auch noch sagen, wie Ihre Finanzierungsmodalitäten, bei Lichte betrachtet, zu interpretieren sind.

Herr Gansäuer, an Ihrer Rede konnte man erkennen: Sie haben schreckliche Angst.

(Gansäuer [CDU]: Und wie!)

Nach dem 6. Oktober noch mehr als zuvor. In der Wahlnacht sind Sie zusammen mit Herrn Stock ja noch aufgestanden und haben sich als Sieger der Kommunalwahl feiern lassen. Nach der Schlußrechnung der Repräsentanten auf der kommunalen Ebene sehen Sie aber ganz alt aus.

(Stock [CDU]: Wollen Sie bestreiten, daß wir stärkste Partei sind?)

Sie werden noch nicht einmal mehr Ihre Hochburg, nämlich den Landkreistag, erhalten. Dort sind die Landräte der Sozialdemokraten in der dicken Überzahl.

(Köneke [SPD]: Gott sei Dank!)

Ich sage Ihnen schon jetzt: Die vertrauensvolle Zusammenarbeit dieser Landesregierung mit der kommunalpolitischen Ebene wird das Fundament für eine erfolgreiche Fortsetzung der Arbeit dieser Landesregierung nach 1994 sein.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Gansäuer, Sie haben Angst davor, daß Ihnen jemand hinsichtlich des wahren Erbes und der echten Erblast der alten Landesregierung auf die Schliche kommen könnte. Sie versuchen, abzulenken, Nebel zu werfen, angefangen von Ihrer Schlußbilanz bis hin zu Prognos und Ihren Reden, die Sie heute gehalten haben. Fest steht, daß die Ausgangsbasis für diese Landesregierung 40 Milliarden DM an Schulden war. Die Konsolidierungspolitik von Albrecht weist zwei Eckdaten auf: Einstieg bei 7 Milliarden DM, Abschluß bei 40 Milliarden DM. Belastung für den Landeshaushalt: 3 Milliarden DM.

Sie haben gesagt, Sie hätten die Kommunen freundlicher behandelt als wir. 1,3 Milliarden DM Deckelung ohne echten Grund. Wir haben unter dem Eindruck der deutschen Einheit mit dem Solidaritätsbeitragsgesetz eine faire rechtliche Grundlage geschaffen. Die Kommunen wissen, daß sie in den großen Topf „Deutsche Einheit“ Geld einzahlen müssen.

(Gansäuer [CDU]: Das sehen die Spitzenverbände aber ganz anders!)

Sie kennen den Grund und wissen auch, daß dieser Beitrag angemessen ist, und zwar insbesondere deshalb, weil — wie Sie selbst gesagt haben — die Zuwächse bei der Lohn- und Einkommensteuer und bei den übrigen Steuerbereichen den Kommunen in wesentlich größerem Umfang zugute kommen als dem Land Niedersachsen. Hin-

sichtlich der Steuermehreinnahmen ist das Land am schlechtesten dran. Der Bund und die Kommunen profitieren davon mehr als das Land.

Ich möchte mich jetzt kurz dem Änderungsantrag zuwenden, den Sie hier eingebracht haben. Sie haben in diesem Zusammenhang die Alternativen der CDU erwähnt. Zum Abschluß haben Sie darauf hingewiesen, wo Ihre echten Alternativen liegen. Sie liegen beim Kindergartenbereich, bei der Unterrichtsversorgung, beim Pflegenotstand und bei den Hochschulen. Nun aber habe ich mir Ihren Antrag angesehen, Herr Gansäuer. Zu den Lehrerstunden — Einzelplan 07 —, zum Kindergarten — auch Einzelplan 07 — und zu den Hochschulen nichts. Zum Pflegenotstand gar nichts.

(Gansäuer [CDU]: Das habt ihr doch versprochen!)

Herr Gansäuer, wenn Sie Schaum schlagen wollen, brauchen Sie nicht in den Landtag zu kommen; das können Sie auch vor der Tür machen. Das brauchen Sie nicht hier zu tun.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage Ihnen: Die Bürger durchschauen dieses Spiel.

Ferner haben Sie von den Milliarden-Mehreinnahmen des Landes aufgrund der deutschen Einheit gesprochen. Was Sie aber nicht begreifen — deshalb sollten Sie, bevor Sie hier Ihre Reden vorlesen, vielleicht einmal mit Ihren eigenen Finanzpolitikern reden —, ist folgendes: Sie haben in Ihrem Antrag selbst nur eine Nettomehreinnahme für 1991 in Höhe von 239 Millionen DM ausgewiesen. Das sind keine Milliarden. Das ist ein Nettobetrag, der allerdings noch nicht feststeht, weil die Jahresschlußrechnung noch nicht vorliegt. Sie haben diesen Betrag aber zunächst einmal als gegeben hineingeschrieben.

(Eveslage [CDU]: Das ist doch die letzte Steuerschätzung! Das wißt ihr doch genau! Das ist doch Quatsch!)

Jetzt kommt der Punkt. Sie haben aber nicht da-gengerechnet — das spielt für einen soliden Haushaltspolitiker aber eine Rolle —, was bis zur Jahresschlußrechnung an zusätzlichen Ausgaben aufgelaufen ist, die auch noch abgedeckt werden müssen. Das Spiel, das Sie hier betreiben — Hochrechnen der Einnahmen, Vernachlässigen der Ausgabenseite und Nichtberücksichtigung der Risiken —, disqualifiziert Sie als Haushaltspolitiker. Deshalb war Ihre Rede schwerpunktmäßig auch auf ganz andere Felder ausgerichtet als auf die Haushaltspolitik selbst. Zu den

Feldern der Haushaltspolitik, zu denen Sie etwas haben sagen können, haben Sie ja auch etwas gesagt. Bei der globalen Minderausgabe haben Sie sich auf den Präsidenten des Landesrechnungshofs bezogen.

(Bruns [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

— Bitte, Herr Bruns, wenn der Herr Präsident es erlaubt.

Bruns (SPD):

Wenn der Herr Präsident es gestattet, möchte ich Sie, Herr Allert, gern fragen, ob Ihnen aufgefallen ist, daß zur Zeit — nachdem die CDU-Fraktion heute morgen beantragt hat, daß alle Minister auf den Bänken zu sitzen hätten — mehr Minister als CDU-Abgeordnete im Saal sind?

(Beifall bei der SPD. — Eveslage [CDU]: Bei der Rede von Herrn Allert ist das ja auch kein Wunder! — Lindhorst [CDU]: Die CDU-Abgeordneten sind wichtiger als die Minister hier im Raum!)

— Da Herr Lindhorst noch hier ist und damit auch die massive Qualität der CDU-Fraktion anwesend ist, bin ich mit der Zuhörerschaft auf seiten der CDU eigentlich sehr zufrieden, insbesondere deshalb, weil die Frage der globalen Minderausgabe Herrn Lindhorst genauso interessieren wird wie Herrn Gansäuer. Herr Gansäuer, wenn Sie Ihren eigenen Antrag einmal zur Hand nehmen und schauen, wie Sie mit den globalen Minderausgaben umgehen, dann werden Sie feststellen — das ist dann auch für die Presse, damit sie das schreibt —, daß Sie die globale Minderausgabe der Landesregierung um 166 Millionen DM kürzen.

Präsident Milde:

Herr Kollege Allert, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gansäuer?

Allert (SPD):

Nein. — Ein paar Seiten weiter bringen Sie dann zwei neue globale Minderausgaben aus, und zwar in Höhe von 117 Millionen DM beim Personal und in Höhe von 132 Millionen DM bei den sächlichen Verwaltungsausgaben. Das sind insgesamt 250 Millionen DM. Wenn Sie Ihre globale Minderausgabe und die der Landesregierung einmal zusammenziehen, dann kommen Sie im Ergebnis auf ein Plus von rund 100 Millionen DM. Das ist doch nicht ganz normal, was Sie da machen.

(Lachen bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Das ist doch Blödsinn!)

Aller

Des weiteren haben Sie 50 Millionen DM bei der Asylpolitik eingespart und gehen dann an den Öko-Fonds ran, um so Ihre Politik zu finanzieren.

(Gansäuer [CDU]: Sie wissen, daß Sie entsetzlichen Blödsinn reden!)

Herr Gansäuer, ich höre mir Ihre Haushaltsreden ja immer mit großem Genuß an, aber an den Stellen, an denen Sie über Zahlen reden, liegen Sie in der Regel schief.

Ich will dann einmal folgendes deutlich machen: Da Sie ja auch immer über die Kabinettsvorlagen, die Ihnen regelmäßig in die Hand gegeben werden, reden, haben Sie sicherlich auch dieses wunderschöne bunte Schaubild gesehen. Wenn Sie das einmal verinnerlichen, Herr Gansäuer, dann werden Sie feststellen, daß im Jahre 1991 im dritten Quartal in der Tat insgesamt 885 Millionen DM Mehreinnahmen zu Buche gestanden haben. Wenige Tage, nachdem diese Zahl offenkundig geworden ist, war jedoch klar, daß durch die Mechanismen des Länderfinanzausgleichs über 500 Millionen DM des genannten Betrages wieder aus Niedersachsen „abgezockt“ werden. Hier liegt das eigentliche Problem, wenn Sie mit den Gewinnen aus der deutschen Einheit umgehen. In der Tat sind in Niedersachsen Zuwächse bei der Lohn-, Einkommen- und Umsatzsteuer zu verzeichnen. Das Problem ist nur, daß über die Wirkung des Länderfinanzausgleichs der überwiegende Teil dieser Mittel sofort in die fünf neuen Bundesländer abfließt. Das ist auch so gewollt. Deshalb sage ich Ihnen noch einmal: Wer hier von Nettogewinnen aus der deutschen Einheit für Niedersachsen spricht, der rechnet sich reich und wird Schwierigkeiten bekommen, selbst die marginen Anträge, die er selber stellt, zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion macht dem Finanzminister Hinrich Swieter und seinem Team das Kompliment,

(Krapp [CDU]: Er ist gerade vor Schreck hinausgelaufen!)

daß er 18 Monate nach dem Regierungswechsel in finanzpolitischer Hinsicht aufgeräumt hat und die wesentlichen Altlasten — — —

(Eveslage [CDU]: Wo ist er denn, der Finanzminister?)

— Er kennt meine Rede. Wir haben sie schon gemeinsam besprochen, und er ist sehr zufrieden mit dem, was ich hier sage. — Er hat die Altlasten der Albrecht-Ära weitestgehend beseitigt. Der Landeshaushalt hat trotz der Sonderlasten aus der deutschen Einheit erkennbar und nachprüfbar

den Konsolidierungskurs eingeschlagen. Ich werde das an späterer Stelle noch deutlich machen.

Wichtig ist aber, daß wir — im Gegensatz zu Ihnen, Herr Gansäuer, beim Ausgang der letzten Legislaturperiode — auch die Risiken offen und transparent dargestellt haben, weil wir uns selbst in die Pflicht nehmen, die schwierigen nächsten Jahre sowohl hinsichtlich der großen Herausforderungen in diesem Land als auch in Kenntnis der knappen Kassen meistern zu können.

(Gansäuer [CDU]: Er hat doch reingeschrieben, er wolle eine Wahlkampfkasse machen! Das steht doch in der Vorlage drin!)

— Schreien Sie doch nicht rum, wenn Sie nervös werden. Machen Sie sich ganz klein hinter Ihrem Tisch und stören Sie den Ablauf der Veranstaltung nicht. — Flexibel, kompetent und auf Risikovorsorge bedacht präsentieren Ihnen die Landesregierung und die Regierungskoalition in diesen Tagen eine Beschlußvorlage, die nach 19 Monaten dort die Schlagbäume und Barrikaden weggeräumt hat, wo Ihre Politik in der Vergangenheit politische Entscheidungen blockiert hat. Wir haben den Karren dort wieder flottgemacht, wo die CDU und die FDP die niedersächsische Politik wegen ihrer mangelnden Einsicht in die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen festgefahren hatten.

(Krapp [CDU]: Das erzählen Sie jetzt schon zum drittenmal!)

Herr Gansäuer hat die Punkte soeben alle aufgezählt: Kindergärten, Hochschulen, Schulen, Pflegebereich und Wohnungsbau. Überall da waren Sie nicht in der Lage, etwas zu tun. Da haben wir die Barrikaden weggeräumt,

(Frau Schliepack [CDU]: Dann fangt doch mal an, zu arbeiten! Wo ist denn das Kindergartengesetz?)

da wird wieder Politik gemacht für die Menschen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn Sie einmal nachlesen, was in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gestanden hat, dann werden Sie sehr schnell feststellen — und das ist die Zwischenbilanz, die wir Ihnen vorlegen, Herr Gansäuer —, daß bereits nach 18 Monaten ein großer Teil der Aussagen aus unserem Wahlprogramm und ein großer Teil der Versprechen, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gegeben hat, mehr als erfüllt sind. 20 000 Kindergartenplätze gefördert durch

das Land — das ist eine Zahl, von der Sie nur träumen können. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Haselbacher — ich hatte das Vergnügen, eine Besuchergruppe aus seinem Wahlkreis als Gesprächspartner zu haben; dabei hatte sich eine Mutter über die mangelhafte Ausstattung mit Kindergartenplätzen beschwert —, erzählte mir gestern ganz stolz, daß er nun für 10 Millionen DM Kindergartenplätze baut. Das geschieht natürlich mit dem Geld dieser Landesregierung. Sonst könnte er das in der Wedemark gar nicht tun. Es ist geradezu abenteuerlich, wie Sie Politik machen.

(Beifall bei der SPD. — Eveslage [CDU]: Das ist Geld, das Sie vorher den Gemeinden weggenommen haben!)

Das Zehn-Punkte-Programm und die Schwerpunkte aus dem grünen Wahlprogramm sind die Richtlinien der Politik für die Menschen in diesem Lande. Das Profil niedersächsischer Politik ist wieder sozial, bildungsfreundlich, ökologisch und ökonomisch überzeugend, es ist emanzipatorisch, und es ist weltoffen.

Was Sie wirklich peinlich berührt, ist, daß wir dialogfähig sind. Es ärgert Sie richtig, daß diese Landesregierung im Gespräch mit der Wirtschaft ist und daß diese Landesregierung in den Gesprächen mit der Wirtschaft Probleme löst, bei denen Sie nicht in der Lage gewesen sind, sie zu lösen, und zwar umweltverträglich.

(Grill [CDU]: Welche denn?)

Es kommt die Mercedes-Teststrecke, die Sie nicht umgesetzt haben. Es wird eine Raffinerie in Wilhelmshaven, die Sie dichtgemacht haben, unter ökologisch verträglichen Bedingungen wieder aufgemacht.

(Beifall bei der SPD.)

Sie werfen uns vor, wir seien technikfeindlich. Aber wir mußten das Projekt Sican absichern, das bei Ihnen eine Riesenluftblase ohne Konzept im Haushalt war. Dieses Projekt war von Albrecht und Kohl verabredet.

(Beifall bei der SPD.)

Für Sican gibt es nach anderthalb Jahren ein tragfähiges Konzept. Das Projekt ist auch wesentlich billiger als das, was Sie vorgesehen haben. Es wird aber mit Sicherheit erfolgreicher sein. Ich sage Ihnen: Auch die Dinge, die wir noch aufgreifen werden, z. B. der Amerikahafen in Cuxhaven, wären unter Ihren Politikvorgaben nicht realisierbar gewesen, wären mindestens nicht ohne massive Konflikte mit den Umweltvertreterinnen und Umweltvertretern in diesem Lande realisierbar.

Dialogfähig sein heißt für unsere Fraktion aber auch, während der Haushaltsberatungen mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Interessengruppen und mit Verbänden zu sprechen. Ich bin froh, daß der Entwurf der Landesregierung soviel Aufmerksamkeit bei den wichtigen Institutionen in unserem Lande gefunden hat und daß sie auf die Fraktionen zugegangen sind und gesagt haben: An dieser und an jener Stelle muß noch etwas verbessert werden. Wir sehen aber ein, daß die Finanzlage eng ist. Wir akzeptieren die Rahmensetzung, die ihr uns offenlegt.

Ich bin besonders stolz darauf, daß wir 3 Millionen DM bei der Entdeckung der Lotto- und Totomittel für die freie Wohlfahrtspflege in der Sozialpolitik bereitstellen konnten. Dort wird Arbeit geleistet, die das Land und die Kommunen nicht leisten. Ich bin sehr froh, daß uns von AWO bis zum Paritätischen Wohlfahrtsverband alle schon vorher gesagt haben: Wenn ihr das tut und uns mit dem Sport gleichstellt — eigentlich müßten sie mehr haben —, dann seid ihr konsequent, dann nehmt ihr unsere Anregungen auf und belohnt unsere Leistungen. — Und das wollen wir mit dem Antrag, den wir einbringen, auch tun.

Das gilt genauso für die Stellenpläne. Dies ist eigentlich mein Lieblingsthema in der Auseinandersetzung mit dieser Landesregierung. Die Rasenmäher-Methode, mit der Frau Breuel über die Einzelpläne dieses Landeshaushalts weggegangen ist, hat ja die großen Zwänge im Bildungsbereich, im Pflegebereich und in der Wirtschafts- sowie Umweltpolitik erzeugt. Die Rasenmähermethode, vorgeschlagen durch die sogenannte Strukturkommission, die eingerichtet worden ist, hat den Druck in den wichtigen Aufgabenfeldern Polizei, Justiz und Finanzen erzeugt. Wir haben dafür gesorgt, daß in den Dienststellen der Verwaltung wieder gearbeitet werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind stolz darauf, daß das, was wir in der Opposition gefordert haben, meine Damen und Herren von der Opposition, nämlich ein Hebungsmo- dell auch für den einfachen, mittleren und gehobenen Dienst, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen wieder eine Berufsperspektive haben, umgesetzt werden kann. 10 000 Stellen können in vier Jahren gehoben werden. Finanzminister Swieter hat das praktisch zu Beginn der Legislaturperiode gemacht und dafür das Geld bereitgestellt. Frau Breuel dagegen hatte am Ende der Legislaturperiode versprochen, daß man etwas machen könnte.

Aller

Die Dialogfähigkeit auch mit Vertretern der Personalräte und der Gewerkschaften hat dazu geführt, daß wir die Ungerechtigkeiten zumindest teilweise da ausbügeln konnten, wo Sie sie in den öffentlichen Dienst tief eingepflanzt haben. Wir werden nicht hinnehmen, daß in der Agrarstrukturverwaltung, in der Finanzverwaltung, in der Justizverwaltung, in der Katasterverwaltung, im Umweltbereich Menschen, die ihre Arbeit hervorragend leisten, unter Tarif oder unter der Leistung bezahlt werden. Deshalb ist es auch ein Stück Ehrlichkeit dieses Landtages, zu sagen: Wir verteidigen den öffentlichen Dienst da, wo er hervorragend arbeitet, gegen ungerechtfertigte Angriffe von außen, insbesondere aber auch von der Opposition.

(Beifall bei der SPD.)

Dieses banale Rumnörgeln an der Personalkostenquote in diesem Landeshaushalt führt überhaupt nicht weiter und widerspricht im übrigen ganz eklatant der Realität und dem Bedarf in Schulen, Hochschulen, im Pflegebereich und in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes.

Meine Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen stehen unter dem Eindruck von zwei großen Ereignissen, die finanzpolitisch auch an Niedersachsen nicht vorbeigehen werden. Das eine wird uns im Jahre 1999 erreichen. Ich spreche von der Einführung einer einheitlichen europäischen Währung. Die Auseinandersetzung um den Bundeshaushalt im Vermittlungsausschuß dagegen wird schon in den nächsten Wochen und Monaten ganz konkrete Folgen für die Landesfinanzen haben. Herr Gansäuer hat dieses Thema weitestgehend ausgeklammert, weil es für die CDU und für die FDP natürlich nicht besonders günstig ist, wenn man eine Bundesregierung verteidigen muß, die massiv in die Landesfinanzen eingreifen will.

Herr Gansäuer, es ist doch so, daß Sie in Ihrer Rede die Frage nach der ehrlichen Dotierung der Strukturhilfe im Haushalt 1992 und in der mittelfristigen Finanzplanung gestellt haben. In Ihrem Änderungsantrag haben Sie natürlich nicht im vorwegeilenden Gehorsam gegenüber Herrn Finanzminister Waigel die Strukturhilfe gekürzt und den Haushaltsplan und die mittelfristige Finanzplanung nicht angepaßt.

(Gansäuer [CDU]: Ich mache doch nicht eure Schularbeiten! — Krapp [CDU]: Dann hätten Sie doch heute gesagt, wir hätten das aufgegeben! Reden Sie doch nicht einen solchen Unsinn!)

Sie haben das aus dem gleichen Grund wie wir nicht gemacht. Es ist nämlich völlig blödsinnig, aus Niedersachsen Signale unter dem Motto „Wir haben die Strukturhilfe schon aufgegeben“ nach Bonn und in andere Bundesländer zu senden. Wir tun das nicht, sondern wir kämpfen um die Strukturhilfe mit dem Ziel — wenn sie denn von anderen kaputtgemacht wird, wenn das Versprechen, das Herr Albrecht von Herrn Kohl damals für die Zustimmung zur Steuerreform bekommen hat, schon gebrochen wird —, Kompensation entweder über ein Konversionsprogramm oder über ein Steuer- und Finanzpaket zu bekommen, das die globale Mehreinnahme, die wir für die Jahre 1993 und 1994 vorgesehen haben, abdecken wird.

(Gansäuer [CDU]: Mehrwertsteuererhöhung!)

— Herr Gansäuer, ob die Mehrwertsteuer im Kompromiß berücksichtigt sein wird, ist das Problem, mit dem Sie sich noch auseinandersetzen müssen.

(Gansäuer [CDU]: Ihr seid mir Schelme, das sage ich euch!)

Pragmatiker wie Gerhard Schröder und Hinni Swieter

(Gansäuer [CDU]: Matthäus-Maier und Aller!)

werden bei der Durchsetzung der niedersächsischen Interessen in Bonn sehr sorgfältig darauf achten, daß Niedersachsen bei dem Flohmarktgehebe, das im Vermittlungsausschuß stattfindet, nicht unter die Räder kommt.

(Krapp [CDU]: Wer sind denn da die Flöhe?)

Herr Gansäuer, ein Problem haben wir doch, und da weiche ich etwas von der Reihenfolge der Punkte in meiner Rede ab: Die niedersächsischen Haushalte der letzten Jahre sind doch insbesondere dadurch belastet, daß wir immer stärker in Abhängigkeit von Bundesergänzungszuweisungen, Länderfinanzausgleich, Strukturhilfe, Gemeinschaftsaufgaben und Zonenrandförderung gekommen sind.

(Frau Schliepack [CDU]: Herr Hiller mahnt die doch immer an!)

Das sind doch alles keine originären Mittel, über die wir verfügen können. Nach dem Wegfall des Förderzinses, den Sie beklagt haben — das haben Sie natürlich nicht gesagt —, sind der Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen hochgegangen.

(Gansäuer [CDU]: Das ist doch logisch. Das müssen Sie mir nicht sagen!)

— Logisch, deshalb waren die Nettoverluste auch nicht so hoch, wie Sie sie vorhin dargestellt haben. Aber weil dieses System so funktioniert, hängen wir eben am Tropf des Bundes und der reichen Länder. Deshalb muß im Vermittlungsausschuß für Niedersachsen durch Gerhard Schröder, durch Hinni Swieter und durch Herrn Trittin ein Ergebnis erarbeitet werden, das im niedersächsischen Interesse liegt.

(Gansäuer [CDU]: Das werden wir ja sehen! — Zuruf von Döring [CDU].)

Wenn das Finanzpaket so aussieht, wie wir es in den Eckdaten in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesen haben — dies sage ich zu dem Kollegen aus dem Finanzausschuß, der eben leise dazwischengerufen hat —, ist auch die mittelfristige Finanzplanung dicht, und der Haushalt 1992 allemal.

In 14 Jahren Albrecht-Regierung — ich habe das eben gesagt — ist der Haushalt abhängiger von dem geworden, was reiche Bundesländer und der Bund nach Niedersachsen geben.

Herr Gansäuer, zu den 12 Milliarden DM Förderzinsen. Das hätten Sie lieber nicht sagen sollen. Diese Förderzinsen hat Niedersachsen ja bekommen, damit mit diesem Geld die Wirtschaftsstrukturen und die Einnahmestrukturen mit dem Ziel verbessert werden,

(Krapp [CDU]: Darum steigern wir ja auch die Steuereinnahmen!)

das eigene Steueraufkommen deutlich zu verbessern. Weil Sie das Geld zu großen Teilen verbraten haben, Herr Gansäuer,

(Gansäuer [CDU]: Ihr wollt doch noch mehr verbraten!) Guckt euch doch einmal eure Anträge von damals an!)

haben die anderen geklagt, und Sie haben das Verfahren verloren. Das ist das Ergebnis. Das Hoch des Förderzinses, das damals bis über 2 Milliarden DM in die Landeskasse geschwappt ist, ist nach der Urteilsverkündung plötzlich abgebrochen. Sie haben allerdings Glück gehabt, daß die reichen Länder uns trotzdem den Länderfinanzgleich geben mußten.

(Lindhorst [CDU]: Man kann sich auch totsparen, haben Sie gesgt! Sie wollten noch mehr ausgeben!)

Das ist etwas komplizierter, als Sie das hier darstellen. Wenn man sich aber ernsthaft mit Finanzpolitikern unterhält, gewinnt man den Ein-

druck, daß die meisten das inzwischen begriffen haben. Auch wenn Sie es noch hundertmal wiederholen, das, was Sie sagen, wird dadurch nicht wahrer.

Die finanz- und wirtschaftspolitischen Weichenstellungen aus der Ära Albrecht mit ausgesprochener Negativwirkung sind ganz entscheidend mit der Frage der Strukturhilfe gekoppelt. Niedersachsen konnte sich bei der Festlegung der Strukturhilfe nach Lage der Dinge fest auf einen Finanzrahmen von ungefähr 6,5 Milliarden DM zusätzlich einrichten, weil das Kanzlerwort als Ausgleich für die infolge der Steuerreform von Herrn Stoltenberg ausfallenden Steuermittel in Niedersachsen gegeben worden war. Das waren 6,5 Milliarden DM. Wir laufen Gefahr, daß die Zahlungen nach drei Jahren abbrechen. Dieser Verlust ist nicht ohne weiteres auszugleichen. Aber ich hatte damals schon in der Debatte in diesem Hause gesagt: Die Soll-Bruchstelle war eingebaut. Sie lag nach der letzten Bundestagswahl, und sie lag drei Jahre danach; das war die sogenannte Revisionsklausel. Es war vorher klar, daß dieses Gesetz möglicherweise nicht hieb- und stichfest war. Wenn sich herausstellen sollte, Herr Gansäuer, daß die alte Landesregierung und die damalige Bundesregierung dieses Gesetz so angelegt haben, dann war das wissentlich, mutwillig und in Kenntnis der Folgen für Niedersachsen von Ihren Leuten so angelegt. Dann gnade Ihnen Gott bei der nächsten Debatte über die Strukturhilfe.

(Krapp [CDU]: Das ist dummes Zeug! — Hildebrandt [FDP]: Das ist ja ungeheuerlich, was Sie da erzählen! Das ist ja wohl nicht zu fassen!)

Die These um das Aufsteigerland Niedersachsen haben Sie ja heute in Ihrem Antrag andeutungsweise wieder mit dem Begriff „Forschungsland“ aufleben lassen. Damals sprach Albrecht vom Aufsteigerland. Ich kann mich noch sehr gut an die Anzeigen erinnern, die seine Regierung vor den letzten Wahlkämpfen jeweils gefahren hatte. Damit waren vier entscheidende Begriffe verbunden: Transrapid, Sican, nachwachsende Rohstoffe und Anbindung des Flughafens Langenhagen an das internationale Intercity-Schienennetz.

Wenn man einmal alle vier Bereiche hinterfragt, dann können Sie Transrapid gleich abhaken. Das ist hier nur vorgeplant gewesen, war aber von anderen nicht gewollt worden.

(Gansäuer [CDU]: Warum denn wohl?)

— Sie haben doch regiert!

Aller

Zu Sican hatte ich Ihnen bereits gesagt: über 400 Millionen DM im Haushalt, kein Konzept, Luftbuchungen. Nachdem es hinterfragt und ordentlich aufbereitet worden ist — dies nur, weil Sie nach Einsparungen gefragt haben —, kostet es noch ungefähr 135 Millionen DM. Wir werden sicherstellen, daß der Transfer der neuen Technologien in die mittelständische Wirtschaft auch funktioniert.

Was die nachwachsenden Rohstoffe angeht, so lassen Sie ja nicht ab von Ihrem Bioethanol-Gedanken. Wir haben gesagt, nachwachsende Rohstoffe ja, aber Bioethanol nicht.

(Frau Schliepack [CDU]: Das macht aber Sinn!)

Der Ausstieg in Groß Munzel ist die konsequente Umsetzung einer Ansage, die vor der Wahl gemacht worden ist und die dem Land Millionen spart. Das Geld, das wir noch übrig haben, können wir zweckbestimmt und sinnvoll in andere Projekte der nachwachsenden Rohstoffe einsetzen, die auch Sinn machen. Bioethanol — das hat auch die EG gesagt — ist nur ein Irrweg. Wir gehen Irrwege selbst dann nicht, wenn die CDU das will.

(Krapp [CDU]: Das steht auch nicht in unserem Antrag!)

Eine der ersten größeren Debatten nach dem Regierungswechsel betraf die Anbindung des Flughafens an das überregionale Schienennetz. Das Kanzlerwort war dabei genausowenig wert wie in vielen anderen Bereichen.

Meine Damen und Herren, wenn man das unter dem Strich betrachtet, dann will ich durchaus auch noch etwas zu dem Thema Expo sagen. Herr Gansäuer, Sie haben sich ja hier zum Verfechter der Expo im Interesse von Niedersachsen, im Interesse der Landeshauptstadt und im Interesse der Region aufgeschwungen.

(Hildebrandt [FDP]: Machen Sie das nicht?)

— Ja, sicher — das wollte ich gerade noch einmal deutlich machen —, aber anders als Sie. — Der entscheidende Punkt bei dieser Geschichte ist doch — ich erinnere mich ganz genau daran, Herr Hildebrandt, Sie bringen mich darauf —, daß es, als dieses Thema Expo hier in Niedersachsen eingeführt worden war, der damalige Wirtschaftsminister Bangemann war, der bei der Eröffnung der CeBit, frisch aus Tokio eingeflogen, an das Pult ging und dem staunenden Volks die Expo-Bewerbung unterbreitet hatte.

(Hildebrandt [FDP]: Dafür sollten Sie dankbar sein!)

Spätestens einen Tag danach hätte die Bundesregierung anfangen können, konkret etwas für die Expo zu tun. Bis jetzt hat sie nicht einmal einen Leertitel im Bundeshaushalt eingerichtet, und sie hat noch nicht einmal die Zuständigkeiten sauber geregelt,

(Hildebrandt [FDP]: Ihre Zustimmung muß erst mal kommen!)

wer denn mit Niedersachsen über die Konzepte und die Umsetzung vernünftig reden soll. Wenn ich mir anhöre, was gerade aus den Reihen der FDP zur Finanzierung der Expo gesagt worden ist, dann trägt das auch nicht gerade zur Erheiterung in dieser Region bei.

(Hildebrandt [FDP]: Dazu haben wir doch ein klars Wort gesagt, Herr Aller, oder nicht? — Döring [CDU]: Hat denn Herr Schmalstieg Birgit Breuel nicht im Arm gelegt und ihr gedankt?)

— Ich kann Ihnen nur folgendes sagen, Herr Döring.

(Döring [CDU]: Haben Sie denn das Bild vergessen? Ein Bild sagt mehr als tausend Worte! Ich lege Ihnen das noch einmal vor!)

— Herr Döring, das mag manchem in dem Bereich, in dem Sie wohnen, nicht passen. Aber die Vorleistungen für die Expo sind bisher ausschließlich auf der Landesebene, beim Zweckverband Großraum Hannover und bei der Landeshauptstadt Hannover erbracht worden, und zwar auch mit personellen und finanziellen Konsequenzen. Das macht deutlich, daß Ihre Kritik zumindest an dieser Stelle falsch angelegt ist und viel stärker in die bundespolitische Richtung umgeleitet werden müßte.

Niedersachsen kann und will nicht hinnehmen, daß die Bundesregierung ihre Fehlkalkulation bei den Kosten der deutschen Einheit zu Lasten der Länder abträgt. Die Steuererhöhungen, die Streichungen bei den Gemeinschaftsaufgaben, die Kürzung des Wohnungsbauprogramms, die vorzeitige Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich — das sind alles Dinge, die auf Bundesebene angezettelt und durchgeführt worden sind, die aber nicht ohne Auswirkungen auf den niedersächsischen Landeshaushalt bleiben können.

Wenn alles das stimmt, was Sie, Herr Gansäuer, über die Rücklagenbildung der damaligen Landesregierung gesagt haben, dann hätten wir keine Probleme. Ich habe Ihnen in der Auseinandersetzung bei der Einbringung des Landeshaushalts schon einmal deutlich zu machen versucht, daß

Sie in diesem Punkt — „lügen“ darf ich nicht sagen, sage ich auch nicht —

(Döring [CDU]: Denken Sie es denn?)

mindestens den 20. Versuch unternommen haben, die Geschichte zu verklittern. Tun Sie mir doch einen Gefallen: Lesen Sie den Brief, den Frau Breuel an Herrn Albrecht vor der Landtagswahl geschrieben hat.

(Grill [CDU]: Der ist doch nur ein Beweis für unsere Solidität!)

Werten Sie die Zahlen aus. Nehmen Sie sich die Mittelfristige Planung der ehemaligen Landesregierung zur Hand, und lassen Sie sich erklären, wie das mit der Rücklage ist. Dann werden Sie merken, daß es keine Rücklage mehr gab. Ja, es war noch viel schlimmer: Frau Breuel hat in dem Brief an Herrn Albrecht zugegeben, daß diese Mißla schon gar nicht mehr stimmte, daß mindestens 600 Millionen DM mehr gebraucht werden.

(Gansäuer [CDU]: Eure stimmt überhaupt nicht mehr! Eure war noch nicht gedruckt, da stimmte sie schon nicht mehr!)

Das haben Sie den Bürgerinnen und Bürgern und diesem Landtag natürlich gar nicht erst gesagt. Sie haben unter der Decke gehandelt, und heute verkaufen Sie zum wiederholten Male die These von den soliden Finanzen, die Sie hinterlassen hätten.

(Döring [CDU]: Haben Sie heute in der Zeitung gelesen, daß Herr Schröder Frau Breuel einen Brief geschrieben hat?)

— Über Frau Breuel und ihren Treuhandhaushalt möchte ich jetzt nicht reden.

(Döring [CDU]: Die hat Ihre Kritik auch gar nicht verdient! — Frau Schliepack [CDU]: Aber Herr Schröder hat eine hohe Meinung von ihr!)

Der hat ungefähr die gleiche Qualität wie ihre Landeshaushalte: Die Schulden steigen, und die Leistungen sind relativ mager.

(Döring [CDU]: Da widerspreche ich Ihnen energisch!)

Die Versuche, durch eine Reihe von Ablenkungsmanövern über die wahre Ausgangslage in der Haushaltspolitik Niedersachsens hinwegzutäuschen, Niedersachsen reichzurechnen und den Bund aus seiner Verantwortung zu entlassen, Herr Gansäuer, werden scheitern.

Der Landeshaushalt, den wir vorlegen, hat einige Schwerpunkte, die in den Einzelberatungen von meinen Kolleginnen und Kollegen noch deutlich

herausgearbeitet werden. Ich will Ihnen sagen: Genau die Menschen, die in diesem Haushalt positiv bedacht werden, werden merken, daß es eine neue Politik in Niedersachsen gibt.

(Gansäuer [CDU]: Das merken die!)

Das sind die Eltern, die Schülerinnen und Schüler an den Schulen und auch die Lehrkräfte. Ich sage es noch einmal: Ihre Bilanz bei den Lehrerstellen ging nach unten; Sie wollten Stellen streichen. Die rot-grüne Koalition wird im Vergleich zu dem, was Sie wollten, mehr als 5 000 zusätzliche Lehrer einstellen.

(Krapp [CDU]: In zehn Jahren oder wie?)

Die pflegebedürftigen älteren Menschen und die Behinderten werden merken, daß Rot-Grün regiert. Wir haben während der Haushaltsberatungen, Herr Krapp, 23 Millionen DM nachträglich für 1991 bereitgestellt. Wir werden für den Pflegebereich der Älteren zweimal 50 Millionen DM ohne Anerkennung einer Rechtsverpflichtung zusätzlich in diesen Bereich lenken und knapp 13 Millionen DM in den Bereich der Behinderten.

Sie beklagen die Situation an den Hochschulen. Wir haben die 15 000 flächenbezogenen Studienplätze auf den Weg gebracht. Wir haben das Lehrpersonal verstärkt. Das mag nicht reichen, weil die Studentenzahlen steigen. Aber wir werden die Schwerpunkte in diesem Bereich lassen. Und wir haben deutlich gemacht, daß wir auch im Bereich der Hochbauten durch die Bereitschaft, auch Freifinanzierungen zuzulassen, schnell und unbürokratisch reagieren können.

Über den Bereich öffentlicher Dienst sage ich gleich noch etwas.

Die Wohnungsbaupolitik, Herr Gansäuer, ist ein Thema, mit dem Sie uns immer wieder reizen. Was hilft es denn, wenn Sie feststellen, daß wir in fünf oder in sechs Jahren oder am Ende des Jahrtausends 200 000 Wohnungssuchende in Niedersachsen haben?

(Frau Schliepack [CDU]: Nicht wir haben das festgestellt!)

— Dann eben Herr Pestel oder wer auch immer.

(Frau Schliepack [CDU]: Genau!)

Wenn Sie das heute wissen, dann müßten Sie doch mit dem Material in der Hand nach Bonn rennen und der Frau Schwaetzer von der FDP sagen: „Nun gib doch endlich die 3,5 Milliarden DM her, die alle Wohnungsbauminister haben!“

(Beifall bei der SPD.)

Aller

Statt dessen stellen Sie sich hier im Lande hin bei einer Finanzsituation, die Sie als noch schlechter beschreiben, als sie in Wirklichkeit ist, und sagen: „Land, nun mach du einmal ein Wohnungsbauprogramm über das hinaus, was die rot-grüne Koalition versprochen hat.“ Wir haben nämlich versprochen, 60 000 Wohnungen zu bauen, die wir aber nicht bauen können, weil die Schwaetzer schon dabei ist, nicht einmal ihren Bundesanteil zu liefern.

(Beifall bei der SPD. — Grill [CDU]: Sie haben mehr versprochen, als Sie halten, Herr Aller!)

Ich sage Ihnen: Jede Mark, die wir in den nächsten zwei bis drei Jahren zusätzlich bekommen, werden wir sehr, sehr sorgfältig auf ihre Prioritätensetzung hin überprüfen.

(Grill [CDU]: Sie können immer nur finanzieren, wenn Sie Geld aus Bonn kriegen! Was anderes fällt Ihnen nicht ein!)

— Herr Grill, reden Sie möglichst über Atome, aber nicht über Finanzen.

(Gansäuer [CDU]: Wir sind uns einig: Schuld an allem ist Bonn; das ist doch völlig klar!)

— Herr Gansäuer, lassen Sie sich das von Ihren Wohnungsbauleuten erklären. — Das Entscheidende bei der ganzen Geschichte ist, daß Bonn im Wohnungsbau, bezogen auf die Summe, die insbesondere im sozialen Wohnungsbau und in der Förderung des Eigenheimes dort, wo die Einkommen niedrig sind, bereitgestellt werden muß, so gut wie nichts mehr tut. Bonn hat sich weitestgehend abgemeldet. Die Programme von Frau Schwaetzer müssen nachgebessert werden und laufen in der Tendenz häufig noch gegen Niedersachsen. Daran sollten Sie mitarbeiten und nicht die Pfeile in die falsche Richtung abschießen.

(Hildebrandt [FDP]: Herr Hiller hat sich bei Frau Schwaetzer bedankt!)

Ich sage Ihnen: Die Wohnungssuchenden merken ja, wo Wohnungen gebaut werden. Die Kommunen in Niedersachsen — Herr Hildebrandt, das wird Sie freuen, da Sie nun in Teilen auch politische Verantwortung für die Kommunen übernommen haben — finanzieren wir. Bonn hält sich vornehm zurück.

Die Beschäftigten im ökologischen Bereich, in der ökologisch orientierten Wirtschafts- und Verkehrspolitik wissen, daß wir den Umsteuerungsprozeß hinbekommen haben.

Meine Damen und Herren, der öffentliche Dienst ist Gegenstand erheblicher Kritik gewesen. Herr

Gansäuer konnte es sich heute wieder nicht verkneifen, längere Ausführungen über den Personalkostenanteil zu machen. Ich sage das in aller Deutlichkeit: Wir stehen zu den Stellenvermehrungen, die im Haushalt 1992 ausgewiesen sind.

(Krapp [CDU]: Sonst hätten Sie sie nicht beschlossen!)

— Genau! Der Witz ist nur, Herr Krapp, daß die Kritiker, die jetzt hier den Mund aufmachen, im Haushaltsausschuß bei einem Großteil der vorzeitigen Freigaben mitgestimmt haben. Das ist auch richtig gewesen, damit im Pflegebereich die Stellen schnell besetzt werden können, damit die Lehrerinnen und Lehrer zum 1. Februar eingestellt werden können und damit wir die Werbekampagnen für den Finanzbereich durchführen können. Sie haben doch zugestimmt! Das sind Hunderte, das sind über 1 000 Stellen, die Sie mitgetragen haben.

Wenn ich mir Ihren Antrag anschau, muß ich feststellen, daß die läppischen Stellenstreichungen, die Sie mit einer globalen Mindereinnahme durchsetzen wollen, in überhaupt keinem Verhältnis dazu stehen. Sie tragen unsere Politik mit, weil Sie genau wissen, daß wir Defizite in den Bereichen beseitigen, in denen Sie sie zu verantworten haben.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ich will die Zahlen nicht aufführen. Wir werden sie aber den betreffenden Gruppen zur Verfügung stellen.

Die Bekämpfung des Pflegenotstandes und den Wohnungsbau habe ich angesprochen.

Ein Problem, das Herr Gansäuer für sich inzwischen für Niedersachsen schon haushaltstechnisch gelöst hat, nämlich die Asylfrage, hängt ganz entscheidend auch davon ab, was die Bundesregierung tut. Niedersachsen hat als erstes Bundesland — sehr präzise — gesagt: Wir stellen die 32 Richterstellen und die notwendigen Personalstellen zur Abwicklung beschleunigter Asylverfahren zur Verfügung. Diese Stellen sind im Haushalt bereitgestellt. Ich bedanke mich ganz herzlich bei der zuständigen Ministerin, daß sie die erforderlichen Ausarbeitungen rechtzeitig vorgelegt hat. Minister Trittin hat gesagt, daß wir Gemeinschaftsunterkünfte wollen. Wir wollen sie aber nicht als Massenunterkünfte, sondern wir wollen sie — dezentral, human und akzeptabel — auf das Land verteilen. Damit hat Niedersachsen exakt das getan, was wir dem Bundeskanzler zugesagt haben. Nur: Der Innenminister und der Kanzler selbst kriegen offensichtlich die Bundesregierung und die CDU-geführten Bundesländer

nicht soweit, daß sie sich dieser Politik anschließen. Dann bräuchten wir keine Grundgesetzänderung, und wir könnten das leisten, was die Menschen wollen, nämlich eine Sicherung des Asylrechtes, einen fairen Umgang und ein faires Verfahren für die, die möglicherweise zurückgewiesen werden müssen.

(Krapp [CDU]: Dann auch zurückweisen!)

Weil wir über dieses Thema gerade sprechen, möchte ich Ihnen folgendes sagen: Wer meint, mit einer Zuwanderungspolitik, Abschottung und Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes dieses Problem zu lösen, wird sich in den Finger schneiden. Wir müssen damit leben, daß sich die Länder und die Kommunen stärker der Dritte-Welt-Politik zuwenden. Hunger, Not, Armut und Krieg treiben die Menschen aus diesen Regionen der Welt in die reicheren Teile der Erde. Wir müssen uns, ob wir das wollen oder nicht, darauf einstellen, daß der Anteil der ausländischen Bevölkerung auch in Niedersachsen wachsen wird. Das ist eine Herausforderung insbesondere an das Land und an die Kommunalpolitik. Wenn wir keine aktive Ausländer- und Integrationspolitik betreiben, werden wir noch öfter Wahlkämpfe erleben, wie sie die CDU zum 6. Oktober angezettelt hat. Ich sage an die Adresse der CDU: Was Herr Rühle mit seinem Asylwahlkampf angerichtet hat, ist eines der schlimmsten Kapitel der Wahlkampfführung in der neuen Geschichte.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, wir werden in der Hochschulpolitik einen Akzent setzen. Wir werden aber auch die Berufsbildung nicht vernachlässigen. Wir wissen sehr genau, daß die Zukunftsinvestitionen in unserem Lande am besten dort angelegt sind, wo wir die Qualifizierung unserer jungen Menschen und der Arbeitnehmer sicherstellen. Wie deutlich dieses Thema in den Mittelpunkt rückt, hat kürzlich erst eine Studie ergeben, wonach Milliardenbeträge in den fünf neuen Bundesländern benötigt werden. Das ist richtig: Wir müssen dort die Qualifizierung vortreiben. Aber genauso wichtig ist es, daß wir den Hochschulbereich, den Bildungsbereich und den Berufsbildungsbereich — d. h. Erstausbildung und Weiterbildung — massiv zu den Schwerpunktaufgabenfeldern niedersächsischer Politik machen wollen.

Präsident Milde:

Herr Kollege Aller, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Krapp?

Aller (SPD):

Ja, Herr Krapp!

Krapp (CDU):

Herr Aller, da Sie offensichtlich zum Schluß Ihrer Rede kommen,

(Aller [SPD]: Ich habe noch zehn Minuten und sechs Sekunden, wenn Sie schnell fragen!)

möchte ich Sie fragen, ob Ihnen aufgefallen ist, daß Ihre Kollegen rausgelaufen sind und die SPD-Fraktion nur noch zur Hälfte da ist.

(Zurufe von der SPD.)

Aller (SPD):

Im Gegensatz zu Ihrer Fraktion beschäftigt sich bei uns die gesamte Fraktion mit der Finanzpolitik. Unsere Fraktion war auf das gespannt, was Herr Gansäuer sagen wollte. Sie hat auch zugehört, aber nicht viel dazugelernt. Meine Rede war vorher klar.

(Bruns [SPD]: Wenn Sie das so wollen, machen wir das bei Gansäuer so! Dann sitzen bei Gansäuer nur noch zehn Leute!)

Herr Krapp, ich will Ihnen einmal erklären, wie bei uns Haushaltsberatungen gemacht werden. Vielleicht hilft das auch der CDU in Zukunft. Seitdem die rot-grüne Landesregierung regiert, gibt es ein starkes Abstimmungselement zwischen der Regierung und den Regierungsfractionen. Das war bei Ihnen nicht anders. Bei uns ist es nur so, daß sich die gesamte Fraktion, die Facharbeitskreise und der Haushaltsarbeitskreis, bereits im Vorfeld der Aufstellung des Haushalts mit dem Thema beschäftigt,

(Kuhlmann [CDU]: Um so schlimmer ist es, wenn dabei solch ein Ergebnis herauskommt!)

daß wir dann, nachdem der Haushaltsplanentwurf eingebracht worden ist, die Facharbeitskreise weiter beteiligen. Daß die Regierungsfractionen ihre Aufgabe erstens der Kontrolle und zweitens der konstruktiven Mitgestaltung des Haushalts ernst nehmen, erkennen Sie daran, Herr Krapp, daß das Änderungspaket bis in die Details wesentlich ausgefeilter ist als das, was Sie hier als Ergebnis Ihrer Arbeit vorlegen. Ich habe vorher schon gesagt, daß Ihre Finanzierungstricks nicht funktionieren. Das sind Taschenspielertricks. Aber auch in den Einzelfragen sind Sie weit hinter dem zurückgeblieben, was man hinter einer

Aller

65-Mann- oder -Frau-Fraktion hätte vermuten können.

(Gansäuer [CDU]: 67! Auf 67 legen wir wirklich Wert!)

Ihre Kritik trifft uns also nicht. Ich kann nur hoffen, daß Sie in den nächsten Jahren in Ihre Rolle hineinwachsen, die Sie da als finanzpolitischer Sprecher haben. Dann dürfen Sie vielleicht auch mal für Ihre Fraktion zum Haushalt reden. Wir warten darauf.

Ich sage Ihnen noch eines, was Sie ärgert, Herr Gansäuer. Das ist ein Problem, mit dem Sie offensichtlich nicht fertigwerden. Die Frage der Neuverschuldung ist eine der zentralen Fragen der Auseinandersetzung um die Haushalte der alten Landesregierung und ist auch Meßlatte für die Haushalte der neuen Landesregierung. Sie haben deutlich zu machen versucht, daß diese rot-grüne Landesregierung inzwischen auf dem besten Wege ist, die Neuverschuldung höher zu veranschlagen und netto zu vereinnahmen als die alte Landesregierung. Es fällt relativ leicht, das zu überprüfen. Herr Albrecht hat — wohlgermerkt: bei wesentlich kleineren Haushalten — in den letzten vier Jahren seiner Regierungszeit über 10 Milliarden DM neue Schulden gemacht. Diese Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, in vier Jahren deutlich unter 10 Milliarden DM zu bleiben.

(Gansäuer [CDU]: Trotz der Mehreinnahmen!)

Trotz der Mehrlast von rund 4,5 Milliarden DM aus der deutschen Einheit,

(Gansäuer [CDU]: Ich habe vorhin etwas dazu gesagt!)

trotz der Erblasten der alten Landesregierung, die wir abwickeln müssen,

(Grill [CDU]: Durch ständiges Wiederholen wird es auch nicht besser!)

trotz der falsch kalkulierten Tarifansätze,

(Gansäuer [CDU]: Hören Sie auf, das kriegen Sie nicht mehr hin!)

trotz der falsch angelegten Zinsansätze der alten Landesregierung werden wir das machen.

Wenn Sie mit objektiven Zahlen operieren, Herr Gansäuer, werden Sie feststellen, daß der Anteil der Neuverschuldung an den Gesamthaushalten Albrechts 8,4 % betrug und nach heutigem Stand bei der neuen Landesregierung bei nur 6,4 % liegt.

(Gansäuer [CDU]: Das ist aber ein toller Zahlenvergleich!)

— Das ist ein hervorragender Zahlenvergleich, weil er auch deutlich macht — — —

(Gansäuer [CDU]: Je größer das Haushaltsvolumen wird, desto kleiner wird die prozentuale Neuverschuldung!)

— Das ist logisch.

(Gansäuer [CDU]: Logisch, ja eben! Und damit brüestet ihr euch!)

Zweitens haben Sie noch bei Ihrer Einbringungsrede die Steigerungsraten massiv kritisiert. Sie haben das nun nicht mehr wiederholt. Möglicherweise haben Sie sich inzwischen bei anderen Bundesländern erkundigt. Die Steigerungsrate liegt exakt in der gleichen Größenordnung wie in den reichen Bundesländern. Der Personalkostenanteil hält sich in der vernünftigen Größenordnung.

(Gansäuer [CDU]: Falsch!)

Die Investitionsquote ist überraschend hoch, auch wenn sie kritisiert wird. Sie ist aber nicht zu hoch, was bei dem Zinsniveau, das im Augenblick besteht, ganz wichtig ist.

(Gansäuer [CDU]: Ihr habt doch eine höhere kritisiert!)

Bei der konjunkturellen Situation, die wir haben, muß sich die öffentliche Hand dort, wo sie es kann,

(Gansäuer [CDU]: Unsere war doch höher als eure!)

als Nachfrager oder Investor zurückhalten. Das ist auch vernünftig.

(Zustimmung bei der SPD.)

Die Zuweisungen an die Kommunen habe ich angesprochen. Sie, die Sie sich ja in den letzten Jahren immer als Freunde der Kommunen gebärdet haben, werden zur Kenntnis genommen haben, daß sie innerhalb und außerhalb des Verbundes 9 Milliarden DM zur Verfügung bekommen.

Das, was mich schon interessiert hätte, ist, ob Sie an der Kritik der Einnahmeseite festhalten. Wir haben die Förderabgabe eingeführt, wir haben Sachsen-Anhalt an den Verwaltungskosten beteiligt, wir haben das Solidarbeitragsgesetz geschaffen, wir haben gestern das Abfallabgabengesetz gemacht, wir werden das Wasserentnahmegeld einführen, wir haben die globale Minderausgabe eingewiesen, und, in der Tat, wir stehen zur Netto-Kreditaufnahme. Wenn Sie bei den Einnahmebereichen — ich fange bei dem Förderzins an und höre bei dem Solidarbeitragsgesetz auf — an Ihrer Kritik festhalten, Herr Gansäuer und die FDP, dann hätten Sie ja die Chance gehabt, Ihren

Alternativhaushalt unter Absetzung dieser Einnahmen zu berechnen. Das machen Sie natürlich nicht, sondern Sie bauen Ihren Haushalt — obwohl es erst von Ihnen scharf kritisiert worden ist — auf diesen Basiswerten auf, die die neue Landesregierung mit Unterstützung der Koalition zustande gebracht hat. Bei der globalen Minderausgabe fällt die Kritik auch in sich zusammen, wenn ich Ihnen sage, daß Bayern inzwischen bei 1,4 % globaler Minderausgabe liegt und Baden-Württemberg bei 1,1 % über dem Ansatz des Niedersächsischen Wertes, beides Länder, die wesentlich reicher sind als Niedersachsen.

Wenn Sie ein bißchen in der Geschichte geblättert hätten, Herr Gansäuer, dann hätten Sie gemerkt, daß selbst die alte Landesregierung 204 Millionen DM im Jahre 1977 und 200 Millionen im Jahre 1982 als globale Minderausgabe ausgewiesen hat. Das waren, gemessen an den damaligen Haushalten, ganz erhebliche Kürzungen der Verfügungsfreiheit des Parlaments, wie Sie sagen.

(Gansäuer [CDU]: Fragen Sie doch Herrn Klein, ich habe ihn nur zitiert!)

Sie dürfen auch selber nachdenken. Sie sind zwar ein Künstler des Zitierens, aber unter dem Strich heißt das ganz einfach, daß Sie offensichtlich nicht reflektieren, was Sie zitieren, und das zeichnet Sie dann nicht aus!

Dann kommen wir zu der Frage der Rücklagen und der Risikovorsorge. Sie können gewiß sein, daß diese Landesregierung mit Unterstützung der Koalition sehr sorgfältig die Entwicklung beobachten wird, die sich bei den Verhandlungen im Vermittlungsausschuß abzeichnet. Aber erst dann, wenn wir die Schlußabrechnung des Jahres 1991 und die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses vorliegen haben, werden wir Bilanz ziehen und einen Strich unter den bis dahin offenkundigen Stand machen. Dann werden wir den Nachtragshaushalt mit den Zahlen machen, die vorliegen, einschließlich der Strukturhilfe, einschließlich auch der Frage, wie es mit dem Konversionsprogramm läuft, welche Entscheidungen beim Kindergeld getroffen werden — alles Dinge, die wir in die Aufstellung des Nachtragshaushaltes einbeziehen müssen.

Wir werden das Spiel nicht mitmachen, das die CDU mit ihrem Antrag versucht hat, nach dem Motto: Wir wissen alles schon vorher, deshalb senken wir die Neuverschuldung ab und führen Gelder der Rücklage zu, die überhaupt noch nicht berechnet sind, und dann geben wir noch Geld aus, das wir nicht haben! Dieses Prinzip,

Herr Gansäuer, trägt nicht. Deshalb werden wir an unserem Haushaltsentwurf festhalten.

Ganz gleich, wie man die Meßlatte anlegt: Eine echte Alternative zum Haushaltsplanentwurf der Landesregierung und zu den Änderungsanträgen von SPD und Grünen hat die Opposition nicht vorgelegt. Die beiden Papiere, die wir gestern und heute auf den Tisch bekommen haben, erfüllen nicht den Anspruch an die selbstformulierte Politik. Sie sind unsolide finanziert und setzen nach wie vor die falschen Schwerpunkte.

Die Haushaltsstruktur, die wir vorgelegt haben, die zwar kritisiert, aber nicht verändert werden soll, die programmatischen Schwerpunkte, die wir gesetzt haben, werden akzeptiert, bei den Haushaltsberatungen und nach draußen kritisiert, doch zu Hause freut man sich über die Leistungen der rot-grünen Koalition bei Kindergärten und Lehrern. In der mittelfristigen Absicherung wird deutlich, daß der Umsteuerungsprozeß hin zu einer Konsolidierungspolitik offen erkennbar ist.

Ich sage Ihnen: Die Frage bleibt zu klären, ob die SPD bei der Umsetzung ihrer Politik wirklich Wort hält. Herr Gansäuer hat das massiv bezweifelt. Er hat als Meßlatte die Koalitionsvereinbarung angelegt, und wenn es besser paßt, nimmt er die Wahlprogramme.

Ich sage Ihnen: Die SPD und die Grünen haben in wichtigen, zentralen Fragen bereits heute Wort gehalten. Das gilt für den Schulbereich, das gilt für den Kindergartenbereich, das gilt für den Pflegebereich, das gilt für den Wohnungsbau, das gilt für den Umgang mit den Kommunen, und das gilt auch für die ökologische Umsteuerung.

Der Wirtschaftsförderfonds, den wir um das ökologische Instrument angereichert haben, bewährt sich und wird stark nachgefragt. Hier wird deutlich, daß die Zusammenarbeit zwischen Regierung, Regierungskoalition und Wirtschaft im Interesse von Arbeitsplätzen hervorragend klappt.

(Glocke des Präsidenten.)

Die SPD hat früher als bisher erwartet Wahlzusage eingehalten, unter anderem auch, das gebe ich gerne zu, unter dem Druck der Ereignisse: Die Schüler und Studentenzahlen wachsen, der Bedarf an Wohnungen ist stärker gestiegen, als wir es annehmen konnten. Wir werden nachbessern. Das versprechen wir Ihnen, aber insbesondere den Betroffenen.

Wir werden am Schluß feststellen können — und die Kommunalwahlen am 6. Oktober haben es

Aller

zeigt —, daß wir mit unserer konsequenten, ehrlichen und offenen Finanzpolitik das, was die SPD in ihrem Zehn-Punkte-Programm und die Grünen als Wahlkampfeswerpunkte gesagt haben, auch umgesetzt haben.

Es ist bedauerlich, Herr Gansäuer, daß Sie die Schlußbilanz schon in der Mitte der Wahlperiode ziehen. Das ist nicht redlich. Ich sage Ihnen: Die Bewertung nach vier Jahren wird so aussehen, daß die Menschen in diesem Land sagen werden: Sie haben mehr getan, als sie versprochen haben, und wir haben erkannt, daß Sozialdemokraten und Grüne besser mit Geld umgehen können als die CDU. — Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Milde:

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Hildebrandt um das Wort gebeten. Herr Kollege Hildebrandt, ich erteile Ihnen das Wort.

Hildebrandt (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Aller, es kann manchmal zum Vorteil dieses Landes sein, wenn Sie etwas nicht halten, was Sie versprochen haben.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Insofern kommen wir dann zu einer differenzierten Betrachtung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eineinhalb Jahre regiert Rot-Grün unser Land. Der anfängliche Rausch an der gewonnenen Macht ist verfliegen.

(Gansäuer [CDU]: Das kann man wohl sagen!)

Katerstimmung und Ernüchterung machen sich breit.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU. — Waike [SPD]: Gansäuer redet vom Feiern, Sie von Katerstimmung! Was ist nun richtig?)

Es gab kaum eine Regierung in der Bundesrepublik, die nach so langer Machtabstinenz nach so kurzer Zeit schon so verschlissen und so ausgelaugt ist wie Ihre. Es muß schon betrüblich sein, wenn man wochenlang die Minister über Land auf Wahlkampf schickt, wenn man mehr Wahlkampf macht als Regierungsarbeit, wie die Fülle der verspätet eingereichten Gesetzentwürfe zeigt, wenn man eine landesweite Anzeigenkampagne

der Landesregierung schaltet, wenn man teure Wohltaten unter das Volk streut und das Volk einem die Gunst entzieht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Rechnerisch langt es nach den Kommunalwahlen nicht mehr für Rot-Grün. Nach der Bundestagswahl ist das der zweite Beweis: Rot-Grün wird in Niedersachsen nicht akzeptiert.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Hätten die Wähler nach dem Mai letzten Jahres eine zweite Chance gehabt, wie jetzt die Grünen in Bremen, wäre diese Formation eingegangen wie eine Eintagsfliege.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Nach eineinhalb Jahren Regierungszeit werden Ende dieses Jahres fünf Staatssekretäre ausgetauscht worden sein, und im Kabinett sitzt ein Minister, der nur deshalb im Amt gehalten wird, weil die Opposition seinen Rücktritt gefordert hatte.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Minister sind ständig bemüht, ein besonderes Verhältnis zur Polizei zu entwickeln, und die Regierungsmannschaft insgesamt ist auf der Suche danach, was eigentlich die Regierungslinie ist.

Was allerdings funktioniert, ist die Regierungspropaganda. Und ein rhetorisch ohne Zweifel im doppelten Sinn blendender Schröder überdeckt die Schwächen der Regierungsmannschaft,

(Zustimmung bei der FDP)

in der sich allenfalls drei oder vier Mitglieder redlich bemühen, ihre Aufgaben zu erfüllen.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Nur kein Neid!)

— Wenn Sie damit schon zufrieden sind, gute Nacht!

(Lachen und Zustimmung bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf von Schneider [Salzgitter] [SPD].)

Die großspurigen Versprechungen beider Parteien, SPD wie Grüne, sind eine nach der anderen wie Seifenblasen geplatzt. Noch ist die Regierung auf der Suche nach den Fragen der Zeit, ohne deren Antworten, geschweige denn deren Lösung gefunden zu haben. Und selbst dafür ist sie in einem Maße wie keine Regierung zuvor auf externe Hilfe angewiesen. Während die Vorgängerregierungen von 1980 bis 1990 — Herr Aller, hören Sie genau zu — insgesamt 120 Gutachten ge-

braucht haben, hat Ihre Regierung bereits im ersten Regierungsjahr 70 Gutachten vergeben.

(Küpker [FDP]: Dann können die auch gar nicht entscheiden! — Gansäuer [CDU]: Wenn man keine Ahnung hat, braucht man Gutachten!)

Keine Zahl könnte eindrucksvoller belegen, wie phantasielos und im wahrsten Sinne des Wortes Ratlos diese Regierung den Problemen gegenübersteht, die sich ihr stellen oder die sie sich selbst bereitet.

(Zustimmung bei der FDP.)

Man muß diese Regierung nicht einmal mit den sehr viel strengeren Maßstäben der Opposition messen. Man muß sie nur an ihren eigenen Vorgaben messen, an dem, was sie ihren Wählern versprochen hat,

(Gansäuer [CDU]: Sehr richtig!)

und an dem, was sie davon einlöst.

(Gansäuer [CDU]: So ist es!)

Wer geglaubt hat, mit der rot-grünen Koalition setze ein inhaltliches Reformwerk ein, der sieht sich getäuscht. Ihre Politik kann sich in der Verpackung durchaus in Teilen der Schickeria sehen lassen. Im Inhalt ist sie hausbacken, phantasielos und streckenweise sogar reaktionär, Herr Aller.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Alte, zum Teil völlig verderbte Haushaltsstrukturen werden fortgeführt, statt daß sie aufgebrochen werden. In zentralen Fragen des Landes, in der Wirtschaftspolitik, in der Organisation der Verwaltung, in der Organisation unserer Hochschulen, in der Organisation unseres Bildungssystems, fehlt ihr jeder Reformeifer. Es sei denn, man hält die Einführung der Gesamtschule der 70er Jahre, Herr Wernstedt, schon für einen Beitrag zur Bildungsreform der 90er Jahre.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Wo sind denn die vermeintlichen Stärken dieser Landesregierung? Wo sind denn die sozialen und ökologischen Stärken?

Nehmen wir aus der Sozialpolitik nur den Wohnungsbau. Im Jahr 1992 wird trotz drastisch aufgestockter Wohnungsbauförderung durch den Bund in Niedersachsen ein Drittel weniger Wohnungen gefördert als nach Maßgabe unserer früheren Programme.

(Kuhlmann [CDU]: So ist es! — Zurufe von der SPD.)

In dem zentralen sozialen Feld, das besonders viele sozial schwache Menschen betrifft, dem Wohnungsbau, hat der Sozialminister komplett versagt. Mehr als ein halbes Jahr lang hat er nichts getan. Und als er etwas getan hat, mußte er es nach einem halben Jahr wieder korrigieren. Ein Gesetz zur Fehlbelegungsabgabe gibt es immer noch nicht.

In den ökologischen Fragen, in denen die eigentliche Stärke dieser rot-grünen Landesregierung liegen sollte, wie man meinen könnte, ist Stillstand eingetreten. Es reicht eben nicht aus, Mitglied bei Greenpeace zu sein, und guter Wille allein ist noch keine gute Politik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Münchehagen ruht vor sich hin. Diejenigen, die vorher lautstark nach einer Auskoffierung geschrien haben, sind jetzt leise geworden. Der Dümmer — in der Vergangenheit noch die umstrittene Naturschutzregion — verschlammt weiter. Am schlimmsten aber sieht es bei der Abfallwirtschaft aus. Die konkreten Lösungsansätze der früheren Landesregierung wurden gestoppt. An konkreten Alternativen, die auch in der Praxis und nicht nur an den Reißbrettern rot-grüner Ideologen funktionieren, mangelt es nicht nur, sondern es gibt sie auch nicht. Das Deponierungskonzept für den verbleibenden Restmüll — nur um den geht es ja in all unseren Debatten — hat der Nordrhein-Westfälische Umweltminister wörtlich als die „ökologische Todsünde“ bezeichnet. Statt die Offenheit zu haben, für die bestmöglichen technischen Lösungen zur Müllentsorgung einzutreten, blockieren die Verdauungsstörungen der rot-grünen Koalition jedoch umweltpolitisch sinnvolle und zukunftsfähige Lösungen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Bei der Sondermüllentsorgung sieht alles noch viel schlimmer aus. War Schönberg in der letzten Legislaturperiode in den Augen der Grünen noch die Verkörperung des Bösen, so haben sich die Grünen heute durch ihr Nichtstun zum heimlichen Komplizen derjenigen gemacht, die fleißig und munter weiter nach Schönberg karren sowie Müll nach Belgien und Nordrhein-Westfalen verschieben. Wahrscheinlich wird es dieser gut funktionierenden Regierungspropaganda auch gelingen, auf die Giftmüllaster, die nach Schönberg fahren, den blauen Umweltengel zu kleben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Das alles sind treffliche Beispiele für die grüne Lern- und Manövrierfähigkeit, Frau Dücker, wie der Kollege Fücks aus Bremen die besonderen Fähigkeiten der Grünen gerade bezeichnet hat.

Hildebrandt

Der nächste Lern- und Manövriertprozeß, Frau Dückert, steht Ihnen ins Haus. Während sie uns wegen unserer Position zur Sondermüllverbrennung noch vor kurzem als Pyromanen beschimpft hat, beginnt sie jetzt selbst an die reinigenden Kräfte des Feuers zu glauben. Die niedersächsische Umweltpolitik wird im Augenblick von einer Mischung aus ideologischer Borniertheit und höchster ökologischer Inkompetenz geprägt.

(Beifall bei der FDP.)

Dies alles wird untermalt durch ein besonders lockeres Verhältnis zum Rechtsstaat. Im Umweltministerium wurde über die parteiische Besetzung von Gerichten nachgedacht. Herr Kempmann schaltete sich ungeniert in Regierungsabläufe ein, wozu er vom Staatssekretär, der inzwischen seinen Hut nehmen mußte, sogar noch eingeladen worden ist. Wer einmal mit Mitarbeitern in den Häusern spricht, der wird erfahren, daß dort Parteibuchfilz und Genossenwirtschaft in einem solchen Ausmaß betrieben werden, daß selbst hartgesottene Christdemokraten die Spucke wegbleibt.

(Küpker [FDP]: Und das heißt was!)

Am ungeniertesten bedienen sich dabei freilich die Grünen, die von ihrem in der letzten Legislaturperiode vorgelegten Gesetzentwurf gegen Parteibuchfilz und Vetternwirtschaft nichts mehr wissen wollen. Sie haben ihn schlichtweg verdrängt. Herr Trittin benutzt das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten als Brückenkopf für grüne Parteipolitik. Nichts tut dieser Minister im übrigen, um für das Bundesland Niedersachsen in Bonn zu werben.

(Beifall bei der FDP.)

Vielleicht führt er den Terminkalender des Ministerpräsidenten. Er tut aber nichts, um z. B. eine so zentrale Veranstaltung wie die Expo in Bonn durchsetzungsfähig zu machen.

(Möllring [CDU]: Das will er ja auch nicht!)

Warum sollte er auch? Wir kennen ja seine Position und die seiner Partei zur Expo.

Einen solchen Minister hat dieses Land nicht verdient. Dieser Minister schadet auf seinem Stuhl den Interessen des zweitgrößten Bundeslandes in der Bundesrepublik.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Gansäuer [CDU]: Das weiß die SPD auch!)

Dabei kommt diesem Land und dieser Regierung noch ein Glücksfall entgegen, der mit Sicherheit nicht eingetreten wäre, wenn die Herren Schröder, Lafontaine und Trittin in Deutschland das

Sagen gehabt hätten. Wie kommt es denn, daß diese Regierung laut Finanzminister Swieter allein im Jahre 1991 über Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,8 Milliarden DM verfügt? Das liegt zum Teil an der deutschen Einheit, für die in diesem Hause nur die CDU und die FDP sowie ein damals und auch heute noch nicht maßgeblicher Teil der SPD gekämpft haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Es liegt aber auch an der Wirtschaftspolitik der früheren Landesregierung. Auch ohne deutsche Einheit, Herr Aller, hat es die alte Landesregierung geschafft, daß Niedersachsen seit spätestens 1989 sowohl hinsichtlich des Wirtschaftswachstums als auch hinsichtlich des Zuwachses an Arbeitsplätzen weit über dem Bundesdurchschnitt lag.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das haben nur die Wähler leider nicht gemerkt!)

— Das ist unser Problem gewesen, Frau Dr. Dückert, das ist richtig. Es liegt auch an der vergleichsweise soliden Haushaltsführung der früheren Landesregierung. Ich weiß, Herr Waike, daß Sie uns jetzt die 10 Milliarden DM Schulden vorhalten werden, die wir bedauerlicherweise machen mußten.

(Zurufe von Aller [SPD] und Frau Dr. Dückert [Grüne].)

Ich und meine gesamte Fraktion — auch der Kollege Küpker hat dies getan — haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß dies viel zu viele Schulden waren. Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß dieses Land auch in Zeiten der CDU-FDP-Koalition, also seit 1986, über seine Verhältnisse gelebt hat. Der Unterschied ist nur, daß wir aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen gezogen haben. Wir haben gespart.

(Gansäuer [CDU]: So ist es!)

Ich räume ein, daß wir manchmal offenbar auch an der falschen Stelle gespart haben. Wir sind dafür bestraft worden, indem wir abgewählt worden sind. Ich bin jedoch nach wie vor fest davon überzeugt, daß es zu dieser Politik weder damals noch heute eine Alternative gegeben hat bzw. gibt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Und, Herr Waike und Herr Aller, es ist schon ein Unterschied, ob man 1,8 Milliarden DM Steuermehreinnahmen und eine Rücklage von 1,6 Milliarden DM hat, wie das bei Ihnen der Fall ist, oder ob man keinen Pfennig Rücklage und 2,8 Milliarden DM Mindereinnahmen hat, wie das 1987, als wir unseren zweiten Haushalt aufgestellt haben, der Fall gewesen ist.

(Gansäuer [CDU]: Genau das ist es!)

Hätte die jetzige Landesregierung an unsere sparsame Ausgabenpolitik angeknüpft, Herr Aller, dann läge die Neuverschuldung heute wohl kaum über 1 Milliarde DM.

(Zuruf von Köneke [SPD].)

Dies wäre die richtige Politik gewesen, statt den Schuldenberg bei einer so ausgezeichneten Einnahmesituation, wie Sie sie haben, so drastisch zu erhöhen. Was wollen Sie, Herr Aller, denn tun, wenn, wie es von vielen Experten befürchtet wird, ab nächstem Jahr der Konjunktur einbruch kommt?

(Aller [SPD]: Wir verlassen uns auf Möllemann!)

Was wollen Sie tun, wenn die Gewerkschaften mit ihren Forderungen, zweistellige Tarifierhöhungen vorzunehmen, durchkommen? Ich stelle die These auf, daß wir mit den 3 %, die wir im Haushalt 1990 für die zu erwartende Erhöhung im öffentlichen Tarifbereich aufgestellt haben, ehrlicher waren, als Sie es heute mit Ihren 5 % sind. Wir werden Ihre Politik zu bezahlen haben; denn was Sie heute anrichten, schafft die Rechtsansprüche für morgen.

(Frau Dr. Dücker [Grüne]: Sie haben einfach ungedeckte Schecks zurückgelassen!)

Was tun Sie, wenn Niedersachsen zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs weitere Einnahmeverluste hinnehmen muß? Dazu haben Sie auch noch nichts vorgelegt. Daß dies geschehen wird und aus Solidaritätsgründen geschehen muß, Herr Aller, ist seit mindestens drei Jahren jedem hier im Hause klar. Trotzdem tut diese Landesregierung so, als hätte sich in der Welt nichts verändert. Deshalb, Herr Swieter, müßte Ihnen die Schamröte ins Gesicht schießen, wenn Sie vor diesem Hintergrund von solider Finanzpolitik sprechen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Schamröte mag — aus einem anderen Grund — auch dem Ministerpräsidenten ins Gesicht schießen, wenn er an seine wirtschaftspolitischen Gehversuche zurückdenkt. Das Candlelight-Dinner mit Pirelli mag noch eine schöne Erinnerung sein. Was Sie, Herr Ministerpräsident, jedoch mit den Menschen in Wilhelmshaven gemacht haben,

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

mit den Mitarbeitern der Olympia-Werke, und mit Ihrer Ankündigung vor der Kommunalwahl, war schon schlimm. So geht man mit Menschen, die um ihre Existenz fürchten, nicht um!

(Beifall bei der CDU.)

Das wenigste, was sie erwarten können, ist Ehrlichkeit im Umgang mit ihnen. So geht man auch nicht mit ihnen um, selbst wenn man für die Kommunalwahl ihre Stimmen haben möchte. Sie, Herr Schröder, haben den Menschen in voller Kenntnis der Tatsache, daß das Land weder das Geld noch das unternehmerische Konzept hat, versprochen, das Land springe ein, wenn Mercedes nicht bereit sei, Olympia zu übernehmen. Dies, Herr Schröder, ist Ihre Olympia-Lüge. Wenn Sie sich in der Wirtschaftspolitik verdient machen wollen, dann beginnen Sie damit, Ihrem Wirtschaftsminister in Ihrer Koalition zu einer politischen Lobby zu verhelfen. Setzen Sie sich dafür ein, daß er durchsetzungsfähig wird!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neben dem Umweltschutz und dem Wohnungsbau ist die Hochschulpolitik vielleicht die markanteste Position, an der die Rat- und Orientierungslosigkeit dieser Landesregierung deutlich wird. Dies wird auch dadurch nicht überdeckt, Frau Schurhardt, daß sich die Ministerin nicht scheut, im Landtag und auf öffentlichen Veranstaltungen mit falschen Behauptungen zu operieren, wenn sie die vergangene Politik von CDU und FDP würdigt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Würde die Ministerin einmal in ihre eigene Statistik von 1991 über die Daten zur Hochschulentwicklung hineinschauen, so würde sie feststellen: Es wurden von der alten Regierung keine Stellen gestrichen, sondern umgeschichtet. Mit der Umschichtung hat die CDU-FDP-Koalition Strukturpolitik betrieben, nämlich den Abbau der Lehrerbildungskapazitäten aufgrund der damaligen Bevölkerungsstatistik

(Gansäuer [CDU]: Der unstrittig war!)

— allgemein unstrittig —, aber Zugänge in den Bedarfsbereichen, wie bei den Fachhochschulen, dem Informatikpool, dem Forschungspool und dem Fiebiger-Stellenpool.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Die Wahrheit ist: In der Zeit von 1980 bis 1990 wurden neben den Umschichtungen in dem Bereich der Hochschulen, Medizin eingeschlossen, 1 416 Stellen geschaffen. Des weiteren möchte ich betonen — das gehört ebenso zur Wahrheit —, daß es die CDU-FDP-Landesregierung war, die das Fachhochschulentwicklungsprogramm mit Hilfe der Möllemann-Programme ins Leben gerufen hat. Die jetzige rot-grüne Landesregierung hat nur das weitergeführt, was die alte Landesregierung bereits in der Planung hatte. Das sollten

Hildebrandt

Sie eigentlich begrüßen, Frau Schuchardt, statt sich mit fremden Federn zu schmücken.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Es ist also unwahr, wenn Sie behaupten, daß Stellen gekürzt worden sind, ohne gleichzeitig hinzuzufügen, daß in anderen Bereichen Stellen geschaffen wurden.

Aber selbst mit mehr Stellen und mit mehr Geld sind die Probleme unserer Hochschulen heute nicht mehr zu lösen. Auch die Hochschulen selbst müssen die Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission nach Entrümpelung von Studiengängen und Studienordnungen vehement in Angriff nehmen. Dies ist nur ein Beispiel. Hier hätte die Ministerin alle Hände voll zu tun, in einer engen Zusammenarbeit mit den Hochschulen zukunftsträchtige Strukturen zu schaffen. Doch Ministerin Schuchardt hat weder mit inhaltlichen Reformen noch mit organisatorischen Reformen etwas am Hut.

Zur Forschung: Die Forschungsmittel werden von der Ministerin gekürzt, obwohl der Wirtschaftsminister mit teuren Gutachten die immer noch bestehende Forschungsschwäche analysieren läßt. Die CDU-FDP-Landesregierung hatte die Forschung bereits schwerpunktmäßig gefördert.

Im Hochschulgesetz fordert die Ministerin für die Hochschulen mehr Atonomie und kürzt gleichzeitig die Autonomiemittel der Universitäten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Der Ministerpräsident beschimpft den Präsidenten der Landesrektorenkonferenz und zieht wenig später all das, wofür er den Präsidenten beschimpft hat, zurück. So schafft man kein Vertrauen in die Hochschullandschaft. Solche Orientierungs- und Konzeptionslosigkeit verzeiht die öffentliche Meinung offenbar nur einer rot-grünen Landesregierung.

In der Innenpolitik — daraus mache ich gar kein Hehl — macht der stellvertretende Ministerpräsident Glogowski eine sehr vernünftige Politik.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU.)

Hier werden durchaus nötige Reformen angepackt, vielleicht nicht immer schnell genug, aber immerhin. Aber was nützt das, wenn der Innenminister die Verdienste der Polizei würdigt, wenn er vernünftige Vorschläge macht, der Minister für grüne Angelegenheiten jedoch mit seinem Veto alles außer Kraft setzt?

(Zuruf von Ministerpräsident Schröder.)

— Herr Ministerpräsident, ich kann meinen Redetext nicht aufgrund der Öffentlichkeitsarbeit des stellvertretenden Ministerpräsidenten durchgehend ändern. Leistungen müssen sich lohnen. Deshalb habe ich die Leistungen des Innenministers hervorgehoben.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU.)

Wir werden das Konzept der Landesregierung zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sorgfältig beobachten.

(Möllring [CDU]: Haben Sie noch einen zweiten Minister, den Sie loben könnten?)

Wir werden sehen, was von dem von Glogowski unterschriebenen Asylkompromiß bleiben wird. Wir werden Ihnen beharrlich auf den Zahn fühlen.

Lassen Sie mich noch etwas zu den von uns beantragten Haushaltsänderungen sagen. Ich will mich auf wenige Bemerkungen beschränken. Der Kollege Küpker wird auf dieses Thema noch eingehen. Nur soviel: Meine Fraktion will mit diesem Antrag auch ein symbolisches Zeichen dafür setzen, in welchen Haushaltssegmenten wir uns ein deutliches Engagement des Landes gewünscht hätten. Dies sind die Bereiche Hochschulpolitik, Wohnungsbau und der Bereich soziale Dienste.

(Beifall bei der FDP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte noch einiges zu sagen; lassen Sie mich aber zusammenfassen.

Erstens. Diese rot-grüne Koalition hat sich völlig übernommen. Sie hat den Menschen alles versprochen und bringt deshalb nichts zustande. Die Menschen in Niedersachsen haben in allen Umfragen und Wahlen seit dem 13. Mai bewiesen: Die rot-grüne Koalition ist und war ein Betriebsunfall mit einer Halbwertszeit von maximal vier Jahren.

(Beifall bei der FDP.)

Zweitens. Auf allen zentralen Politikfeldern blockieren sich die Koalitionspartner gegenseitig. Auf den Feldern, auf denen Entscheidungen gefragt sind — ich wiederhole: Wohnungsbau, Hochschulen, Forschung und Bildung, Abfallwirtschaft, Wirtschaftspolitik —, liegen sich die Koalitionspartner über Kreuz, behindern sich gegenseitig, oder es fehlt einfach der Mut, alte Zöpfe abzuschneiden.

Drittens. Jüngste Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten belegen besser den Zustand der Koalition, als es meine Worte tun kön-

nen. Deshalb beschränke ich mich jetzt und bedanke mich für die Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Präsident Milde:

Für die Fraktion der Grünen hat sich der Kollege Dr. Roske zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Roske!

Dr. Roske (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich stelle zunächst einmal fest, daß die FDP uns jetzt eine längere Zeit zubilligt als noch vor eineinhalb Jahren. Damals ging sie von kürzeren Regierungszeiten für die Koalition aus.

(Hildebrandt [FDP]: Nein, wir haben Sie auf vier Jahre eingeschätzt, Herr Kollege!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es wurde schon viel darüber gesagt, unter welchen Verlusten der niedersächsische Landeshaushalt durch Umverteilung auf den Bund bzw. die neuen Bundesländer leidet und wie stark er andererseits von hohen Steuermehreinnahmen profitiere. Noch nie zuvor hat die Landeshaushaltspolitik unter einer solchen gesamtgesellschaftlichen deutschen und europäischen Verantwortung gestanden wie in diesen Jahren. Wir können angesichts der notwendigen Transfermittel für die neuen Bundesländer nicht bedauern, mehr Mittel abtreten zu müssen, als die Bundesregierung vorausgesehen hat.

Der bevorstehende Zusammenbruch der Wirtschaft in der ehemaligen Sowjetunion wird das Bewußtsein des Bundes, der Länder und der Bürger noch mehr herausfordern, und dies bei einer Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, deren Indikatoren nicht verheißungsvoll sind. Diese Indikatoren zeigten schon vor der Wirtschafts- und Währungsunion nach unten. Dann gab es einen Aufschwung auf Pump, dessen Strohfeuer nicht mehr richtig heizen will. Die Transferleistungen von West- nach Ostdeutschland im Jahre 1991 betragen etwa 135 Milliarden DM und bestanden zu zwei Dritteln aus Alimentationen, die nicht geeignet sind, eine wirtschaftliche Eigendynamik in den neuen Bundesländern auszulösen, während andererseits die hohe Staatsverschuldung und das hohe Zinsniveau eine zusätzliche Bremse für Investitionen darstellen werden.

Ein hoher Anteil der Steuermehreinnahmen Niedersachsens ist auf Pkw-Käufe zurückzuführen, allerdings mit stark fallender Tendenz, weil die

umgetauschten Ersparnisse der Ostbürger mehr und mehr geschont werden müssen. Meine Damen und Herren, als Grüne können wir nicht bedauern, wenn weniger Pkw in Wolfsburg gebaut werden. Andererseits wissen wir auch, daß weniger Wachstum noch keine ökologische Verbesserung bedeutet und daß die Übertragung des antiquierten westdeutschen Verkehrssystems auf die neuen Bundesländer dadurch noch nicht transformiert wird.

Meine Damen und Herren, es kann Niedersachsen nur um eine gerechtere Verteilung der gesamtdeutschen Lasten zwischen Bund, Ländern und Kommunen und zwischen den Ländern gehen, nicht um die Kritik an der absoluten Höhe der Transfers. Diese sind, sollen die Verhältnisse zwischen Ost und West innerhalb von zehn Jahren wenigstens angeglichen werden, viel zu niedrig. Diesbezüglich werden von der Bundesregierung immer noch Illusionen verbreitet, die dazu führen, daß von der rot-grünen Koalition in Niedersachsen die schnelle Beseitigung aller politischen Altlasten der Albrecht-Regierung erwartet wird, ohne sich der neuen und künftigen Haushaltslage zu vergewissern.

Meine Damen und Herren, setzt sich die Bundesregierung mit ihren Plänen durch, verliert Niedersachsen zunächst einmal nominell mehr als 2 Milliarden DM an etatisierten Haushaltsmitteln bzw. Mitteln, die bisher die Kommunen erhalten haben — ich zähle auf: Fonds „Deutsche Einheit“, Verwaltungshilfe, Umsatzsteuerkompromiß, Strukturhilfe, Gewerbekapitalsteuer, Familienlastenausgleich —, während auf der anderen Seite noch völlig offen ist, was Niedersachsen bekommen wird. Von den nicht etatisierten Mitteln des Landes Niedersachsen wurde die Zonenrandförderung noch kaum erwähnt, insbesondere die nicht etatisierten Mittel der Zonenrandförderung, die ich auch auf etwa 600 bis 700 Millionen DM schätze. Die Zahlen, die mir vorliegen, reichen bis in das Jahr 1987.

Was Niedersachsen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gewinnen wird, ist gegenwärtig sehr schwer zu sagen. Es ist äußerst gewagt, hier eine Summe zu nennen, wie sie in einem Teil der Presse genannt worden ist. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen die Grünen, wie Sie wissen, aus sozialen Gründen ab.

(Hildebrandt [FDP]: Ist der Finanzminister denn unsozial?)

Wir lehnen sie aber auch aus ökonomischen Gründen ab, weil die Mehrwertsteuererhöhung selbst auf die private Nachfrage drücken würde, die zur Zeit eine sinkende Tendenz hat.

Dr. Roske

Während wir die eventuellen Mehreinnahmen für das Jahr 1992 nicht schätzen können, steht andererseits fest, daß Niedersachsen, wie das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung feststellt, durch die notwendigen Truppenreduzierungen 1 Milliarde DM an Kaufkraft verlieren wird.

Es ist kein Kunststück, vorauszusagen, daß sich die Lasten der deutschen Einheit in den nächsten Jahren noch erhöhen werden. Ostdeutschland fehlt, rechnet man das Niveau des westdeutschen Anlagekapitals auf die Beschäftigung von nur 7 Millionen Menschen in den neuen Bundesländern hoch, ein Anlagekapital von mindestens 2 Billionen DM. Rechnet man die jährlichen Anlageinvestitionen des Westens auf die neuen Bundesländer hoch, dann wären dort jährlich mindestens 200 Milliarden DM Anlageinvestitionen notwendig, wenn über einen sehr langen Zeitraum von jedenfalls mehr als zehn Jahren ein Aufholprozeß stattfinden soll. Gegenwärtig aber werden nur ca. 70 Milliarden DM in den neuen Bundesländern investiert, und im nächsten Jahr wird nicht wesentlich mehr erwartet. Die Direktinvestitionen bewegen sich trotz hoher Subventionen auf einem solch niedrigen Niveau, daß nur eine Steigerung des staatlichen Transfers für den notwendigen Vorlauf an Infrastrukturmaßnahmen sorgen kann.

Schon aus ganz egoistischen Motiven der niedersächsischen Bürger ist der rapide Anstieg der Verschuldung der ostdeutschen Länder und Kommunen noch beängstigender als die Staatsverschuldung Niedersachsens, die uns die Albrecht-Regierung hinterlassen hat. Die ostdeutschen Kommunen haben schon 50 % der Pro-Kopf-Verschuldung der Westkommunen erreicht, wofür diese Westkommunen 40 Jahre gebraucht haben. Gelingt es nicht, die notwendigen wirtschaftlichen Potenzen in Ostdeutschland aufzubauen — das muß ja nicht heißen, jedenfalls nicht nach unserer Meinung, daß man die Produktions-, Versorgungs- und Entsorgungssysteme dort übernimmt —, dann werden die niedrigeren und ökologischen und sozialen Standards im Osten auf den Westen zurückschlagen. Die sogenannten Beschleunigungs- und Maßnahmengesetze sind dafür schon geeignet.

In dieser Situation bedient sich der Bund aus den Länderkassen im Namen der deutschen Einheit, ohne das Geld wirklich für die deutsche Einheit auszugeben. Die Steuererhöhungen im Jahre 1991 flossen zu über 90 % in die Kassen des Bundes, die unsoziale Erhöhung der Mehrwertsteuer würde zum überwiegenden Teil an die gleiche

Adresse gehen, und die Lasten der projektierten Unternehmensteuerreform hätten zu 90 % die Länder und Gemeinden zu tragen.

Die Niedersächsische Landesregierung zeigt sich gegenüber dem Bund kompromißbereit, stimmt dem Auslaufen der Strukturhilfe zu, während die Bundesregierung an der Abschaffung der Gewerbesteuer zu Lasten der Kommunen festhält.

Dabei muß betont werden, daß bei der Abschaffung dieser Gewerbesteuer 75 % des Steuerersenkungsvolumens 0,6 % der Unternehmen zugute kommen würden. Es ist also wirklich nicht weit her mit den Wohltaten für die kleinen und mittleren Unternehmen, von denen CDU und FDP sprechen.

In der Frage der unsozialen Mehrwertsteuererhöhung ist die Bundesregierung offensichtlich völlig unflexibel und lehnt eine Erhöhung des Einkommensteuertarifs ebenso ab wie die Ergänzungsabgabe für Höherverdienende. Entscheidend für einen längeren Frieden an der Finanzfront ist meines Erachtens erstens, daß dieses Mal bei der Verteilung der Mehreinnahmen und Lasten zwischen Bund und Ländern für die Länder mehr herauspringt — ich erinnere dabei an das Kanzlerwort bei der letzten Steuererhöhung —, und zweitens, daß ein Paket über Kompensation der Strukturhilfe, über Steuerreform, Familienlastenausgleich und Rüstungskonversion geschnürt wird, das sozial und regional ausgewogen ist.

Vor diesem Hintergrund wählt die Koalition einen haushaltspolitisch sparsamen Weg der Fortsetzung ihrer Politik durch Umbau des Haushalts, während die Mehrausgaben zum größten Teil in Lohn- und Preissteigerungen begründet sind. Die Opposition kritisiert die Steigerung der Personalkosten und die relative Abnahme der Investitionen, die ja auch schon in ihrer Regierungszeit stattgefunden hat. Wo hat die Koalition Stellen geschaffen? Neben den Schulen und Hochschulen, wo die Albrecht-Regierung Stellen abgebaut hat, haben wir ein Frauenministerium geschaffen, das mit seiner viel zu geringen personellen und Projektmittelausstattung gesellschafts- und kulturpolitisch für Frauen und Mädchen viel bewirkt, wenn die niedrigen Förderbeiträge auch in den Herrenrunden des Haushaltsausschusses Heiterkeit auslösen.

Wir haben 118 neue Stellen im Umweltbereich geschaffen zum Abbau der Vollzugsdefizite in den Umweltfachverwaltungen, insbesondere bei der Gewerbeaufsicht, im Naturschutz und in der Abfallwirtschaft. Das sind zwar keine Anlageinvestitionen, aber Zukunftsinvestitionen.

Das Ifo-Gutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung Niedersachsens hat gezeigt, daß sich alle wesentlichen Indikatoren für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den letzten zehn Jahren im Vergleich zum Bundesdurchschnitt weiter verschlechtert haben. Das technologische Defizit und Qualifikationsdefizit insbesondere bei den höheren Qualifikationen ist seit langem bekannt. Neben den ökologischen Altlasten hinterließ uns die abgewählte Regierung auch diese Altlast. Wir Grünen haben immer wieder kritisiert, daß eine Wirtschaftsförderung nach dem Gießkannenprinzip nicht geeignet ist, die Defizite Niedersachsens zu kompensieren. Gerade in diesem Bereich der technologischen Innovation, den sich konservativ-liberale Regierungen als ihre eigentliche Kompetenz auf die Fahnen schreiben, hat die letzte Regierung versagt.

Die rot-grüne Koalition hat nunmehr die Wirtschaftsförderung insgesamt unter den Vorbehalt der Umweltverträglichkeit gestellt und im Haushalt 1992 einen 63 Millionen DM umfassenden Ökofonds zur gezielten Förderung des ökologischen Umbaus und der ökologischen Modernisierung von Produkten und Produktions-, Entsorgungs- und Energiespartechnologien geschaffen. Von der Opposition wird immer noch so getan, als sei diese Förderung etwas anderes als die Förderung der gewerblichen Wirtschaft.

(Küpker [FDP]: Insofern habt ihr nur umgeschichtet!)

Meine Damen und Herren, wir haben die Technologie-, Forschungs- und Entwicklungsförderung trotz Kürzung der Strukturhilfe aufgestockt. Die Richtung der Förderung wurde korrigiert, und wir werden unsere Förderkriterien im Unterschied zur Albrecht-Regierung laufend überprüfen, und zwar insbesondere auf ihre technologischen und ökologischen Erneuerungseffekte und auch auf Mitnahmeeffekte, die in der Wirtschaftsförderung nicht selten sind.

Die Richtungsänderung der Wirtschaftsförderung, die sich im Ökofonds besonders ausdrückt, besteht darin, daß wir Anschubfinanzierungen für die betriebliche Vorsorge für die Umwelt geben, weil diese Methode nicht nur umweltfreundlicher ist als die auf Kosten des Staates durchzuführende Umweltreparatur im nachhinein — soweit überhaupt repariert werden kann —, nein, diese Methode ist auch billiger. Was die Wettbewerbsfähigkeit anbelangt, die der Opposition scheinbar am Herzen liegt, so erschließt High-Tech im ökologischen Bereich nicht nur neue Märkte, sondern verschafft auch Wettbewerbsvorteile nach allgemeiner Einführung neuer Technologien.

Wir gehen natürlich auch mit anderen Maßnahmen, wie z. B. mit der Sonderabfallabgabe und dem Wasserentnahmeentgelt, in die Richtung, volkswirtschaftliche Umweltkosten von vornherein in die betrieblichen Kosten zu integrieren und mit den erheblichen zusätzlichen Haushaltsmitteln noch mehr High-Tech zur Vermeidung von Müll sowie den Gewässer- und Naturschutz zu fördern.

Es ist bekannt, meine Damen und Herren, daß die Grünen für eine drastische Reduktion des Personen- und Güterverkehrs auf der Straße eintreten. Wir wollen aber nicht nur den Autoverkehr verteuern — zum Beispiel durch eine Nahverkehrsabgabe —, wir wollen auch den öffentlichen Verkehr attraktiver machen. Diese Umgestaltung hat auf Landesebene die Beschränkung, daß der Schienenverkehr fast vollständig in Bundeshand ist und von der Bundesregierung keine Initiativen in dieser Richtung zu erwarten sind.

Die Koalition hat die Haushaltsansätze für den öffentlichen Personennahverkehr und für nicht-bundeseigene Eisenbahnen drastisch erhöht, insgesamt auf 365 Millionen DM. Die Ansätze für den Radwegebau wurden ebenfalls erhöht. Auf der anderen Seite nimmt das Land Einfluß auf die Ausgestaltung des Schienennetzes des Bundes.

Mit der Förderung eines Halbpreispasses der Bundesbahn in Niedersachsen geht die Koalition der notwendigen Entwicklung im Bundesgebiet voraus. Meine Damen und Herren, für die Risikoabsicherung der Einführung dieses Halbpreispasses stellt Niedersachsen als erstes Bundesland Mittel zu Verfügung. Im Ausland gibt es bereits Erfahrungen mit diesem Konzept, einem Konzept, das durch die Verbilligung des Schienenverkehrs sowohl seine Attraktivität als auch gleichzeitig seine Rentabilität verbessern will. Durch die einmalige Zahlung von 120 DM soll jeder Niedersachse und jede Niedersächsin das Recht haben, ein Jahr lang Bahnfahrten zum halben Preis zu erwerben. Wir Grünen hoffen, daß durch die Verhandlungen mit der Bahn für ganz Deutschland, von Niedersachsen ausgehend, eine Lösung gefunden wird.

Meine Damen und Herren, die Anträge auf Fördermittel aus dem Ökofonds übersteigen das Fördervolumen. Wir schließen daraus, daß das ein gutes Zeichen ist, daß die Koalition mit gezielter Wirtschaftsförderung richtig liegt. Unsere Forschungs- und Technologieförderung alternativer Energieträger und rationeller Energienutzung wird in gleicher Höhe fortgesetzt. Die Markteinführung der Brennwertechnologie ist überaus gut gelungen. Hier kann der Marktanreiz wahrscheinlich zurückgenommen werden; zum Bei-

Dr. Roske

spiel zugunsten von rationeller Energietechnik bei Altbausanierungen.

Meine Damen und Herren, trotz restriktiver Bedingungen auf Landesebene gehen wir beharrlich den Weg des Ausstiegs aus der Atomenergie. Dazu ist es nötig, insbesondere die Atomaufsicht zu verstärken. Konsequente Aufsicht hat schon jetzt dazu geführt, daß das AKW Stade seit drei Monaten stillgelegt ist. Wir erwarten, daß das Instrument der Aufsicht mit gleicher Konsequenz auch an anderen Stellen eingesetzt wird. Wir haben deshalb sechs neue Stellen durchgesetzt, die helfen sollen, hier die Dinge anders zu regeln als bisher.

Meine Damen und Herren, wir fördern eine bedarfsorientierte Energiedienstleistung. Es ist wissenschaftlich schon lange geklärt, daß es billiger ist, eine Energieeinheit einzusparen als eine neue Energieeinheit zu produzieren; abgesehen von der Verminderung der Umweltzerstörung. Mit AKWs ist eine Orientierung an der Struktur des Energiebedarfs nicht möglich, meine Damen und Herren.

(Dr. Hruska [FDP]: Warum das?)

— Warten Sie doch ab. Ich führe das aus. Mit AKWs ist eine Orientierung der Energieproduktion an der Struktur des Energiebedarfs nicht möglich. Mit AKWs kann man nämlich nur Strom produzieren.

(Dr. Hruska [FDP]: Das ist eine Logik!)

Der Strombedarf macht nur einen ganz geringen Teil unseres Gesamtenergiebedarfs aus.

(Zuruf von Dr. Stratmann [CDU].)

Sie müssen sich einmal auf die Forschungsergebnisse stützen.

(Unruhe.)

Präsident Milde:

Herr Dr. Roske, gestatten Sie eine Bemerkung. — Meine Damen und Herren, der Geräuschpegel ist wieder sehr hoch. Das ist nicht nett gegenüber dem Kollegen Dr. Roske. Wenn Gespräche geführt werden müssen, dann führen Sie diese bitte draußen. Das gilt für alle miteinander.

Dr. Roske (Grüne):

Weil mit Atomkraftwerken eine Orientierung an der Struktur des Energiebedarfs nicht möglich ist, kamen die letzten Weltenergiekonferenzen zu dem Ergebnis, daß mit dem Einsatz von Atomkraftwerken auch der Verbrauch fossiler Energie-

träger und damit auch die CO₂-Emission steigt. Es ist also unrichtig, nur die Gefährlichkeit von Atomkraftwerken gegen die Gefährlichkeit von CO₂-Emissionen abzuwägen, wie dies in der letzten Plenarsitzung geschehen ist. Eine integrierte Produktion von Wärme und Strom ist eben nur bei dezentraler Energieproduktion möglich.

Mit der Gründung der Niedersächsischen Energieagentur für Energieeinsparung und rationelle Energienutzung wollen wir beweisen, daß man mit geringen Mitteln viel bewirken kann. Adressaten von Beratung und Konzepten sind vor allem die Kommunen, die gewerbliche Wirtschaft, Wohnungsbaugesellschaften und Energieversorgungsunternehmen. Zur Zeit sind schon 35 Projekte in Arbeit bzw. in Akquisition.

Meine Damen und Herren, wir haben 85 000 flächenbezogene Studienplätze an den niedersächsischen Hochschulen und 150 000 Studentinnen und Studenten. Diese ungeheure Überlast kommt nicht von heute auf morgen. Immer wieder wurden die Bedarfsrechnungen der Fachleute von der alten Landesregierung heruntergeschrieben. Die Überlast an wissenschaftlichen Hochschulen geht auch darauf zurück, daß dem gesellschaftlichen Bedarf an Fachhochschulabschlüssen nicht rechtzeitig Rechnung getragen wurde. Nicht allein daß wir an den Universitäten die längsten Studiengänge der Welt haben, wir haben auch zuwenig Kurzzeitstudiengänge an den Fachhochschulen. Die Altlasten der Albrecht-Regierung in diesem Bereich gehören zu den größten auf einem Gebiet, das für den ökonomischen Standort Niedersachsen und seiner Regionen von entscheidender Bedeutung ist. Es ist inzwischen eine Platteheit der regionalen Wirtschaftsforschung, daß Standortnachteile durch Infrastrukturmaßnahmen kompensiert werden müssen. Die Universitätsneugründungen in Oldenburg und Osnabrück waren solche Maßnahmen. Die grünrote Koalition hat vereinbart, daß sie bevorzugt konsolidiert und ausgebaut werden. Die Universität Osnabrück zum Beispiel hat von 1983 bis 1990 4 000 Studentinnen und Studenten dazugewonnen, aber Stellen für wissenschaftliches Personal verloren. Die Koalition ist mit Hochschul- und Fachhochschulentwicklungsprogrammen daran gegangen, diese Altlast erträglicher zu machen. Zu beseitigen ist sie nur sehr langfristig. Wir haben außerdem das Überlastprogramm und Sonderprogramm um fast 10 Millionen DM gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aufgestockt, die globale Minderausgabe wurde aufgehoben, und wir werden, sobald die Mittel des Landeshaushalts zu übersehen sind, unsere Programme zur Schaf-

fung von 15 000 flächenbezogenen Studienplätzen aufstocken.

(Dr. Stratmann [CDU]: Wann ist das?)

Meine Damen und Herren, die Koalition hat auch im Hochschulbereich nicht nur draufgesetzt, sie hat auch wichtige reformerische Akzente gesetzt. Die im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen 45 Stellen für Umwelt- und Naturschutz und Arbeitssicherheit haben wir noch einmal um drei Stellen für Umwelt und Naturschutz an der Universität Göttingen vermehrt.

Für die Agrarpolitik ist der Aufbau eines neuen Studiengangs „Ökologie der Tierhaltung“ in Göttingen und der Aufbau des Studienbereichs „Agrarökologie und Landschaftsentwicklung“ an der Fachhochschule Osnabrück von besonderer Bedeutung.

Die Frauenförderung an den Hochschulen findet ihren haushaltspolitischen Niederschlag in der Wissenschaftlerinnenförderung, der Frauenforschung, den Frauenbüros und Frauenbeauftragten an Hochschulen und Fachhochschulen.

Auf Kosten zum Beispiel der Spielbankmittel fördert die Koalition freie Theater, bildende Kunst, Literaturhäuser und Heimvolkshochschulen.

Aus der Forschungsförderung hebe ich besonders hervor: die maritime Umweltforschung in Wilhelmshaven, die Meeresforschung in Oldenburg und die Solarenergieforschung bei Hameln.

Meine Damen und Herren von der FDP, ich begrüße es, daß Sie für Ihr 30-Millionen-DM-Sonderprogramm Hochschulen Deckungsvorschläge machen. Ich begrüße es, weil man sich damit auseinandersetzen kann, und die Bürger und Bürgerinnen können sich ein Bild von den Alternativen machen. Die FDP will ihre hochschulpolitischen Altlasten überwinden durch Kürzung in Bereichen, in denen die rot-grüne Koalition besonders aktiv ist: bei den Zuschüssen für Behindertenheime, für Sozialstationen, zur Betreuung von Alten und Behinderten und bei der Altlastensanierung, durch Abbau von neugeschaffenen Stellen in den genannten Ministerien und bei den Bezirksregierungen. Meine Damen und Herren, aus ökologischen und sozialen Gründen ist dies für uns keine Alternative.

(Dr. Hruska [FDP]: Aus sozialen Gründen müßte es eigentlich eine sein!)

Noch 1989 hat die CDU den Gesetzentwurf der Grünen für Kindertagesstätten mit der Begründung abgelehnt, es sei nicht zu finanzieren, und, noch schlimmer, zuständig für die Kindererziehung sei die Familie. Bei der Versorgung mit

Krippenplätzen war Niedersachsen 1989 Schlußlicht in der Bundesrepublik. Wir setzen 1992 unser Sofortprogramm zur Förderung von 33 000 Kita-Plätzen fort. Daneben fördern wir Elternselbsthilfeeinrichtungen.

Von der haushaltswirksamen Frauenpolitik möchte ich außer dem Aufbau dieses Querschnittsministeriums noch die folgenden Maßnahmen besonders hervorheben: Das erste Familienplanungszentrum in Niedersachsen nahm seine Arbeit mit der Aufgabe der Sexualberatung und Schwangerenbetreuung und der Beratung nach § 218 auf. Selbstverständlich setzen wir die Förderung von Frauenhäusern fort, die an Weihnachten nach allen statistischen Erfahrungen leider wieder besonders überfüllt sein werden. Wir fördern Beratungsstellen gegen sexuellen Mißbrauch von Mädchen und Frauen. In Osnabrück nahmen ein Mädchenhaus und in Hannover ein Kinderschutzzentrum ihre Arbeit auf. Fünf Koordinierungsstellen werden eingerichtet für einen Verbund von kleineren und mittleren Betrieben, für den beruflichen Wiedereinstieg von Arbeitnehmerinnen, die in Erziehungs- oder Elternurlaub gehen.

Trotz relativ geringer Ansätze ist der sogenannte Projektetopf mit vielen kleinen Förderungsmaßnahmen des Frauenministeriums ein hervorragendes Beispiel dafür, wie mit wenig Mitteln viel Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden kann.

Meine Damen und Herren! Nach der völligen Stagnation in der Sozialpolitik unter der Albrecht-Regierung

(Krapp [CDU]: Es ist eine glatte Lüge, was Sie da sagen!)

haben wir soziale Maßnahmen nicht nur quantitativ ausgebaut, wir haben auch strukturelle Reformen eingeleitet. Das kann man alles mit Ziffern belegen, Herr Krapp!

(Krapp [CDU]: Haben Sie einmal gesehen, wann die bisherigen Einrichtungen in Niedersachsen gebaut sind?)

— Das läßt sich alles mit Zahlen belegen, Herr Krapp, Sie wissen das ganz genau. Ich kenne diese Zahlen. — Wir haben zum erstenmal ein Netz unabhängiger Beratungsstellen für Sozialhilfeempfänger und -empfängerinnen und für Erwerbslose aufgebaut,

(Frau Zachow [CDU]: Wer hat in Niedersachsen die Sozialstationen gebaut!)

und wir fördern zum erstenmal soziale Betriebe und lokale Beschäftigungsinitiativen mit dem

Dr. Roske

Ziel, Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose zu schaffen.

Meine Damen und Herren! Alte Menschen, Behinderte, chronisch Kranke hatten bisher in Niedersachsen keine Wahlfreiheit in ihren Wohn- und Lebensformen. Sie waren auf stationäre Vollversorgungseinrichtungen mit der bekannten Konsequenz der Ausgrenzung und Verdrängung angewiesen. Wir fördern deshalb neue Wege in der Pflege, ambulante und teilstationäre Betreuungsformen durch Sozialstationen und Pflege- und Betreuungsinitiativen. Diese Formen, meine Damen und Herren, machen die Betreuung flexibler, humaner und billiger.

Ich bin zwar neu hier, Herr Kollege, aber so kabarettistisch wie Ihr Parteivorsitzender würde ich in einem Parlament nicht auftreten. Und wenn ich nur mit einem Schlenker in diese Richtung auftreten würde, dann würde ich mich für das, was Herr Gansäuer hier gebracht hat, schämen!

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Denn geredet hat dieser Mann doch nicht für Leute in diesem Lande, die sich für Probleme Niedersachsens interessieren, sondern nur für Leute, die sich nicht für diese Probleme interessieren, schon gar nicht für haushaltpolitische Probleme!

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Und das muß ich Ihnen auch noch sagen: Wenn man schon auf das Niveau des Kabarett abgleitet, dann möchte ich doch, bitte schön, auf einem Niveau des Kabarett bedient werden, wie ich es mir im Fernsehen angucken würde.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich glaube nicht, daß jemand aus diesem Hause, Sie auch nicht, sich so etwas, was heute hier geboten wurde, im Fernsehen ansehen würde!

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Hildebrandt [FDP]: Deshalb sitzen wir ja hier!)

Präsident Milde:

Herr Dr. Roske, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Stratmann? — Bitte, Herr Dr. Stratmann!

Dr. Stratmann (CDU):

Herr Kollege, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß unser Parteivorsitzender in der ganzen Debatte noch nicht ein Wort gesprochen hat?

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: So eine Tüpfelschisserei hier! Mein Gott! — Weitere Zurufe.)

Dr. Roske (Grüne):

Entschuldigung, ich meine Herrn Gansäuer. Das ist auf den Neuling zurückzuführen. Es war ein Versprecher.

Meine Damen und Herren! Die noch nie so hohen Förderungsmittel des Landes im Wohnungsbau wollen wir im sozialen Wohnungsbau vor allem für diejenigen einsetzen, die auf dem brutalen Markt der Wohnungsvermietung keine Chance haben.

(Glocke des Präsidenten. — Ah! bei der CDU.)

Lassen Sie mich zum Schluß, meine Damen und Herren, noch ein Wort zu unserem Umgang mit dem Flüchtlingsproblem unter den gegebenen gesetzlichen und haushaltspolitischen Rahmenbedingungen sagen. Bis zum Jahresende werden im Bundesgebiet, bezogen auf die Zeit seit Juli 1990, 750 000 Anträge von Aussiedlerinnen sowie 200 000 Flüchtlinge im Jahr 1991 erwartet. Während die Bundesregierung mit der Parole „Wir sind kein Einwanderungsland“ und mit dem Vorhaben, das Grundgesetz zu ändern, keine Probleme löst, sondern Aversionen gegen Fremde stützt, wirbt der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten in einer Anzeigenserie um Verständnis für das Flüchtlingsproblem.

Trotz aller finanziellen Probleme, insbesondere der Kommunen, mit den Flüchtlingen müssen wir doch darüber aufklären, meine Damen und Herren, daß wir uns der humanitären Verantwortung für politische Unterdrückung und wirtschaftliche Not in der Welt nicht entziehen können.

Statt Internierungslager einzurichten,

(Frau Zachow [CDU]: Was für Lager?)

hat die Koalition 70 Flüchtlingssozialarbeiterinnen eingestellt und unabhängige Beratungsstellen eingerichtet.

(Fischer [CDU]: Was heißt „statt Internierungslager einzurichten“?)

Präsident Milde:

Herr Dr. Roske, Ihre Redezeit ist beendet.

(Fischer [CDU]: Was heißt denn „statt Internierungslagern“? — Frau Dr. Dückert [Grüne]: Statt heißt statt! — Glocke des Präsidenten.)

Dr. Roske (Grüne):

30 weitere Flüchtlingswohnheime werden geschaffen. Die Zuschüsse für die Einrichtung von Unterkünften wurden erhöht.

Meine Damen und Herren! Wir drücken uns nicht um das Flüchtlingsproblem herum, aber es ist nur lösbar, wenn wir über die Ursachen der Unterdrückung und darüber aufklären, wie sich die Strukturkrisen in Europa und in der Welt entwickeln. Wir müssen aber auch darüber aufklären, daß wir ohne Ausländer ärmer sind. Das ist diesmal nicht im ökonomischen Sinne gemeint.

Präsident Milde:

Herr Dr. Roske, Ihre Redezeit ist beendet. Kommen Sie bitte zum Schluß!

Dr. Roske (Grüne):

Ich bin zu Ende.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Präsident Milde:

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Schröder, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte gern zu einigem, was heute morgen gesagt worden ist, ein paar Bemerkungen machen. Zunächst soviel: Die Koalition wird am Freitag einen Haushalt beschließen, der solide finanziert ist und der nach vorn weist.

(Beifall bei der SPD.)

Sie wird das in einer Situation tun, die wahrlich durch Unsicherheiten gerade auf finanzpolitischem Gebiet gekennzeichnet ist, und zwar Unsicherheiten, die keineswegs die Niedersächsische Landesregierung zu verantworten hat.

Zu ein paar Zahlen, die man einfach mal richtigstellen muß, möchte ich gern etwas sagen. Zunächst zu der Frage, was wir verloren haben und was dem an Einnahmезuwächsen der Niedersächsischen Landesregierung gegenübersteht. Ich beziehe mich jetzt auf den Zeitraum von 1991 bis 1994, zum Teil aber auch auf das Jahr 1995, weil die mittelfristige Finanzplanung so weit reicht.

Nur einmal zur Orientierung, meine Damen und Herren. Der Einnahmerückgang beim Land und bei den Kommunen aufgrund der ersten und zweiten Stufe des Mehrwertsteuerkompromisses beträgt brutto: 1991 666 Millionen DM weniger,

1992 937 Millionen DM weniger, 1993 953 Millionen DM weniger, 1994 974 Millionen DM weniger, 1995 985 Millionen DM weniger.

Leistungen des Landes Niedersachsen für den Fonds „Deutsche Einheit“, soweit er reicht — Sie wissen, in Bonn wird auch darüber verhandelt —: 1991 112 Millionen DM, 1992 295 Millionen DM, 1993 434 Millionen DM, 1994 521 Millionen DM, 1995 535 Millionen DM.

Gerechnet für den Zeitraum von 1991 bis 1994 summieren sich diese Einnahmeausfälle auf 4,892 Milliarden DM, bezogen auf den Zeitraum 1991 bis 1995 auf 6,411 Milliarden DM.

Wenn man die Nettobeträge betrachtet, also nur die Beträge, die auf das Land selbst entfallen, ergibt sich für die Jahre 1991 bis 1994 ein Betrag von 3,784 Milliarden DM und für die Jahre 1991 bis 1995 ein Betrag von 4,939 Milliarden DM. In dieser Summe sind aber noch nicht die jährlichen Leistungen des Landes Niedersachsen im Rahmen der Verwaltungshilfe an das Land Sachsen-Anhalt in Höhe von 140 Millionen DM enthalten, wobei kürzlich allerdings verabredet worden ist, daß Sachsen-Anhalt dem Land Niedersachsen 50 Millionen DM erstatten wird. Nach den mir vom Finanzminister vorgelegten Zahlen verbleibt eine Differenz von netto 90 Millionen DM. Das ist eine nicht unerhebliche Leistung, die im übrigen auch von den Kollegen in Sachsen-Anhalt — das stelle ich hier gern fest — gewürdigt wird. Diesem Betrag müssen aber noch die Einnahmen gegenübergestellt werden. Mir stehen natürlich nur diejenigen Einnahmen zur Verfügung, die wir tatsächlich haben und erwarten können. Ich warne in diesem Zusammenhang davor, meine Damen und Herren, das, was wir jetzt bekommen haben, einfach nur fortzuschreiben.

(Zuruf von Kүpker (FDP).)

— Ich sage Ihnen dazu gleich noch etwas. — Ich glaube, das kann man nicht sagen. Danach beliefen sich die Mehreinnahmen im ersten Quartal auf 556 Millionen DM, also auf rund 600 Millionen DM. Aufgrund der Systematik des Länderfinanzausgleichs hat Niedersachsen aus dem Länderfinanzausgleich 705 Millionen DM weniger eingenommen. Netto haben wir also einen Minussaldo.

(Hildebrandt [FDP]: Und warum wohl?)

— Darüber freue ich mich doch. Meine Damen und Herren, die Systematik des Länderfinanzausgleichs läßt sich sehr vereinfacht wie folgt beschreiben: Je ärmer ein Land ist — wenn sie nicht unter eine bestimmte verfassungsrechtlich definierte Grenze fallen, wie das bei den fünf neuen

Schröder

Bundesländern der Fall ist, können sie, da der Länderfinanzausgleich bekanntlich ein Spitzenausgleich ist, nicht in den Länderfinanzausgleich aufgenommen werden, sondern müssen durch direkte Transferzahlungen am Leben erhalten werden —, desto größer ist der Umfang der Bundesergänzungszuweisungen und der Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich.

Für ein Land ist es natürlich sehr viel besser, wenn es aufgrund eigener Wirtschaftskraft und eigener Einnahmen und nicht aufgrund von Transferleistungen aus anderen Bundesländern oder aus Bonn stärker werden kann. Deshalb freue ich mich über die Entwicklung. Bezogen auf das, worüber wir hier immer diskutieren, und auf das, was Sie ständig unter das Volk zu bringen versuchen, daß wir nämlich von der sich aus der deutschen Einheit ergebenden Wirtschaftskraft profitierten, stimmt das für den Zeitpunkt, den ich Ihnen genannt habe — den anderen Zeitpunkt nenne ich Ihnen auch gleich noch —, natürlich nicht.

Im zweiten Quartal hatten wir Mehreinnahmen in Höhe von 465 Millionen DM, gleichzeitig aber auch weniger Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und aus den Bundesmitteln in Höhe von 331 Millionen DM. Im dritten Quartal — über dieses haben wir ja geredet; die ausgewiesenen Zahlen haben wir auch überhaupt nicht bestritten — haben wir 885 Millionen DM mehr eingenommen sowie 521 Millionen DM eingebüßt. Diese Zahlen stehen in der Kabinettsvorlage und sind nicht verschwiegen worden. Nur, meine Damen und Herren: Man darf hier doch nicht allen Ernstes den Eindruck erwecken, als würde die erfreuliche ökonomische Entwicklung, die infolge der deutschen Einheit eingetreten ist, in den Haushalten der alten strukturschwachen Länder und der Gemeinden zu einem wahren Segen führen. Wenn es so wäre, wäre ich darüber froh und würde es Ihnen auch sagen. Aber das Land und seinen Haushalt künstlich reich zu reden bringt niemandem etwas; Ihnen nicht, und denjenigen, die das Geld verantwortlich ausgeben müssen, weil sie dafür gewählt worden sind, erst recht nicht. Also lassen wir das doch. Beschränken wir uns doch auf die Daten, die nun wirklich rechenbar sind, und lassen wir alles andere.

Der zweite Schlag ins Kontor für Niedersachsen — über die anderen Zahlen habe ich ja geredet — ist, meine Damen und Herren, nicht nur die Ankündigung der Bundesregierung, die Strukturhilfe, die Niedersachsen jährlich 652 Millionen DM

bringt, wegzunehmen, sondern der entsprechende Gesetzesbeschluß.

(Hildebrandt [FDP]: Wem sagen Sie das jetzt?)

Das ist ein Gesetzesbeschluß, gefaßt von der Mehrheit im Deutschen Bundestag. Und die Mehrheit im Deutschen Bundestag haben CDU und FDP. Dieser Gesetzesbeschluß, die Strukturhilfe zu streichen, ist — darum läßt sich doch überhaupt nicht herumreden — ein klassischer Bruch des gegebenen Wortes,

(Beifall bei der SPD)

denn, meine Damen und Herren, Sie wissen doch ganz genau, daß seinerzeit mein Vorgänger diese 652 Millionen DM jährlich als Ausgleich für einen Ausgleich bekommen hat. Gewollt hat er damals — mit unser aller Unterstützung übrigens —

(Gansäuer [CDU]: Sie haben ihm Knüppel zwischen die Beine geworfen!)

eine Beteiligung des Bundes an den Sozialhilfekosten. Das war ein außerordentlich vernünftiges Konzept, das nicht nur die Fraktion hier unterstützt hat, sondern das auch alle SPD-geführten Bundesländer — damals waren es weniger, muß man sagen — unterstützt haben. Bekommen hat er — das werfe ich ihm überhaupt nicht vor, weil das an anderen gescheitert ist — jene Strukturhilfe. Er hat sie bekommen als Ausgleich für in Kauf genommene Steuerverluste des Landes, die aus der Steuerreform, die er unterstützt hat, resultierten. Diesen Ausgleich für jene Steuerreform nennt man Strukturhilfe, und er ist gegeben worden, weil man sagte: Länder wie Niedersachsen — aber nicht nur Niedersachsen — sind strukturschwach. Sie können eine Steuerreform — die seinerzeit Ihre Mehrheit machen wollte — nur verkraften, wenn sie einen Ausgleich kriegen. — Jetzt argumentiert die Mehrheit im Bundestag so: „Was schert uns unser Wort von gestern! Es gibt noch strukturschwächere Länder.“ Das stimmt, meine Damen und Herren, aber die Logik, die Ihre eigene Mehrheit im Deutschen Bundestag pflegt, ist eine merkwürdige.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz.)

Weil es noch ärmere Länder gibt, ist doch die Strukturschwäche, die Motiv und Grund für die Strukturhilfe war, in den alten Bundesländern nicht beseitigt. Die Bundesregierung hat ihr Wort nach dem Motto gebrochen: „Ich gebe den noch Ärmern, nehme es aber nicht von mir, sondern von den Armen“, und zwar entgegen dem,

was sie uns gesagt hatte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Dies ist der Zusammenhang. Und wenn man diese 652 Millionen DM jährlich mal summiert — sie waren ja für zehn Jahre garantiert, zwar mit Revisionsklauseln, aber nicht mit solchen, die das Ob, sondern nur das Wie der Zahlung betrafen —, sind das 6,5 Milliarden DM weniger für Niedersachsen aufgrund von Entscheidungen Ihrer Leute in Bonn. Das läßt sich überhaupt nicht bestreiten.

(Küpker [FDP]: Zwei Jahre müssen Sie aber schon einmal abziehen!)

Warum ist die Strukturhilfe nun nicht abgeschafft, meine Damen und Herren? Doch nicht deshalb, weil Sie das nicht wollten, nein, weil man dazu den Bundesrat braucht und weil es dort Gott sei Dank — daran sehen Sie, wie die Historie manchmal vernünftig agiert — eine SPD-Ländermehrheit gibt,

(Fischer [CDU]: Schröder, der Gralshüter der Strukturhilfe!)

eine Mehrheit, die das Problem im übrigen nicht so leicht macht. Es gibt nämlich Begehrlichkeiten, was die Strukturhilfe angeht, und es gibt einen Verfassungsgerichtsprozeß. Ich kann ja nichts dafür, daß Herr Späth und Herr Wallmann seinerzeit zum Bundesverfassungsgericht gelaufen sind.

(Gansäuer [CDU]: Da sind doch mehrere dabei, auch SPD-geführte Bundesländer!)

— Die Klagen gegen die Strukturhilfe sind von diesen beiden Ländern eingereicht worden. — Ich kann nichts dafür, daß die Prozeßsituation, bezogen auf das, was ursprünglich gewollt war — nämlich Ausgleich für die Sozialhilfekosten — und was erreicht worden ist, wie das immer so ist — ich bin da sehr vorsichtig und zurückhaltend —, günstiger sein könnte. Das wissen Sie, das weiß jeder, das pfeifen die Spatzen von den Dächern.

Außerdem gibt es Begehrlichkeiten, was die Strukturhilfe angeht, bei den fünf neuen Ländern, das SPD-geführte eingeschlossen. Es ist verdammt schwierig, leere Kassen als Folge des nicht gehaltenen Wortes Ihrer Leute in Bonn zu vermeiden.

Was machen wir jetzt, um die Einnahmesituation im Lot zu halten? Erstens. Wir sind uns mit dem Bund und auch mit den Kommunen einig, daß die Verschuldung nicht weiter wachsen darf. Wir werden das Wahlversprechen — nichts anderes

haben Herr Bruns und ich gegeben —, daß wir in der Legislaturperiode, für die wir gewählt worden sind, mit der Aufnahme von Krediten unterhalb der Grenze bleiben, die die letzte Landesregierung in ihrer Legislaturperiode gezogen hat, einhalten. Das ist ein anspruchsvolles Ziel, weil die Dinge wegen der deutschen Einheit — ich habe es skizziert — für die Länderhaushalte nicht leichter geworden sind. Aber wir werden dieses Ziel erreichen. Wir werden es mit allen Mitteln versuchen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD.)

Zweitens. Was muß sein, um die Einnahmen einigermaßen ins Lot zu bringen?

(Dr. Stratmann [CDU]: Den Gemeinden das Geld wegnehmen!)

Wer sich einmal das Steueränderungsgesetz ansieht, der wird mir zugeben, wenn ich sage: Es leidet vor allem unter zwei Punkten. Der erste ist: Es hat eine soziale Schlagseite. Ich komme gleich noch darauf. Der zweite für mich nicht weniger wichtige Punkt ist: Der Bund verteilt z. B. bei der Vermögensteuer — aber nicht nur dort, sondern auch bei der Gewerbekapitalsteuer und bei der Gewerbeertragssteuer, jedenfalls will er das — Steuergeschenke an einige wenige auf Kosten der Länder bzw. der Gemeinden. Mich interessieren in dem Zusammenhang zunächst einmal die Länder.

Diese beiden Schlagseiten des Steueränderungsgesetzes müssen korrigiert werden, sonst wird es Herr Waigel im Bundesrat nicht durchbekommen. Auf welche Weise müssen sie korrigiert werden? Der erste und der für mich persönlich wichtigste Punkt ist ohne Wenn und Aber: Das Kindergeld für das erste Kind muß verdoppelt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Der Bundesrat hat gesagt: 125 DM und Einfrieren der Freibeträge. Diese Freibeträge helfen ja nur den Besserverdienenden. Wenn ich von der Verdoppelung des Kindergeldes spreche, ist deutlich, daß wir geschäftsbereit sind. Zugleich ist aber auch deutlich, wo die Grenze der Gesprächsbereitschaft liegt.

(Präsident Milde übernimmt den Vorsitz.)

Eine Verdoppelung des Kindergeldes bei einem Einfrieren oder wegen der verfassungsrechtlichen Notwendigkeiten bei einem Fast-Einfrieren der Kinderfreibeträge — sie müßten sehr geringfügig erhöht werden, wohl nur um 200 DM, während Sie sie um mehr als 1 000 DM erhöhen wollen —

Schröder

ist ein Punkt, der die soziale Schlagseite nicht völlig, aber schon fast beseitigen würde.

Nun zu den Länderfinanzen: Die Zahlen, die ich Ihnen, wie Sie zugeben werden, ohne jede falsche Rücksichtnahme auf öffentliche Wirkung und Verhandlungswirkung genannt habe, zwingen einfach dazu, daß Niedersachsen sagt: keine Zustimmung zum Steueränderungsgesetz ohne Verbesserung der Länderfinanzen. Das kann man auf zwei Seiten machen.

Man findet einen moderaten Weg für ein Auslaufen der Strukturhilfe und baut gleichzeitig neue Strukturschwächen, die aus dem Abzug von Kaufkraft und von Wirtschaftskraft im Zusammenhang mit dem Truppenabbau resultieren, durch ein Konversionsprogramm des Bundes ab, das das in etwa ausgleicht. Wir sind dabei; darüber verhandeln wir. Man muß aber wissen: Unter 2,5 Milliarden DM jährlich für fünf Jahre — besser länger — ist nichts zu machen, wenn das Programm wirken soll. Die Länder haben 20 Milliarden DM gefordert. Der Bund hat 500 Millionen DM jährlich für wohl zwei oder drei Jahre angeboten. Das liegt lächerlich weit auseinander. Da ist nichts drin.

Man kann aber auch einen anderen Weg gehen, der bereits in den Verhandlungen eine Rolle gespielt hat, auch in den Gesprächen, die sonst noch so stattfinden. Mir wäre es lieber, wenn wir uns darauf einigten, den Verteilungsschlüssel bei der Mehrwertsteuer zwischen Bund und Ländern zu verändern. Dieser Verteilungsschlüssel beträgt zur Zeit 65 % für den Bund und 35 % für die Länder. Ich finde, daß sich der Bund auch bei 63 % refinanzieren kann. Dann würden die Länder 37 % bekommen. Wenn man diese Mittel vernünftig verteilt, indem man zum Teil jedenfalls auch Strukturschwäche in diesen beiden Punkten berücksichtigt, wäre das ein direkterer Weg als der über ein Bundesprogramm. Es wäre außerdem ein Weg, der mir lieber ist, weil wir selbst bestimmen könnten, wann, wo und für welche Projekte wir Geld einsetzen. So können wir dies nur teilweise und müssen zum Teil auch gegenfinanzieren. Bei der Strukturhilfe war das ja so.

(Küpker [FDP]: Das ist richtig!)

Wenn wir das hinkriegen könnten, wäre das ein ganz, ganz wesentlicher Punkt. Wenn man dann noch erreichen könnte, daß der Kompromiß, der einmal mit Zustimmung der Länder gefunden worden ist, nämlich einen Ausgleich für die Mehrwertsteuerbelastungen der Landwirte wegen der unterschiedlichen Grenzausgleiche zu erhal-

ten, entsprechend dem, was seinerzeit vereinbart worden ist, Ende dieses Jahres ausläuft und diese Zahlungen — man nennt das soziostrukturellen Ausgleich — vom Bund selbst geleistet werden, dann ergäbe das für Niedersachsen netto eine Differenz von 70 bis 80 Millionen DM. Das wäre dann ein wichtiger Punkt, der uns froh machte.

Wenn man sich dann noch einmal — wir verlangen ja nichts, was die andere Seite sozusagen mit leeren Händen dastehen läßt — darüber Gedanken macht, wie es mit einer sinnvollen Unternehmenssteuerreform aussieht, dann gilt für uns der erste und wichtigste Grundsatz: Es kann keine Finanzierung der Unternehmenssteuerreform über Steuererhöhungen geben. Alles, was man dort macht, muß durch die Streichung von Steuersubventionen bei denen aufgebracht werden, die auf der anderen Seite die Erleichterungen bekommen sollen.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, das geht. Es gibt gerade bei der Unternehmensbesteuerung unsinnige Umgehungstatbestände. Diese Umgehungstatbestände kann man abbauen. Das Geld, das man dafür zur Verfügung hat, kann man für eine sinnvolle mittelstandsbezogene Unternehmenssteuerreform ausgeben. Ich nenne Ihnen die Kriterien: Finger weg von der Gewerbesteuer!

(Frau Lenke [FDP]. Ach nein! — Schack [SPD]: Richtig!)

Das schadet nämlich nur den Gemeinden. Wenn man sich die Gewerbeerträge anschaut, stellt man fest, daß es dort Freibeträge gibt, die sehr, sehr lange nicht erhöht worden sind. Wir lassen mit uns darüber reden, ob eine Erhöhung nicht vielleicht vernünftig ist.

Wenn man sich die Struktur der Vermögensteuer anschaut, so stellt man fest, daß es praktisch eine Großbetriebssteuer ist. Wenn es aber Probleme gibt, können wir uns vorstellen, daß wir bei der Berechnung dieser Steuer von den Verkehrswerten weggehen und zu den Bilanzwerten hingehen. Das kann man machen. Man muß nur wissen, daß das für die Länder weit mehr als 1 Milliarde DM an Einnahmeverlusten bedeutet. Wir lassen darüber aber mit uns reden, wenn das in der eben beschriebenen Weise finanziert wird. Wenn man dann sagt — es geht hier ja nicht um die private Vermögensteuer, sondern um die betriebliche Vermögensteuer —, wir wollen das zu einer Steuer für die machen, die sie wirklich zahlen können — nämlich eine Steuer für die Großen —, kann man auch bei der Vermögensteuer über die Anhebung der Freibeträge diskutieren.

Sinnvollerweise aber nicht in der Höhe, in der sie im Steueränderungsgesetz zur Zeit stehen; dann kann man sie nämlich auch gleich abschaffen, was wir aber nicht wollen. Es besteht aber bereits die Möglichkeit, darüber zu reden.

Meine Damen und Herren, wenn man dann dazu kommt, eine alte Forderung der SPD zu prüfen, nämlich ob es nicht sinnvoll ist, im Mittelstandsbereich die nicht entnommenen Gewinne steuerlich zu privilegieren, dann wäre das eine Unternehmenssteuerreform, die Sinn macht und dem Mittelstand hilft. Dies ist ein Ziel, das wir bekanntlich haben.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung dazu machen. In der Debatte ist von den ostdeutschen Ländern immer wieder geäußert worden, im Zentrum müsse die Verstetigung des Fonds „Deutsche Einheit“ stehen. Ich verstehe sehr wohl, daß insbesondere die von den Transferleistungen des Bundes abhängigen Ostländer eine Kalkulationsgrundlage haben wollen. Meine Damen und Herren, ich glaube aber, daß die Bundesregierung in dieser Frage mehr Recht hat als ihre Freunde in den ostdeutschen Ländern, wenn sie darauf hinweist, daß eine Verstetigung klare Zahlen voraussetzt.

Herr Waigel wird in diesem Jahr aus den Transferleistungen in die neuen Länder — Verkehr ist noch nicht einmal dabei — 20 Milliarden DM zurückkriegen; das ist Geld, das in die neuen Länder geflossen ist, während die alten Länder und ihre Gemeinden Schulden aufgenommen haben, um ihre Aufgaben zu finanzieren. Angesichts dieser Tatsache verstehe ich sehr wohl, daß die Bundesregierung sagt, sie wolle damit ein bißchen zurückhaltender umgehen.

Wenn man ein solches vernünftiges Programm vereinbaren könnte, dann muß sich die Bundesregierung natürlich auch refinanzieren; das wissen wir sehr wohl. Es ist ja Quatsch, etwas von ihr zu verlangen und ihr dann zu sagen, sie müsse selbst zusehen, woher sie Geld bekomme. Die Bundesratsmehrheit muß natürlich auch damit verantwortlich umgehen.

Dafür gibt es zwei Wege: einen besseren und einen weniger guten. Der bessere ist, eine vernünftige Struktur des Einkommen- und des Körperschaftsteuertarifs zu schaffen, mit der man das finanziert. Dies ist, wenn ich Experten glauben darf, der zur Zeit auch ökonomisch sinnvollere Weg.

Ich sage erneut: Kindergeld, vernünftige Unternehmenssteuerreform, Länderfinanzen unterstellt, sind wir bereit, mit Herrn Waigel über den

von ihm vorgeschlagenen Weg zur Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt zu verhandeln, auch weil wir im Jahre 1993 ohnehin davon ausgehen müssen, daß eine solche Erhöhung aus europäischen Gesichtspunkten heraus notwendig werden wird.

Das, meine Damen und Herren, wäre ein Finanzierungskonzept für Bund, Länder und Gemeinden, das Verstetigung erlaubt und das solide ist. Ich bin sehr gespannt darauf, ob sich die Bundesregierung auf diesen Weg einlassen wird.

Was machen wir damit? Ich kann in wesentlichen Punkten auf das verweisen, was Herr Dr. Roske und Herr Aller gesagt haben, und zwar deshalb, weil sie sich mit dem auseinandergesetzt haben, was im Haushaltsplanentwurf steht, während ich im übrigen nur Gedröhne gehört habe.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wo sehen wir die Schwerpunkte? — Ich will sie kurz nennen:

Mir ist vorgeworfen worden, ich hätte schon vor einigen Jahren gesagt, daß der alte Fortschrittsbegriff so nicht mehr gilt. Das stimmt. Aber das ist auch richtig. Welche Konsequenzen ziehen wir daraus? — Wir beenden industrielle Projekte, die dem alten Fortschrittsbegriff folgen, nämlich einem Fortschrittsbegriff, der auf Wachstum ohne ökologische Verantwortung setzt, und wir schaffen und unterstützen neue, die einem Fortschrittsbegriff folgen, der von einem Ausgleich zwischen ökonomischen Notwendigkeiten und ökologischen Erfordernissen ausgeht. Das ist sehr viel vernünftiger.

Es ist klar: Das geht nicht von einem Tag auf den anderen. Ich weiß, daß es gerade viele Leute bei uns gern ein bißchen schneller hätten. Aber die Zahl der Projekte, die diesem neuen Prinzip folgen, geht in die Größenordnung von Legionen. Die Projekte sind hier auch genannt worden. Wir revitalisieren eine Industriebranche in Cuxhaven und machen dort einen vernünftigen Hafen, anstatt neue Flächen zu verbrauchen.

Über Wilhelmshaven im Zusammenhang mit der Raffinerie ist schon geredet worden. Das ist im übrigen — seien Sie sich dessen sicher — nicht das einzige Projekt.

Über den vernünftigeren Zuschnitt von Hafenprojekten in Emden wird ebenso geredet wie über eine Verkehrspolitik, die ja hier im Hause in weiten Bereichen, soweit es die Schiene betrifft, unbestritten ist, die aber doch — davon gehe ich jedenfalls aus — einen Schwerpunkt setzt. Man kann wirklich nicht davon reden, Herr Fischer

Schröder

habe nichts auf den Tisch gelegt. Er hat sogar außerordentlich Vernünftiges auf den Tisch gelegt.

(Beifall bei der SPD.)

Dann wird hier immer über die Energiepolitik geredet. Wir haben den Energieversorgern, jedenfalls den großen hier in unserem Lande, gesagt, warum wir eine Fortführung der Atomenergie nicht wollen und warum wir sie verhindern werden. Wenn es eines weiteren Aspektes bedürfte, dann möchte ich hier all diejenigen, die erneut die Fahne für die Atomenergie hochgezogen haben — ich hoffe, dies bleibt uns allen erspart —, einmal darauf hinweisen, welche Risiken — auch mit deutscher Technologie gar nicht kurzfristig abschaffbare Risiken — in den osteuropäischen Atomkraftwerken liegen. Tschernobyl, meine Damen und Herren, ist unter Umständen näher, als wir alle fürchten müssen.

(Dr. Stratmann [CDU]: Dann müssen Sie mal die Konsequenz ziehen!)

Sie bräuchten, um nur einige dieser Dinger nachzurüsten, eine sehr viel längere Zeit und nach Schätzungen der deutschen Kraftwerksindustrie etwa 50 Milliarden DM, um nur einige nachzurüsten. Kein Mensch weiß, woher er das kriegt. Wenn Sie auf der anderen Seite dann auch noch in die gleiche Technologie in Ländern investieren, die andere, gefahrlosere — nicht gefahrlose — Techniken zur Verfügung haben, dann machen Sie Unsinn in Reinkultur.

(Dr. Hruska [FDP]: Wie sieht es denn in Niedersachsen aus?)

Wir haben deshalb in Zusammenarbeit mit den Energieversorgern gesagt, wir wollen in Niedersachsen eine Energieversorgungsstruktur aufbauen, die wekommt von der Atomkraft. Wir sind dabei, das zu realisieren und können mit großem Stolz darauf hinweisen.

(Dr. Hruska [FDP]: Dann ist die Gefahr von Tschernobyl nicht mehr da?)

— Die Gefahr bleibt, Herr Hruska, das wissen Sie so gut wie ich. Aber mit den bescheidenen Möglichkeiten, die wir haben, müssen wir doch endlich einmal beginnen, sie zu minimalisieren, anstatt sie wegbeten zu wollen, wie Sie das tun.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Im übrigen ist bereits über Umweltpolitik geredet worden und wird auch noch geredet werden. Ich glaube, die Bilanz der Regierung kann sich sehen lassen. Aus den Reden, die hier gehalten worden sind, habe ich als Vorwurf an die Adresse der Landesregierung den Hinweis herausgehört, wir investierten zu viel im konsumtiven Bereich.

(Küpker [SPD]: Das ist keine Investition!)

— Herr Küpker, Sie reden ja auch immer darüber. — Ich muß Sie wirklich dringend bitten, diese unsinnige Unterscheidung zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben endlich einmal zu überprüfen. Wenn ich daran denke, was mit den Mitteln eines Landes gemacht werden muß, dann, meine Damen und Herren, gilt nach der klassischen Theorie eine Investition in Kindergärten, jedenfalls in Kindergartenpersonal, eine Investition in Lehrerinnen und Lehrer, eine Investition in die personelle Hochschulstruktur als konsumtive Ausgabe. Es ist aber eine Ausgabe, die zu den vornehmsten Aufgaben des Landes und der Länder gehört

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen)

und die etwas mit der Zukunftssicherung des Landes zu tun hat. Wenn wir es nicht schaffen, die Ausgaben in diesem Bereich nicht nur zu verstetigen, sondern massiv zu erhöhen, z. B. in der nächsten Zeit in den Hochschulen, dann verspielen wir die Zukunft, und wir werden erdrückt von der Lawine derer, die an den Fachhochschulen und an den Hochschulen sind. Dies in der Vergangenheit übersehen zu haben ist der eigentliche Fehler, den Sie in der Landespolitik gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn wir das ausgleichen, kritisieren Sie uns doch bitte nicht. Sagen Sie: „Das ist nicht genug.“ Dann werden wir Ihnen sagen: „Jawohl, das ist so, aber wir haben an knappe Ressourcen zu denken.“

Eine letzte Bemerkung: Wer sich einmal anschaut, was in den eineinhalb Jahren, in denen wir regieren, an verhängnisvoller alter Politik gestoppt werden konnte, was bei knappen Ressourcen und bei harten Auseinandersetzungen in Bonn, die wir, wie Sie wissen, sehr fair führen — das wissen auch die anderen —,

(Dr. Stratmann [CDU]: Ja, wie gestern!)

behauptet werden konnte und was an Ansätzen für einen nach vorne gerichteten Neubeginn im Land finanziert wird, dann, finde ich, kann sich das für diese unglaublich kurze Zeit sehen lassen.

Das alles ist eine Politik, die naturgemäß nicht widerspruchsfrei verlaufen kann und nie widerspruchsfrei verlaufen wird; das soll sie auch gar nicht. Was Sie am meisten ärgert, meine Damen und Herren — jetzt werde ich zum Schluß doch noch ein bißchen polemisch; Wolfgang Schultze guckt zwar auf die Uhr und will zum Essen, aber die Polemik muß er noch mitnehmen —, ist folgendes: Sie haben doch geglaubt, dieses Reform-

projekt, das die rot-grüne Regierung macht, zerbricht in einem halben Jahr an den inneren Widerständen und Widersprüchen und läuft bei den gesellschaftlichen Gruppen im Land auf. Diese Erwartung ist so gründlich enttäuscht worden, daß die Enttäuschung gelegentlich vielen anzusehen ist, daß sie in jeder Rede, die bar jeglichen Eingehens auf die Probleme des Landes ist, nun wirklich in jeder Rede, die hier von der Opposition gehalten wird, zum Ausdruck kommt. Machen Sie so weiter, meine Damen und Herren! Das freut uns, trägt zum inneren Zusammenhalt bei und hält uns lange an der Regierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion hat noch eine Restredezeit. Ich erteile dem Kollegen Küpker das Wort.

Küpker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin nach vorn gekommen, um den Beitrag meines Fraktionskollegen Martin Hildebrandt im finanzpolitischen Teil zu ergänzen. Nach der moderaten Darstellung Ihrer Position, Herr Ministerpräsident, will ich mich auch zähmen und moderat und nicht mit vollem Temperament auf die finanzpolitischen Aspekte eingehen. Im Plattdeutschen sagen wir, meine Damen und Herren: „De hett mehr Glück as Verstand.“ Das läßt sich auf die Haushaltspolitik übertragen, Herr Ministerpräsident.

(Zustimmung bei der FDP.)

In der Tat haben wir erwartet — ich gehe weiter davon aus —, daß die finanzpolitischen Schwierigkeiten bleiben, auch wenn Sie im Moment vom Glück begünstigt werden. Wir hatten eine Situation zu überwinden, die durch den Förderzinsausfall, durch Steuermindereinnahmen und durch das Sparprogramm geprägt war. Wir haben die Strukturhilfe erkämpft und eine neue Steuerpolitik eingeleitet. All das, was hieraus resultiert, haben Sie jetzt voll zur Verfügung. Das begünstigt die Politik von Rot und Grün. Ich weise auf die Rücklage und auf die erheblichen Steuermehreinnahmen hin, auch wenn Sie das im Saldo bereits richtig dargestellt haben. Damit machen Sie Politik: mehr Personal, mehr Ausgaben konsumtiver Art, zu wenig Zukunftsinvestitionen, wobei wir, Herr Ministerpräsident, sehr wohl über die Auslegung des Investitionsbegriffes diskutie-

ren können. Wir verstehen beispielsweise den Bildungsbereich letztlich auch als Zukunftsinvestition. Das ist völlig klar.

(Zustimmung bei der FDP.)

Dies alles können Sie trotz der Kosten der deutschen Einheit und der Verwaltungshilfe für Sachsen-Anhalt tun. Das ist bislang alles zu verkraften gewesen. Sie tätigen aber weitere Ausgaben, obgleich nach Ihrer eigenen Darstellung Hinweise darauf vorliegen, daß das ein momentaner finanzpolitischer Spielraum ist und kein Dauerzustand sein wird.

Meine Damen und Herren, der für 1992 vorgelegte Haushalt war unsolid. Um die Anforderungen der Ressorts halbwegs zu befriedigen, mußte der Haushalt rigoros hingetrimmt werden. Das hat man getan. Ich verweise auf den totalen Verbrauch der Rücklagen. Ich verweise auf die Einstellung höherer Steuermehreinnahmen. Man spricht von konjunkturbedingten Schätzungskorrekturen. Ich weise auf die viel zu hohe globale Minderausgabe hin, und ich weise darauf hin, daß ein Risikopolster beispielsweise für die wegfallende Strukturhilfe nicht eingebaut worden ist. Es ist nichts in der Rücklage, was man dagegensetzen könnte.

Die FDP — ich will das aufnehmen, Herr Ministerpräsident — war beteiligt, als die Strukturhilfe erkämpft worden ist.

(Zustimmung bei der FDP und von Fischer [CDU].)

Wir haben als niedersächsische FDP auch für den Erhalt der Strukturhilfe gekämpft. Wir hoffen auf ein Ergebnis im Vermittlungsausschuß. Unsere Leute sind in der Weise instruiert, darf ich einmal sagen, daß wenigstens die anfinanzierten Projekte noch bedient werden können. Sie nicken. Wir stimmen also überein.

Meine Damen und Herren, der Haushalt 1992 wird dem Land Niedersachsen nicht gerecht. Ich weise auf die viel zu hohen Personalausgaben hin. Herr Allers, auch im Vergleich zu anderen Ländern ist ein Personalkostenanteil von über 40 % nicht richtig. Die Steigerungsrate beträgt 7,4 %. Herr Allers hat natürlich recht: Gewissen Mehranforderungen haben wir zugestimmt; beispielsweise im Krankenhausbereich, wenn die Personalkosten pflegesatzwirksam sind. Wir stimmen aber nicht zu, wenn allein anlässlich des Regierungswechsels in den Ministerien 150 neue Stellen geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP.)

Küpker

Meine Damen und Herren, genauso ist der Anstieg der sächlichen Kosten zu beurteilen. Ein Zuwachs von über 10,5 % kann nicht richtig sein. Sie haben im Haushalt eine Vielzahl von rot-grünen Wahlversprechen. Die Ausgaben für Investitionen steigen aber gerade um 2,4 %. Die Investitionsquote sinkt auf 12,2 % der Ausgaben ab. Das ist nicht richtig, wenn Sie nur Ausgaben für Personal und für den Konsum tätigen und wenig für die Zukunftsvorsorge tun und dabei die Risiken überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen: siehe Steuerschätzung, siehe volle Veranschlagung der Strukturhilfemittel, siehe auch die Personalkosten. Die Tarifierhöhungen sind etwas höher veranschlagt. Da haben Sie allerdings etwas mehr getan, aber in der Relation bleibt das gleich.

Meine Damen und Herren, was zeigt der Blick in die Zukunft? — Die Mipla ist doch total überholt. Die Mipla soll ja Programmcharakter für die Landesregierung haben. Die letzte Mipla hatte beides nicht, kein Programm und keinen Charakter.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Jedenfalls ist die Mipla überholt. Ausgaben und finanzpolitische Zielsetzungen der Landesregierung sind nicht aufeinander abgestimmt. So kommt es nicht dazu, die Zielkonflikte zwischen politisch Wünschenswertem und dem finanziell Möglichen auszutragen. Diesen Zielkonflikt bewältigt die Mipla nicht. Falsche Ansätze werden fortgeschrieben. Es kommt weiter zu einem starken Anstieg der Personalausgaben. Zugleich kommt es zu einem weiteren Rückgang der Investitionen.

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Sie schummeln sich mit hohen globalen Minderangaben und dem Einsetzen von überhöhten Steuerschätzungen durch. Dabei war es das Ziel der Landesregierung, bei der Konsolidierung, also beim Rückgang der Nettoneuverschuldung, voranzukommen. Von 1991 auf 1992 schafft man das mit Tricks und dank guter Steuereinnahmen so gerade von 2,4 Milliarden DM auf 2,3 Milliarden DM. Dann ist Sense, meine Damen und Herren: Keine Konsolidierung, die Schuldenmacherei bleibt doch. Ziel ist es erklärtermaßen, die Nettoneuverschuldung unterhalb der der letzten Wahlperiode zu halten. Auf die unterschiedlichen Ausgangspositionen habe ich ja schon hingewiesen. Das Ziel bleibt doch viel zu gering. 10 Milliarden DM waren zuviel, und 10 Milliarden DM Schulden neu zu machen in dieser Wahlperiode ist genauso zuviel.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Der Schuldenstand steigt auf fast 50 Milliarden DM. Wir haben mindestens 4 Milliarden DM Zinsen dafür zu bezahlen. Das kann nicht richtig sein.

Dabei hat der Herr Finanzminister, der Herr Kollege Hinrich Swieter, sehr wohl die richtigen finanzpolitischen Erkenntnisse. Er hat gesagt, er habe jede Mark zweimal umgedreht. Ich meine, er hat sie nur einmal umgedreht, wo dreimal richtig gewesen wäre. Richtige Ansätze für die Regierung ergeben sich beispielsweise aus der Vorlage der beiden Staatssekretäre vom 10. April 1991 oder, wenn ich den Artikel des Finanzministers in der „FAZ“ vom 6. August 1991 nehme — — —

(Unruhe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident Milde:

Herr Kollege Küpker, einen Moment. — Meine Damen und Herren, Herr Kollege Küpker hat noch zwei Minuten 49 Sekunden. Ertragen Sie das doch bitte noch.

(Küpker [FDP]: Herr Präsident, ich denke, meine Rede ist nicht zu „ertragen“! Sie sagt doch etwas aus!)

— Herr Kollege Küpker, Sie waren nicht gemeint. Ich habe Verständnis für die Reaktion des Hauses. Dennoch hat Herr Küpker allein das Wort und nicht das Haus.

(Zustimmung bei der FDP.)

Küpker (FDP):

Meine Damen und Herren, Hinrich Swieter hat geschrieben — ich zitiere —:

„Die Politiker wiederum müssen begreifen, daß sie den Gruppenegoismen, die über ein gesundes Maß hinausgehen, Grenzen ziehen müssen. Vor dem Hintergrund der deutschen Einheit kann uns nur ein radikales Umdenken vor einem finanzpolitischen Desaster retten. Daraus folgt, daß wir sparen müssen.“

Das könnte genausogut von mir sein. Ich habe ihm das ja auch schon gesagt.

(Zustimmung bei der FDP.)

In der Haushaltspolitik wurschtelt sich Rot-Grün so durch. Eine klare finanzpolitische Linie ist nicht da. Man gibt jedem etwas und verliert die Perspektiven für das Ganze. Zum Durchwursch-

teln, zum Durchlavieren gehört die Hoffnung auf ein ordentliches Ergebnis im Vermittlungsausschuß. Der Finanzminister setzt allen SPD-Beschlüssen zum Trotz auf die Mehrwertsteuererhöhung. Wir Niedersachsen haben ja den Mehrwertsteuersenkungsbeitrag ertragen. Wir setzen darauf, daß wir weiterhin Strukturhilfe bekommen. Wir reden mit Bonn über ein Konversationsprogramm. Das muß finanziert werden. Von daher muß ja irgendwo eine Einnahmequelle kommen. Ich glaube, es geht nicht an der Mehrwertsteuererhöhung vorbei. Davon wird das Land dann natürlich auch erheblich profitieren.

Herr Ministerpräsident, Sie haben eben in Ihrem Beitrag eine Linie aufgezeigt, wie man im Vermittlungsausschuß wohl abkommen könnte. Ich habe zum erstenmal gehört, was sich bei Ihnen in Sachen Unternehmenssteuerreform bewegt. Wir bleiben bei unserer Linie, daß es nötig ist, die Unternehmen steuerlich zu entlasten.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wenn Sie uns hier schon ein Stück Entgegenkommen signalisieren, dann ist das vielleicht der Ansatzpunkt dafür, in Bonn im Vermittlungsausschuß voranzukommen. Sie haben die Steuerbegünstigung für nicht entnommene Gewinne angesprochen. Da liegen wir schon länger zusammen. Das ist auch unsere Position. Ich will nur sagen: Wenn Sie andeuten, eine Mehrwertsteuerregelung sollte die Quoten von 65:35 auf 63:37 v. H. ändern, dann können wir Zustimmung signalisieren, weil das Geld dann in der Tat hier unter unserer Verantwortung ausgegeben werden kann. Wie wir es allerdings ausgeben, darüber hätten wir noch zu reden.

Meine Damen und Herren! Ich will mit meinem Beitrag anzeigen: Die FDP-Position ist die einer konstruktiven Opposition. Wir stützen alle Aussagen, daß der Staat sparsam wirtschaften muß, die Aufgabenstruktur und die Ausgabenhöhe überprüfen muß, die Personalkosten durch Privatisierung und Entbürokratisierung senken muß, andererseits aber genügend Mittel bereithalten muß, um die notwendigen Ausgaben in Bildung und wirtschaftliche Entwicklung zu stecken. Von daher, so denke ich, verhält sich die FDP-Fraktion weiter konstruktiv. Das Land soll sich entwickeln können. Wir werden aber auch immer die finanzpolitischen Mahner bleiben.

(Beifall bei der FDP und der CDU.)

Präsident Milde:

Nach § 71 Absatz 2 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Kollegen Gansäuer für fünf Minuten das Wort.

Gansäuer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich will Ihnen nur soviel sagen: Sie haben einen neuen Begriff und eine neue Auslegung im Hinblick auf die konsumtiven und investiven Ausgaben hier vorgetragen. Mit dieser Auslegung habe ich auch gar keine Probleme. Sie persönlich haben aber früher in Reden kritisiert, daß wir, die damalige Regierung, eine dreizehnprozentige Investitionsquote im Haushalt hatten, und Sie haben gesagt, das sei zu wenig. Sie haben heute noch weniger drin; das ist der Punkt. Das können Sie auch nicht bestreiten.

(Beifall bei der CDU.)

Das weitere, was ich Ihnen sagen will, betrifft das Kindergeld. Damit komme ich auf die Bonner Finanzproblematik. Ich hätte mit Ihren Ausführungen keine Schwierigkeiten, weil ich seit längerer Zeit schon der Auffassung bin, daß die Steuerfreibetragspolitik aus einer ganzen Reihe von Gründen ein Ende haben muß. In der Kürze der Zeit kann ich diese Gründe jetzt nicht darlegen. Darin also habe ich mit Ihnen keine Probleme.

Aber, Herr Schröder, in diesem Haus mit 155 Abgeordneten sind Sie der einzige, der 1982 mit dabei gewesen ist, als die SPD das Kindergeld gekürzt hat. Sie haben Ihre Stimme dafür hergegeben, wir alle noch nicht. Insofern wäre angesichts dieser Vergangenheit Ihre Glaubwürdigkeit größer, wenn Sie sie nicht hätten!

Wie dem auch immer sei, ich muß Ihnen an dieser Stelle sagen: Was die Arithmetik des Länderfinanzausgleichs angeht, so kommt mir das etwas komisch vor. Wir bekommen aus dem Länderfinanzausgleich — das haben Sie richtig vorgetragen — weniger, weil wir hohe Einnahmen haben. Die Klage darüber kommt mir vor, als wenn jemand, dem man das Gehalt erhöht, darüber klagt, daß er den Anteil der Gehaltserhöhung auch noch versteuern muß. Sie haben doch unter dem Strich mehr, das können Sie doch nicht bestreiten! Das geht doch aus den Vorlagen der Landesregierung hervor.

(Aller [SPD]: Nennen Sie doch mal eine Zahl!)

Ein weiterer Bereich, den ich ansprechen will, ist Ihre Aussage, die Streichung der Strukturhilfe sei der klassische Bruch eines gegebenen Versprechens. Ich will keine Schärfe in die Debatte bringen, ich sage Ihnen nur so viel: Wir stehen vor der Aufgabe, fünf neue Bundesländer aufzubauen. Das ist die gigantischste politische Aufgabe, die die Deutschen in ihrer Geschichte jemals hatten. Es gibt kein europäisches Land, das eine solche

Gansäuer

Aufgabe jemals vor sich hatte — abgesehen davon, daß die Problematik in Osteuropa gewaltig ist. Wenn eine solche geschichtliche Situation auf uns zukommt, die vorher, beim Abschluß des Strukturhilfegesetzes, niemand kennen konnte, aber trotzdem im Strukturhilfegesetz die Verhandlungsfrist bis zum 01.01.1992 verankert ist, dann kann man doch nicht behaupten, das sei der klassische Bruch eines gegebenen Versprechens! Die Notwendigkeit, zu verhandeln, war enthalten, darüber gibt es doch gar keinen Zweifel. Wenn es jetzt eine SPD-Bundesregierung geben würde — was Gott sei Dank nicht der Fall ist —, dann wäre doch auch jede SPD-geführte Bundesregierung in der Notwendigkeit, Finanzbeiträge zu erwirtschaften, um den Menschen da drüben zu helfen. Darüber gibt es doch gar keinen Zweifel.

Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen, Herr Kollege Schröder, in dieser Hinsicht noch sagen: Ausfall der Steuerreform — Sie wissen ganz genau, daß die Steuerreform eher Mehreinnahmen bedeutet hat als Mindereinnahmen.

(Beifall bei der CDU.)

Und jetzt zum Abschluß noch folgendes: Sie wissen sehr genau, daß das Thema der Betriebssteuern große Probleme macht. Ihr SPD-Vorsitzender hat dazu einmal vor zwei Jahren gesagt: Wenn wir als Industriestandort Bundesrepublik auf dem europäischen Binnenmarkt attraktiv bleiben wollen, muß die Unternehmensbesteuerung dringend abgesenkt werden. Ich will Ihnen dazu nur eine Zahl nennen: In den Monaten des Jahres 1991 bis heute flossen 850 Millionen DM an Direktinvestitionen nach Deutschland, während umgekehrt 12,5 Milliarden DM ins Ausland gingen. Das heißt, daß wir auf diese Weise, und zwar auch wegen der höheren Unternehmensbesteuerung, in die Situation geraten, daß Hunderttausende von Arbeitsplätzen exportiert werden. Wenn Sie dies nicht wollen, dann hören Sie bitte auf mit Ihrer Neidkampagne.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Präsident Milde:

Meine Damen und Herren! Damit schließe ich die Vormittagssitzung und rufe das Plenum, abweichend von dem Plan, für 15 Uhr wieder zusammen.

Unterbrechung: 14.01 Uhr.

Wiederbeginn: 15.01 Uhr.

Vizepräsident Jordan:

Meine Damen und Herren, wir setzen die für die Mittagspause unterbrochene Sitzung fort. Im Rahmen der Beratungen des Haushaltsplans 1992 treten wir jetzt ein in die Debatte über ausgewählte Haushaltsschwerpunkte einschließlich eingebrachter Änderungsanträge. Nach den Vorstellungen des Ältestenrates sollte mit dem Bereich Landwirtschaft und Umwelt begonnen werden. Weitere Themen für den heutigen Nachmittag sollen Gleichberechtigung und Frauenfragen, Jugend und Sport sowie Bildung, Wissenschaft und Kultur sein.

Um eine gewisse Ordnung zu erreichen, bitte ich Sie, sich schriftlich zu Wort zu melden und dabei anzugeben, zu welchem Gebiet Sie jeweils sprechen wollen.

Für die Debatte stehen den Fraktionen folgende Redezeiten zur Verfügung: SPD und CDU jeweils bis zu 70 Minuten, FDP und Grünen jeweils bis zu 45 Minuten. Der Ältestenrat ist davon ausgegangen, daß die Landesregierung eine Redezeit von insgesamt 45 Minuten nicht überschreiten wird.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort erhält zunächst der Abgeordnete Ronsöhr. Er wird zum Bereich Landwirtschaft sprechen.

(Beifall bei der CDU.)

Ronsöhr (CDU).

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land verfügt nicht über allzu viele Möglichkeiten, in der Agrarpolitik Rahmenbedingungen für die bäuerlichen Betriebe zu gestalten. Um so wichtiger ist es für uns, daß wir die Möglichkeiten, die wir haben, im Interesse unserer bäuerlichen Landwirtschaft konsequent nutzen, um sie zu stärken, damit die bäuerliche Landwirtschaft die Herausforderungen der europäischen Agrarpolitik besser überstehen kann. Hier setzt unsere Kritik ein. Wir sind nicht der Auffassung, daß die einzelnen Haushaltsansätze im generellen nicht hoch genug dotiert sind, sondern wir meinen, daß sich hier aufgrund der Haushaltslage des Landes Niedersachsen häufig ein nicht allzu großer Gestaltungs- und Finanzspielraum ergibt. Wir bemängeln, wie die Förderprogramme für unsere Landwirtschaft in Niedersachsen durchgesetzt und durchgezogen werden. Wir stellen immer wieder fest, daß die rot-grüne Landesregierung leistungsstärkere bäuerliche Betriebe aus den Förderprogrammen des Landes ausgrenzt.

(Zuruf von der SPD: Stimmt nicht!)

— Das ist wahr. — Auch wir, meine Damen und Herren, wollen wie die anderen Fraktionen in diesem Hause keine Agrarindustrie. Darüber sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der CDU.)

Wir wollen aber auch nicht, daß die bäuerlichen Betriebe in unserem Lande ständig strukturpolitischen Wechselbädern ausgesetzt sind. Erst haben wir alle — auch die Sozialdemokraten — bäuerliche Betriebe gefördert, damit sie etwas größer und etwas leistungsstärker werden, nun aber klammern wir diese leistungsstärkeren und etwas größeren Betriebe aus den Förderprogrammen ständig aus, obwohl wir wissen, daß diese Betriebe im EG-Vergleich häufig immer noch nicht besonders groß sind. Das ist so geschehen bei der Milchquotenverteilung dieses Landes; das ist so geschehen bei der Förderung in benachteiligten Gebieten bei der Umstellung der Förderungspräferenz; das ist so geschehen bei der einzelbetrieblichen Förderung des Baus von Güllebehältern. Im Etat 1992 finden sich wieder Mittel zum Milchquotenankauf und zur Milchquotenverteilung. Wir wollen, daß einem weiteren europaweiten Herauskauf von Milchquoten der Vorrang gegeben wird. Kommt es darüber hinaus aber zu einer weiteren Quotenverteilungsaktion, so möchten wir auf keinen Fall, daß sich dasselbe Desaster wiederholt, das sich gerade bei der jetzigen Milchquotenverteilungsaktion im Lande Niedersachsen vollzogen hat.

(Beifall bei der CDU.)

Auch sollte die Aufkaufaktion nicht wieder so inkonsequent und zögerlich durchgeführt werden. Bei der einzelbetrieblichen Förderung von Güllebehältern wurden wie auch bei der Milchquotenverteilungsaktion ständig Zusagen des Landwirtschaftsministers zurückgenommen. In der Landvolk-Zeitung wurde dieses Programm mit den Worten „eine Enttäuschung“, „nicht akzeptabel“ oder „beklagenswert“ kommentiert. Nun hat die Landesregierung ja angekündigt, sie wolle die Gülleverordnung verschärfen. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Frau Griefahn kündigt es zumindest an, während der Landwirtschaftsminister es meistens bestreitet. Ich hoffe, daß sich der Landwirtschaftsminister durchsetzt. Dennoch leben die Betriebe draußen im Land mit der Gefährdung, daß Frau Griefahn diese Ankündigung verwirklicht. Nun wäre es wichtig, den Betrieben dann von unserer Seite aus Hilfestellung zu geben, und es würde sich geradezu anbieten, hier durch eine Verpflichtungsermächtigung zu verdeutlichen, daß dieses einzelbetriebliche Gülleprogramm über das Jahr 1992 hinaus fortgesetzt wird.

Ein besonderes Durcheinander gibt es in dieser Koalition offenbar im Bereich der Förderung von nachwachsenden Rohstoffen. Das wurde zumindest kürzlich auch im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten demonstriert. So hat uns das Ministerium dankenswerterweise ein Förderkonzept für die nachwachsenden Rohstoffe vorgelegt. Es ist damit einer entsprechenden Förderung der CDU-Fraktion in diesem Hause, der sich auch die anderen Fraktionen einmütig angeschlossen haben, nachgekommen. Dieses Förderkonzept ist nach meiner Auffassung und nach der Auffassung meiner Fraktion ein Minimalkonzept, wenn man davon ausgeht, welche agrarpolitischen Chancen wir hier nutzen könnten und was wir aus umweltpolitischen Gründen in diesem Bereich unbedingt tun müßten. Nun haben die Grünen im Ausschuß jedoch erklärt, daß sie nicht einmal hinter diesem Minimalkonzept stehen und daß das Ganze nochmals überarbeitet werden müßte.

(Brauns [SPD]: Das ist nicht gesagt worden!)

— Das ist so gesagt worden. Das kann auch im Protokoll nachgelesen werden. — Lassen Sie mich ein anderes Beispiel für den Umgang mit diesem Thema nennen: Zu Beginn dieses Jahres — und auch das steht im Protokoll — wurde vom Landwirtschaftsministerium im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erklärt, daß noch darüber nachgedacht werde, ob für 1992 nicht 6,5 Millionen DM zusätzlich an Bundesmitteln im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe auch bei einem Auslaufen von Groß Munzel gebunden werden könnten. Nun ist der Ausstieg aus Groß Munzel inzwischen zwar eine beschlossene Sache und vollzogen

(Gruber [SPD]: Für Sie ein großes Ärgernis!)

— natürlich ist das unser Ärgernis! —, aber der Einstieg in andere Projekte, der damals angekündigt worden ist, ist weitestgehend unterblieben. Hier gibt es nach meiner Auffassung — das werden wir im Laufe der Legislaturperiode auch immer wieder festzustellen haben — ideologische Vorbehalte, insbesondere bei den Grünen. Die Grünen haben geradezu Angst, daß wir über die nachwachsenden Rohstoffe und über vermehrte Marktchancen in der Landwirtschaft eine viel zu hohe Intensität erhalten könnten. Dabei wissen wir heute doch, daß wir mit dieser Intensität, wenn wir optimal düngen und das Optimum an Betriebsmitteln einsetzen, auch umweltschonend fertig werden.

Ronsöhr

Wir bedauern im übrigen, daß das Agrarland Niedersachsen im Gegensatz zu dem Agrarland Bayern bisher noch nicht erklärt hat, ob man bereit ist, eine Anschlußregelung für den Mehrwertsteuerausgleich mitzufinanzieren. Gerade die Sozialdemokraten und die Grünen — das ist in allen Protokollen des Deutschen Bundestages nachzulesen — haben bei der Einführung dieses Mehrwertsteuerausgleichs diesen als eine preisbezogene Maßnahme kritisiert. Sie wollten damals einen Flächenausgleich dazusetzen. Jetzt, da sie aufgrund der Einwände der EG-Kommission gegenüber umsatzsteuerlichen Ausgleichsmaßnahmen den früher von ihnen geforderten Flächenausgleich mitfinanzieren könnten, verweigern sie sich, und das nach meiner Meinung in einer äußerst problematischen Situation für die deutsche und für die niedersächsische Landwirtschaft. Hier wird Landwirtschaft noch einmal zusätzlich verunsichert.

Ich halte es für verkehrt, daß wir die Anschlußregelung bei der Mehrwertsteuerfinanzierung in das finanzpolitische Gezerre zwischen Bundesrat und Bundesregierung mit einbeziehen. Im übrigen hätten wir Niedersachsen dann, wenn wir mitfinanzieren würden, auch Gestaltungsspielräume, die wir im Interesse der niedersächsischen Landwirtschaft unbedingt nutzen sollten.

(Zustimmung von Eveslage [CDU].)

Ich bleibe dabei: Wir haben nicht sehr viele Gestaltungsräume. Deshalb sollten wir dort, wo sich Chancen ergeben, diese auch erhalten. Hier ist etwas angesprochen, wo wir wirklich Gestaltungsräume nutzen könnten. — Vielen Dank, daß Sie mir so aufmerksam zugehört haben.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Als nächster Rednerin erteile ich der Abgeordneten Frau Tewes das Wort.

Frau Tewes (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist sehr richtig, Herr Ronsöhr: Wir haben nicht sehr viele Gestaltungsräume. Deshalb ist es auch so unerhört wichtig, daß wir unser politisches Ziel, was wir verfolgen, nicht aus den Augen verlieren. Dieses Ziel ist nach rot-grüner Lesart — nachzulesen in den Koalitionsvereinbarungen — folgendes:

„Ziel ist eine umweltverträgliche Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel und viele Arbeitsplätze in der bäuerlichen Landwirtschaft und im ländlichen Raum.“

Das heißt — ich zitiere weiter —:

„Landwirtschaftspolitik ist für uns praktische Gesellschaftspolitik. Landwirtschaftspolitik ist für uns kein Showprojekt wie das publikumswirksame Betanken eines Autos mit Bio-Ethanol, sondern ein wirksames Paket vieler kleiner Maßnahmen, die die bäuerliche Landwirtschaft stärken.“

Meine Damen und Herren! Im Einzelplan 09 werden Sie keine erheblichen Veränderungen gegenüber dem vergangenen Etat finden. Er ist solide und in ausführlichen Ausschlußberatungen entscheidungsreif geworden. Ich möchte mich an dieser Stelle, Herr Minister Funke, bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Namen der SPD-Fraktion recht herzlich bedanken.

(Beifall bei der SPD.)

Der vorliegende Einzelplan enthält eine Steigerung der Einnahmen um rund 10,9 % — das sind 78,3 Millionen DM — und der Ausgaben um 8,7 % — das sind 111 Millionen DM.

Diese 111 Millionen DM lassen sich wie folgt zuordnen: Es sind Personalmehrkosten von rund 9,5 Millionen DM; dies ist ein Plus von 8,1 %. Damit Sie nicht gleich wieder die Ohren spitzen, sage ich: Dahinter verbergen sich die allgemeine Personalkostensteigerung und 23 neue Stellen — Herr Allert hat es heute morgen erwähnt — für die Agrarstrukturverwaltung, die dringend notwendig waren, damit wir Flurneuordnungsverfahren im Zusammenhang mit den neuen Ost-West-Verkehrsverbindungen bewältigen können und damit die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege Berücksichtigung finden können. Es wird endlich Zeit.

Mehrausgaben sind auch die 1,6 Millionen DM für sächliche Verwaltungskosten; das entspricht einer Steigerungsrate von 3,7 %. Das ist der übliche Steigerungsrahmen. Schließlich schlagen mit 51,8 Millionen DM besondere Fördermaßnahmen und Investitionen zu Buche. Das sind Mittel für die 5 b-Maßnahmen im Rahmen des EG-Programms.

Ich komme nunmehr zu den agrarpolitischen Schwerpunkten. Diese werden von der SPD ausdrücklich begrüßt. Ich stelle sie Ihnen vor. Es sind dies die flächendeckende Extensivierung der landwirtschaftlichen Produktion und das Pilotvorhaben zur Reduzierung der Stickstoffdüngung.

Meine Damen und Herren, eine flächendeckende Extensivierung, EG-weit eingeführt, mit entsprechenden Ausgleichszahlungen ist gegenüber der

Flächenstillegung nach Meinung der SPD-Fraktion eher geeignet, erstens die Überschußprobleme zu lösen und zweitens eine flächendeckende bäuerliche Landbewirtschaftung zu gewährleisten. Drittens ist sie ein Beitrag zur umweltgerechten Agrarproduktion.

(von Hofe [Grüne]: Sehr richtig!)

— Danke schön. — Das niedersächsische Pilotprojekt zur Reduzierung der Stickstoffdüngung soll uns Erfahrungen und Einsichten hinsichtlich der Wirkungen von Extensivierung bringen. Die Fraktionen der SPD und der Grünen verhehlen nicht, daß sie sich mehr Mittel gewünscht hätten,

(Gruber [SPD]: Aber sicher, ganz gewiß!)

um mehr als ein Pilotprojekt zur Reduzierung der Stickstoffdüngung zu finanzieren. Immerhin, ein wichtiger Anfang ist gemacht worden. Und was viel wichtiger ist: Die Richtung stimmt.

(Frau Hammelstein [SPD]: Jawohl! — Zustimmung bei der SPD.)

Einen weiteren agrarpolitischen Schwerpunkt bilden die Zuschüsse zur Absatzförderung ernährungswirtschaftlicher Erzeugnisse. Meine Damen und Herren, betrug das Mittelvolumen 1991 rund 3,8 Millionen DM, so erhöht es sich im Jahr 1992 auf 4,7 Millionen DM. Das ist nötig; denn übervolle Produktionsmärkte und überquellende Interventionslager zeigen nicht nur eine verfehlte Agrarpolitik, sondern auch die Mißachtung von Wünschen der Verbraucherinnen und Verbraucher. Man kann doch letztlich nur das produzieren, was die Verbraucherinnen und Verbraucher haben wollen. Das sind qualitativ hochstehende, gesunde und frische Nahrungsmittel.

(Wolter [CDU]: Das ist ja ganz etwas Neues!)

Diese Wünsche zu erfüllen — darum geht es ja — ist der Schwerpunkt von Vermarktung.

Politische Akzentverschiebungen, die bei den Kollegen der CDU — Herr Ronsöhr, ich komme jetzt zu Ihnen — massiven Protest auch im Ausschuß ausgelöst haben, sind im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe zu finden. Wir wenden uns ganz entschieden gegen die Erzeugung von Ethanol. Damit das ganz deutlich wird: Wir wollen keine Energieplantagen, sondern wir wenden uns hin zur Erforschung und Förderung von Industrierohstoffen; denn Industriepflanzenanbau ist eher wettbewerbsfähig, der Anbau, die Herstellung und die Entsorgung sind umweltverträglich. Sie sagten, der Einstieg in andere Projekte sei unterblieben. Das stimmt doch nicht. Es gibt kein einziges Modellvorhaben in Niedersachsen

— Herr Ronsöhr, informieren Sie sich —, das von den Fraktionen der SPD und der Grünen im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe nicht freudig begrüßt würde, wenn es den eben genannten Kriterien entspräche.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Für Groß Munzel finden Sie aber keine weiteren Etatmittel. Auch das ist richtig. Es gibt im Einvernehmen mit der Betreibergesellschaft eine einmalige Entschädigung in Höhe von 3 Millionen DM und den Abschluß des Bioethanolprojekts noch 1991.

In Kapitel 09 10 sind Mittel für die Fortsetzung des Ackerrandstreifenprogramms und die Einleitung eines umfassenden Grünlandschutzprogramms bereitgestellt worden. Na endlich! Wir begrüßen das ausdrücklich. Das Ackerrandstreifenprogramm ist eine ökologisch und agrarpolitisch sinnvolle Ergänzung zu anderen auf Extensivierung angelegten Maßnahmen. Grünland, z. B. Feuchtwiesen, waren ständig vom Grünlandumbruch bedroht. Lebensräume zahlreicher Tier- und Pflanzenarten waren gefährdet. Unser Programm bietet den Landwirten aber auch eine Einkommenssicherung für ihre ökologische Leistung.

Ich komme zur Gretchenfrage, Herr Ronsöhr, die uns heute und in Zukunft beschäftigen wird. Sie lautet: Wie hoch ist der Anteil der Bundesländer am soziostrukturellen Einkommensausgleich? Wenn ich sage „alle Bundesländer“, dann meine ich das auch so; denn keines hat Vorsorge für das Auslaufen der Mehrwertsteuervergünstigung getroffen. Sie kennen auch den Grund. Sie haben ihn aus Anlaß der Behandlung der Dringlichen Anfrage im November-Plenum von der Landesregierung genannt bekommen.

Die Bundesländer konnten erwarten, daß der Bund eine Anschlußregelung trifft. Außerdem mahnten sie diese am 26. 4. 1991 noch einmal an. Nun können Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, doch nicht so tun, als sei das ein Problem Niedersachsens allein.

Wie stellt sich aber statt dessen heute die Lage dar? Am 5. Dezember 1991 tagte die mit Spannung erwartete Sonderkonferenz der Ministerpräsidenten. Das Ergebnis, das dem Vermittlungsausschuß vorgelegt wurde — er tagte ja, wie bekannt, am Montag und Dienstag dieser Woche —, lautete: Herr Minister Funke, Sie haben für die Aufstockung des soziostrukturellen Einkommensausgleichs 15 Bundesländerchefs im Rücken, die sich für eine 100prozentige Finanzierung durch den Bund ausgesprochen haben. Das weitere

Frau Tewes

Ergebnis müssen wir leider abwarten, da der Vermittlungsausschuß, wie bekannt, nicht abschließend beraten hat.

Erlauben Sie mir einige Worte zum Einzelplan 10, dem Haushalt der Forstverwaltung.

(Gruber [SPD]: Jetzt sind die Dunkelgrünen dran!)

Er sieht Einnahmen in Höhe von rund 168 Millionen DM sowie Ausgaben in Höhe von 310 Millionen DM vor. Das erfordert einen Zuschuß in Höhe von 142 Millionen DM; das sind rund 3,5 % mehr als im vergangenen Jahr. Im einzelnen möchte ich folgende Schwerpunkte der Forstpolitik hervorheben:

Erstens. Der Privatwald braucht dringend eine bessere Beratung und Betreuung. Betreuungsbezirke bei der Landwirtschaftskammer von 3 000 bis 4 000 ha mit kleinflächiger Waldbesitzstruktur, defizitärer Ertragslage, zunehmender Bedeutung der Schutz- und Erholungswirkung des Waldes und anhaltenden Immissionsschäden erfordern eine Verdichtung des Betreuungsnetzes durch Fachpersonal.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Hruska [FDP]: Machen Sie das denn auch?)

— Ich werde gleich darauf antworten, weil ich so wenig Zeit habe.

Dafür werden im Jahre 1992 erstmals 800 000 DM bereitgestellt,

(Dr. Hruska [FDP]: Zuwenig!)

damit die Landwirtschaftskammern zwölf Forstberater — vielleicht ja auch -beraterinnen — zusätzlich einstellen können.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Das ist ein wichtiger Beitrag zur Stützung des Privatwaldes.

Langfristig ist eine Neuregelung der Finanzschwerpunkte für die Landwirtschaftskammern erforderlich, um den Umweltschutz auch im Privatwald zu sichern.

Zweitens. In den Landesforsten läuft das ökologische Waldprogramm an, das Herr Minister Funke kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt hat. So wird die Walderneuerung im Harz mit deutlicher Vermehrung von Laub- und Mischwäldern vorangetrieben. Hierzu werden auch im Jahre 1992 wiederum 8,2 Millionen DM aus Strukturhilfemitteln eingesetzt. Diese Mittel werden auch in Zukunft dringend benötigt.

Drittens. Die Forstwirtschaft leidet ebenso wie der Naturschutz unter einer irrigen Kosten-Nutzen-Philosophie. Sie hängt entscheidend von den Holzpreisen ab. Hier hat der Preiseinbruch infolge der Windwurfschäden von 1990 das Defizit deutlich erhöht.

Ich kann nicht verstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, warum Sie in Ihrem Antrag für Holzverkäufe von Bareinnahmen in Höhe von 5 Millionen DM ausgehen, die FDP sogar von Einnahmen in Höhe von 8 Millionen DM, zumal Sie doch wissen sollten, daß das ganz konträr zum Marktverhalten ist und daß wir an diese Preise überhaupt nicht herankommen können.

(Dr. Hruska [FDP]: Weil das jedes Jahr zu niedrig eingeschätzt wird, Frau Tewes! —

Gruber [SPD]: Die wollen mehr Holz für Holz haben!)

Gerade in einer Haushaltsdebatte, Herr Dr. Hruska, ist es aber wichtig, das monetäre Ergebnis in die Gesamtbilanz forstlicher Leistung zu stellen. Der Leistungsbericht der niedersächsischen Forstwirtschaft macht das doch klar. Holz ist für uns ein natürlicher, umweltfreundlicher und erneuerbarer Rohstoff.

(Gruber [SPD]: Und ein nachwachsender Rohstoff!)

Darüber hinaus werden der Volkswirtschaft mehrfach höhere Leistungen durch Wasserschutz, Boden- und Klimaschutz, Lärm-, Sicht- und Immissionsschutz sowie durch Naturschutz und Erholung aus dem Wald geliefert.

(Dr. Hruska [FDP]: Gut, daß Sie das noch einmal wiederholen!)

So rechnet sich im Moment aber keine Bilanz. Die Einnahme- und Ausgabenrechnung verzeichnete im Jahre 1988 einen Verlust von 117 DM pro Hektar, und das Defizit steigt weiter. Dagegen macht der volkswirtschaftliche Nutzen allein aus dem Schutz des Trinkwassers 300 DM pro Hektar aus. Der Wald hat also für die Allgemeinheit einen deutlich höheren Nutzen als für den Besitzer.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Meine Damen und Herren, der Forstwirtschaft muß geholfen werden, damit die Waldbesitzer die wichtige Infrastrukturleistung für die Umwelt auch in Zukunft leisten können.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] und von von Hofe [Grüne].)

Die SPD-Fraktion stimmt den Einzelplänen 09, 10 und 20 hiermit zu. — Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Gruber [SPD]: Gut für den niedersächsi-
schen Wald!)

Vizepräsident Jordan:

Als nächstem Redner erteile ich dem Abgeordne-
ten Herrn Jürgens das Wort.

Jürgens (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Tewes, die drei Ziele, die Sie aufgezeigt haben, habe ich vernommen: Umweltverträglichkeit, viele Arbeitsplätze Landwirtschaft als Gesellschaftspolitik. Ich kann dem nur zustimmen. Aber ein wichtiges viertes Ziel fehlt.

(Frau Tewes [SPD]: Welches?)

— Die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe gehört einfach auch dazu,

(Beifall bei der FDP)

denn gerade dann, wenn wir uns über den Einzelplan 09 des Niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums unterhalten, müssen wir dies immer vor dem Hintergrund der agrarpolitischen Entscheidungen in Bonn und vor allem in Brüssel tun.

Betrachtet man die Rahmenbedingungen, die von der gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft gesetzt werden, dann kann man nur folgendes feststellen: Die lange Zeit des Verdrängens und des verkürzenden Blickes durch die grüne Brille ist vorbei. Man muß sich auf einschneidende Änderungen einstellen. Der Preisverfall setzt sich weiter fort und wird sich im Hinblick auf die Gatt-Verhandlungen noch beschleunigen. Alle Bemühungen, in dieser festgefahrenen Situation zu konservieren, statt neue Perspektiven zu eröffnen, widersprechen der Wirklichkeit.

Die nachrückende Generation ist kritisch

(Zustimmung von Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU] und von Möllring [CDU])

und berücksichtigt diese Entwicklungen in ihren Überlegungen. Dies zeigt sich deutlich bei der Inanspruchnahme der Berufsausbildung in der Landwirtschaft. Nach Schätzungen der Landwirtschaftskammer wird die Zahl der in Niedersachsen im Haupterwerb bewirtschafteten Betriebe von derzeit rund 50 000 bis zum Ende dieses Jahrzehnts auf 35 000 sinken. 1971 waren es noch 162 000 Betriebe.

Meine Damen und Herren, angesichts solcher Entwicklungen ist es besonders wichtig, daß der geringe agrarpolitische Spielraum, den Bonn und Brüssel den Bundesländern noch lassen, genutzt wird, um den Anpassungsprozeß der Landwirtschaft an die veränderten Rahmenbedingungen aktiv zu begleiten. Das beinhaltet sowohl die wirtschaftliche und soziale Komponente des Strukturwandels als auch die ökologischen Ansprüche, die heute an die Landwirtschaft gestellt werden. An diesen Herausforderungen muß sich die Agrarpolitik der Landesregierung messen lassen. Der vorliegende Haushalt des Landwirtschaftsministers läßt hier einige Fragen offen. Zunächst gilt, wie in den anderen Einzelplänen auch, daß die Strukturhilfemittel in voller Höhe veranschlagt sind, ohne daß eine Risikovorsorge seitens der Landesregierung getroffen wurde. Fast 60 Millionen DM sind für Maßnahmen nach dem Strukturhilfegesetz angesetzt, über das im Vermittlungsausschuß zur Zeit noch verhandelt wird.

Ich bin sehr froh darüber, daß sich der Ministerpräsident dafür eingesetzt hat, daß der dreiprozentige Mehrwertsteuerausgleich wenigstens noch für ein Jahr erhalten bleibt.

Aber wenn diese Strukturhilfemittel gestrichen oder gekürzt werden, dann sind hiervon in erster Linie die Dorferneuerung und die Investitionen zur Gülleverwertung betroffen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Gerade die Investitionen zur Dorferneuerung, meine Damen und Herren, sind deshalb besonders wichtig, weil die Entwicklung des ländlichen Raumes zu wünschen übrigläßt. Die Zahl der Einwohner geht zurück, und ich meine, daß im ländlichen Raum das durchschnittliche Lebensalter sehr, sehr viel höher ist als in Ballungsräumen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer Unsicherheitsfaktor, der sich durch den gesamten Haushaltsentwurf zieht, ist nach unserer Ansicht die globale Minderausgabe. 4,5 Millionen DM sind im Einzelplan 09 zu erwirtschaften. Ich teile nicht die im Ausschuß diskutierte Einschätzung, daß die bisher an die Pilotanlage in Ahausen-Eversen gezahlten Landeszuschüsse hierfür zur Verfügung stehen werden. Die Konservierung der bestehenden Strukturen kann nicht zu einer Lösung der Probleme der Agrarpolitik beitragen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Die Landesregierung verfolgt jedoch in ihrer Förderpolitik einen Kurs, der dem eben Gesagten genau entgegengerichtet ist. Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen.

Jürgens

Erstens. Die Förderrichtlinien des Gülleprogramms sahen vor, daß zunächst nur Betriebe mit einem jährlichen Einkommen von unter 30 000 DM zuwendungsfähig sind. Selbst unter diesen Antragstellern wurde noch denen mit dem geringsten Einkommen der Vorrang eingeräumt.

Zweitens. Die Vergabekriterien im Rahmen der letzten Milchaufkaufaktion der Landesregierung haben nur den kleinsten Milcherzeugern die Möglichkeit geboten, ihre Quote geringfügig aufzustocken. Der Haushaltsplanentwurf 1992 sieht 32 Millionen DM in Einnahmen und Ausgaben für eine weitere Milchaufkaufaktion des Landes vor. Wenn die Vergabekriterien, Herr Minister, gegenüber der letzten Auf- und Verkaufaktion des Landes nicht geändert werden, dann kann ein solches Programm nicht zur Strukturverbesserung in der niedersächsischen Landwirtschaft beitragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Frau Tewes [SPD]: Wir wollen andere Kriterien! Wir wollen auch soziale und ökologische Kriterien haben!)

— Sie haben zum Einzelplan 10 so viel Vernünftiges gesagt, daß ich das nur unterstützen kann. Ich hoffe, Sie unterstützen mich hier in diesem Bereich.

(Zustimmung bei der FDP.)

Die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit der berücksichtigten Betriebe läßt sich auf diesem Wege nicht herstellen. Leistungsfähigere bäuerliche Familienbetriebe werden aber gleichzeitig von der Förderung ausgeschlossen. Ihre Chancen, zukünftig auch unter ungünstigen Preisverhältnissen existieren zu können, werden damit verspielt. Die Förderpolitik der Landesregierung orientiert sich stärker an sozialpolitischen Vorstellungen als an den betriebswirtschaftlichen Realitäten auf den Höfen.

Mit Programmen wie dem Gülleprogramm und der Milchaufkaufaktion müssen zuerst die entwicklungsfähigen bäuerlichen Betriebe gefördert werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sozialpolitische Ziele sind zwar ebenso wichtig, sie müssen aber in anderen Programmen erreicht werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Unter sozialen Gesichtspunkten kommt es vor allem darauf an, aufgabewilligen und verschuldeten Betrieben einen geordneten und sozial abgesicherten Ausstieg aus der Bewirtschaftung zu ermöglichen.

(Eveslage [CDU]: Das ist das Problem!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man könnte zu diesem Bereich sicherlich noch sehr viel mehr sagen. Ich hoffe aber, daß die Landesregierung diesen Erfordernissen zukünftig in stärkerem Maße Rechnung tragen wird. Der Wille des Landwirtschaftsministers ist mir bekannt.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der SPD.)

Vizepräsident Jordan:

Als nächster Redner hat der Herr Abgeordnete von Hofe das Wort.

von Hofe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ronsöhr, daß Sie die Grünen so oft erwähnt haben, zeigt für mich, daß die Agrarpolitik der Landesregierung auch unsere Handschrift mitträgt. So soll es auch sein.

(Eveslage [CDU]: Viel zuviel!)

Ich möchte in meiner Rede auf zwei Punkte eingehen — ich kann nicht auf alle Punkte eingehen, die Sie hier angeschnitten haben —, nämlich auf Flächenstilllegung und nachwachsende Rohstoffe.

Die Möglichkeiten eines Bundeslandes wie Niedersachsen, einer vernichtenden EG-Agrarpolitik entgegenzusteuern, sind gering. Nur wer mit dem Strom schwimmt, hat Aussicht auf eine schnelle Umsetzung seiner Ideen auf übergeordneten Ebenen. So gelang es der alten Landesregierung unter Albrecht, das Projekt Grünbrache zu einem EG-Flächenstilllegungsprogramm hochzuboxen: Eine teure Reparaturmaßnahme ohne längerfristige Perspektiven für eine nachhaltige Landwirtschaft und ohne nennenswerte Bedeutung für die Entlastung der Märkte.

Auf Initiative der rot-grünen Landesregierung hat es jetzt eine bundesweite Senkung der Hektarprämien für Flächenstilllegung um 15 % gegeben. Mit dem Haushalt 1992 werden nur noch Altanträge der fünfjährigen Flächenstilllegung abgewickelt. Die Prämien im Rahmen des Extensivierungsprogramms, wonach u. a. die Umstellung ganzer Betriebe auf ökologischen Landbau möglich ist, wurden dagegen um 20 % angehoben.

Mittlerweile werden in Niedersachsen 0,5 % der Anbaufläche nach den Richtlinien ökologischer Landbauverbände bewirtschaftet. Geringere Erträge als in der konventionellen Landwirtschaft bei gleichzeitig höheren Erzeugerpreisen sichern immer mehr Bäuerinnen und Bauern die Exi-

stanz. Dies langfristig durch eine funktionierende Vermarktung sicherzustellen ist das Ziel zum Beispiel der niedersächsischen Biomilcherfassungsbeihilfe und der Förderung von Erzeugerzusammenschlüssen. Durch solche Schritte nutzt Rot-Grün landespolitische Handlungsspielräume und versucht damit, ein Stück weit gegen den Strom der Bundes- und EG-Agrarpolitik zu schwimmen.

Als Schnapsidee erwies sich die Agrarpolitik der niedersächsischen CDU im Bereich Bioethanol. Für die Versprittung von Lebensmitteln wie Weizen, Kartoffeln und Rüben machte Herr Albrecht bei seinen Parteifreunden in Bonn Millionen locker. Doch das Expertenhearing der neuen Landesregierung zu nachwachsenden Rohstoffen im September dieses Jahres brachte Ernüchterung: Bioethanol ist ökonomisch ein Subventionsfaß ohne Boden und, was die ökologische Gesamtbilanz betrifft, insgesamt satt negativ. Zum Ende dieses Jahres läuft der fünfjährige Versuchsbetrieb der Bioethanolanlage in Ahausen-Eversen aus. Der Bund und das Land haben dann knapp 60 Millionen DM in den Sand gesetzt.

Noch mehr Geld sollte das Bioethanolprojekt Groß Munzel in Niedersachsen kosten. Doch der Landesregierung gelang es nach zähen Verhandlungen mit dem Zuckerverbund Nord, aus dem Vertrag gegen Entschädigung in Höhe der bisher entstandenen Kosten auszusteigen. Das ist eine großartige Bestätigung grüner Politik in Fragen nachwachsender Rohstoffe. Denn schon seit Jahren ist bekannt, daß die Energiebilanz bei der Bioethanolproduktion insgesamt negativ ist, die Abwasserprobleme nicht zu bewältigen sind und der vielgepriesene Biosprit der Landwirtschaft keine Zukunftsperspektive eröffnet.

Dennoch bleibt Niedersachsen in seiner Vorreiterrolle bei der Förderung nachwachsender Rohstoffe bundesweit führend. Der Haushalt dokumentiert es: Nicht Bioethanol wird gefördert, sondern es erfolgt ein Umschwenk in der Förderpolitik von Energiepflanzen hin zum Industriepflanzenanbau. Bedingung ist eine positive ökologische Gesamtbilanz. Vorzeigebeispiel ist die Firma Auro in Niedersachsen, die umweltfreundliche Farben und Lacke herstellt. Dieses Unternehmen beabsichtigt — bislang ohne Förderung durch das Land —, Ölleinen großflächig im kontrolliert biologischen Anbau anbauen zu lassen und dafür vernünftige Erzeugerpreise zu zahlen. Das ist eine vorbildliche Produktlinie, wie sie vom Ökoinstitut Freiburg auf der Fachtagung gefordert worden ist. Das ist, Herr Ronsöhr, eine Neuausrichtung der Agrarpolitik und keine Verlänge-

rung der alten Fehler der CDU. Weil dies eine Neuausrichtung der Agrarpolitik ist, findet der Agrarhaushalt 1992 unsere Zustimmung.

(Beifall bei den Grünen und Zustimmung bei der SPD.)

Vizepräsident Jordan:

Herr Minister Funke hat sich zu Wort gemeldet.

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich auf einige Punkte der Agrarpolitik eingehe, die hier sicherlich zu Recht angesprochen worden sind, möchte ich ein paar Worte zur Jagd sagen, die ja auch im Landwirtschaftsministerium ressortiert, herausgefordert durch das, was der Fraktions — —

Bitte, Herr Küpker?

(Küpker [FDP]: Wer ist der Jäger, und wer wird gejagt?)

— Ich könnte dazu einiges sagen, Herr Kollege Küpker, wer bei der Jagd Jäger und Gejagter ist.

(Heiterkeit bei den Grünen.)

Da kann ich Sie sehr beruhigen, Herr Küpker. Bei Ihrer Einstellung, die ich, da Sie Oldenburger sind, sehr schätze, würden Sie bei uns garantiert Edeltreiber!

(Heiterkeit bei allen Fraktionen. — Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren! Der Kollege Gansäuer hat ausweislich des Protokolls ausgeführt — —

(Dr. Hruska [FDP]: Der versteht nichts von der Jagd!)

— Er versteht nichts von der Jagd — wieder ein Punkt mehr, wovon er unter Umständen nichts versteht. Er hat gesagt: „In Springe heißt die Jagd nun nicht mehr Staatsjagd.“ Da hat er recht. Er hat gesagt: „Es wird genauso gejagt wie vorher!“ Der Satz läßt einiges an Interpretation zu. Ich darf Ihnen sagen, daß sich die Gruppe derer, die jetzt dort jagen, sehr wohl von denen unterscheidet, die früher dort jagten.

(Augustin [CDU]: Keine Abgeordneten?)

— Sie haben völlig recht, Herr Augustin, es jagen dort eben nicht nur mehr Abgeordnete — diese auch, warum auch nicht! —, sondern wir legen entschieden Wert darauf, daß dort auch Menschen jagen können, die sonst im Lande weiß Gott wenig Gelegenheiten haben, auf Jagd zu ge-

Funke

hen, weil sie kein eigenes Revier haben. Und das halte ich für gut, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Hildebrandt [FDP]: Bisher dachte ich immer, es ginge Ihnen um die Hege!)

— Auch, natürlich, Herr Kollege Hildebrandt. Ich empfehle Ihnen, die Jägerprüfung zu machen, dann wüßten Sie, daß Jagd automatisch Hege bedeutet. Lassen Sie sich da bitte mal vom Kollegen Hruska unterrichten! Der kennt das, der ist ja auch Kreisjägermeister!

Wenn Herr Gansäuer gemeint hat, es wird genauso gejagt wie vorher, und wenn er der Meinung ist, daß wir das mit Büchsen, mit Gewehren tun, dann hat er recht, sage ich zu seiner Information. Totkitzeln kann man die Tiere nicht. Und gejagt werden muß, meine Damen und Herren! Dazu bekenne ich mich auch hier in diesem hohen Hause, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD, den Grünen und von Dr. Hruska [FDP].)

So wie dies hier formuliert ist, haben wir jemanden dazubekommen, der der Jagd kritisch gegenübersteht. Er sagt weiterhin: „An der letzten Jagd hat laut HAZ vom 3. Dezember 1991 der General Behrens teilgenommen.“ In der Tat, er ist Jagdkönig geworden. Er sagt: „17 Wildschweine und fünf Stück Damwild hat er erlegt.“ Völlig falsch! Das war die Gesamtstrecke angesichts der Witterungsbedingungen. Der General Behrens hat lediglich vier Frischlinge bzw. Überläufer erlegt und wurde damit Jagdkönig.

(Zuruf von der SPD: Vielleicht hatte er eine Kanone!)

Herr Gansäuer sagt weiter: „Ich sage Ihnen, Herr Schröder, den Wildschweinen ist es völlig wurscht, auf welcher Jagd sie totgeschossen werden, tot ist tot!“ Das ist schon derartig kritisch gegenüber Jagd, Jägern und Hege, daß ich einen solchen Satz als Jäger — ich will es gelinde sagen — nicht verstehe.

(Beifall bei der SPD und von Dr. Hruska [FDP].)

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich mit einigen Punkten auseinandersetzen, die hier angesichts des Agraretats angesprochen worden sind. Da findet sich bei Herrn Ronsöhr und bei Herrn Jürgens die Behauptung, leistungsstarke Betriebe würden in der Förderungspolitik der Landesregierung ausgegrenzt, und man bezieht sich dabei im wesentlichen auf die Milchquotenverteilungsaktion, die Ausgleichszulage und die Gülleförderung.

Ich will dazu etwas sagen. Zunächst zur Milchquotenverteilung: Niedersachsen ist das einzige Land gewesen — und um dieses durchzusetzen, habe ich beim Ministerpräsidenten große Unterstützung gefunden —, das die Milchverkaufsaktion subventioniert hat. Das heißt, daß wir an die Bauern billiger verkauft haben, als wir von den Bauern aufgekauft haben, und zwar als einziges Land in der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Es wäre ja denkbar gewesen, daß die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die anderen CDU-geführten Landesregierungen aufgefordert hätte, auch so zu verfahren, meine Damen und Herren. Warum haben Sie das eigentlich nicht getan?

(Ronsöhr [CDU]: In Bayern ist das ganz exzellent abgelaufen!)

Jetzt zur Frage, wen wir eigentlich begünstigt haben. Es läßt sich so leicht dahinsagen, wir hätten den Betrieben etwas gegeben, die nicht entwicklungsfähig seien. Meine Damen und Herren! Wenn ein Betrieb 50 000 kg Milchquote hat und hat jetzt etwas dazubekommen, dann ist die Frage von hier aus überhaupt nicht zu entscheiden, ob der Betrieb etwa entwicklungsfähig ist oder nicht, weil wir die Struktur von hier aus gar nicht beurteilen können.

(Wolter [CDU]: Sechs oder sieben Kühe!)

— Es ist doch die Frage, ob er außer diesen Kühen noch etwas anderes hat, Herr Kollege Wolter. Wenn Sie die Förderungsrichtlinien kennten, dann wüßten Sie, daß wir in erster Linie auch Junglandwirte damit begünstigt haben.

Gehen Sie bitte in die Versammlungen und behaupten Sie solche Dinge. Dann werden Sie merken, wieviel Widerspruch Sie von denen ernten, die in der Tat viel zu wenig — wir wären froh gewesen, wenn wir mehr Milchquoten gehabt hätten —, aber immerhin Milchquoten zugeteilt bekommen haben.

Das Schönste, was ich da erlebt habe, war, daß ich auch im Landsvolkvorstand kritisiert worden bin, weil wir zuerst Milch an jene gegeben haben, die wenig Kontingent haben. Aus den Reihen des Vorstandes selbst kam dann Widerspruch, z. B. von Vertretern des Landvolks Emsland, die sagten, sie seien dankbar, daß wir die Milch auch unter ökologischen Gesichtspunkten verteilt hätten, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD.)

Wir haben dies im übrigen als einziges Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland getan.

Ich muß das erläutern. Ich habe immer vertreten, daß Naturschutzpolitik auf der Fläche in wesentlichen Teilen nur mit agrarpolitischen Maßnahmen zu machen ist. Das vertrete ich nach wie vor.

(Zustimmung bei der SPD und bei der FDP.)

Wenn wir zum Beispiel denen in Esterwegen — ich hoffe, allen ist das Problem dort vertraut — sagen, ihr sollt nicht mehr ackerbaulich nutzen, sondern in Grünland umwandeln und dann Landwirtschaft betreiben, dann geht das nur, wenn wir denen Milchkontingente geben, meine Damen und Herren. Oder wovon sollen die denn leben?

(Beifall bei der SPD und bei der FDP.)

Das haben wir getan. Gehen Sie bitte nach Esterwegen und fragen Sie die Landwirte.

(Goldmann [FDP]: Was ist denn in Esterwegen passiert? Gar nichts!)

— Herr Kollege Goldmann, ich bin gern bereit, Sie zu unterrichten.

(Goldmann [FDP]: Gar nichts!)

— Sie sind völlig falsch informiert, wenn Sie sagen, da ist gar nichts passiert. Auf Bezirksregierungsebene arbeiten wir im Moment an der Umsetzung von Vorschlägen, die vom Landkreis gekommen sind. Es ist sehr wohl etwas passiert. Ich bin doch selbst dort gewesen, mittlerweile insgesamt dreimal, glaube ich.

(Zurufe von Goldmann [FDP] und Rohnsöhr [CDU].)

Meine Damen und Herren! Ich bekenne mich dazu, daß wir eine Region wie den Dümmer in Wirklichkeit nur in Ordnung kriegen, wenn wir wiederum Milchquoten auf die Grünlandflächen verteilen können, auf denen keine liegen, weil sonst gegenwärtig eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Nutzung von Grünland in weiten Bereichen nicht möglich ist. Das ist doch der kritische Punkt dabei.

(Zustimmung bei der SPD.)

Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie das ein bißchen differenzierten.

Um eines bitte ich, meine Damen und Herren. Sagen Sie nicht immer nur, entwicklungsfähige Betriebe seien ausgeschlossen. Sagen Sie mir bitte mal, und zwar hier vorn vom Rednerpult, ab welchem Milchkontingent aufwärts Sie Betriebe für entwicklungsfähig halten, damit die Landwirtschaft draußen im Land mal weiß, ob Sie noch Betriebe mit weniger als 300 000 kg Quote fördern

wollen oder nicht. Das wäre wichtig und konsequent.

(Beifall bei der SPD.)

Aber nicht von Entwicklungsfähigkeit oder Nichtentwicklungsfähigkeit reden und hier nicht sagen, welche Betriebe Sie meinen. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

Dann werden wir mal sehen, was die Landwirtschaft dazu sagt, wenn Sie es so definieren. Man kann nur so verfahren,

(Zuruf von Goldmann [FDP])

Herr Kollege Goldmann, daß man entweder sagt, wir geben denen zuerst Milch — wir haben sie nicht verschenkt, wir haben sie verkauft, wenn auch subventioniert —, die wenig haben. Oder man sagt, wer weniger als 200 000 kg hat, ist nicht entwicklungsfähig und kann keine kaufen. Das ist die Konsequenz. Eine andere gibt es nicht. Dazu muß man sich dann auch bekennen. Alles andere sind Wortgefechte.

(Zustimmung bei der SPD. — Zuruf von Goldmann [FDP].)

Der Kollege Ronsöhr — ich bin dankbar für diese Stichworte; das ist ein abendfüllendes Thema — hat gesagt, bei der Ausgleichszulage hätten wir es auch so gemacht, daß wir die entwicklungsfähigen Betriebe nicht berücksichtigt hätten. Ich weiß ja, was er meint. Wir haben in der Tat Mais aus dem Flächenprogramm, aus der Förderkulisse herausgenommen und haben gesagt, Mais fördern wir nicht mehr, wenn Mais in benachteiligten Gebieten angebaut wird.

(Beifall bei der SPD. — Frau Tewes [SPD]: Endlich!)

Denn wer Mais anbauen kann, mag zwar pro forma in einem benachteiligten Gebiet liegen, weil die Förderkulisse einigermaßen problematisch ausgewählt worden ist, ist aber in der Regel betriebswirtschaftlich nicht benachteiligt. Viel mehr benachteiligt ist im Regelfall der, der in einer Grünlandregion wirtschaftet und keine Kontingente hat.

(Zuruf von Ronsöhr [CDU].)

Dadurch, daß wir Mais herausgenommen und die Obergrenze von 8 000 auf 6 000 abgesenkt haben, erhöhen wir den Hektar-Betrag von 90 auf 120 DM pro Hektar in der Ausgleichsfläche. Ich halte das für richtig.

Nun will ich Ihnen einmal folgendes sagen.

(Zurufe von der CDU.)

Funke

— Meine Damen und Herren, bei der Ausgleichszulage kommt es doch noch besser. Ich weiß, daß uns einige Bauern nicht geglaubt haben, als wir gesagt haben, daß wir dieses Jahr 120 DM und nicht nur 90 DM werden zahlen können. Als ich in den Versammlungen immer von 100 DM gesprochen habe, waren die Bauern sehr skeptisch und kritisch. Die ersten Bauern sagen mir inzwischen aber, daß ich doch recht gehabt habe. Sie kriegen jetzt sogar mehr, nämlich 120 DM/ha.

Die CDU-Fraktion hat dankenswerterweise agrarpolitische Bausteine vorgelegt. Ich möchte Ihnen jetzt einmal sagen, was dort geschrieben steht. Ich finde es gut, daß wir darüber diskutieren können. Unter Nr. 4 heißt es:

„In umweltsensiblen Bereichen sind extensive Formen der Flächenbewirtschaftung wie z. B. die Ochsenweidemast, die Schafhaltung usw. sowohl durch die Förderung zentraler Vermarktungseinrichtungen als auch im bereits angesprochenen Grundsicherungssystem Landwirtschaft zu honorieren.“

Sehr gut.

„Dies gilt insbesondere auch für die Umwandlung von Acker in Weide, was bei der notwendigen Umstrukturierung der Ausgleichszulage berücksichtigt werden mußte.“

Genau das haben wir getan, und heute wird es kritisiert. Genau das haben wir getan.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Jordan:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Sehr gern!

Ronsöhr (CDU):

Diese Bausteine habe ich gestern Ihren Mitarbeitern gegeben. Ich habe gesagt, daß die Diskussion über diese Bausteine noch nicht abgeschlossen sei.

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Richtig! Jawohl!

Ronsöhr (CDU).

Ich habe ferner gesagt, daß wir die Förderkonzepte auch in Zusammenhang stellen wollen mit benachteiligten Gebieten. Ich meine, wenn man Förderkonzepte ändert, muß man anderes auch anpassen. Wir haben im Fachausschuß gesagt, daß wir die Förderkonzepte insgesamt ändern wollen. Wenn Sie jetzt, ohne daß die Partei das endgültig diskutiert hat, daraus zitieren und daraus eine parteipolitische Debatte ableiten, finde ich das gegenüber — —

(Starke Unruhe. — Zuruf von der SPD: Frage!)

Vizepräsident Jordan:

Herr Ronsöhr, könnten Sie Ihre Frage noch einmal vortragen?

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Kollege Ronsöhr, ich bitte um Nachsicht. Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, daß dies ein bisher von noch keinem Gremium abgesicherter Diskussionsvorschlag ist.

(Ronsöhr [CDU]: Wir haben das in einen größeren Zusammenhang erstellt!)

— In Ordnung.

Vizepräsident Jordan:

Herr Kollege Ronsöhr, Herr Minister, ich bitte Sie, jetzt kein Zwiegespräch zu führen. Herr Minister, Sie sind im übrigen auch nicht gezwungen, eine Frage, die nicht gestellt worden ist, zu beantworten.

(Heiterkeit.)

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Vielen Dank. — Obwohl ich mir denken kann, welche Frage dahintersteckt. Darauf wäre ich dann auch gern eingegangen. Ich wollte nur einmal sehen, wie die Diskussion verläuft, wenn man das zitiert.

Ich komme jetzt zu den Güllebehältern. Ich bin dankbar dafür, daß dieses Thema angesprochen worden ist. Ich habe befürchtet, daß Sie darauf nicht zu sprechen kommen, weil Sie schon im Ausschuß danach gefragt haben und ich darauf habe antworten müssen. Meine Damen und Herren, es wurde gefragt: Was machen diese schlimme Landesregierung und dieser schlimme Funke? — Er gibt zuerst den Landwirten Zuschüsse, die

das geringste Einkommen haben. Dazu bekenne ich mich auch. Sie müßten sich jetzt konsequenterweise hier hinstellen und sagen: Denjenigen, der ein Einkommen von weniger als 60 000, 80 000 oder 100 000 DM hat, halten wir nicht für entwicklungsfähig; der soll auch keine Förderung bekommen. Das ist die Alternative dazu, meine Damen und Herren.

(Augustin [CDU]: Sehr richtig!)

— In Ordnung, Herr Augustin! Das ist ein Wort! Vor diesem Hintergrund wollen wir darüber dann auch einmal draußen in den Versammlungen diskutieren. Dort aber höre ich das von Ihnen nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich gebe gern zu — dabei hoffe ich sehr auf die Unterstützung der Fraktionen —, daß wir das Gülleprogramm über die Jahre 1992 und 1993 hinaus werden fortsetzen können. Für das Jahr 1992 sind ja bekanntlich 5 Millionen DM vorgesehen, weil der Bedarf vorhanden ist. Wenn hier immer wieder gesagt wird, daß die entwicklungsfähigen Betriebe kein Geld bekämen, dann will ich Ihnen einmal sagen, wer das Geld abgerufen hat. Informationen darüber kann man sich doch geben lassen; sie stehen auch im Ausschußprotokoll drin. 44 % der insgesamt 548 bewilligten Anträge wurden von Landwirten gestellt, deren Betriebe eine Fläche von 30 bis 50 ha haben. 80 Anträge — 14 % — wurden von Landwirten gestellt, deren Betriebe eine Fläche von mehr als 50 ha haben. Daran wird deutlich, daß die Flächengröße nichts mehr über das Einkommen aussagt. Das ist völlig klar. Diesen Zusammenhang kenne ich. Sie müssen sich einmal korrigieren und nicht immer nur behaupten, daß wir den entwicklungsfähigen Betrieben nichts gegeben hätten. Selbstverständlich halte ich bei einer solchen Größenordnung Betriebe auch dort für entwicklungsfähig, weil ich weiß, daß sie gegenwärtig nur über sehr geringe Einkommen verfügen. Das ist doch die Situation, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

20 % der bedienten Anträge stammen von Betrieben mit einer Fläche von weniger als 15 ha. Das sind 4 %, um das einmal zu sagen. Soviel zu der hier aufgestellten pauschalen Behauptung, wir würden die entwicklungsfähigen Betriebe nicht mehr fördern.

Ich frage mich ohnehin — der Kollege Jürgens hat etwas zu den Rahmenbedingungen der EG-Agrarpolitik auch vor dem Hintergrund der Gatt-Diskussion gesagt —, ob wir angesichts der auf uns zukommenden Situation nicht auch einmal

über Fragen der Entwicklungsfähigkeit und des Wachsens und Weichens ganz neu nachdenken müssen, ob das, was wir bisher geglaubt haben, auch was die betriebswirtschaftlich mögliche und notwendige Entwicklung angeht, unter veränderten Rahmenbedingungen überhaupt noch so gesehen werden kann. Ich wäre gerne bereit, diese Grundsatzdiskussion einmal zu führen, wenn es so ist, daß aufgrund der EG-Rahmenbedingungen durchschnittlich nicht mehr nur 30 % der Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe aus dem Transfer und aus direkten Einkommensübertragungen kommen, sondern mittlerweile bereits 50 bis 60 %. Wie soll die Entwicklungsfähigkeit denn dann noch am betriebswirtschaftlichen Einkommen oder an der Fläche abgelesen werden? Das ist dann überhaupt nicht mehr möglich. Hier müssen Sie sich ganz schön korrigieren, meine Damen und Herren. Sie müssen zumindest heute schon im Kopf haben, was demnächst auf uns zukommt.

Ich möchte einen weiteren Punkt ansprechen. Sie, Herr Kollege Ronsöhr, haben die Gülleverordnung genannt — die Betriebe leben mit der Gefährdung — und sind dann auch auf das einzelbetriebliche Gülleprogramm zu sprechen gekommen. Bemerkenswert ist, daß der Kollege Ronsöhr im Ausschuß gesagt hat — und das traf auch durchaus auf die Zustimmung des Kollegen von Hofe, nicht jedoch auf meine —, er hoffe nicht, daß sich die Schwerpunkte haushaltsmäßig zu Lasten der betrieblichen Güllelagerung und zugunsten der technischen Gülleaufbereitung verlagerten — — —

(Grill [CDU]: Aus Ausschußprotokollen zu zitieren ist nicht üblich, Herr Minister!)

— Gut, dann sage ich es sinngemäß, wenn Sie das nicht zitiert haben wollen.

(Grill [CDU]: Das dürfen Sie nicht!)

— In Ordnung, Herr Kollege Grill, ich richte mich danach. — — — da dies letztlich zu einer flächenunabhängigen Veredelung führe.

(Deike [SPD]: Es ist schwierig, die Wahrheit zu ertragen!)

Das ist ein Gedanke, der durchaus untersucht werden müßte und den ich gar nicht von der Hand weise, Herr Kollege Ronsöhr. Der Kollege Ronsöhr sagt aber in Südoldenburg — ich unterstelle mal, daß der Bericht korrekt ist —, daß auch die CDU für den Umweltschutz sei, im Gegensatz zur Niedersächsischen Landesregierung aber ja zur Intensivlandwirtschaft sage. Weiter heißt es, daß, wenn die Reduzierung auf zwei Dungeinheiten komme, allein im Landkreis

Funke

Vechta 25 ha — d. h. ein Drittel der Gesamtfläche — fehlten. Das ist richtig. Ich frage mich jedoch, wie Sie die Probleme der bäuerlichen Betriebe in Süddoldenburg — gleichgültig, ob von zwei, zweieinhalb oder drei Dungeinheiten ausgegangen sind — ohne technische Gülleaufbereitung lösen wollen. Das ist nicht möglich.

(Beifall bei der FDP.)

Dies wollte ich einmal herausgreifen, damit wir uns da einig sind.

Zum Thema „Nachwachsende Rohstoffe“ könnte ich auch noch einiges erläutern und Ihnen einmal sagen, wie die Haltung in Bonn zu diesem Thema, insbesondere zu Bioethanol, aussieht. So kritisch, wie der ehemalige Staatssekretär Dr. Eisenkrämer Bioethanol und die Angelegenheit Groß Munzel beurteilt hat, haben wir dies nie getan. Groß Munzel hat aber in meinen Augen keine Perspektive für die Zukunft, und deshalb sind wir dort auch ausgestiegen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie versuchen würden, all das, was Sie hier für richtig halten und zu Recht auch im Lande verkünden, in Bonn einmal durchzusetzen, damit wir bei den Projekten, die wir im Land sehr gut umsetzen könnten, mehr als bisher offene Türen einrennen. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Als Herr Töpfer seine Verpackungsverordnung gemacht hat, haben wir seitens unseres Ministeriums z. B. beantragt, Verpackungsmaterial aus voll kompostierbarem Material und hergestellt aus nachwachsenden Rohstoffen nicht mit einzubeziehen. Wir wollten, daß diese Verpackungsmaterialien einen Sonderstatus bekommen und wenn man sie einsetzt, nicht zurückgenommen werden müssen. Wir sind noch einen Schritt weitergegangen und haben gefordert, die anderen Verpackungsmaterialien so mit Abgaben zu belasten, daß die kompostierbaren Materialien auf dem Markt wettbewerbsfähig werden. Das war bei Herrn Töpfer nicht durchsetzbar.

(Frau Tewes [SPD]: Hört, hört!)

Ich wäre Ihnen ja dankbar, wenn Sie uns mehr als bisher dabei unterstützen würden, für diesen Bereich der nachwachsenden Rohstoffe — der so oder so zukunftsfruchtig werden wird — wirklich eine Bresche zu schlagen.

(Beifall bei der SPD, bei der FDP und bei den Grünen.)

Wer bei dem Thema „Nachwachsende Rohstoffe“ hier den Mund spitzt, der muß in Bonn auch zum Pfeifen bereit sein.

(Beifall bei der SPD.)

Das muß ich Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, einmal deutlich sagen. Ich teile völlig die Auffassung des Kollegen von Hofe und von der Fraktion der Grünen — die Sie kritisiert haben —, daß wir die Konzepte für nachwachsende Rohstoffe ständig überarbeiten müssen. Das ist wahr. Jeder, der das ein bißchen ideologiefrei sieht, wird das bestätigen; denn wir bekommen ständig neue wissenschaftliche und aus Pilotprojekten stammende Erkenntnisse. Darum müssen wir das auch überarbeiten.

Beim Mehrwertsteuerausgleich befinden wir uns in bester Gesellschaft. Sie wissen, daß die Beteiligung der Länder am Mehrwertsteuerausgleich für die Landwirtschaft aufgrund des Ministerpräsidentenbeschlusses aus dem Jahre 1988 — den Vorsitz hatte der damalige Ministerpräsident Strauß — zustande gekommen ist. Die haben schon damals beschlossen, daß der Einstieg der Länder in direkte Einkommensübertragungen für die Landwirtschaft ein einmaliger Akt sein und keinen Präzedenzfall darstellen sollte. Das war eindeutige Beschlußlage. Daß jetzt die Ministerpräsidenten — 15 an der Zahl; Bayern ist ausgeschert — gesagt haben, daß die Fragen der Finanzierung direkter Einkommensübertragungen in der Landwirtschaft in das Gesamtpaket steuerpolitischer Überlegungen gehören, liegt auf der Hand und ist auf der Grundlage des Ministerpräsidentenbeschlusses aus dem Jahre 1988 eigentlich notwendig, ganz konsequent in der Anwendung. Insoweit haben Sie mehr den Ministerpräsidentenbeschuß aus dem Jahre 1988 kritisiert als die Haltung der Landesregierung oder meine Haltung.

Daß die Landwirtschaft — das ist für mich unstrittig — angesichts der gegenwärtigen Situation diese Ausgleichszahlungen haben muß, ist klar. Die Frage ist nur, wer sie bezahlt. Es ist auch zu fragen, wie sie ausgestaltet wird. Der kurze Zeitraum und die Tatsache, daß das für ein Jahr gilt und dann ohnehin über die finanzielle Ausgestaltung aller Förderprogramme, auch des sozioökonomischen Strukturausgleichs, der Ende 1992 ausläuft, neu geredet werden muß, verschärft doch das Problem, um das es hier geht.

Ich wäre dankbar gewesen, wenn die Bundesregierung diese Fragen ein bißchen eher aufgegriffen und eher Konzepte über die Gesamtfinanzierung dieser Fragen auf den Tisch gelegt hätte, als das geschehen ist. Dazu gehört auch — das muß ebenfalls einbezogen werden — die Frage, wer zukünftig Naturschutzauflagen finanziert. Sie wissen, der Bund ist der Auffassung: Wir machen zwar das Naturschutzgesetz, aber Entschädi-

gungsleistungen liegen bei den Ländern. — Das ist eine sehr bequeme Haltung. Auch dieser Bereich gehört in das Gesamtpaket hinein.

Meine Damen und Herren! Was zur Dorferneuerung von Herrn Jürgens gesagt worden ist, kann ich teilen. Ich hoffe sehr, daß wir dann, wenn wir keine Strukturhilfemittel mehr in dem Umfang haben werden, ein landeseigenes Dorferneuerungsprogramm machen können. Die Dorferneuerung ist notwendig — richtig, sehr gut — und stützt die Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Das ist unbestritten. Herr Jürgens, als ich das schöne Amt übernahm, waren die Zusagen hinsichtlich der Dörfer, die in die Dorferneuerung gekommen waren, so umfangreich, daß nicht mehr eine müde Mark für die Dorferneuerung in den nächsten vier Jahren frei war, so daß wir Mittel draufsatteln mußten, um überhaupt noch neue Dörfer aufnehmen zu können. Ich wäre dankbar gewesen, wenn bei der alten Landesregierung darauf geachtet worden wäre, daß nicht schon im Jahre 1990 für alle Mittel im Jahre 1994 Zusagen gegeben worden wären.

(Zuruf von Küpker [FDP].)

— Herr Kollege Küpker, vielen Dank für den Hinweis. Ich werde 1994 daran denken, wie man das so macht.

Vizepräsident Jordan:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Krapp?

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Ja.

Krapp (CDU):

Herr Minister, bei der Erhaltung der Dörfer spielt natürlich eine große Rolle, wieviel Familienbetriebe noch vorhanden sind. Sie haben vorhin von den Dungeinheiten gesprochen. Sind Sie bereit, wenn die Dungeverordnung von 2,5 Einheiten auf 2 Einheiten heruntergehen sollte, für das Oldenburger Münsterland, wo mehr als 2 500 Betriebe betroffen sind, für eine Übergangszeit zu sorgen, damit diese Betriebe eine Perspektive haben, um mit ihrem Viehbestand weiterarbeiten zu können?

Funke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Allein schon die außerordentlich gute Vertretung meines Staatssekretärs, was den Südoldenburger

Raum anbelangt, sorgt dafür, daß wir Südoldenburg ständig im Kopf und Herzen bewegen, Herr Kollege Krapp.

(Krapp [CDU]: Aber das reicht mir noch nicht!)

Wenn Sie sehen, wieviel Geld wir für die Gülleaufbereitung und für Versuchslinien der unterschiedlichsten Art ausgeben, dann wissen Sie ganz genau, daß das in Wirklichkeit dazu dient, um die bäuerlichen Betriebe in Südoldenburg zu stützen und zu retten. Für die Region Wesermarsch oder für die Region Friesland brauchen wir das nicht. Ich könnte auch andere Regionen nennen. Wir tun das für Südoldenburg. Ich wäre allerdings auch dankbar, wenn der Kollege Krapp als Landrat manche Dinge zügiger vorantreiben würde. Das Projekt 2 000 zur Rückführung der Dungeinheiten auf 3,0 hätte in Vechta ruhig etwas eher passieren können, und zwar auch mit den damit notwendigerweise verbundenen Konsequenzen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

— Krapp [CDU]: Mit anderen Worten: Sie sagen ja zu meiner Frage!)

— Herr Kollege Krapp, ich habe Ihre Frage so verstanden, daß ich die Antwort geben sollte, die ich Ihnen gegeben habe. Damit ist das hinreichend beantwortet, wie ich finde.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Von daher, Herr Kollege Krapp, wissen wir doch ganz genau — das kennen Sie auch —, daß wir z. B. über die Absenkung von Dungeinheiten nicht nur die Agrarindustriellen treffen würden, zum Teil überhaupt nicht, sondern daß wir bei verschiedenen Maßnahmen gerade darauf achten müssen, daß wir nicht die treffen, die wir nicht treffen, sondern erhalten wollen. Das wissen wir sehr genau, und damit beschäftigen wir uns sehr intensiv. — Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für die Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Jordan:

Herr Minister, Sie hatten zwischendurch mal gesagt, das wäre ein abendfüllendes Thema. Sie haben auf alle Fälle schon 25 Minuten der Redezeit verbraucht, die für die Regierung eigentlich zugeordnet war. Es waren sehr interessante Ausführungen, aber ich wollte an dieser Stelle doch darauf hinweisen.

Wir kommen nun zum Bereich Umwelt. Als erste Wortmeldung habe ich die von Herrn Dr. Hruska.

Dr. Hruska

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das paßt auch gut, weil ich die Brücke schlagen kann von der Landwirtschaftspolitik zur Umweltpolitik. Ich habe dem Kollegen Funke bei seinen Ausführungen mehrfach Beifall zollen müssen, weil er Vernünftiges gesagt hat,

(Beifall bei der SPD)

nicht nur zur Jagd, damit kein falscher Eindruck entsteht, sondern auch zu anderen agrarpolitischen Fragestellungen. Ich bedaure es deshalb ein wenig, daß einige Teile, die heute im Umweltministerium bearbeitet werden, nicht vom Kollegen Funke bearbeitet werden;

(Beifall bei der FDP)

denn Landwirtschaft und Naturschutz gehören zusammen. Insofern — er hat das ja an einigen Beispielen sehr gut gezeigt — wäre dies bei ihm in guten Händen, wenn das von ihm weiter betrieben würde.

Ich komme nun zu einem Bereich, der beide angeht, nämlich zur Gülle. Ich stimme ihm ausdrücklich zu und sage, Abgeordnete aus der SPD, aus der CDU und von den Grünen haben zum Teil aus ideologischen Gründen eine Technologie der Gülleaufbereitung hinausgezögert und verhindert, weil sie fürchteten, daß damit den Großagrariern gedient wäre; Herr von Hofe nickt. Meine Damen und Herren, diejenigen, die wissen, wo sie ihre Gülle unterbringen können, finden schon Wege. Gerade aber den flächenarmen landwirtschaftlichen Betrieben, die auf eine Veredelung angewiesen sind und intensiv wirtschaften müssen, würde eine Technologie der Gülleaufbereitung helfen.

Wenn man einmal rein rechnerisch die Güllemenge, die in der Bundesrepublik produziert wird, auf die landwirtschaftliche Nutzfläche verteilt, dann kann man feststellen, daß wir sogar mit einer Grenze von einer Dungeinheit pro Hektar auskommen könnten, wenn man alles verteilen könnte. Nun wird man aber nicht alles verteilen können. Bei einer vernünftigen Technologie kann man jedoch zum Beispiel die Gülle, die in Süldoldenburg anfällt, auch in den Weinbaugebieten der Bundesrepublik unterbringen. Dort kann man damit besser düngen als mit Kunstdünger, weil das da nicht so schnell weggespült wird.

Aber hier ist manches verzögert worden. Ich bin sicher, daß sich Herr Funke bemühen wird, ideologische Schleier beiseitezuschieben und unter vernünftigen Gesichtspunkten zu einer Regelung

zu kommen, die der Landwirtschaft dient, auch der Landwirtschaft in Süldoldenburg, und die der Umwelt dient, damit wir keine weiteren Belastungen der Böden bekommen.

(Beifall bei der FDP.)

Meine Damen und Herren, nun aber zu dem, was im Umweltministerium ressortiert und was in der Umweltpolitik im Lande Niedersachsen vor sich geht. Unser Fraktionsvorsitzender Martin Hildebrandt hat heute in der Grundsatzaussprache gesagt: Die Landesregierung ist ratlos. Damit bezog er sich insbesondere auf das Umweltministerium. Diese Ratlosigkeit zeigt sich an den vielen Gutachten, die die Landesregierung erstellen läßt, und zwar zu Fragen, die sie eigentlich selbst beantworten müßte.

(Küpker [FDP]: Eben!)

Wenn bei dem von Prognos und vom Ökoinstitut erstellten Gutachten herausgekommen ist, daß am Ende doch 66 000 t Sonderabfälle im Jahr nicht anders als durch eine thermische Behandlung entsorgt werden können, dann ist festzuhalten, daß die alte Landesregierung, ohne ein solches Gutachten bestellt und gelesen zu haben, schon früher auf diesem Erkenntnisstand war.

Ich habe damals schon gesagt, daß wir im Lande Niedersachsen etwa drei Anlagen mit einer Jahreskapazität von je rund 30 000 t brauchten; das entspräche einer Kapazität von insgesamt etwa 90 000 t pro Jahr. Die 66 000 t, die das Ökoinstitut errechnet hat, sind ja schon nach unten geschätzt worden, weil das Institut eine optimistische Annahme — Optimismus heißt hier: kein Wirtschaftswachstum mehr — zugrunde gelegt hat. Wenn man aber eine optimistische Annahme im Sinne der Fraktion der FDP zugrunde legt, dann wird man bei einem vernünftigen Wirtschaftswachstum sagen können, daß sich die Menge bei etwa 90 000 t bewegen wird, und diese Menge hatten sowohl die alte Landesregierung als auch Herr Remmers als Umweltminister bereits angepeilt.

Hier ist also Geld zum Fenster hinausgeworfen worden. Einige Zahlen lesen sich ja durchaus gut. Aber die Antwort auf diese Frage hätte die Landesregierung sich eigentlich auch ohne dieses Gutachten geben können. Vor allem aber hätte die Landesregierung rechtzeitig handeln müssen, um in der Frage der Entsorgung der Sonderabfälle weiterzukommen. Denn wenn wir wissen, wie lange es dauert, um einmal gestoppte Verfahren, die von der alten Landesregierung bereits in Angriff genommen waren, nun wieder voranzutreiben, dann wird klar, daß diese von der neuen

Landesregierung verursachte Verzögerung im Sinne der Umwelt nicht verantwortlich ist.

(Beifall bei der FDP. — Zustimmung bei der CDU.)

Herr Hildebrandt hatte bereits gesagt, daß die Landesregierung ratlos sei. Sie ist vor allem in diesen Fragen ratlos; denn sie braucht Gutachten. Sie ist aber auch ratlos, wenn es darum geht, ihre rechtlichen Kompetenzen im Bereich der Umwelt zu beurteilen. Sie braucht in diesem Haushalt nicht nur deshalb eine Menge Geld, weil sie die Gutachter bezahlen muß, sondern auch deshalb, weil sie die Gerichtskosten für verlorene Prozesse bezahlen muß. Dieses Geld wäre an anderer Stelle besser eingesetzt.

(Beifall bei der FDP. — Zustimmung bei der CDU.)

Die neue Landesregierung ist mit dem Schwerpunkt Umweltpolitik angetreten. Ein Schwerpunkt Umweltpolitik müßte sich dann aber auch im Haushaltsplan niederschlagen. Dies wiederum müßte bedeuten: Für die Umwelt wird sehr viel mehr Geld als bisher ausgegeben. Das Volumen der Ausgaben im Einzelplan 15 wächst zwar um 6,5 %, aber wie wird es finanziert? Es wird finanziert mit 40 Millionen DM durch ein neues Gesetz, das wir gerade gestern beschlossen haben, und mit 60 Millionen DM durch ein Gesetz, das wir noch nicht beschlossen haben. Hier werden also nicht etwa neue Maßnahmen durch Haushaltsumschichtungen zugunsten des Umweltbereichs finanziert, sondern hier werden Maßnahmen durch eine neue Abgabe finanziert, deren Aufkommen eigentlich lenkenden Charakter haben sollte. Ich habe dazu gestern bereits einiges gesagt. Hier ist also mehr die Haushaltspolitik in Rede.

Ich fasse zusammen: Konzepte liegen dem Umweltministerium nicht vor. Die Landesregierung ist konzeptionslos. Sie braucht zur Entscheidungsfindung Gutachten. Sie verliert ihre Prozesse. Dort, wo sie eigentlich Schwerpunkte setzen wollte, nämlich im Bereich der Umweltpolitik, sind zumindest nicht in dem Maße, wie ich das nach der vom Ministerpräsidenten abgegebenen Regierungserklärung erhofft hatte, Schwerpunkte gesetzt worden.

(Beifall bei der FDP. — Zustimmung bei der CDU.)

Vizepräsident Jordan:

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Grill das Wort.

Grill (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst einmal dem Beitrag des Herrn Landwirtschaftsministers zuwenden und ihm im Hinblick auf seine Auseinandersetzung mit meinem Freund Jürgen Gansäuer in Erinnerung bringen, daß der Anlaß nicht war, die Jagd zu kritisieren, sondern der Anlaß für Jürgen Gansäuer war das Zitat über die politischen Ankündigungen des Ministerpräsidenten, nämlich die Jagd ganz aufzugeben, damit die Tiere am Leben bleiben.

(Gansäuer [CDU]: So ist es!)

Der Landwirtschaftsminister hat in eindrucksvoller Weise bestätigt, daß die Jagd nicht abgeschafft ist, daß dort geschossen wird und daß das, was der Ministerpräsident versprochen hat, nicht eintritt. Die Tiere werden getötet. Nichts anderes galt es festzuhalten.

(Gansäuer [CDU]: So ist es!)

Zweitens. Ich würde gern ein paar Bemerkungen zu der Frage der nachwachsenden Rohstoffe machen, weil ich das genauso sehe wie Friedrich Hruska. Es ist schlicht und einfach falsch, wenn Sie sagen, in Bonn geschehe damit nicht genug. Ich will hier drei Dinge in Erinnerung rufen: Erstens. Es sind der Ministerpräsident Ernst Albrecht und Burkhard Ritz als Landwirtschaftsminister gewesen, die durch persönliche Gespräche auch mit Jacques Delors nachhaltig dafür gesorgt haben, daß die Frage der nachwachsenden Rohstoffe überhaupt in die europäische Agrarpolitik Eingang gefunden hat. Es ist auch die Initiative der CDU-FDP-Regierung gewesen, diese nachwachsenden Rohstoffe in der Agrarpolitik in Bonn zu verankern.

Es kommt ein Drittes hinzu: Wenn ich richtig informiert bin, sind die Mittel für den Bereich nachwachsende Rohstoffe in Bonn verdoppelt worden.

Ein Viertes: Wenn Sie nachwachsende Rohstoffe wirklich so fördern wollen, wie das hier vorgetragen worden ist, meine Damen und Herren, hindert Sie niemand daran, neben dem Geld aus Europa, aus Brüssel und aus Bonn eigenes Geld einzusetzen. Das ist doch der Punkt, über den wir dann zu streiten haben.

Im übrigen liegt mir ein Angebot für Pilotprojekte „Verbrennung von C4-Gräsern“ vor. Daran beteiligt sich Niedersachsen nicht. Ich finde, daß wir mindestens einmal den Versuch machen sollten, wie es denn geht.

Grill

Was die Diskussion um das Naturschutzgesetz in Bonn angeht, will ich dem Herrn Landwirtschaftsminister folgendes in Erinnerung rufen: Erstens. Er soll sich einmal mit der Novelle und mit dem Gesetzesvorhaben der SPD-Bundestagsfraktion auseinandersetzen. Wenn das in Bonn Gesetz wird, brauchen wir uns in Zukunft über Ausgleichszahlungen der Länder für die Landwirtschaft überhaupt nicht mehr zu unterhalten. So ist dieses Gesetz jedenfalls formuliert.

Zweitens. Bei den Bundesgesetzen „Abfall“ und „Wasser“ kassieren Sie in Hannover und in den Ländern insgesamt das Geld und geben es fröhlich aus, beschneiden gleichzeitig aber das Recht in Bonn etwa bei der Ausgleichs- und Solidaritätszahlung an die neuen Bundesländer. Deswegen werden Sie im Naturschutzgesetz schon selber antreten müssen.

Meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat gestern an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht, daß wir, weil uns in der Sache keine Kritik einfallt, sozusagen auf eine persönliche Diffamierung abstellten, um auch die Umweltministerin zu beschädigen. Ich kann Ihnen sagen: Wir brauchen die Möglichkeit der Diffamierung und der Polemik an dieser Stelle überhaupt nicht, weil in der Sache so viel Kritisches zu sehen ist, daß dies allein ausreicht, einen entsprechenden Debattenbeitrag zu gestalten.

Ich fange einmal mit der Haushaltssituation und der allgemeinen Beschreibung Ihrer Politik an, Frau Griefahn. Das sind die drei V's, die wir aus der Abfalldiskussion schon kennen, nämlich das V für eine Politik des Versagens im Sinne von Finanzen, ein V im Sinne von Verweigerung bei der Rechtslage in der nuklearen Entsorgung

(Beifall bei der FDP)

und ein drittes V für eine Politik der Verwirrung, wenn man sich anschaut, wie Ihre Abfallpolitik in diesem Lande aussieht.

(Hildebrandt [FDP]: Ein viertes V haben Sie vergessen: ein Vermeiden im Sinne von Entscheidungen!)

— Ein Vermeiden im Sinne von Entscheidungen, Herr Kollege Hildebrandt, nehme ich sofort in diese Reihe mit auf und erkläre hiermit, daß die drei V's auf vier V's erhöht werden.

Es wäre ja schön, Frau Griefahn, wenn in Ihrem Haushalt auch eine Erhöhung der Landesmittel stattgefunden hätte. Das hat es aber nicht. Das ist das Entscheidende. Sie sind in der Finanzausstattung mit Landesmitteln um 17,2 % gekürzt wor-

den. Das ist das entscheidende Datum in Ihrem Haushalt.

(Hildebrandt [FDP]: Schwerpunkt Umweltpolitik!)

Sie haben diese Mittel durch die Abgaben ersetzt. Nun können Sie seit gestern sagen, das mit der Abfallabgabe sei nun geregelt. Sie haben aber 60 Millionen DM in diesem Haushaltansatz sozusagen auf Blankoscheck eingestellt. Das Gesetz, das dazu führen soll, daß das Geld hereinkommt, ist diesem Hause noch nicht einmal vorgelegt. Es hat sozusagen das Stadium einer regierungsamtlichen Vorlage noch nicht erreicht. Ich kann nur sagen: Neben dem Haushalt des Wirtschaftsministers mit einem Minus von 17,9 % befindet sich Ihr Etat an der zweiten Stelle der verlustreichen Haushaltsteile dieser Landesregierung;

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und das in einer Situation, in der wir aus Ihrem Haushalt im Grunde noch, wenn ich das richtig im Kopf habe, etwa 24 Millionen DM an durchlaufenden Mitteln herausrechnen müssen, die das Ziel 5b der EG betreffen und in Ihrem Haushalt etatisiert sind. Wenn ich diese Mittel herausrechne, dann liegt der Anteil des zweiten Haushalts, den Sie vorlegen, am Gesamthaushalt unter dem Anteil, den Ihnen die Koalition von CDU und FDP 1990 hinterlassen hat.

(Dr. Hruska [FDP]: Schwerpunkt Umweltpolitik!)

— Schwerpunkt Umweltpolitik! — Der Wahlkampf ist von der SPD mit dem Versprechen der Verdoppelung auf 4 % geführt worden. Sie selber haben im März 1990 — nachzulesen in der „Braunschweiger Zeitung“ — versprochen, daß der Umwelthaushalt demnächst einen Anteil von 5 % haben wird. Gemessen an dem Wahlversprechen der SPD fehlen in diesem Haushalt 600 Millionen DM, und gemessen an Ihren Aussagen von 5 %, die ursprünglich in dem ersten Entwurf der Koalitionsvereinbarung standen, fehlen jedes Jahr 1 Milliarde DM.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Wenn das keine Umweltlüge ist, weiß ich nicht, was eine sein sollte.

Interessant ist, daß nicht erkennbar ist, daß Sie gewillt sind, diesen Prozeß irgendwann umzukehren. Die mittelfristige Finanzplanung führt Ihren Haushalt nämlich auf einen Anteil am Gesamthaushalt von unter 2 % zurück. Das heißt, Sie werden nach vier Jahren schlechter herausgehen — Gott sei Dank werden Sie dann herausge-

hen —, als Sie den Haushalt von CDU und FDP übernommen haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Ich meine, daß es auch nicht lohnt, über Details zu sprechen, weil der Haushalt an vielen Stellen Mängel hat. Einige davon hat Theodor Hruska bereits aufgezählt. Wir können feststellen, daß in Ihrem Haus nicht nur auf Druck der Grünen und des heimlichen Mitregierers Kempmann, sondern auch wegen eigener Unfähigkeit ein Staatssekretär gegangen ist und daß die Strahlkraft des Aushängeschildes einer vermeintlich kompetenten und durchsetzungsfähigen Umweltpolitikerin von Greenpeace — dieses Schild haben Sie im Wahlkampf ständig vor sich hergetragen, auch wenn Greenpeace dies nicht wollte — erheblich am Verblässen ist, sowohl was die Konzeptionen als auch was die Frage der Entscheidungen und der Umsetzungen angeht.

Nicht einmal Ansätze für eine neue Politik im Sinne Ihres vielzitierten ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft sind an vielen Stellen erkennbar. In den zentralen Fragen sind Sie entweder ohne Konzept oder ohne Mut zu Entscheidungen. Das sind die Punkte, die wir zu kritisieren haben.

(Zuruf von Waike [SPD].)

Ich will Ihnen einmal die Punkte nennen, bei denen Sie weniger tun, als wir im Ansatz hatten, die mir einfallen, ohne daß ich das nachlese: Nordseeschutz, Reinhaltung der Gewässer, Wassersparprogramm, Grundwasserschutz, Ausweisung von Schutzgebieten, Entschädigung der Landwirte.

(Zuruf von Jüttner [SPD].)

— Herr Jüttner, ich messe das nicht an dem Haushalt, den unsere Landesregierung vorgelegt hat, sondern ich messe das an dem, was Sie im Wahlkampf verkündet haben und draußen jeden Tag verkünden.

(Beifall bei der CDU.)

Die Meßlatte sind Ihre Koalitionsvereinbarung und Ihre Wahlversprechungen. Ich zähle weiter auf: nichterfolgte Kompetenzverlagerung in Sachen Naturschutz, die Frage der fehlenden Mittel für Flächenankäufe und der fehlenden Mittel für das, was Sie beim Feuchtwiesenprogramm versprochen haben. Auf die Abfallwirtschaft ist Martin Hildebrandt heute morgen schon eingegangen. Mönchehagen — Was ist von den Fragen der Auskofferung der Deponie in Mönchehagen übriggeblieben? Sie machen nichts anderes und

manchmal sogar Schlechteres, als wir unter Werner Remmers in Mönchehagen veranlaßt haben.

(Zuruf von Frau Tewes [SPD].)

Ein weiteres Stichwort ist Hoheneggelsen. Wenn man dann noch die Stichworte Chemie, Verkehr und Lärm hinzunimmt, kann man nur sagen: Das sind Bruchstücke einer Politik. In manchen Bereichen ist keine Konzeption erkennbar.

Herr Glogowski hat vor einigen Tagen Knackpunkte der Koalition angesprochen, die wir ebenso sehen. Ich kann ihm nur vorbehaltlos zustimmen. Dabei handelt es sich zum einen um die Frage, wie es hinsichtlich der nuklearen Entsorgung weitergeht. Hier müssen Entscheidungen fallen. Zum anderen handelt es sich um die Frage, wie es in Sachen Abfallpolitik weitergeht. Sie haben vor der Industrie- und Handelskammer in Emden vorgetragen, seit 1970 sei das Bruttosozialprodukt auf Kosten der Umwelt gestiegen. Ich will das einmal mit der Energiepolitik verknüpfen, Frau Griefahn. Sie selber haben im Landtag vorgetragen: Wenn es die rechtlichen Hürden nicht gäbe, wäre ein Ausstieg innerhalb von zwei bis sechs Jahren zu machen. Ich fordere Sie hier noch einmal auf, uns den Beweis in Form eines konkreten, nachvollziehbaren Plans zu erbringen,

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

in dem wir nachprüfen können, wie Sie innerhalb von zwei bis sechs Jahren 4 200 Megawatt Kernenergie ersetzen wollen.

Ich sage Ihnen: Ihre Kritik am Bruttosozialprodukt muß ich zurückweisen. Nehmen Sie bitte die Tatsache zur Kenntnis, daß wir von 1973 an ein Plus von 45 % im Wachstumsbereich haben und daß der Primärenergieeinsatz fast gleichgeblieben ist. Das heißt, wir haben den Stromverbrauch in 20 Jahren um 30 % abgesenkt.

(Zustimmung bei der FDP.)

Ihre These, daß bisher nichts passiert ist, bricht anhand der konkreten Fakten und Zahlen in sich zusammen, womit ich nicht bestreite, daß die Anstrengungen in Zukunft möglicherweise intensiviert werden müssen.

Sie haben hier gesagt: zwei bis sechs Jahre. In Wahrheit gibt es — wenn man die Signale aus Bonn hört und sieht, was Herr Schäfer jetzt verkauft hat — auf einmal eine Perspektive für die Kernenergie bis zum Jahre 2010. Herr Schäfer hat deutlich werden lassen, daß man Kernkraftwerke auch noch die nächsten 18 Jahre laufenlassen kann. Wenn das so ist, Frau Griefahn, dann frage ich Sie: Wenn die SPD-Bundestagsfraktion — wo

Grill

auch immer sie am Ende im Konsens stehen wird, den wir national finden müssen — die Kernenergie noch 20 Jahre laufenlassen will, wie will dann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und ihr Teil in Niedersachsen nukleare Entsorgung sicherstellen? Sie bleiben in der Pflicht. Wenn Sie noch 20 Jahre Kernenergie in Deutschland haben wollen, dann müssen Sie hier in diesem Hause endlich einmal sagen, wie Sie nukleare Entsorgung machen wollen, und dann dürfen Sie nicht dauernd Rechtsbrüche konstruieren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Ich füge hinzu, daß es auch in Schleswig-Holstein und anderswo gewisse Entwicklungen gibt. Ich kann nur eines sagen: Sie haben immer behauptet, Gorleben sei nicht geeignet. Meine gesamten Anfragen zu dem Thema, welche Gutachten von wem wie geschrieben worden sind, sind bisher nicht beantwortet oder nur ausweichend beantwortet worden. Sie haben aber bis heute keine konkreten Beweise vorgelegt.

Der Herr Ministerpräsident hat hier heute morgen „Raus aus der Kernenergie“ gesagt, und er hat die Risiken in Osteuropa beschrieben. Wenn es so ist, wie Herr Schröder hier heute morgen getan hat, Frau Griefahn, dann müssen Sie endlich aufhören, über die Frage der Finanzen für Ostdeutschland zu klagen, und dann müßten wir über das Maß hinaus, was wir für Ostdeutschland leisten, für Osteuropa ein sagenhaftes Programm der effizienteren Energienutzung und der Sicherheit auflegen,

(Zustimmung bei der FDP)

damit wir nicht von einem neuen Tschernobyl betroffen sind. Dann sollten Sie nicht, wie hier bei der Konrad-Debatte geschehen, Herrn Töpfer beschimpfen, weil er in der Sowjetunion für Sicherheit sorgen will, sondern dann müßten Sie eigentlich mit ihm an einer Seite sein und nicht nur Kinder aus Weißrußland zu uns hierherholen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Dann hätte ich von Joke Bruns auch mal ein Wort der Kritik an dem Betrieb der Kernkraftwerke in Weißrußland erwartet. Das ist der Punkt.

(Zustimmung bei der FDP.)

Wenn, dann bitte glaubwürdig!

Ich sage am Schluß: Herr Trittin, den ich ansonsten nicht gerne zitiere, hat am 15. November dieses Jahres in der „Bild“-Zeitung ein Interview gegeben. Die Überschrift lautet: „Atom — nur nein sagen reicht nicht“. „Das ist ein Stellungskrieg“, sagt Herr Trittin. „Es reicht nicht, gegen

Atomenergie zu sein. Wir müssen Alternativen schaffen wie Wind- und Sonnenenergie.“ Dann sage ich nur mal: Sie haben — die Mehrheit in diesem Hause — zwei Dinge getan. Sie haben erstens unseren Antrag abgelehnt, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, einen dezidierten Plan dafür vorzulegen, wie es gehen soll. Zweitens haben Sie dem Haus, was unparlamentarisch ist, auch eine Anhörung im Wirtschaftsausschuß verweigert. Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie im politischen Stil glaubwürdig sein wollen, dann können Sie ja Ihre Meinung haben, und wir haben unsere; dann dürfen Sie aber nicht verhindern, daß wir Anhörungen durchführen, wenn die Opposition diese beantragt.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Offensichtlich haben Sie Angst, daß Ihre Kernenergiepolitik auf einen Prüfstand von Wissenschaft und Technik kommt.

Ich möchte ein Weiteres sagen, nämlich zur Abfallwirtschaft. Sie tun immer so, als ob Sie bei null anfangen müßten. Frau Griefahn, lesen Sie doch einmal das Abfallwirtschaftsprogramm, von Werner Remmers 1989 herausgegeben, durch! Dann werden Sie feststellen — und das wissen Sie ja in Wahrheit auch —, daß Werner Remmers eben nicht nur Müllverbrennungsanlagen geplant hatte, sondern daß er in der Kompostierung nicht anders gedacht hat als Sie.

(Frau Dr. Schole [Grüne]: Getan hat er nichts!)

— Ach, das stimmt doch nicht, Frau Dr. Schole. Auch wenn Sie es draußen immer wieder behaupten, wird es nicht richtiger! Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn Sie etwa den Rat der Sachverständigen nehmen und die TA-Siedlungsabfall sehen, die ja auch von Nordrhein-Westfalen mitgetragen wird — unter 5 % Glühverlust —, dann sage ich Ihnen heute voraus: Die bitteren Entscheidungen in Sachen thermischer Behandlung stehen Ihnen alle noch bevor. Sie wissen es, insbesondere die Kommunalpolitiker der SPD fordern es.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sie sind verantwortlich für die Altlasten von morgen, weil Sie das Land mit Deponien zupflastern wollen. Wir wollen Altlasten im Sinne der Generationenverantwortung vermeiden!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Im übrigen habe ich festgestellt, Frau Griefahn, daß Sie sich aus Ihrer Verantwortung für den Sonderabfall verabschieden wollen. Bei der IHK Ost-

friesland-Papenburg haben Sie in Emden gesagt: Das Land hat keine Sonderabfallprobleme, die Betriebe haben Sonderabfallprobleme! Ich fordere Sie nachhaltig auf: Schaffen Sie endlich Klarheit, wo die Betriebe im Interesse der Arbeitsplätze, im Interesse der Umwelt ihre Abfälle sicher entsorgen können!

Oder soll es so weitergehen, wie Frau Dr. Schole es in Großburgwedel beschrieben hat, als sie sagte, daß 95 % der Sonderabfälle außerhalb des Landes entsorgt werden? Das heißt doch nichts anderes, Frau Griefahn, als daß Sie außerhalb von Niedersachsen Müllverbrennung, Tiefendepotien, obertägige Deponien in Anspruch nehmen, von denen Sie hier behaupten, sie seien — zumindest teilweise — nicht zu verantworten. Sie verlassen sich darauf, daß Menschen in anderen Ländern Lasten auf sich nehmen, die Sie hier in Niedersachsen verweigern!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP. — Gansäuer [CDU]: Sehr gut!)

Ein Letztes will ich sagen, einmal abgesehen von den Beispielen zur Energiefrage. Frau Griefahn, Sie haben sicherlich wie wir alle eine Vision, wie es einmal in 20 und 30 Jahren aussehen wird.

(Vizepräsident Dr. Blanke übernimmt den Vorsitz.)

Der Herr Ministerpräsident hat heute morgen etwas gesagt, was ich in Zukunft bei diesen Auseinandersetzungen öfter hören möchte. Er hat gesagt, daß die Frage, wie wir das schaffen, nicht eine Frage von Riesenschritten innerhalb weniger Jahre ist, sondern daß hier eine harte Arbeit abzuliefern ist. Der Umbau der Industriegesellschaft ist doch nicht mit der Energieagentur und dem Ökofonds zu schaffen. Das sind Peanuts im Verhältnis zu den Milliardenbeträgen, die Sie für die Umstrukturierung der Industriegesellschaft brauchen. Ich will nur darauf aufmerksam machen: Das können Sie nur, weil Bonn die Gesetze dazu macht, und zwar im Wasser-, Abfall-, Immissionsschutz- und Chemierecht. Überall dort können Sie heute besser operieren denn je, weil in Bonn Töpfer und die CDU/CSU-FDP-Koalition fast alle Gesetzesbereiche novelliert hat. Wenn Sie umbauen, dann auf der Basis unserer Gesetze, und nicht auf Ihren eigenen. Das ist der Punkt, über den wir reden!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Nun etwas, was ich Ihnen persönlich sehr zum Vorwurf mache. Sie haben hier die Dämonisierung von Stoffen und Problemen fortgesetzt. Ich will an Amalgam gar nicht erinnern; die Zahnärzte sind alle auf der Flucht in die Gewerbegebiete.

Ich will nur an die Frage des Dioxins anknüpfen. Da gehen Sie hin und machen folgendes: Sie sagen, eine Verbesserung der Dioxinrichtwerte soll auf der Umweltministerkonferenz stattfinden. Sie versuchen das sogar Herrn Töpfer an den Rock zu kleben. Und was passiert dann? Dann werden Sie, Frau Griefahn, auf der UMK vorgeführt! Im Protokoll der UMK steht dann drin:

„Der in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit erweckte Eindruck, die Umweltminister und -senatoren wollten vor Abschluß weiterer, von ihnen für notwendig erachteter Untersuchungen Vorabfestlegungen über Herabsetzung oder Heraufsetzung von Richtwerten für Dioxine in der Umwelt treffen, ist falsch. Fußnote 1: Protokollnotiz Hessen und Niedersachsen. Hessen und Niedersachsen bedauern den öffentlichen Eindruck, der nach der Augsburger Dioxinkonferenz entstanden ist, daß die Umweltministerkonferenz die Absicht gehabt habe, Richt- und Grenzwerte für Dioxin in der Umwelt nach oben öffnen zu wollen.“

(Hildebrandt [FDP]: Hört, hört!)

Das heißt nichts anderes, Frau Griefahn, als daß Sie sich im Grunde genommen nicht zu schade sind, Ihre eigenen, auch als Umweltminister in der Verantwortung stehenden SPD-Politiker vor der Öffentlichkeit, vor der Umweltministerkonferenz zu diffamieren, sie wollten nachlässig und gegen das Interesse und die Gesundheit der Menschen handeln,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und Sie müssen sich dann anschließend eine Entschuldigung ins Protokoll der UMK schreiben lassen. Hören Sie doch lieber auf, Dioxine oder Amalgam zu dämonisieren. Helfen Sie den Menschen, schaffen Sie Perspektiven und machen Sie ihnen nicht soviel Angst. Dann haben wir beide eine gemeinsame Zukunft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schole für die Fraktion der Grünen. — Bitte schön!

Frau Dr. Schole (Grüne):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Grill, zum einen haben Sie anscheinend im Laufe Ihrer Rede vergessen, daß es sich

Frau Dr. Schole

hier um eine Haushaltsdebatte handelt. Aber es hat wohl keinen Zweck, daß ich Sie noch nachträglich darauf aufmerksam mache.

(Frau Hammelstein [SPD]: Das war Absicht! — Grill [CDU]: Wir sind in einer umweltpolitischen Debatte!)

Das zweite, was ich Ihnen sagen wollte: Wenn man den Leuten die Angst vor Dioxinen nimmt, macht das die Dioxine auch nicht weniger giftig, als sie es sind.

Meine Damen und Herren! Die Fraktion der Grünen begrüßt den Einzelplan des Umweltministeriums, den wir heute beraten.

(Hildebrandt [FDP]: Die Minderung auch?)

Die Stärkung des ökologischen Bereichs des Landeshaushalts ist weiter vorangetrieben worden.

(Hildebrandt [FDP]: Stärkung durch weniger Geld!)

Auch setzt der Haushalt — das werde ich nachher noch ausführlich darlegen — deutliche Akzente für einen vorsorgenden Umweltschutz. Die Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen setzen noch zusätzliche Zeichen, auf die ich später noch zurückkommen werde.

Es ist sicherlich richtig, daß zwischen den Koalitionsfraktionen vereinbart worden ist, daß am Ende der Legislaturperiode der Anteil des Umwelthaushalts am Gesamthaushalt bei 5 % liegen sollte.

(Eveslage [CDU]: Am Ende?)

Dieses Ziel, meine Damen und Herren, das gebe ich zu, scheint offensichtlich nicht mehr erreichbar zu sein.

(Dr. Stratmann [CDU]: Die Legislaturperiode dauert noch 65 Jahre!)

Der Umfang des Umwelthaushalts wächst langsamer als der anderer Einzelpläne. Insofern hat Herr Grill mit seiner Bilanz durchaus recht.

(Zustimmung bei der CDU.)

Dies ist zu bedauern, meine Damen und Herren. Wir bedauern dies auch. Aber zum anderen muß bei der Betrachtung des Gesamthaushalts auch gesehen werden, welche Gründe denn dafür ausschlaggebend sind. Diese Gründe liegen zum Beispiel in den unabdingbaren Erfordernissen, die der Sozialhaushalt und die der Kultushaushalt mit sich bringen, in denen immer noch Versäumnisse von 14 Jahren CDU-Regierung aufgearbeitet werden müssen.

(Zustimmung bei der SPD. — Lachen bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Jetzt sind wir schuld!)

Deswegen ist es auch ein unzulässig eingeschränkter Blickwinkel — — —

(Gansäuer [CDU]: Frau Schole, die Bundesregierung haben Sie vergessen! Die Bundesregierung hat doch auch Schuld! Und die deutsche Einheit auch!)

Es ist ein unzulässig eingeschränkter Blickwinkel, den Umwelthaushalt nur unter diesen relativen Gesichtspunkten zu betrachten, wie es Herr Grill getan hat.

(Hildebrandt [FDP]: Das ist die neue Manövrierfähigkeit der Grünen!)

Wenn Sie nämlich die absoluten Steigerungsraten betrachten, werden Sie feststellen, meine Damen und Herren, daß der Umwelthaushalt unter Rot-Grün quantitativ die größte Steigerungsrate aufzuweisen hat und eben nicht unter der CDU-Regierung.

(Zustimmung bei der SPD.)

Einer der unter der CDU-FDP-Regierung am stärksten ausgebluteten Bereiche, der Naturschutz nämlich, wird 1992 allein im nachgeordneten Bereich, nämlich für die Arbeit vor Ort, 26 neue Stellen erhalten. Unter der CDU-Regierung hat der Naturschutz trotz des permanent vorhanden gewesenen Vollzugsdefizits vergeblich auf so eine Erhöhung gewartet. Diesen Stellen, meine Damen und Herren, hat die CDU-Fraktion im Ausschuß zugestimmt, wie sie im übrigen fast allen Anträgen der Koalitionsfraktionen zum Haushalt im Ausschuß zugestimmt hat.

(Zuruf von der SPD: Was für ein Wunder, es waren gute Anträge!)

Wenn man das nach dem von Herrn Grill Vorgebrachten betrachtet, kann man nur sagen: ein typisch taktisches Oppositionsverhalten. Die Blöße, gegen vernünftige und sachgerechte Anträge zu stimmen, wollten Sie sich wohl nicht geben. Aber ob Sie das alles in der Regierung auch so gemacht hätten, steht auf einem anderen Blatt. Ich würde das an dieser Stelle eher bezweifeln.

Hierbei ist noch zu bemerken, daß der CDU-Opposition außer den üblichen Anträgen, nämlich Sachverständigenkosten und Posten für die Öffentlichkeitsarbeit zu streichen, zum Umwelthaushalt der Landesregierung nicht viel eingefallen ist. Das zeigt nicht nur die Rede von Herrn Grill, das zeigen auch die Anträge, die die CDU-Fraktion zum Umweltbereich gestellt hat. Es sind nämlich keine da.

(Ronsöhr [CDU]: Dem ist aber eine Menge eingefallen! Allerdings sehr viel Negatives zu Ihrer Umweltpolitik!)

Ich will nur noch sagen, daß der Vorschlag der CDU im Umweltausschuß bemerkenswert war, bei Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltvorsorge und des Umweltbewußtseins die dafür vorgesehenen Gelder zu streichen. Ich finde, das ist eine bemerkenswerte politische Schwerpunktsetzung der größten Oppositionsfraktion. Das muß hier schon einmal gesagt werden.

(Jüttner [SPD]: Bald ist sie nur noch die zweitgrößte Oppositionsfraktion!)

Bei den Haushaltsfestlegungen zur Entsalzung von Weser und Werra zeigte sich, daß die Opposition bei diesem Thema, das sie beliebig aufzubauschen pflegte,

(Waike [SPD]: Das stimmt!)

in der Vergangenheit wirklich nur heiße Luft produziert hat.

(Waike [SPD]: Das stimmt auch!)

Für die Finanzierung dieser unter den betroffenen Bundesländern festgelegten Vereinbarungen zur Werra-Entsalzung sind für 1992 4 Millionen DM und für die drei Folgejahre zusätzlich 7,65 Millionen DM veranschlagt worden. Niedersachsen erfüllt hiermit die eingegangenen Verpflichtungen, die im Konsens zwischen den Ländern und dem Bund getroffen wurden.

(Dr. Stratmann [CDU]: Das hat lange gedauert!)

Das ist ordentliche Umweltpolitik, meine Damen und Herren, mit sowohl haushalts- als auch umweltpolitischer Effizienz.

(Grill [CDU]: Der Bund hat doch Frau Griefahn zwingen müssen! Freiwillig wollte Sie doch nicht!)

Wir wollen die Radioaktivitätsmeßstelle der Universität Oldenburg mit 490 000 DM unterstützen. Sie will ihre Tätigkeit auch auf Messungen anderer Umweltbelastungen ausdehnen. Wir begrüßen dies. Wir sehen hier den Bedarf für eine unabhängige universitätsangebundene Kontrollinstitution, die ergänzend zu den staatlichen Überwachungsbehörden tätig ist. Diese Meßstelle der Universität Oldenburg wirkt auch innovativ auf die Weiterentwicklung von Instrumenten der Umweltüberwachung und Umweltvorsorge und begleitet so staatliches Handeln in positivem Sinne.

Im Haushalt 1992 ist eine Professur für Naturschutz an der Georg-August-Universität in Göttingen ausgewiesen. Vorgesehen sind eine C4-Stelle und zwei Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Damit ist ein

erster wichtiger Schritt getan, um Naturschutz und Ökologie in Forschung und Lehre zu etablieren. Dies hat es in Niedersachsen bisher nicht gegeben. Dies war ein weißer Fleck in der niedersächsischen Hochschullandschaft.

Die Göttinger Initiative Naturschutzstudium hat vorgeschlagen, ein Institut für Naturschutz unter Federführung des Fachbereichs Biologie einzurichten. Geplant ist ein bundesweit einzigartiges Gesamtkonzept zur Naturschutzforschung in Zusammenarbeit von vier Fachbereichen.

Das sich Rot und Grün in Sachfragen hervorragend ergänzen, läßt sich am Beispiel der Naturschutzstationen aufzeigen. Von den Grünen und den Umweltverbänden wird die Einrichtung von Naturschutzstationen schon seit Jahren gefordert. Diese Stationen sollen regional vorzufindende Naturräume optimal schützen, weiterentwickeln und den Bürgerinnen und Bürgern den Wert dieser erhaltenswerten Räume vermitteln. Steinhuder Meer, Fehntjer Tief und Dümmer — in diesen Regionen befinden sich Schutzstationen bereits im Aufbau. Gestern habe ich mit Freude erfahren, daß am Dümmer das Gebäude, in dem eine Naturschutzstation eingerichtet werden soll, durch das Land gerade aufgekauft worden ist. Diese Station kann ihre Arbeit sofort aufnehmen. Ihre Arbeit ist im Haushalt 1992 abgesichert. Auch für das Projekt des BUND „Diepholzer Moorniederung“ stehen — — —

(Klare [CDU]: Sie müssen erst ein Konzept vorlegen! Dann können Sie es aufkaufen!)

— Herr Klare, bezüglich des Dümmerkonzeptes möchte ich Ihnen empfehlen, sich einmal an Ihre Kollegen beim Bund zu wenden, um dort nachzufragen, wie es mit den versprochenen Mitteln aussieht, die für den Aufkauf von Flächen bereitgestellt werden sollten.

Auch für das Projekt des BUND „Diepholzer Moorniederung“ stehen Haushaltsmittel im Jahre 1992 zur Verfügung. Dieses Projekt hat in der Vergangenheit hervorragende Arbeit geleistet. Es sind dort derzeit vier Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig. Dieses Projekt stellt faktisch die vierte Schutzstation in Niedersachsen dar.

Die Förderung der ehrenamtlichen Naturschutzarbeit wurde auch in diesem Haushalt weiter ausgedehnt. Wir müssen schon einmal ehrlich zugeben, daß die Arbeit der ehrenamtlichen Verbände — wollte man sie wirklich in Heller und Pfennig ausdrücken — praktisch unbezahlbar wäre. Die Fördermittel des Landes sind aus unserer Sicht das mindeste, was den ehrenamtlichen Umwelt- und Naturschutzverbänden an Aner-

Frau Dr. Schole

kennung gebührt. Daß Sie, Herr Kollege Hruska, für die FDP im Ausschuß gegen diese Erhöhung gestimmt haben, ist mir bis heute unverstündlich geblieben. Ich dachte immer, daß wir wenigstens in diesem Punkt zumindest mit der FDP übereinstimmen.

Mit der Novellierung des Niedersächsischen Abfallgesetzes ist die Abfalltrennung, die weitestgehende Verwertung der Reststoffe für die Kommunen zur Verpflichtung geworden. Das Land fördert auch hier Modellvorhaben zur Umsetzung dieser Verpflichtung, damit schnell Erfahrungen gesammelt werden können, um die Umsetzung dieses Gesetzes optimal sicherzustellen. Dazu gehört auch die Förderung der Verbreitung und Weiterentwicklung von nichtthermischen Verfahren der Behandlung des Restmülls durch das Umweltministerium — ich denke in diesem Zusammenhang etwa an die Restmüllrotte und an die Vergärung von Restmüll —, um eine umweltfreundliche Deponierung des Restmülls zu gewährleisten. Dieser Bereich wird auch für die Zukunft weitere Haushaltsmittel erforderlich machen.

Auch mit der Verabschiedung des Abfallabgabengesetzes und der Umsetzung des Sonderabfallvermeidungsprogramms werden noch zusätzliche Vollzugsaufgaben das Land in die Pflicht nehmen. Durch eine deutliche personelle Aufstockung der Gewerbeaufsichtsämter leistet auch dieser Haushalt einen Beitrag dazu, daß das Land in die Lage versetzt wird, Vollzugsaufgaben in diesem Bereich umfassend wahrzunehmen. Trotzdem kann nicht gesagt werden, daß hiermit das Vollzugsdefizit gerade bei der Gewerbeaufsicht aufgeholt wäre. Zu gravierend waren auch hier die Versäumnisse der Vergangenheit; auch hier werden in der Zukunft verstärkte Anstrengungen nötig sein.

Meine Damen und Herren, alles in allem ist für die Fraktion der Grünen der Umwelthaushalt für das Jahr 1992 im Vergleich zum Gesamthaushalt als befriedigend, in der Betrachtung als Einzelhaushalt in seiner Schwerpunktsetzung quantitativ und qualitativ als gut und im Vergleich zu dem, was die CDU-FDP-Regierung hier jahrelang an Umwelthaushalten vorgelegt hat, als ganz ausgezeichnet zu betrachten. — Ich bedanke mich.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Dr. Stratmann [CDU]: Das war Tierquälerei — — —!)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat die Abgeordnete

Frau Tewes für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Frau Abgeordnete!

Frau Tewes (SPD):

Danke schön, Herr Präsident. — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin ein bißchen enttäuscht von der Rede des Vertreters der größten Oppositionsfraktion, denn ich hatte mir vorgestellt, daß man es gerade im Umweltbereich einer Ministerin nicht ankreidet, neben der täglichen Arbeit auch noch Visionen zu haben. Wenn man die eigenen Vorurteile so auf den Markt schmeißt, wie das hier geschehen ist, dann ist das, wie ich finde, eine klägliche Auseinandersetzung in einer solchen Debatte, zumal wir doch alle wissen, daß es zur Zeit unheimlich schwer ist, Umweltpolitik umzusteuern.

Wir haben uns in unserer Koalitionsvereinbarung vom 19. Juni 1990 vorgenommen — ich zitiere —:

„Die Umsteuerung in der Umweltpolitik von der nachsorgenden/reparierenden Politik zu einem vorsorgenden, die natürlichen Lebensgrundlagen schützenden Politikan-satz ist politisches Ziel der Koalitionsparteien.“

Ich komme jetzt auf meinen Vorspann zurück und sage: Wir wissen, daß das Ziel nicht leicht zu erreichen ist. Wir wissen ebenso, daß die Finanzlage des Bundes und des Landes die ökologische Umsteuerung nicht gerade begünstigt. Wir wissen des weiteren, daß die Natur und unsere Mitwelt auf weltgeschichtliche Veränderungen und gesellschaftspolitische Widerstände keine Rücksicht nimmt. Wenn der Club of Rome festgestellt hat, daß diese Zeit der Ängste ein Modell der Hoffnung brauche, dann heißt das für mich als Politikerin: Handeln ist gefordert. Politik muß Mut haben, regulierend einzugreifen, muß die Überzeugungskraft haben, andere mit ins Boot des Handelns zu bekommen, muß Entscheidungen mit denjenigen zusammen treffen, die davon betroffen werden. Klar, es gehört auch ein stärkerer Umwelthaushaltsansatz dazu, aber eben nicht nur.

(Dr. Stratmann [CDU]: Aber auch!)

— Das habe ich gesagt, Herr Stratmann.

(Zuruf von Dr. Stratmann [CDU].)

— Herr Stratmann, ich habe eine Rote Karte dabei. — Der Anteil des Umwelthaushalts an den Gesamtausgaben des Landeshaushalts von 2,25 % ist zugegebenermaßen nicht hoch. Warum sollten wir das beschönigen? Eine weitere Steigerung ist

auch das Ziel der Regierungsfractionen. Die Kritik der Opposition läßt aber außer acht, daß darüber hinaus in fast allen anderen Ressorthaushalten noch Ansätze für den Umweltschutz und für Maßnahmen mit umweltverbessernder Wirkung zu finden sind.

(Dr. Hruska [FDP]: Das war ja früher auch schon so; das bedeutet nicht die Steigerung!)

Es ist erstaunlich, festzustellen, daß die CDU im Einzelplan 08 in bezug auf die Umsteuerung der Energiepolitik „voll dabei ist“. Sie will nämlich 19 Millionen DM streichen. Gleichzeitig will sie aber im Agrarhaushalt 15 Millionen DM vom Bund haben, und zwar für etwas, was nachgewiesenermaßen überflüssig ist, nämlich für Bioethanol. Ich verstehe solche Anträge nicht, es sei denn, Sie reden nicht miteinander über den Gesamthaushalt. Nur dann kann so etwas zustande kommen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben nicht richtig gelesen!)

— Doch, ich habe sehr richtig gelesen. Das einzige, was ich richtig gelernt habe, ist Lesen.

(Heiterkeit. — Zurufe. — Eveslage [CDU]: Wenn wir Ihre Rede gehört haben, glauben wir das!)

— Beruhigen Sie sich, meine Damen und Herren. Zwischendurch müssen Sie aufgeweckt werden.

Zum Beispiel wurde das Volumen des ökologischen Bereichs des Wirtschaftsförderfonds für 1992 von 49 Millionen auf 63 Millionen DM und mittelfristig auf 70 Millionen DM jährlich gesteigert. Weitere Beispiele ließen sich leicht aufzählen.

Ich komme zu den Einnahmen. An dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf wird erstmals deutlich, daß auch im Umweltsektor marktwirtschaftliche Prinzipien zur Geltung kommen. Der Zuschußbedarf für 1992 ist von 430,2 Millionen auf 354,9 Millionen DM zurückgegangen. Die Einnahmen wurden von 325,8 Millionen um 132,8 Millionen auf 458,6 Millionen DM gesteigert.

(Senff [SPD] — zur CDU —: Da seid ihr platt!)

— Ja, da sind sie platt, dazu sagen sie nämlich gar nichts mehr. — Das ist unbestritten eine neue Schwerpunktsetzung. Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, haben die Chance, zur Realisierung der Einnahmeerwartungen und der Umschichtungen im Umwelthaushalt beizutragen.

Neue Finanzierungsquellen — Finanzierungsquellen mit Lenkungsfunction sind uns viel wichtiger — werden die Sonderabfallabgabe und das Wasserentnahmeentgelt sein. Das Sonderabfallabgabengesetz ist wirksam, da gestern beschlossen. Ab 1. Januar 1992 gibt es 40 Millionen DM und mittelfristig 50 Millionen DM. Hiermit werden wir ermöglichen, daß die Abfallerzeuger davon überzeugt werden, mehr in die Vermeidung zu investieren.

Das Wasserentnahmeentgelt sorgt sicherlich dafür, daß erstens mit Wasser künftig bewußter und sparsamer umgegangen wird und daß zweitens ab 1992 60 Millionen DM und ab 1993 ca. 130 Millionen DM jährlich für bestimmte Maßnahmen bereitgestellt werden. Das sind Maßnahmen, die Sie und wir jeweils in der Opposition seit Jahren als Forderung auf den Tisch gelegt haben, für die aber jeweils kein Geld da war. Im vorliegenden Umwelthaushalt ist das Geld für folgende Maßnahmen vorgesehen: für das Gewässerrandstreifen- und das Fließgewässerprogramm sowie für das Feuchtgrünlandprogramm. Im Gewässerrandstreifenprogramm sind es 19,5 Millionen DM. Im Fließgewässerprogramm sind es 8,5 Millionen DM. Es gibt Ausgleichs- und Entschädigungsleistungen für Einschränkungen in der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung von 10,75 Millionen DM und ein Wassersparprogramm mit 3 Millionen DM.

Wir haben ferner großen Wert darauf gelegt, Umschichtungen im Haushalt vorzunehmen. Werfen Sie bitte einen Blick in den Stellenplan des Einzelplans 15. Ich stelle für die SPD- und die Grüne-Fraktion voller Genugtuung fest, daß von den in der Koalitionsvereinbarung vorgesehenen 400 zusätzlichen Stellen für den Umweltbereich schon jetzt, meine Damen und Herren, also vor Ablauf der Hälfte der Legislaturperiode, 65 % verwirklicht wurden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das unverantwortliche Vollzugsdefizit in den nachgeordneten Behörden verzögerte Genehmigungsverfahren, verzögerte Umweltkontrolle, verzögerte und verhinderte die Genehmigung von Abfallbehandlungsanlagen und vernachlässigte sträflich Naturschutzmaßnahmen.

(Eveslage [CDU]: Und die Verbrennung!)

118 neue Stellen mit Kosten von 7,3 Millionen DM jährlich sind neu geschaffen worden. Ich nenne die wichtigsten: 40 bei der Gewerbeaufsicht, 26 im Naturschutzbereich und 35 für die Abfallwirtschaft.

Frau Tewes

Meine Damen und Herren! Ich sprach am Anfang davon, daß der ökologische Umbau und das Handeln nur dann gelingen können, wenn wir die Mehrheit der Bevölkerung dafür gewinnen, an den umweltpolitischen Entscheidungen teilzuhaben und sie zu akzeptieren. Dann müssen dazu neben politischen Bekenntnissen auch finanzielle Mittel bereitstehen.

(Beifall bei der SPD.)

Im Kapitel 15 02 finden Sie in der Titelgruppe „Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltvorsorge und des Umweltbewußtseins“ gerade dafür eine Erhöhung, nämlich um 1,4 Millionen DM auf 4,2 Millionen DM. Der Ansatz zur Unterstützung der Umweltverbände und der Arbeit der Naturschutzverbände ist um 0,5 Millionen DM auf 1,5 Millionen DM aufgestockt worden.

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich nach getaner Arbeit immer gern — vor allen Dingen bei positivem Ausgang — an den vorangegangenen Diskussionsverlauf. Ganz besonders intensiv und kontrovers ist ja wohl das Problem der Entsalzung von Werra und Weser im Parlament behandelt worden.

(Eveslage [CDU]: Davon erzählen Sie uns ruhig noch etwas mehr!)

Heute kann ich den Verhandlungserfolg des Umweltministeriums positiv hervorheben.

(Jüttner [SPD]: Jawohl!)

Die harte Haltung der Landesregierung hat bewirkt, daß sich der Bund endlich zu seiner Hauptverantwortung bekannt hat, das Verursacherprinzip endlich anerkannt wurde und der Landesanteil dadurch — das freut uns besonders — erheblich gesenkt wurde, nämlich auf 11,5 Millionen DM. Deshalb finden Sie auch einen Barmittelansatz in Höhe von 4 Millionen DM und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 7,65 Millionen DM vor.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß die offenen Flanken im Haushalt auch noch geschlossen werden können, die dort bestehen, wo der Bund, Herr Gansäuer, in der Verantwortung steht, nämlich bei der Strukturhilfe wie auch bei anderen Maßnahmen, die ohne Mitfinanzierung seitens des Bundes nicht realisiert werden können.

(Zurufe von der CDU. — Eveslage [CDU]: Steuern darf der Bund aber nicht erhöhen!)

Meine Damen und Herren, zum Schluß stelle ich fest: Mit dem Einzelplan 15 wird ein weiterer Schritt raus aus der Umweltpolitik der Vergangenheit hin zur Ökologisierung einer zukunftsorientierten Landespolitik gegangen.

Frau Ministerin Griefahn, wir danken Ihnen und bitten Sie, den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Umweltministeriums

(Eveslage [CDU]: Und an die vielen Staatssekretäre!)

für die intensive Beratungsmöglichkeit während der Ausschußsitzungen weiterzuleiten. Die SPD-Fraktion stimmt dem Einzelplan 15 freudig zu.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Frau Ministerin, wollen Sie sich jetzt gleich für den Dank bedanken, oder wollen Sie erst den Abgeordneten Kempmann sprechen lassen? — Bitte schön, Herr Abgeordneter Kempmann!

Kempmann (Grüne):

Vielen Dank, Herr Präsident. — Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will ein paar Bemerkungen zu dem Thema machen, das für meine Fraktion von ganz besonderer Bedeutung ist. Ich meine den Ausstieg aus der Atomenergie. Als wir mit dieser Koalition begonnen haben, war uns schon klar, daß es mancherlei Schwierigkeiten und einen zähen Kampf geben würde, um diese ehrgeizigen Ziele, die wir haben, auch erreichen zu können.

Meine Zwischenbilanz nach anderthalb Jahren ist: Es gibt Licht — das ist gut so —, es gibt aber auch Schatten und einige Probleme. Und es gibt bei dem einen oder anderen vor Ort auch Ernüchterung.

(Jüttner [SPD]: Sonst ist das Licht auch zu grell! — Frau Tewes [SPD]: Der Letzte macht das Licht aus!)

— Sonst ist es vielleicht zu grell, ja. — Licht gibt es zum Beispiel im Zusammenhang mit dem AKW Stade. Der vom Betreiber zunächst vertuschte, dann verharmloste Störfall vom August dieses Jahres hat gezeigt,

(Augustin [CDU]: Das war kein Störfall!)

— das war ein Störfall — daß mit massivem personellen Einsatz im Bereich der atomrechtlichen Aufsicht mancherlei Machenschaft, die in früheren Jahren unbeanstandet blieb — der Zwischenruf hat gezeigt, daß auch dieser Zwischenfall unbeanstandet geblieben wäre —, verhindert werden kann.

(Grill [CDU]: Das ist eine Verleumdung, die Sie jetzt begehen, Herr Kempmann!)

Über drei Monate stand das AKW still. Erst heute hat es die Wiederanfahr genehmigung erhalten.

Es zeigt sich, daß die Maßnahmen, die noch von Herrn Remmers eingeleitet wurden und die angeblich das Notfallmanagement verbessern sollten, eher ein Rohrkrepierer waren und daß es hier ganz erheblicher Nachbesserungen bedurft hat. Harte atomrechtliche Aufsicht kann etwas in Richtung mehr Sicherheit bewegen. Dafür muß es aber die notwendige politische Rückendeckung geben. Diese Rückendeckung muß es schon deshalb geben, weil von der PreussenElektra — der Betreiberfirma — in einer Art und Weise agiert wird, die meines Erachtens hart an die Grenze von Erpressung geht. Ich vermissе in diesem Zusammenhang ein wenig das gleiche konsequente Vorgehen bei anderen AKW. Ich nenne beispielhaft nur die Stichworte Unterweser und Kühltürme oder Lingen II und Kühltürme.

Ich vermissе in diesem Zusammenhang auch ein wenig das entsprechende Engagement der SPD.

(Senff [SPD]: Na, na!)

— Ich sage das ganz offen! — Es hat Vorgänge gegeben, die bei uns alles andere als Freudenstürme ausgelöst haben. An diesem Punkt ist es schon wichtig, daß nicht nur überwiegend Stillschweigen herrscht, sondern wir fordern von dieser Stelle und auch im Rahmen dieser Haushaltsberatungen die aktive Unterstützung der Politik ein, die wir gemeinsam in der Koalitionsvereinbarung formuliert haben.

Im Umweltministerium hat es ja bereits personelle Wechsel gegeben. Ich stelle fest, daß die Situation im Umweltministerium insgesamt vielleicht noch nicht so ist, wie dies für eine noch erfolgreichere Politik optimal wäre. Ich glaube, hier drängt die Zeit. Wir haben in diesem Haushalt ja nur sechs neue Stellen bekommen. Das ist ein Anfang; eine Umstrukturierung der Abteilung ist ein Anfang. Ob das jedoch schon ausreicht, kann ich heute noch nicht abschließend beurteilen. Es spricht aber manches dafür, daß insoweit noch mehr getan werden muß. Ich weiß natürlich auch, wie groß oder, besser gesagt, wie klein der Spielraum einer Landesregierung in diesem Bereich ist. Um so wichtiger ist es aber, diesen Spielraum auch effektiv zu nutzen.

Nun ist dabei für uns natürlich der Bereich der sogenannten Entsorgung von zentraler Bedeutung. Der Bund betreibt nach wie vor eine Politik, die Niedersachsen zum europäischen Atomklo machen will. Wir erleben derzeit die verzweifelte Versuche der Atomwirtschaft, durch immer neue Notlösungen dem Atommüllkollaps zu entge-

hen. Die Stichworte lauten: Notzwischenlager Greifswald, Notzwischenlager Kalkar, Notendlager Morsleben, inzwischen Gott sei Dank gerichtlich gestoppt.

Niedersachsen kann und wird — glaube ich jedenfalls — keinem Konzept zur Entsorgung zustimmen, das gegenwärtig auf der Ebene des Bundes und der Länder verhandelt wird, wenn nicht der Ausstieg verbindlich festgeschrieben ist, wenn nicht Betriebsgenehmigungen an eine Entsorgung ohne Wiederaufarbeitung, an ein zentrales, tatsächlich auch vorhandenes Endlager gekoppelt werden, an ein Endlager, das dem Schutzziel, das man an ein solches Endlager stellen muß, auch tatsächlich gerecht wird. Natürlich muß es dann auch einen Weg geben, der es gefahrlos ermöglicht, Atommüll in ein solches Endlager hineinzubringen. Von alledem ist heute in Ansätzen allerdings weit und breit nichts zu sehen.

Natürlich kann es keine Zulassung weiterer Hauptbetriebspläne in Gorleben unterhalb einer Teufe von 345 m geben. Das stünde ja schon im Widerspruch zur zeitlichen Befristung des geltenden Rahmenbetriebsplans. Wir erwarten, daß es bezüglich der Pilot-Konditionierungsanlage in Gorleben noch im Frühjahr Entscheidungen im Sinne der Koalitionsvereinbarung geben wird.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zu den Atomtransporten sagen. Ich glaube, das ist schon deswegen nötig, weil es angeblich ein Problem sein soll, das, wie wir lesen, die Koalition an den Rand ihrer Möglichkeiten bringen werde.

Ich stelle zunächst fest: Bis heute, d. h. seit Fertigstellung des Castorlagers in Gorleben im Jahre 1984, ist es der Betreiberfirma nicht gelungen, die technischen Probleme zu lösen. Weil das so ist und weil dieser Zustand auch noch eine Zeit andauern wird, rechne ich innerhalb der nächsten zwölf Monate nicht mit dem Versuch einer Einlagerung in das Castorlager in Gorleben. Aber es ist realistisch, davon auszugehen, daß es dann, wenn ein solcher Transport durchgeführt werden sollte, auch zu erheblichen gesellschaftlichen Konflikten kommen wird.

Nun hat der Landtag vor wenigen Wochen — ich glaube, sogar einstimmig — einen Antrag verabschiedet, in dem erklärt wird, die Polizei dürfe nicht zur Lösung gesellschaftlicher Konflikte mißbraucht werden.

Herr Innenminister — er ist nicht da, aber ich richte es an seine Adresse —, genau diesen Mißbrauch wollen wir nicht. Schon deshalb kann sich der Innenminister in dieser Frage unserer vollen

Kempmann

Rückendeckung sicher sein, wenn es darum geht, Koalitionsvereinbarungen und Landtagsbeschlüsse umzusetzen. Etwas anderes zu glauben oder zu verbreiten wäre immer falsch. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen. — Frau Dr. Dückert [Grüne] zeigt ein Schild mit der Aufschrift „Zugabe“.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Frau Ministerin Griefahn!

Griefahn, Umweltministerin:

Ich möchte mich ganz kurz fassen, weil Herr Funke bereits einiges aus dem Bereich beantwortet hat; ich denke nur an die kompostierbaren Stoffe sowie an den Naturschutz durch die Landwirtschaft in der Fläche. Das sind ja Punkte, bei denen wir durchaus übereinstimmen und zusammenarbeiten und bei denen wir die Programme intensiv vorantreiben.

Auf einige Punkte möchte ich dennoch kurz eingehen. Erstens. Herr Dr. Hruska, Sie machen mich ratlos. Sie wollen, daß wir die Gutachtenkosten streichen. Herr Grill aber möchte gern, daß wir ihm Gutachten vorlegen, um zu belegen, daß Konrad und Gorleben nicht geeignet sind. Was also sollen wir nun tun? Ich denke, wir verfahren weiterhin so. Wir werden diese Gutachten auch erstellen.

(Grill [CDU]: Herr Ministerpräsident Schröder hat im Januar gesagt, er hätte welche! Die will ich gern haben!)

Zweitens. Sie behaupten, daß wir unser Hauptgeld im Umweltsatz für Gerichtskosten und für Gutachten ausgeben. Wenn es hochkommt — das ist sehr grob überschlägig gerechnet, und man muß das sicherlich einmal spitz kalkulieren —, haben wir vielleicht 200 000 DM an Gerichtskosten gehabt. Aber das ist wirklich hoch gerechnet. Das wären bei dem Volumen, das wir jetzt im Umwelthaushalt haben, etwa 0,00023 %.

(Gansäuer [CDU]: Dann können Sie ja noch ein paar Prozesse verlieren! Was sind schon 200 000 DM? Gar kein Problem!)

Ich meine, das sind nicht die Punkte, mit denen man Umweltpolitik gestaltet. Auch bei den Gutachten ist das so.

Drittens. Herr Grill sagt, wir hätten so viel für die Umwelt erreicht, weil der Stromverbrauch nicht gestiegen sei. Er zitiert unvollständige Aussagen von mir, die ich vor der Industrie- und Handels-

kammer in Ostfriesland gemacht habe. Natürlich sind die Umweltbelastungen gestiegen, natürlich sind die Sanierungskosten erheblich. Ich denke nur einmal daran, was wir an Grundwasserbelastungen haben, und daran, daß das Wasser eben nicht mehr zu nutzen ist, wenn es erst einmal verseucht ist. Ich denke auch daran, was wir an Bodenbelastungen, an Altlastensanierungen und an Kanalisationsmaßnahmen und -sanierung nötig haben.

(Grill [CDU]: Das stimmt doch nicht, was Sie sagen, Frau Ministerin!)

Das alles ist nur Reparaturtechnik. Außerdem sagen Sie, die Umsteuerung der Wirtschaft könne nur erfolgen, wenn man tatsächlich in der Wirtschaft ansetzt. Gleichzeitig stellen Sie den Antrag, im Bereich Wirtschaft und Umwelt, ökologische Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft 7 Millionen DM,

(Grill [CDU]: Mit den paar Pfennigen machen Sie doch die Industrie nicht fit!)

im Bereich Umwelttechnologie 2 Millionen DM und bei der Umweltqualifikation und -beratung 3 Millionen DM zu streichen. Das paßt irgendwie nicht zusammen.

Sie sagen, das gehe nur mit den Gesetzen in Bonn. Wie kommen denn die Gesetze in Bonn zustande? Man muß ganz klar sagen: Die Umweltverbände und die Umweltorganisationen machen seit zehn Jahren Druck auf die Politik und auf Bonn, um dort die Gesetze zu verbessern. Die Umweltministerkonferenz, d. h. die Länder, macht konkrete Vorschläge. Bei der Verpackungsverordnung war es z. B. notwendig, daß die Umweltministerkonferenz noch einmal nachschob und sagte: „Der Bundesratsentschluß, der mit Mehrheit der SPD-geführten Länder zustande gekommen ist und der bestimmte, Mehrwegquoten zu erhöhen und Rücknahmepflichten, Kennzeichnungspflichten und Stoffverbote einzuführen, ist bis zum 1. Dezember nicht umgesetzt.“ Das mußten wir erst wieder einfordern.

Ich habe es Ihnen schon mehrfach gesagt: Wir haben die Situation — und das finde ich gut —, daß wir manchmal einen lernfähigen Bundesumweltminister haben, der z. B. den Vorschlag, für die Einführung einer Kreislaufwirtschaft Produkte zurückzuführen und so zu konstruieren, daß sie zerlegbar sind, den ich schon 1987 gemacht habe, aufgenommen hat. Dafür bin ich sehr dankbar, und das finde ich sehr gut. Man sollte das dann aber auch so sagen, damit deutlich wird, daß es eine Zusammenarbeit der Umweltpolitiker

gibt, die zum Teil durch die Wirtschaftspolitiker behindert wird. Das möchte ich einmal deutlich machen.

(Zuruf von Dr. Hruska [FDP].)

— Nein, auch im Bund; das meine ich doch.

Nun zur Frage der Abfallwirtschaft. Sie sagen, das hätten Sie alles schon gewußt. Ich begrüße die ganzen Konzepte, die in dem Prognos- und dem Ökoinstitutgutachten detailliert aufgeführt sind. Die Aussage allerdings, daß zur Zeit 66 000 t Abfall durch die TA Abfall für eine Verbrennung empfohlen werden, berücksichtigt nicht den Stand der Technik. Das haben die Gutachter auch gesagt. Es gibt aber ein dickes Gutachten, in dem sehr viele Maßnahmen zur immanenten Vermeidung innerhalb der Betriebe, zur Verwertung und zur Reduzierung aufgeführt sind. Warum ist das alles denn nicht gemacht worden, wenn Sie das schon gewußt haben? Wohl weil es eben offensichtlich doch nicht so bekannt war. Die Firmen sind zum Teil darüber verwundert, was es noch für Vermeidungsmöglichkeiten gibt.

Insofern meine ich, man sollte dieses Gutachten, das etwa 200 Seiten umfaßt und sehr viele konkrete und detaillierte Vorschläge auch zur Reduzierung der 66 000 t der TA Abfall enthält, nicht immer kritisieren, sondern auf die Gesamtsubstanz achten. Dafür, meine ich, hat sich das Gutachten auf jeden Fall gelohnt. Wir sind schon dabei, es umzusetzen. Gestern haben wir die Sonderabfallabgabe beschlossen. Das ist eine Maßnahme, die darin vorgeschlagen wird.

Wenn Sie sagen, wir hätten keine Konzepte, und wir hätten nichts auf den Weg gebracht, dann sage ich Ihnen: Wir haben im Abfallbereich bereits zwei Gesetze auf den Weg gebracht, die zum 1. Januar 1992 in Kraft treten. Das Wassersparprogramm — Herr Grill, Sie haben es erwähnt — war bei Ihnen eine leere Hülle. Es ist im nächsten Jahr zumindest mit 3 Millionen DM im Haushalt vorhanden. Von Frau Dr. Schole und von Frau Tewes sind viele andere Punkte aufgeführt worden. Ich möchte mich nicht wiederholen und die Redezeit der Landesregierung nicht auch noch ausdehnen.

Die Frage des Ausstiegs aus der Atomenergie ist natürlich eine mühsame Geschichte, und das haben wir auch immer deutlich gemacht. Wir bemühen uns weiter. Sie sehen, daß wir auf Sicherheit sehr viel Wert legen. Sie sehen das daran, daß das Kernkraftwerk Stade 30 Wochen stillgelegt hat und das Kernkraftwerk Unterweser 20 Wochen. Wir haben die Sicherheitsprüfung sehr ernst genommen, und die Auflagen sind so sorg-

sam formuliert worden, daß die Kraftwerke zumindest sicher arbeiten werden, bis ausgetiegt wird.

(Zuruf von der CDU: Wann legen Sie den Plan vor?)

Wir arbeiten in allen Bereichen an der Koalitionsvereinbarung. Wenn Sie sich einmal anschauen, was wir bereits gemacht haben, werden Sie feststellen, daß wir in allen Punkten angefangen haben, viele Projekte abgeschlossen haben und auf dem Weg sind, die Koalitionsvereinbarung abzuarbeiten. Ich meine, die Koalitionsvereinbarung ist durchaus ein Konzept.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat der Abgeordnete Schirmbeck für die CDU-Fraktion.

Schirmbeck (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorhin ist von Visionen gesprochen worden. Visionen sind im menschlichen Leben und auch in der Politik sicherlich notwendig. Von einer Regierung erwarten wir aber mehr. Von einer Regierung erwarten wir keine pastoralen Erklärungen, sondern wir erwarten, daß sie Lösungen entwickelt und diese Lösungen auch umsetzt. Wir erwarten vor allem von einer Regierung, daß sie die Menschen nicht verängstigt, daß sie ihnen keine Ängste einredet. Wenn aus dem Dunstkreis dieser Landesregierung immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Welt bald untergehe, daß die Probleme nicht mehr zu lösen seien, daß man höchstens noch eine Perspektive von fünf Jahren habe, dann kann ich Ihnen nur sagen:

(Senff [SPD]: Das ist unglaublich!)

Sie werden die zentralen Probleme, die in Niedersachsen in der Umweltpolitik gelöst werden müssen, in den nächsten fünf Jahren nicht lösen.

(Beifall bei der CDU. — Jüttner [SPD]: Wir nehmen uns länger Zeit!)

Meine Damen und Herren, heute ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Gebührenschaube die Schraube ist, an der diese Landesregierung am liebsten dreht. Wenn von 60 Millionen DM Wassergroschen und 40 Millionen DM Abfallabgabe gesprochen wird, sollte man auch darauf hinweisen, daß durch andere kleinere Gebühren weitere 20 Millionen DM eingesammelt werden. Man sollte den Mut haben und deutlich sagen, daß durch den Wassergroschen in Niedersachsen nicht

Schirmbeck

ein Kubikmeter Wasser weniger verbraucht wird, sondern daß es sich um eine reine Finanzierungsabgabe handelt.

(Jüttner [SPD]: Deshalb war die CDU in den letzten Jahren bemüht, das durchzusetzen!)

Man kann ja durchaus positiv zu dieser Finanzierungsabgabe für Naturschutzmaßnahmen stehen. Man muß das aber auch sagen und sollte den Bürgern reinen Wein einschenken.

(Zurufe von der SPD: Wasser!)

Dann genießt man bei den Bürgern auch die notwendige Glaubwürdigkeit.

Sie haben bei Werner Remmers immer wieder angemahnt, mehr für den Schutz der Nordsee zu tun. Wir können heute feststellen, daß dann, wenn wir die Ziele der internationalen Nordseeschutzkonferenzen erreichen wollen, in diesem Haushalt 80 Millionen DM fehlen, um unsere Kläranlagen entsprechend nachzurüsten zu können.

(Frau Tewes [SPD]: Wieviel war das bei Ihnen?)

Daran kann man sehen, daß Sie in Sachen Umwelt nicht nur eine schlechte Politik machen, sondern daß Sie eine Politik zum Nachteil der Kommunen und besonders der Kommunen im ländlichen Raum betreiben.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist schon verwunderlich, wie hemmungslos Sie sind, um Ihre abfallpolitischen Ziele oder Ihre umweltpolitischen Ziele zu verändern, wenn man berücksichtigt, welche Einstellung Sie noch vor zwei oder drei Jahren zu Kleinkläranlagen hatten und welche Meinung Sie heute dazu vertreten. Die einzige Begründung für diesen Meinungswandel liegt darin, daß Sie mit Ihrem Haushalt nicht in der Lage sind, die notwendigen Maßnahmen im Bereich der Kläranlagen zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn Werner Remmers einen solchen Kurswechsel vorgenommen hätte, hätten Sie versucht, ihn an den umweltpolitischen Marterpfahl zu binden. Darauf sollte man einmal hinweisen.

Sie haben gesagt, beim Dümmer seien große Erfolge eingetreten. Bis vor kurzem haben Sie aber noch bestritten, daß es überhaupt ein Konzept für den Dümmerraum gebe. Wir erleben im Umweltausschuß, daß Sie seit einem Jahr nicht in der Lage sind, einen Antrag zu beraten, daß Sie nicht sagen können, wohin Sie künftig wollen und ob der Bornbach umgeleitet werden soll.

(Zuruf von Klare [CDU].)

Wenn ich höre, wieviel Vollzugspersonal Sie in Niedersachsen im Umweltbereich einsetzen wollen, empfehle ich Ihnen, einmal Ihre Ankündigungen aus den verschiedenen Pressemitteilungen zusammenzuzählen, die Sie so unter die Leute bringen. Wenn Sie das wirklich umsetzen könnten — Gott sei Dank können Sie das nicht —, dann würde dies dazu führen, daß in Niedersachsen mehr Leute im Vollzug eingesetzt wären als irgendwo arbeiten. Das ist unrealistisch. Dabei kommt nichts heraus.

(Beifall bei der CDU. — Widerspruch bei der SPD. — Jüttner [SPD]: 500 Leute arbeiten in der Gewerbeaufsicht bei 2,1 Millionen Beschäftigten!)

Sie rühmen sich immer, wieviel Mittel Sie für Gutachten und für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung haben. Wenn wir diese Mittel eingeplant hätten, hätte uns der frühere Oppositionsführer Schröder vorgehalten, diese Mittel würden nur für den Wahlkampf verwendet. Wenn Sie die Millionen, die Sie jetzt mehr in Ihrem Haushalt haben, einmal um die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit und für Gutachten reduzieren, dann werden Sie feststellen, daß Sie sich in einer Situation befinden, die wir bei dem früheren Regierungssprecher Bölling hatten, daß Sie nämlich ein Minuswachstum haben. Aber, meine Damen und Herren, Ihnen ist es sicherlich egal, was für ein Wachstum es ist, Hauptsache Wachstum. Sie handeln eben nach dem Grundsatz: Das Ziel ist egal, Bewegung ist alles. Dieser Umwelthaushalt ist ein trauriger Haushalt.

(Beifall bei der CDU. — Stock [CDU]: Eine gute Rede!)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Bereich der Frauenpolitik. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Pawelski für die CDU-Fraktion. Bitte schön!

Frau Pawelski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wir beraten jetzt den Haushalt des Frauenministeriums. Dazu gehört auch, daß man politisch Rückblick auf das letzte Jahr des Frauenministeriums hält. Daher spreche ich Sie, Frau Schoppe, als zuständige Ministerin persönlich an. Ich habe zwei Nachrichten für Sie, eine gute und eine schlechte. Ich unterstelle einmal, daß Sie zuerst die gute hören wollen. Die ist auch wesentlich kürzer, und es geht auch wesentlich schneller.

Frau Ministerin, ich möchte mich bei Ihnen bedanken.

(Gut! bei der SPD. — Weitere Zurufe von der SPD.)

Ich hoffe, daß Sie das Dankeschön aus den Reihen der Opposition nicht allzusehr irritiert. An den Äußerungen Ihrer rot-grünen Kolleginnen und Kollegen sehen Sie, daß es sie schon einigermaßen verwirrt. Ich stehe nun mal auf dem Standpunkt, daß Politiker fair sein sollten. Dazu gehört auch, der zuständigen Ministerin, wenn sie unsere Arbeit unterstützt und die gleichen Ziele verfolgt wie wir, einfach einmal danke zu sagen.

Danken wofür? — Sie, Frau Schoppe, haben im Gegensatz zu Ihren rot-grünen Koalitionsfreundinnen und -freunden erkannt, daß die Anträge der CDU-Fraktion zum Frauenhaushalt 1991 gut, richtig und notwendig waren. Denn Sie haben unsere damaligen Anträge zur Förderung der Familienerholung, zu den Mütterzentren, den Kinderschutzzentren, zum Zuschuß an den Landesfrauenrat und zu den Koordinierungsstellen für Berufsrückkehrerinnen allesamt in Ihrem Entwurf für das Jahr 1992 berücksichtigt. Es sollte also niemanden verwundern, wenn die CDU-Landtagsfraktion zufrieden feststellt, daß wir uns, wenn auch mit einjähriger Verspätung, als Oppositionspartei in wichtigen frauen- und familienpolitischen Fragen durchsetzen konnten.

(Zuruf von Auditor [SPD].)

— Herr Waike, warum kann der Herr Auditor nicht einmal zum Haushalt reden? Dann braucht er nicht immer dazwischenzuquatschen. Geben Sie ihm doch einmal die Chance, hier auch zu reden.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP.)

Wir verfolgen erfreut, daß Sie auch andere unserer Ideen aufgreifen: Die CDU will Tagesmütter sozial absichern. Sie haben sich inzwischen zu diesem Thema positiv geäußert. Die CDU will das Emsländer Hebammenprojekt auf ganz Niedersachsen ausweiten. Auch hier haben Sie sofort reagiert und Gespräche geführt. Sie nehmen die von der CDU eingeläutete Kampagne zum Thema Gewalt auf und ziehen hier am gleichen Strang wie wir. Machen Sie weiter so! Dann kann ich es auch ertragen, daß der „Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 19. August 1991 feststellt, daß ich scheinbar die einzige bin, die Sie noch lobt.

Da sind wir schon bei den schlechten Nachrichten, die über Sie verbreitet werden. Die haben

aber nicht wir, die CDU, produziert. Deren geistige Urhebererschaft liegt bei Ihren eigenen rot-grünen Kolleginnen und Kollegen. Wenn man der schreibenden Zunft Glauben schenken darf, dann haben Sie große Probleme mit Ihrer Fraktion. Ich sollte besser und treffender sagen: Die Regierungsfractionen und die Regierungsparteien haben Probleme mit Ihnen.

Der erste Unmut aus Ihren Reihen kam ja schon kurz nach Ihrer Benennung auf. Während Sie sich zu Recht laut HAZ vom 27. Juli 1990 über Ihr Ministeramt freuten, gaben sechs Frauen ihre grünen Parteibücher zurück. Ihre feministische Basis wollte lieber Frau Karras als Garantin linker Frauenpolitik auf Ihrem Stuhl sehen.

Der Krach mit Ihrer eigenen Frauenbasis hält an. Erst vorgestern haute die ehemalige grüne Abgeordnete Lore Deppe mächtig auf den Putz.

(Zuruf von der SPD: Vom Motorrad aus!)

Sie klagt über Sie, feministische Positionen würden bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Frau Deppe gründete sogar einen Arbeitskreis, der sich als dringend notwendige Ergänzung zum neugeschaffenen Frauenministerium versteht. Bekommen wir jetzt ein zusätzliches, ein außerparlamentarisches Frauenministerium?

Frau Schoppe, wir werden sehr darauf achten, daß Sie auch in Zukunft Ihre Arbeit als Arbeit für alle Frauen verstehen. Aber reicht es Ihnen wirklich, wenn nur noch die Opposition Ihre Arbeitsauffassung teilt? Denn Ärger haben Sie ja nicht nur mit den Grünen, sondern auch mit den SPD-Frauen, und zwar nicht nur, weil Sie nicht genug SPD-Parteibuch-Frauen in Ihrem Ministerium untergebracht haben. Ärger gab es vor allem in der Frage, wer sich wohl am Ende rühmen darf, das Gesetz zur Einführung von kommunalen Frauenbeauftragten eingebracht zu haben. Die SPD-Frauen wollten Ihnen das Erstgeburtsrecht streitig machen und versuchten Ihnen in letzter Sekunde ein Schnippchen zu schlagen. Sie präsentierten der staunenden Öffentlichkeit einen Tag vor der von Ihnen, Frau Schoppe, offiziell einberufenen Pressekonzferenz zur Vorstellung des Gesetzes eigene Gedanken und Eckpunkte

(Frau Hammelstein [SPD]: Machen Sie doch mal eine Bemerkung zum Haushalt!)

und behaupteten, Sie, Frau Schoppe, hätten noch gar keinen Entwurf erarbeitet. Sie fanden diese Unterstellung unverschämt — ich auch —, denn schließlich hat doch jeder, den es interessiert, mitbekommen, welchen Hickhack, welche Unstimmigkeiten es zwischen Ihrem Ministerium

Frau Pawelski

und dem Innenministerium wegen dieses Gesetzes gab.

Die Zeitungen lieferten doch ständig neue Schlagzeilen zu diesem Thema. Das viel beschriebene Gesetz liegt uns bis heute nicht vor, obwohl immer wieder neue Daten genannt wurden.

(Zuruf von Frau Hammelstein [SPD]. — Unruhe bei der SPD.)

— Frau Hammelstein, Sie kommen auch noch dran! — Erst hieß es: Gleich nach der Sommerpause wird es eingebracht. Dann fürchtete man wohl, vor den Kommunalwahlen allzu viel Verwirrung mit der erzwungenen Einsetzung von Frauenbeauftragten zu verursachen.

(Starke Unruhe bei der SPD. — Schneider [Salzgitter] [SPD]: Sie hat die Rute gekriegt!)

— Herr Schneider, Ihre machoartigen Äußerungen können Sie ruhig lassen!

(Beifall bei der CDU. — Lachen bei der SPD.)

Man verlegte den Tag der Einbringung schnell auf die Zeit nach den Wahlen.

(Frau Dr. Dückert [Grüne] zeigt ein Schild mit der Aufschrift „Zugabe“.)

Dann hieß es: Noch in diesem Jahr wird es eingebracht. Meine Damen und Herren, wir haben die letzte Sitzung in diesem Jahr, das Gesetz steht immer noch nicht auf der Tagesordnung.

(Zuruf von der CDU: Das war übrigens ein Schneider von der SPD! Damit es im Protokoll richtig ist!)

— Sonst hätte ich auch gesagt: Herr Dr. Schneider! Es lebe der Unterschied!

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Weiter so!)

Schließlich dachte auch der SPD-Vorsitzende Bruns laut über das Frauenministerium nach und — so steht es jedenfalls in der HAZ vom 29. April 1991 — wollte gern wissen, was die Frauen da eigentlich machen. Wie sollen wir, wie soll die Öffentlichkeit wissen, was die Frauen im Frauenministerium so alles machen, wenn der Vorsitzende der Regierungspartei SPD das nicht einmal weiß?

(Zuruf von der SPD: Sie haben von Gansäuer gelernt!)

Ich schließe aus seiner Bemerkung, daß es zwischen Herrn Bruns und Ihnen, Frau Schoppe, arge Kommunikationsschwierigkeiten gibt. Dies scheint im übrigen ganz generell auch für das Frauenministerium im Umgang mit den anderen Ministerien zu gelten. Das zeigen zum Beispiel

die massiven rechtlichen Bedenken des Finanzministeriums bei der Aufstellung der Richtlinien zur Stellung und Zuständigkeit der Ressortfrauenbeauftragten, und das zeigten die Proteste des Sozialministeriums während der Entwicklung des Gesetzes zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch.

Meine Damen und Herren, wie ich schon sagte, sähen die grünen Frauen radikalfeministischer Prägung lieber Frau Karras auf Frau Schoppes Stuhl. Während die Ministerin offen zugibt, auch für Familien zuständig zu sein, wettet Frau Karras gegen Familien alter Struktur. Auf einer Tagung in Osnabrück am 29. August 1991, so schrieb uns eine Teilnehmerin, hielt Frau Karras einen Vortrag über die zukünftige Familienpolitik der rot-grünen Landesregierung. Nach ihren Ausführungen hat die Institution Ehe in Zukunft kaum noch Bedeutung, unser Familienbegriff sei für sie nicht schützenswert. Kinder wolle sie ausschließlich in größeren öffentlichen Einrichtungen unterbringen, Tagesmütter lehne sie strikt ab.

Meine Damen und Herren, damit stellt sich die Staatssekretärin offen gegen ihre Ministerin, die vor Tagesmüttern deren Arbeit gelobt hat und sie unterstützen will.

(Beifall bei der CDU. — Zuruf von der CDU: Eine von beiden muß gehen!)

Der Kritik aus Ihren eigenen Reihen, Frau Schoppe, möchte ich mich nur in wenigen Punkten anschließen, aber neue hinzufügen. Ich halte persönlich viel von einer guten PR-Arbeit. Sie ist wichtig und muß gerade für Frauenpolitik sein. Die muß sich positiv nach außen verkaufen, damit sie überhaupt zur Kenntnis genommen wird.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Von Ihnen wahrscheinlich!)

Aber, Frau Schoppe, Sie übertreiben, um nicht zu sagen: Sie überziehen manchmal in geradezu peinlicher Weise. Muß ausgerechnet die Frauenministerin die Pornoindustrie animieren, Pornos für Frauen herzustellen, damit — ich zitiere — „die Geilheit der Frauen gesteigert wird“? Ich denke, Ihre Fürsorge sollten Sie anderen angedeihen lassen, nicht gerade dem Gewerbe, das ohnehin Frauen schamlos ausnutzt und zum Schauobjekt degradiert.

(Zustimmung bei der CDU.)

Ihre Weihnachtsmannaktion kann man nur als Polittheater vierter Klasse bezeichnen. Solch eine lächerliche Aktion mit dem Thema Gewalt gegen

Kinder in Zusammenhang zu bringen ist einfach albern bis peinlich.

Schau um jeden Preis? — Frau Schoppe, ich dachte immer, das hätten Sie nicht nötig.

Meine Damen und Herren! Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Rotstift der rot-grünen Landesregierung im Frauenministerium nicht so arg gewütet hat wie zum Beispiel im Wohnungsbau.

(Frau Schliepack [CDU]: Bei den 0,2 % des Gesamthaushalts!)

Wir unterstützen ausdrücklich die Maßnahmen gegen Gewalt und erkennen an, daß Sie sich zum Beispiel im Bereich Frauenhäuser finanziell stärker engagieren, als wir es früher getan haben.

Aber in einem Bereich verstehen wir Ihre außerordentliche Großzügigkeit überhaupt nicht. Unter dem Titel 685 69 wurden 1,4 Millionen DM Zuschüsse für laufende Zwecke eingestellt. Was sich hinter diesem Ansatz verbirgt, ist zum Teil schon grotesk. Da bekommt zum Beispiel das Projekt „Die erregte Frau in der Videothek — Was passiert, wenn sie zurückschaut?“ einen Zuschuß von 1 360 DM, um zu ergründen, was denn nun passiert, wenn... Die Antwort würde mich schon einmal interessieren.

Mit 14 300 DM ist ein Café-Betrieb samt Kulturprogramm für Frauen und Lesben dabei. Die Dokumentation zur Untersuchung selbstorganisierter Frauen- und Lesbenbildungsarbeit in Niedersachsen bekommt 11 000 DM usw. usw. Lesen Sie es nach.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Was haben Sie denn dagegen einzuwenden? Sagen Sie doch einmal inhaltlich etwas dazu! Sie wollen keine Lesbenarbeit! Das können Sie mal sagen!)

— Wenn genug Geld vorhanden ist, gern. Wir wollen das knappe Geld sinnvoller ausgeben und fordern,

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Lesben sind für Sie keine Frauen, oder was?)

im Jahr 1992 den Bau von zwei Kinderschutzzentren zu bezuschussen.

(Frau Dr. Dückert [Grüne]: Großartig, wo nehmen Sie denn das Geld her?)

Der Landesverband des Kinderschutzbundes ist in der Lage, im Jahr 1992 drei Häuser zu eröffnen, wenn die finanzielle Unterstützung stimmt.

Wir wollen, daß die Landesregierung die Gründung von Mutter-und-Kind-Heimen anregt und finanziell unterstützt.

(Zustimmung von Frau Schliepack [CDU]. — Frau Dr. Dückert [Grüne]: Haben Sie denn einen Deckungsvorschlag gemacht? — Frau Schliepack [CDU]: Natürlich! Frauenprojekte raus!)

Meine Damen und Herren! In Hannover gibt es seit vielen Jahren das Emmy-Lanzke-Haus, das von der AWO verwaltet und von der Stadt Hannover bezuschußt wird. In diesem Haus finden in Not geratene schwangere Frauen, aber auch alleinerziehende Mütter und Väter Aufnahme. In diesem Haus erfahren Menschen Hilfe zur Selbsthilfe. — Ich weiß. Ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

Wir möchten Ihnen mit diesem Antrag und mit dem Zuschuß für den Landesfrauenrat Vorgaben geben, damit Sie, Frau Schoppe,

(Auditor [SPD]: Das hätten Sie alles früher machen können!)

auch in Zukunft beweisen können, daß Ihre Arbeit Arbeit für alle Frauen ist. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU. — Frau Dr. Dückert [Grüne]: Nur nicht für Lesben!)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Ehe ich die Abgeordnete Frau Hammelstein aufrufe, möchte ich einen Hinweis an die Mitglieder der Landesregierung geben, die noch zu sprechen beabsichtigen.

Für die Landesregierung waren nach den Absprachen im Ältestenrat für den ganzen Block 45 Minuten vorgesehen. Für den ersten Teil, Landwirtschaft und Umwelt, sind von den 45 Minuten 31 Minuten verbraucht worden. Es wird also für die folgenden Blöcke Frauen, Jugend und Bildung etwas eng.

Ich will auch ergänzen: Von Verfassungen wegen können wir die Landesregierung hier nicht bremsen.

(Zuruf von der SPD: Wer kann das schon? — Eveslage [CDU]: Aber das war doch so vereinbart!)

Wir könnten nur darüber nachdenken, ob wir im Sonderausschuß „Verfassung“ etwas ändern. Aber das wäre erst für die Zukunft. Ich weiß auch gar nicht, ob das geht.

Ich appelliere also an die Landesregierung, sich zu bemühen, den abgesprochenen Rahmen einzuhalten, was jetzt allerdings schwerfallen wird. — Frau Abgeordnete Hammelstein!

Frau Hammelstein

Frau Hammelstein (SPD):

Herr Präsident! Ich begrüße besonders freundlich auch die Damen und Herren, die es möglich gemacht haben, zu diesem Politikbereich heute anwesend zu sein.

(Fischer [CDU]: Das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit! Eine Herzensangelegenheit! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Eine Überraschung gab es eben doch. Das muß ich schon sagen. Offensichtlich läßt Frau Pawelski dort schreiben, wo auch Herr Gansäuer schreiben läßt.

(Fischer [CDU]: Unsere Frauen schreiben ihre Reden selbst! — Weitere Zurufe von der CDU.)

Es war eine Sammlung von Zitaten, die versuchen sollte, die Landesregierung zu diskriminieren, die aber zur Sache wenig beigetragen hat.

(Eveslage [CDU]: Bei Ihnen gibt es welche, die können nur lesen! — Weitere Zurufe von der CDU.)

— Dann war es eigentlich schade, daß Herr Gansäuer sie nicht gehört hat. Ihm hätte sie gefallen.

(Zurufe von der CDU.)

Ich wollte gern zum Thema sprechen und dabei vor allem zum Haushaltsplan 1992. Es steht eindeutig fest — auch das ist von der rechten Seite dieses Hauses schon gesagt worden —, daß das Verfassungsgebot der gesellschaftlichen Gleichstellung von Mann und Frau nicht verwirklicht ist. Auch in Niedersachsen werden Frauen in vielen Bereichen benachteiligt. Auch in Niedersachsen wird die männliche Welt höher bewertet als die weibliche. Solange dem so ist, brauchen wir ein Frauenministerium. Die Spaltung unserer Gesellschaft wollen wir jedenfalls überwinden. Dazu müssen aber alle Ministerien einen Beitrag leisten. Frauenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Alle Politikbereiche sind betroffen. SPD und Grüne betreiben in Niedersachsen seit 18 Monaten eine Politik im Interesse von Frauen, jungen und alten, in der Stadt und auf dem Lande, mit und ohne Familie, mit und ohne Kinder, berufstätigen Frauen und Familienfrauen. Wir entwickeln Maßnahmen und fördern Vorhaben zur Verbesserung ihrer Situation in Ausbildung und Beruf, zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit, zur Verbesserung ihrer Chancen und Rechte bei der Mitwirkung im politischen und gesellschaftlichen Leben, zum Schutz und zur Unterstützung der von Gewalt Betroffenen. Das will Rot-Grün; Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung weisen den Weg. Das macht Rot-Grün. Der Haushalt 1992 zeigt es.

Einen Schwerpunkt unserer Frauenpolitik bildet die Integration von Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben. Frauen in Niedersachsen haben eine noch geringere Erwerbsquote als Frauen in anderen Bundesländern. Trotzdem waren die niedersächsischen Frauen in den 80er Jahren noch stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Das macht die besonderen Anstrengungen deutlich, die die neue Niedersächsische Landesregierung unternehmen muß, um hier aufzuholen. Hier zeigt sich aber auch besonders, daß Politik im Interesse von Frauen nicht nur vom Frauenministerium aus gemacht werden muß. Wirksame Arbeitsmarktpolitik setzt bei der regionalen Wirtschaftsplanung und -förderung an. Hier müssen Frauenbelange mit einbezogen und berücksichtigt werden.

Förderpolitik stützt auch kleinere Betriebe mit sinnvollen Mitteln. Das ist wichtig für Frauen sowohl in der Rolle als Arbeitnehmerinnen als auch in der Rolle als Unternehmerinnen. Hier greift z. B. das Existenzgründerinnenprogramm der Niedersächsischen Landesregierung. Dieses Programm läuft so erfolgreich, daß die ursprünglichen Mittel in Höhe von 1 Million DM in diesem Jahr auf 2,5 Millionen DM aufgestockt worden sind.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Im Haushalt 1992 stehen dafür wiederum 2,5 Millionen DM zur Verfügung.

Wirksame Frauenförderung in diesem Bereich bedarf auch der entsprechenden Infrastruktur, z. B. der Betreuungseinrichtungen für Kinder und ambulanter Dienste, aber auch der Bildungseinrichtungen, die für ein lebenslanges Lernen von Frauen je nach Bedarf offenstehen. Deshalb muß hier das äußerst erfolgreiche Kindergartensfortprogramm unseres Kultusministers genannt werden,

(Beifall bei der SPD — Zuruf von Frau Schliepack [CDU])

das Sie auf Bundesebene auf das Jahr 1998 verschoben haben, weil es anders nicht realisiert werden kann.

(Beifall bei der SPD.)

Ferner sind zu nennen die Aufstockung der Mittel für ambulante Dienste im Haushalt des Sozialministers, die aufgrund eines rot-grünen Antrags noch vermehrt worden sind, sowie die Modellkurse für Frauen in der Erwachsenenbildung.

(Zuruf von Frau Schliepack [CDU].)

— Nein, das ist nicht neu. Wir haben aber kein Brett vorm Kopf und übernehmen auch bewährte Sachen.

(Beifall bei der SPD.)

Die neuen Beratungs- und Koordinierungsstellen an vier Orten bieten gute Ansätze der Frauenbildung. Hier geht es um die individuelle Beratung von Mädchen und Frauen, Orientierungs- und Weiterbildungskurse, die Kooperation mit der lokalen Wirtschaft, um Frauenförderung und betriebliche Weiterbildung anzuregen und abzustimmen. In der Tat hat dies das Geißler-Institut entwickelt. Dieser Mann ist auch in der CDU. Es ist aber nicht der Heiner, sondern ein anderer Mann. Wir lassen uns aber auch von solchen guten Vorschlägen anregen.

(Beifall bei der SPD.)

Frauen sollen z. B. die Möglichkeit erhalten, während ihres Erziehungsurlaubs an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen — das haben wir schon immer für sinnvoll gehalten —, um sich durch Urlaubs- und Schwangerschaftsvertretungen im Beruf fit zu halten. Daß eine Kooperation kleinerer Betriebe im Verbund diesbezüglich mitunter sinnvoll sein kann, ist klar. Im Haushalt des Frauenministeriums sind über die in den anderen Ressorts aufgeführten Maßnahmen hinaus auch noch einmal 2 Millionen DM für die berufliche Integration vorgesehen.

In diesem Zusammenhang muß ich die Programme des Sozialministers nennen, etwa das Programm für Langzeitarbeitslose und die Qualifizierungsmaßnahmen, die zum Teil auch von der EG mitfinanziert werden.

(Frau Schliepack [CDU]: Die Schnipkoweit beantragt hat!)

— Die sind aber noch längst nicht in Gang gekommen. Sie wissen doch selbst, daß das erst jetzt losgeht. — Genannt werden müssen auch noch die sozialen Betriebe, die nach den Richtlinien vorrangig Frauenarbeitsplätze fördern. Ich nenne auch die jetzt anlaufenden Arbeitszeitmodelle, wie z. B. das Hoehster Modell. Das sind alte sozialdemokratische Forderungen, die jetzt endlich Wirklichkeit werden.

(Beifall bei der CDU.)

So abwegig ist es ja auch nicht, daß wir an bestimmten Stellen einmal inhaltlich übereinstimmen. Aber statt daß Sie das unterstützen — — — Es ist heute ja auch schon einmal Lob gekommen. Das ist ja auch ganz angenehm. Wer Kommunalpolitik macht, der weiß auch, daß es, wenn es vor Ort um die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern geht — und hier geht es um die Interessen von Frauen —, durchaus gar nicht so abwegig ist, daß Parteien auch einmal an einem Strang ziehen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der FDP.)

Ein vom Frauenministerium in Auftrag gegebenes Gutachten zum Arbeitsförderungsgesetz hat erbracht, daß das Arbeitsförderungsgesetz die Benachteiligung arbeitsloser Frauen verstärkt. Die jetzige Bundesregierung hat durch die achte und neunte Novelle massive Verschlechterungen im AFG zu verantworten. Hier planen wir eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes im Interesse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und insbesondere von zur Zeit zum Teil überhaupt noch nicht anspruchsberechtigten Frauen.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist nach wie vor traurige Realität. Mit 5 Millionen DM im Haushalt 1992 kann zum Schutz und zur Unterstützung der Betroffenen einiges getan werden. Drei Stellen in Frauenhäusern werden zu 50 % vom Land mitfinanziert. Die Kinderarbeit und die nachsorgende Beratung können verbessert werden. Ein erstes Mädchenhaus konnte in diesem Jahr in Osnabrück die Arbeit aufnehmen. Zur Errichtung und zum Betrieb weiterer Mädchenhäuser — für jeden Regierungsbezirk eines — sind mittelfristig jeweils 300 000 DM vorgesehen. Mädchenhäuser als ganzheitliche Hilfskonzepte für Mädchen und junge Frauen mit Gewalterfahrungen umfassen einen offenen Mädchentreff, eine Beratungsstelle, eine Zufluchtstätte sowie ein Wohn- und Betreuungsprojekt. Ferner wird Geld für eine Modelleinrichtung, und zwar für eine Wohngruppe für von Gewalt bedrohte Mädchen aus dem islamischen Kulturkreis, bereitgestellt. Auch das gab es bisher nicht. Beratungsstellen für Mädchen und Frauen in Problemsituationen werden gefördert, so z. B. Notrufeinrichtungen für vergewaltigte Frauen und Mädchen, Beratungsstellen für mißhandelte Frauen und Kinder und Beratungsstellen für sexuell mißbrauchte Kinder. Ein erstes Kinderschutzzentrum in Hannover hat seine Arbeit aufgenommen, und ein weiteres wird folgen.

Diese Einrichtungen bieten Schutz und Beratung für Kinder, für Mädchen und Jungen. Die CDU behauptet ja immer, wir würden die Jungen vergessen, die von Gewalt und sexuellem Mißbrauch bedroht bzw. betroffen sind. Finanziert werden Sexualberatungsstellen und Beratungsstellen nach § 218 StGB sowie das Familienplanungszentrum, in dem bald — endlich! — auch in Niedersachsen der ambulante Schwangerschaftsabbruch möglich sein wird.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Frau Hammelstein

Was Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe im Haushalt 1992 angeht, so kann ich in der Kürze der Zeit gar nicht alles benennen. Lassen Sie mich jedoch soviel sagen, daß Frauenförderung an Hochschulen — das ist auch heute morgen schon gesagt worden — durch vielfältige Maßnahmen endlich möglich wird. So gibt es 1992 z. B. an allen Hochschulen Frauenbeauftragte und Geld für entsprechende Zuarbeit.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Im Haushalt des Kultusministers stehen Mittel z. B. für ein Modellprojekt „Mädchen in der Jugendarbeit“, für frauenpolitische Maßnahmen und Mädchenförderung an Schulen, für einen Ausschuß für Frauensport und für die Umsetzung eines Frauenförderplanes im Sportbereich zur Verfügung. Auch so etwas hat es noch nie gegeben. Frauenprojekte und Selbsthilfegruppen werden 1992 mit insgesamt 1,5 Millionen DM gefördert. Hier wird gesellschaftlich notwendige Arbeit unterstützt, eine Arbeit, für die es von anderer Seite leider wenig Unterstützung gibt. Ich möchte einige Beispiele aus dem Jahre 1991 nennen, weil Sie soeben so ein exotisches Beispiel von 100 Maßnahmen genannt haben. In der Regel wird jede Maßnahme mit 10 000 DM unterstützt. Wir wissen alle, daß dies nicht die Welt ist, daß damit aber vieles in Gang gesetzt wird und daß auch die Kommunen ihren Teil dazu gegeben haben. Mit diesem Geld wurden z. B. folgende Maßnahmen mitfinanziert: die Ausländerinnenarbeit im Frauentreff in Barsinghausen, die Erstellung einer Broschüre über die Fachtagung „Gesundheitsförderung in der Mädchen- und Frauenarbeit“ in Ganderkesee, eine Bildungsveranstaltung „Frauen und Ökologie“ des Vereins für ökologische Bildungsarbeit in Gifhorn, das Norddeutsche Mädchenhaustreffen in Hannover und das Managementtraining für Vereinsvorsitzende einschließlich wissenschaftlicher Begleitung der Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände in Salzgitter. Das alles soll von den Kommunen allein finanziert werden können bzw. überflüssig sein? Im Ausschuß jedenfalls hat die CDU beantragt, bei diesen Frauenprojekten die Mittel um 100 000 DM zu kürzen. Oder sind das die kostspieligen Maßnahmen, die sich die CDU im Bereich des Frauenministeriums im Traum nicht einfallen lassen würde, so jedenfalls Herr Gansäuer in der „Nordwest-Zeitung“, nachzulesen in der Ausgabe vom 1. November 1991? Dort bleibt er die Antwort jedenfalls schuldig. Er ist jetzt leider nicht da. Ich hätte gern gehört, wo er kürzen will. Sie haben, wie gesagt, nur Kürzungsvorschläge über 100 000 DM gebracht. Ansonsten haben

Sie im Ausschuß Aufstockungsanträge von rund 1 Million DM für Maßnahmen, die ohnehin in der Planung sind, wie das zweite Kinderschutzzentrum, und für einige Familienmaßnahmen gestellt. Ich habe immer ein bißchen den Eindruck, daß die CDU es nötig hat, ihre Familienfreundlichkeit unter Beweis zu stellen.

(Beifall bei der SPD.)

Die Gelegenheit, meine Damen und Herren von rechts, haben Sie wirksamer und reichlich in Bonn. Da aber bleiben Sie den Beweis schuldig, wenn ich nur an das Kindergeld und an die Steuergesetzgebung denke.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Wenn jetzt das Kindergeld erhöht wird, dann haben Sie das der SPD zu verdanken, die Ihnen im Vermittlungsausschuß auf die Sprünge helfen wird. Die Verdoppelung des Kindergeldes wird kommen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.
— Frau Schliepack [CDU]: Wer war das denn 1982 in Bonn?)

Jetzt muß ich noch etwas sagen, was Frau Pawelski immer sehr empört. Sie hört es nicht gern, wenn ich an die Versäumnisse der letzten 14 Jahre erinnere. Aber wer das verfolgt hat — es sind ja in dieser Runde etliche schon etwas länger dabei —, weiß: zehn Jahre lang frauenpolitisch gepennt und in den letzten vier Jahren allenfalls im Tempo einer Schnecke geschlichen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Jetzt kommt unser rot-grüner Frauenzug mächtig in Fahrt. Das Frauenministerium arbeitet gut; es wurde sogar von Frau Pawelski gelobt. Die Zugausstattung ist bestens in bezug auf Zugzahl und Zugpersonal. Die Zeichen stehen auf volle Fahrt. Diese Regierung macht übrigens endlich auch Frauen in der Sprache sichtbar.

Zum Haushalt 1992 ist Frau Pawelski wohl nicht so richtig viel eingefallen.

(Zuruf von der CDU.)

— Es war eine Zitatenkiste darüber, was alles angeblich gesagt worden ist. Wer selbst schreibt oder wer selbst liest, weiß: Papier ist geduldig, und was die Zeitung mitunter aus Sachen, die wirklich gesagt wurden, macht, ist fragwürdig. Ich hätte mal Frau Pawelskis Empörung erleben mögen, wenn aus dem Frauenministerium wirklich laufend Feministisches kommen würde. Wenn ständig diese Sachen auf den Tisch kämen, dann wäre aber etwas los.

Dann empören Sie sich darüber, daß sich die SPD über den noch ausstehenden Gesetzentwurf über kommunale Frauenbeauftragte empört habe. Und dann empören Sie sich selbst darüber. Merkwürdig!

(Frau Pawelski [CDU]: Ich habe nur zitiert!)

Ich finde das schon eher ein bißchen amüsan. Bis dato hatten wir so die Platte: Alles muß noch viel schneller gehen. Alles muß noch mehr werden. Alles muß noch viel, viel teurer sein.

(Frau Schliepack [CDU]: Wann kommen denn die Gesetze?)

Es ist richtig, in Ihren Reihen sind noch einige alte Bremser, wenn ich z. B. an Ihren Antrag ———

(Zuruf von der CDU.)

— Alt hat häufig mit Jahren nichts zu tun, sondern mit der Einstellung. Es gibt sehr junge Alte und sehr alte Junge. — Ich denke an die alten Bremser, die z. B. plötzlich die kommunalen Frauenbeauftragten nicht mehr wollen und sagen: Das alles wird sich von ganz allein entwickeln. — Seien Sie unbesorgt, das Gesetz wird kommen. In dem vor uns liegenden Jahr werden kommunale Gleichstellungsbeauftragte in Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern gesetzlich vorgeschrieben werden.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Nur kein Neid, meine Damen und Herren: Diese Landesregierung fährt einen hervorragenden frauenpolitischen Kurs. Ja, es ist wahr: Die Erwartungen an diese Politik sind sehr hoch, insbesondere von seiten der Frauen, und das zu Recht. Frauen wollen endlich Verbesserungen, sie wollen tatsächliche Veränderungen. Rot-grüne Gleichstellungspolitik im Interesse von Frauen wird diesem hohen Anspruch überzeugend gerecht. Weiter so!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Das Wort hat die Abgeordnete Frau Hoops für die Fraktion der Grünen.

Frau Hoops (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Frauenpolitik ist für uns Grüne ein zentraler Politikbereich.

(Eveslage [CDU]: Für uns auch!)

Wir wollen der Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen zum Durchbruch verhelfen.

(Eveslage [CDU]: Wir auch!)

Wir sind dabei, die Benachteiligung von Frauen und Mädchen durch Gesetzesvorhaben, Frauenförderung und Unterstützung frauenrelevanter Initiativen und Projekte abzubauen.

(Kohlenbach [CDU]: Sehr gut!)

Wir haben ein Frauenministerium eingerichtet und bereits mit dem ersten rot-grünen Haushalt die drei wichtigsten Säulen unserer Frauenpolitik etatisiert. Schwerpunkte sind ein Bündel von Maßnahmen zur Verhinderung von und Auseinandersetzungen mit Gewalt an Frauen und Mädchen, Maßnahmen zur Integration von Frauen und Mädchen ins Erwerbsleben und Förderung von Frauenprojekten. Meine Damen und Herren, das sind die Säulen einer Frauenpolitik, die diesen Namen verdient.

Frau Pawelski, das unterscheidet sich grundlegend von Ihren Vorstellungen zur Frauenpolitik. Sie hängen sich an unsere Erfolge und reden und reden, nur nicht zum Haushalt.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.
— Frau Pawelski [CDU]: Eine Haushaltsdebatte ist auch eine politische Debatte!)

Mit dem hier zu beratenden Haushalt wollen wir diesen von uns eingeschlagenen Weg fortsetzen. Blickt man zurück, muß man sich noch einmal in Erinnerung rufen, welcher erheblichen Anstrengungen es bedarf, um ein neues Ministerium, insbesondere ein Frauenministerium, aufzubauen. Das fing an bei der Raumsuche, ging über die personelle Ausstattung hin zum Aufbau von Kontakten und Arbeitszusammenhängen. Wenn man sich das noch einmal vergegenwärtigt, muß man die anfangs entgegengebrachte Skepsis aufgeben und feststellen, daß trotz dieser Erschwerisse bereits jetzt Beachtliches geleistet wurde.

(Beifall bei den Grünen.)

Die Arbeit des Frauenministeriums verdient und genießt Anerkennung. Wesentliche Gesetzesinitiativen sind auf dem Weg, aufeinander abgestimmte Konzepte unterschiedlichster Maßnahmen sind in der Entwicklung, Richtlinien und Vergabekriterien zur Verteilung der Haushaltsmittel wurden in kürzester Zeit erarbeitet. Frauenpolitische Akzente und Perspektiven wurden in die öffentliche Diskussion getragen.

Meine Damen und Herren, die Mädchen und Frauen in diesem Land haben nun endlich eine sichtbare Lobby und eine streitbare Interessenvertretung. Die Zeit der Lippenbekenntnisse und

Frau Hoops

des Wartens auf die Einsicht der Männer ist nun endgültig vorbei. Jetzt geht es voran. Dieser Haushalt schafft eine solide Grundlage für das Frauenministerium, um eine Schlüsselfunktion in der Politik wahrnehmen zu können.

Leider kann ich wegen der Kürze meiner Redezeit nicht näher auf die einzelnen Maßnahmen eingehen, möchte aber zwei Bereiche hervorheben. Wir freuen uns, daß mit dem Haushalt 1992 Mittel für ein weiteres Kinderschutzzentrum zur Verfügung stehen. Nach der Einrichtung des ersten niedersächsischen Mädchenhauses in Osnabrück und des ersten niedersächsischen Kinderschutzzentrums in Hannover kommen wir damit unserem Ziel näher, ein flächendeckendes Angebot aufzubauen.

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie jetzt zusätzliche Mittel für ein drittes Kinderschutzzentrum bereits für den Haushalt 1992 beantragen, zeigt sich darin nicht unbedingt ein plötzlich erwachtes Problembewußtsein; vielmehr offenbaren Sie damit Ihre Versäumnisse und Ihre Realitätsverkennung. Sie haben nicht nur keines solcher Zentren oder Mädchenhäuser eingerichtet,

(Frau Schliepack [CDU]: Ich denke, Sie wollen ein flächendeckendes Netz!)

Sie haben nicht einmal die nötigen Vorarbeiten in Ihrer 14jährigen Regierungsverantwortung geleistet.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Im Haushalt sind die Mittel der Titelgruppe 65/66 — Maßnahmen zur Beratung und zum Schutze von Mädchen und Frauen in Problemsituationen — erhöht worden. Diese sind für die Umsetzung der Ergebnisse einer Studie zur Verbesserung des Helferinnensystems „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ vorgesehen. Das ist angesichts der alarmierenden Zahlen über die Häufigkeit von Gewaltanwendungen und der damit verbundenen lebenszerstörenden Erfahrungen der Betroffenen dringendst notwendig.

Bezeichnend ist der Antrag der CDU im Frauenausschuß, 1 Million DM der Förderung von Frauenprojekten zu streichen. Die fadenscheinige Begründung lautet, dies sei nicht Aufgabe des Landes. Hier zeigt die CDU ihr wahres Gesicht. Alle wissen doch, daß es gerade deshalb dieser Anschubfunktion bedarf, weil die Frauen den Kommunen jahrelang die Türen ohne Erfolg eingearannt haben. Zig Anträge aus den unterschiedlichsten Bereichen liegen dem Frauenministerium vor.

(Frau Schliepack [CDU]: Vor allem aus den „roten“ Gemeinden!)

Diese Projekte sind für uns nicht mehr wegzudenken. Sie sind durch ihre unbürokratische und unkonventionelle Arbeit eine wichtige und unentbehrliche Ergänzung zu traditionellen Angeboten.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD. — Frau Schliepack [CDU]: Fragen Sie mal, warum es in Peine noch keine Frauenbeauftragte gibt!)

Meine Damen und Herren, in diesem Haushalt werden die richtigen Signale gesetzt. Wir setzen den eingeschlagenen Weg fort

(Frau Pawelski [CDU]: Den die CDU-FDP-Regierung damals eingeschlagen hat, den setzen Sie fort, mehr auch nicht!)

und haben mit dem Haushalt eine Basis für eine richtungweisende Frauenpolitik. — Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Danke schön. — Bevor ich der Frauenministerin das Wort erteile, hat die Abgeordnete Frau Lenke das Wort, die eigentlich schon vor Frau Hoops hätte an der Reihe sein müssen. Ich habe aber den Zettel übersehen und hoffe, Sie ertragen das.

(Frau Lenke [FDP]: Ja, ich ertrage es!)

Frau Lenke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach Aussage der Staatssekretärin Dr. Karras hat das Frauenministerium die Aufbauphase abgeschlossen und ist in die Konsolidierungsphase eingetreten. Dem würde ich gern zustimmen.

(Waike [SPD]: Dann tun Sie es doch!)

Doch anderslautende Erklärungen aus dem Frauenministerium — siehe „HAZ“ vom 9. September 1991, Herr Waike — sagen das Gegenteil aus. Frau Schoppe fordert neue zusätzliche Aufgaben für ihr Haus. Die Ministerin hat die Vorstellung, daß das Gesundheitswesen oder der Wohnungs- und Städtebau dem Frauenministerium zugeordnet werden sollen.

Zwei Gründe drängen sich mir auf, die die Ministerin veranlaßt haben könnten, dies zu fordern: Erstens. Das Ministerium ist gut ausgestattet, aber nicht genügend ausgelastet.

Zweitens. Im Frauenministerium sind die Möglichkeiten, Frauenpolitik in dieser Regierung durchzusetzen, begrenzt.

(Waike [SPD]: Es gibt auch noch eine dritte Möglichkeit!)

Hinzu kommt, daß radikale Feministinnen mit der Politik des Hauses unzufrieden sind und einen Arbeitskreis als dringend notwendige Ergänzung zur Politik des Frauenministeriums schaffen wollen. Das zeigt die Palette von Schwierigkeiten auf, die das Frauenministerium innerhalb dieser Regierung und der sie tragenden Mehrheiten wohl haben muß.

Die FDP ist der Ansicht, daß das Frauenministerium ebenso wie die Frauenbeauftragte in den letzten vier Jahren der CDU-FDP-Landesregierung zusammen mit ihren Mitarbeitern wichtige Aufgaben im Lande Niedersachsen zu leisten hat.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Wir begrüßen es, daß in diesem Haushalt Maßnahmen zur Gleichberechtigung von Frauen von der neuen Regierungsmehrheit kontinuierlich weitergeführt werden.

(Waike [SPD]: Wenn Sie zustimmen, nehmen wir das „kontinuierlich“ gern auf!)

Ich erwähne die Unterstützung von Frauenhäusern, Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen in das Berufsleben, Beratungsstellen für mißhandelte Kinder und Frauen, um nur einige wenige Punkte zu nennen.

Daß diese Maßnahmen weiterentwickelt, auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden und gegebenenfalls geändert werden müssen, ist eine dauerhafte Aufgabe und keine neue Politik.

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP]. — Waike [SPD]: Bis jetzt könnten Sie doch immer noch zustimmen! Aber jetzt kommt sicher ein Aber, fürchte ich!)

Richtungweisend allerdings ist rot-grüne Politik meines Erachtens im Finden von frauenpolitischen Zwangsmaßnahmen. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Zwang schadet der Frauenpolitik, wie dies in jedem anderen Politikfeld auch der Fall ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Bei den kommunalen Frauenbeauftragten schlägt die Landesregierung den falschen Weg ein. Auch hier bedeutet Politik Druck von oben. Wo bleibt denn da die Basisforderung von Rot-Grün nach Demokratie und Autonomie?

Festzustellen ist doch, daß die über 100 Frauenbeauftragten schon jetzt ohne gesetzlichen Zwang arbeiten. Das ist eben der politische Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir haben unter Umständen auch noch die Zeit, abzuwarten, bis die Frauen ihre Wünsche in die Kommunalparlamente einbringen.

(Beifall bei der FDP.)

Wir meinen nämlich, daß die kommunalpolitische Ebene die richtige ist. Ich finde, wir sollten entsprechend verfahren und nicht mit Zwang arbeiten.

Ihr Gesetzentwurf, der durch eine Richtlinie noch perfektioniert werden soll, zeigt meines Erachtens Ihr Verständnis von Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Gleichzeitig — das kann ich aus meiner kommunalpolitischen Erfahrung sagen — verhindern SPD und Grüne auf gemeindlicher Ebene die Bildung von Ausschüssen für Gleichberechtigung und Frauenfragen.

(Beifall bei der FDP.)

Ich meine, auch die gewählten Ratsmitglieder hätten die Pflicht, in einem solchen Ausschuß an dieser wichtigen Aufgabe mitzuarbeiten. Es ist doch sehr merkwürdig, wenn sie das nicht tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Sie sollten Ihre Kommunalpolitikerinnen auf der Landesebene wirklich einmal darüber informieren.

Als PR-Gag hat Frau Schoppe in „Hallo Niedersachsen“ dem Nikolaus die Rute abgenommen. Jetzt bekommen die Kommunen die Rute von rot-grüner Frauenpolitik zu spüren.

(Waike [SPD]: Ich dachte, das sei im Landtag gewesen!)

Ich muß dazu aber auch noch folgendes anmerken: In Ihrem Haushalt ist kein Pfennig für kommunale Frauenbeauftragte ausgewiesen. Das müssen die Kommunen auch noch aus ihrem Topf bezahlen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ein weiterer Kritikpunkt ist das Gesetz zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Die Landesregierung trägt Schuld am Abtreibungstourismus von niedersächsischen Frauen über die Landesgrenze hinaus.

(Beifall bei der FDP. — Frau Hoops [Grüne]: Wie bitte?)

Frau Lenke

Die FDP hat schon im November 1990, vor einem Jahr, den Antrag zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch gestellt. Hätte die rot-grüne Mehrheit unseren Antrag zügig beraten und angenommen, könnten wir heute sagen: Niedersächsische Frauen können beim Arzt ihres Vertrauens den Abbruch vornehmen lassen und brauchen nicht in andere Bundesländer zu fahren.

(Beifall bei der FDP.)

Daß das heute nicht möglich ist, haben Sie hier zu verantworten.

(Hildebrandt [FDP]: So ist es!)

Ein weiterer wichtiger Punkt für die FDP-Fraktion in Verbindung mit den Hochschulen sind die Kindertagesstätten für Studentinnen, Verwaltungspersonal und wissenschaftliches Personal. Wir halten es wirklich für dringend erforderlich, daß die Landesregierung Kindertagesstätten an Hochschulen besonders unterstützt und fördert. Finanzielle Mittel für den Bau von Kinderbetreuungsplätzen hat der Bund in seinem Hochschulbauförderungstopf zur Verfügung gestellt. Aus rein ideologischen Gründen beantragt Niedersachsen diese Mittel nicht und läßt Studentinnen, Verwaltungspersonal und wissenschaftliches Personal im Regen stehen.

Des weiteren muß ich bei diesem Punkt die Bundesregierung loben — weil Sie sie immer kritisieren, muß man das hier einmal sagen —; denn sie stellt auch Geld für die Kinderbetreuung aus Möllemann I und Möllemann II zur Verfügung. Frau Schuchardt weigert sich anzuerkennen — ich habe eine aktuelle Antwort auf eine Kleine Anfrage, aus der ich das entnehme —, daß es auch ihre Aufgabe ist, die Grundlage für gleiche Voraussetzungen von Männern und Frauen an Hochschulen zu schaffen. Dazu gehören unserer Meinung nach auch Kindertagesstätten an Universitäten und Hochschulen. Da lobe ich mir Minister Hiller,

(Was? bei der FDP — Oh! bei der CDU — Hildebrandt [FDP]: Er ist ganz erschrocken!)

der an Landeskrankenhäusern Kinderbetreuungsstätten eingerichtet hat. Frau Schuchardt, Sie könnten sich daran ein Beispiel nehmen.

Meine Damen und Herren! Bei allen wünschenswerten Maßnahmen muß auch beachtet werden, daß das Frauenministerium nur im Rahmen der Gesamtfinanzen des Landes planen kann. Im Gesamthaushalt steuern wir auf eine höhere Verschuldung zu. Viele wünschenswerte Ausgaben

werden heute schon mit Kreditmitteln bezahlt, auch die des Frauenministeriums. Deshalb kann und darf eine atomisierte Förderung von Projekten nicht Aufgabe des Landes sein. .

(Zustimmung von Hildebrandt [FDP].)

Fazit: Vorhaben der CDU-FDP-Landesregierung werden weitergeführt — das begrüßen und unterstützen wir. Gesetzliche Regelungen auf Kosten der Gemeinden werden geschaffen — das lehnen wir ab. Gesetzesvorhaben, initiiert vom Frauenministerium werden zu spät vorgelegt — das kritisieren wir.

Frau Schoppe, die FDP fordert Sie auf, weiter für die Frauen zu streiten, rigide Maßnahmen zu unterlassen, Überzeugungsarbeit vor Ort zu leisten und so positive Signale auszusenden, damit in unserem Land die Gleichberechtigung in großen Schritten vorangeht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Dr. Blanke:

Meine Damen und Herren, ehe ich Frau Ministerin Schoppe aufrufe und die Sitzungsleitung an den Kollegen Jahn weitergebe, muß ich noch einmal auf die denkwürdige Debatte gestern zu Punkt 14 zurückkommen, weil der betreffende Abgeordnete gerade im Saal ist. Ich habe noch einen dritten Ordnungsruf zu verhängen. Ich hatte angekündigt, daß ich das Protokoll durchsehen würde, weil ich die Äußerung nur zur Hälfte verstanden hatte. Ich habe das Protokoll heute durchgesehen und überhaupt nichts über die Äußerung gefunden. Ich hatte den ersten Teil aber genau gehört und habe deswegen noch einmal nachgefragt. Ich habe daraufhin die Auskunft bekommen, das sei ein Fall, der nur alle paar Jahre einmal vorkommt. Just in dem Moment hat es einen Wechsel bei den Stenografen gegeben, und jeder von beiden dachte, der andere habe es protokolliert. Ich finde hier die Notiz:

„Aufgrund der Prüfung der Tonbandaufzeichnung läßt sich folgender Zwischenruf — der Stimme nach des Abgeordneten Deike —“

— von dem hatte ich es gehört —

„identifizieren: 'Der spinnt nicht nur, der ist nicht ganz fertig!'“

Herr Abgeordneter Deike, ich erteile Ihnen dafür einen Ordnungsruf.

(Zuruf: Unerhört! — Unruhe.)

Meine Damen und Herren, am nächsten Tag klingt so etwas im Rückblick manchmal ganz lustig. Ich glaube aber, wir sollten uns bemühen, zwischen harten, sachlichen Angriffen und Herabsetzungen der Person, wie sie leider immer wieder einmal vorkommen, zu unterscheiden. Gestern war das ungewöhnlich häufig der Fall.

Frau Ministerin Schoppe!

Schoppe, Frauenministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin neulich in einem Gespräch gefragt worden, was mir an meiner Arbeit Spaß macht und was mich aufregt. Darauf habe ich gesagt: Es regt mich auf, daß ich es mit so vielen Analphabeten des Feminismus zu tun habe.

(Vizepräsident Jahn übernimmt den Vorsitz.)

Dabei habe ich einen ganz einfachen Begriff von Feminismus zugrunde gelegt. Ich hätte auch sagen können: Ich treffe noch zu viele Torftrottel, die nicht begriffen haben, daß die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen noch nicht durchgesetzt ist, und die auch nicht begreifen, daß man dafür begleitende Maßnahmen braucht. Diesen einfachen Begriff von Feminismus habe ich zugrunde gelegt.

Ich wollte dies am Anfang meiner Ausführungen sagen, weil Sie eine Zeitungsnotiz aufgegriffen haben, wonach sich eine feministische Gruppe gegründet hat, die sich vorgenommen hat, das Frauenministerium kritisch zu begleiten. Wenn man eine kritische Begleitung erhält, kann dies eigentlich nie schaden.

Als wir damals vor 20 Jahren in den feministischen Gruppen gesessen haben, waren wir kleine Zirkel von Frauen — meistens Frauen an den Universitäten —, die über Feminismus diskutiert haben, die theoretische Schriften gelesen haben, die ihr eigenes Leben bewertet haben und dabei festgestellt haben, daß das, was sie erleben, keinen Sonderfall darstellt, sondern daß dies andere Frauen auch so erleben.

Vizepräsident Jahn:

Frau Ministerin, der Kollege Ontijd möchte Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

Ontijd (CDU):

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage? Können Sie definieren oder erklären, was Sie mit dem Begriff Dorf- oder Torftrottel meinen?

Schoppe, Frauenministerin:

Ach nein, das möchte ich jetzt nicht.

(Senff [SPD]: Das mußt du gerade fragen! — Heiterkeit. — Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

— Ich denke, die Frage ist durch den Zwischenruf beantwortet worden.

(Heiterkeit.)

Ich möchte noch etwas zum Feminismus, zu seiner Geschichte sagen. Wir haben damals zusammengesessen und die Theorie des Feminismus diskutiert, die inzwischen Allgemeingut ist. Das, was wir damals diskutiert haben, was für uns sozusagen neu war, gehört heute auf jeden Fall unter den Frauen zum Allgemeingut. Man weiß z. B., daß es eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gibt. Man weiß, daß es eine besondere Unterdrückung der Frau aufgrund des bestehenden § 218 gibt.

Heute, wo wir eine offene, eine multikulturelle Gesellschaft sind, kann man aber nicht mehr ohne weiteres an vielen Begriffen des Feminismus festhalten. Wir haben in unserer Gesellschaft Frauen aus anderen Kulturen. Es wird höchste Zeit, daß wir uns mit diesen Frauen zusammensetzen und ihnen nicht im Sinne von Hochmut den Feminismus der weißen europäischen Frauen als das vorsetzen, was der Weisheit letzter Schluß ist. Diese Diskussion über Feminismus steht jetzt tatsächlich an.

Frau Pawelski, nachdem Sie mich so umarmt haben,

(Frau Pawelski [CDU]: Das ist nicht wahr!)

was mir wieder fürchterlich schaden wird — ich sehe schon einige Artikel auf mich zukommen —, bin ich ganz froh darüber, daß an der Stelle der Geilheit der Frauen wieder die Differenzen deutlich geworden sind. Ich meine, auch noch an anderen Stellen gibt es sehr große Differenzen, nicht nur bezogen auf die Streichung des § 218, sondern beispielsweise auch dort, wo es um Gewalt in der Familie geht. Es kommt nicht von ungefähr, daß Sie gerade dieses Thema heute nicht aufgenommen haben. Nach wie vor gehört das Thema der Gewalt in der Familie — von den Vätern sexuell mißhandelte Mädchen, von den Männern vergewaltigte Frauen — noch nicht so richtig zu Ihrem Repertoire. Diese Probleme haben offensichtlich mit Familie zu tun, und es ist peinlich, daß man zugeben muß, daß Familie nicht nur schön ist. Sie umgehen dieses Thema immer. Das kann man einmal so feststellen.

Frau Schoppe

Auch kann man es nicht so machen, daß man sagt: Frau Schoppe ist für Tagesmütter. — Ob ich für oder gegen Tagesmütter bin, ist überhaupt nicht die Frage. In Niedersachsen werden etwa 10 000 Kinder von Tagesmüttern betreut. Meine Frage ist nur: Lassen wir diese Mütter mit ihrem geringen Gehalt, nicht versicherungspflichtig abgesichert und ohne Weiterbildungsmaßnahmen? Ob wir dafür oder dagegen sind, ist überhaupt nicht mehr die Frage. Es gibt einfach die Tagesmütter. Ähnlich ist es bei vielen Projekten. Es ist falsch, bestimmte Projekte zu vereinnahmen. Wir können nicht sagen: Wir machen jetzt außerhäusliche Kinderbetreuung in einer großen Anstrengung, deshalb ist es ausschließlich eine SPD- und Grünen-Maßnahme. Das ist ja nun schon Allgemeingut, daß wir außerhäusliche Kinderbetreuung brauchen. Deswegen können Sie nicht für sich bestimmte Projekte reklamieren und sagen: „Das ist jetzt CDU-Politik.“ Ich denke gerade einmal an die Hebammengeschichte. Ich kann mich noch gut daran erinnern. Nachdem es Mitte der 60er Jahre unmodern geworden war, mit einer Hebammenhilfe zu Hause zu entbinden, und es einfach modern war, ins Krankenhaus zu gehen und dort unter klinischen Zuständen zu entbinden, waren es mehr die Leute aus alternativen Bereichen — also eine etwas andere Kultur, als sie hier vielleicht auf einer Seite versammelt ist —, die als erste wieder auf Hebammen zurückgegriffen haben. Ich sage das nur einmal beispielhaft. Man kann viel darüber reden, wer was und wo erfunden hat.

Ich will damit nur sagen: Es geht heute einfach nicht an, daß eine bestimmte Partei bestimmte Projekte sozusagen für sich vereinnahmt und sagt: „Das ist mit unserer Politik verbunden.“ Das ist heute schlichtweg Quatsch.

Ich komme jetzt zu den Frauenprojekten. Ich weiß, daß die Maßnahmen für die Frauenprojekte von vielen hier im Hause nicht verstanden worden sind. Man muß sehen, viele der Frauenprojekte, die wir aus unserem Topf unterstützt haben, sind Selbsthilfemaßnahmen. Ich glaube, daß Selbsthilfemaßnahmen just dort eingreifen und notwendig und richtig sind, wo Bedürfnisse entstehen, die von den bestehenden Strukturen nicht aufgefangen werden können. Das ist der Charakter von Selbsthilfeprojekten, die sozusagen immer in den Lücken entstehen, wo Bedarf ist und wo andere einfach nicht hinreichen. Diese zu unterstützen finde ich eine wichtige und notwendige Maßnahme.

Gerade weil wir eben über Gewalt gegen Frauen geredet haben, sage ich Ihnen auch: Man muß

Frauenprojekte auch im Sinne von Prävention sehen. Denn eines wissen wir sicher: Gewalt entsteht, weil es ein Geschlechterverhältnis gibt. Aber Gewalt braucht immer noch bestimmte andere Konnotationen, ehe sie sich in der Familie manifestiert. Eine dieser Ursachen, die dazukommen kann, ist Isolation. Sobald man die Isolation aufbricht, indem man den Frauen die Möglichkeit gibt, hinauszugehen, sich mit anderen Frauen zu beraten — schon dann, wenn die Gewaltspirale noch ganz unten ist —, sind die Möglichkeiten für die Frauen viel besser, sich gegen Gewalt zu wehren oder einfach die Familie zu verlassen, weil sie sich das nicht gefallen lassen wollen. Auch deshalb muß man einfach die Frauenprojekte unterstützen.

(Zustimmung bei der SPD.)

Wenn wir Frauenprojekte unterstützen, dann ist das doch nur ein Ausdruck davon, daß viele Kommunen hier einfach nichts begriffen haben. Sie können gerne dorthin gehen und dafür sorgen, daß die Kommunen es machen. Viele Kommunen haben einfach nicht begriffen, daß man diese Frauenprojekte tatsächlich unterstützen muß. Sonst würden wir das gar nicht machen müssen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den Grünen.)

Nun zu den Kinderschutzzentren. Es ist ja eine schöne Überlegung zu sagen: „Wir machen im nächsten Jahr neben dem ersten Kinderschutzzentrum, das wir aufgemacht haben, zwei weitere auf.“ Ich will Ihnen einmal sagen: Das ist nicht so einfach. Wir haben uns eine Drittelfinanzierung vorgestellt. Das heißt, ein Drittel bezahlt das Land, ein Drittel bezahlt die Stadt, und ein Drittel bezahlen die umliegenden Kommunen. Dann müssen die vor Ort arbeitenden Initiativen, die ein Kinderschutzzentrum aufbauen, doch erst einmal das Feld soweit bereitet haben, daß auch die Stadt und die Kommune mitbezahlt. Und bei den Mädchenhäusern sehen wir ja auch, wie schwierig das ist. Wir haben eine Initiative, die das im nächsten Jahr hinkriegen wird, und für diese Initiative haben wir das Geld im Haushalt. Die nächste braucht noch ein Jahr und bekommt das Geld erst später.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Es steckt eine bestimmte Logik dahinter.

Nun zum Frauenbeauftragtengesetz. Wir haben ja schon einmal darüber diskutiert, ob es nun ein Zwangsgesetz ist. Es sind ja über Gesetz auch andere Personen eingesetzt worden, zum Beispiel Datenschutzbeauftragte. Da hat man auch nicht von Zwang gesprochen. Frauenpolitik, wenn sie

gut sein soll, steht und fällt damit, wieweit es gelingt, Netzwerke für Frauen aufzubauen. Zu diesem Netzwerk, das wir aufbauen wollen, gehören die Frauenbeauftragten. Das haben manche Kommunen wirklich nicht begriffen. Das kann man hier ganz deutlich sagen. Man kann ja feststellen, wer das nicht begriffen hat. Deswegen sagen wir: Wir machen ein Gesetz, das schiebt, damit die Frauen vor Ort diese hauptamtliche Frauenbeauftragte besser durchsetzen können. Darüber kann man anderer Meinung sein, aber das ist die Meinung der Landesregierung, und ich finde, das ist eine richtige Meinung.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich will ganz schnell noch etwas zu dem Bereich Frauen und Erwerbstätigkeit sagen. Nach dem Gutachten, das wir haben erstellen lassen, haben wir 110 000 registrierte erwerbslose Frauen. In der stillen Reserve haben wir aber noch einmal 150 000 bis 160 000 Frauen, so daß dies ein Riesenpotential von erwerbslosen Frauen ist. Wir haben nun gesagt: Mit dem Zwei-Millionen-Topf, den wir für Frauenerwerbstätigkeit haben, versuchen wir erst einmal strukturell einzugreifen. So haben wir die Koordinierungsstellen aufgebaut. Ich kann mit Stolz sagen: Ich habe auf der Frauenministerkonferenz gehört, daß sehr viele andere Länder auch diese Koordinierungsstellen mit dem Verbundsystem einrichten wollen. Wir in Niedersachsen aber, obwohl das Frauenministerium neu ist, sind mit diesem Verbundsystem am weitesten gediehen. Das halte ich für eine tolle Maßnahme, weil über das Verbundsystem den Frauen während der Familienphase angeboten wird, durch Weiterbildung, Urlaubsvertretung, Schwangerschaftsvertretung den Kontakt zum Betrieb zu halten, zur Erwerbsarbeit überhaupt. So fallen sie nicht in ein schwarzes Loch. Wenn sie nach der Familienphase weiterarbeiten wollen, müssen sie sich nicht erst durch Weiterbildungsmaßnahmen wieder an die Erwerbsarbeit heranarbeiten.

Ein letztes Wort in bezug auf das Sozialministerium. Übrigens fällt mir beim Wort Sozialminister ein: Natürlich muß es möglich sein, ein paar Ideen zu äußern. Was ich jetzt sage, haben Sie noch gar nicht gehört, und Sie werden wieder staunen. Ich könnte mir zum Beispiel gut vorstellen, wenn wir hier in der Landesregierung in einer nächsten Runde Pärchen aus Ministerin und Staatssekretär bilden, immer ein Mann und eine Frau an der Spitze jedes einzelnen Hauses.

(Beifall bei den Grünen und von anderen Fraktionen.)

Ich kann mir gut vorstellen, eine Wirtschaftsministerin zu haben. Ich kann mir gut vorstellen, eine Finanzministerin zu haben.

(Starke Unruhe. — Zuruf von der SPD: Ich möchte bei Ihnen Staatssekretär werden!)

Man hat ja auch seine eigene Passion, das weiß auch der Kulturminister: Ich hätte am Anfang ja gern die ganze Jugendhilfe gehabt, aber die haben sie mir nicht gegeben. Ich hätte auch gern Gesundheitspolitik gemacht oder die ganze Sozialpolitik, das weiß man auch! Das kann man doch sagen, das sind doch Wünsche! Ich finde, mit der Bescheidenheit der Frauen sollte es jetzt einmal ein Ende haben.

(Beifall bei den Grünen.)

Ganz zum Schluß: Der Sozialminister hat eine Landesberatungs- und Informationsgesellschaft für soziale Betriebe eingerichtet, die den schönen Namen LaBIB hat. Das Frauenministerium ist in die LaBIB mit einer Frauen-LaBIB eingestiegen. Wir haben nämlich aus unserem Zwei-Millionen-Topf zweieinhalb Stellen in diese Beratungsstelle gegeben, und zwar ausdrücklich zur Unterstützung und Beratung von Frauenprojekten und zum Heranziehen von Europageldern. Ich finde, das ist eine tolle Sache, und wir haben auch schon gute Rückmeldungen bekommen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren! Wir können den Bereich Gleichberechtigung und Frauenfragen verlassen.

Ich möchte Ihnen zu Ihrer Information quasi als Zwischenstand die zeitlichen Vorgaben mitteilen. Nach der Vereinbarung im Ältestenrat stehen noch zur Verfügung: für die SPD-Fraktion bis zu 29 Minuten, für die CDU-Fraktion bis zu 23 Minuten, für die FDP-Fraktion bis zu 21 Minuten und für die Fraktion der Grünen bis zu 20 Minuten. Die Landesregierung hat ihr Zeitkontingent schon um 36 Sekunden überzogen.

(Heiterkeit.)

Ich knüpfe dort an, wo der Kollege Blanke vorhin aufgehört hat. Ich bitte Sie zu berücksichtigen, daß wir nach dem gegenwärtigen Zeitfahrplan für die Beratungen allein aufgrund der Kontingente der Fraktionen noch eineinhalb Stunden vor uns haben. Die Beratung wird in dem Maße verlängert, in dem die Mitglieder der Landesregierung bei den letzten beiden Blöcken noch eingreifen.

Vizepräsident Jahn

Nach dem Plan, der gemeinsam vereinbart worden ist, kommt jetzt der Bereich Jugend und Sport, Bildung, Wissenschaft und Kultur. Das sollte eigentlich getrennt behandelt werden. Es ist aber hier bekanntgeworden, daß bei einer großen Fraktion alle Bereiche wohl von einem Sprecher behandelt werden sollen, so daß ich Ihnen vorschlage, daß wir bei den Bereichen Jugend und Sport auf der einen Seite und Bildung, Wissenschaft und Kultur auf der anderen Seite keine strikte Trennung vornehmen, sondern die Beratung verbinden. — Sie sind einverstanden. Dann können wir so verfahren.

Zum Bereich Jugend und Sport rufe ich den Kollegen Dr. Schneider auf. — Bitte sehr!

Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Jugendpolitik sieht diese rot-grüne Landesregierung ganz schön alt aus.

(Zustimmung bei der CDU.)

Betrachtet man die Umsetzung der wichtigsten Gesetzesvorhaben in diesem Bereich, nämlich das Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz und das Kindertagesstättengesetz, so könnte man meinen, daß Kultusminister Wernstedt statt des Niedersachsenrosses die Schnecke zum Wappentier erkoren hat.

(Zustimmung bei der CDU. — Kuhlmann [CDU]: Er sieht ja auch so aus!)

Das zeigt sich häufig an ganz unwesentlichen Dingen. So ist bei meiner Kleinen Anfrage zum Kinder- und Jugendhilfegesetz erneut die vom Ministerpräsidenten festgezurte Monatsfrist zur Beantwortung folgenlos verstrichen.

Daß die Landesregierung nicht weiterkommt, zeigt sich aber auch daran, daß sie bis heute kein Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz auf den Weg gebracht hat, obwohl das entsprechende Bundesgesetz bereits am 26. Juni 1990, also vor eineinhalb Jahren, verabschiedet wurde. Diese unverantwortliche Trödelei hat zur Folge, daß die Jugendhilfeausschüsse nach der Kommunalwahl zunächst nach altem Recht gebildet wurden und nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes erneut gebildet werden müssen. Die Mehrkosten — auch dies ist typisch für diese Landesregierung — werden dabei auf die Kommunen abgewälzt.

Der Niedersächsische Städtetag kommentiert das entsprechend. Er schreibt in seinen Nachrichten vom September dieses Jahres: „Schwache Lei-

stung — dabei hätte das Land reichlich Zeit gehabt.“ — Dem ist nichts hinzuzufügen.

Das gleiche gilt mindestens ebenso für das Kindertagesstättengesetz, eigentlich eine wichtige und ernste Angelegenheit, die mittlerweile jedoch landesweit zur ganz großen Lachnummer geworden ist. Jeder Erzieherin zwischen Wittmund und Wolfsburg ist inzwischen klar geworden, daß — ich zitiere unseren Kollegen Kirschner — „die politische Selbstverpflichtung der SPD Niedersachsens für die Regierungstätigkeit nach der Landtagswahl“, nämlich Personalkostenzuschüsse in Höhe von 100 %, nichts anderes war als eine dreiste Wahlkampfplüge.

(Zustimmung bei der CDU.)

Auch von den angeblich noch verbliebenen 20 %, mithin nur noch ein Fünftel des Wahlkampf-kuchens, ist im Haushaltsplan 1992 weit und breit nichts zu sehen. Hoffentlich lösen sich nicht auch noch diese 20 % in heiße Luft auf.

Fast könnte einem unser Kollege Karl-Heinz Mühe, der zur Zeit leider nicht in diesem Hause sitzt, leid tun, der am 14. Juni dieses Jahres laut- hals verkündet hat, daß das — ich zitiere — „ge- plante Kindertagesstättengesetz für Niedersachsen inzwischen so weit vorbereitet ist, daß es nach den Sommerferien in die offizielle Anhörung gehen kann“. — So der „Nord-Report“ vom 14. Juni.

(Klare [CDU]: Der weiß schon, warum er nicht da ist!)

Nun ist er natürlich ein gewiefter Politiker — wir kennen ihn alle —, und wird jetzt — Weihnachten steht vor der Tür — sagen, daß er gar nicht die Sommerferien 1991, sondern die Sommerfe- rien 1992 gemeint habe. Vielleicht widersprechen Sie mir. Vielleicht waren es ja auch die Sommer- ferien 1993.

Der jüngste Terminplan der Landesregierung, der — man weiß das ja nie — vielleicht schon wieder Makulatur geworden ist, sieht jedenfalls vor, daß der Entwurf des Kindertagesstättengesetzes das Parlament erst im Juni 1992 erreichen wird, also nicht weniger als zwei Jahre nach Regierungsan- tritt. Wahrlich eine stolze Leistung, meine Da- men und Herren von der Koalition.

Da Sie uns die Kosten dafür auch in der mittelfri- stigen Finanzplanung verschweigen — auch dort steht keine Mark dafür drin —, mußte der Fi- nanzminister, der einem ja nicht nur in dieser Hinsicht leid tun kann, eingestehen, daß er hier ein Haushaltsrisiko in Höhe von 100 Millionen DM pro Jahr sieht. Auch diese Tatsache müssen

wir zu den Risiken, über die wir gestern und heute schon gesprochen haben, noch hinzuziehen. Was immer Sie jetzt auch einbringen mögen, Ihren politischen Kredit beim Kindertagesstätten-gesetz haben Sie im Lande und bei den beteiligten Gruppen schon lange verspielt. Ich zitiere jetzt einmal aus einem Flugblatt, das eine Selbsthilfeeinrichtung, nämlich der Arbeitskreis Tages-einrichtungen für Kinder in der Region Osnabrück, an ihre Mitglieder am 6. Dezember geschickt hat. Sie schreibt:

„Der Referent aus dem Kultusministerium stellte dabei die Grundzüge des geplanten Gesetzes vor, die unseres Erachtens kaum noch die ehemals ehrgeizigen und fortschrittlichen Vorstellungen der Koalitionsparteien erkennen lassen und in vielen Kernfragen auch den von uns vorgesehenen pädagogischen Erfordernissen nicht entsprechen.“

Ein Armutszeugnis erster Güte; ein Begräbnis erster Klasse.

(Beifall bei der CDU.)

Auch im Hinblick auf die Sportförderung muß der Landesregierung die Rot-grüne Karte gezeigt werden. Man könnte fast hoffen, daß unser Landtagskollege Udo Köneke, der ja Vorsitzender des Ausschusses für Jugend und Sport und zu seiner persönlichen Tragik — ich darf dies an dieser Stelle sagen — auch noch Vizepräsident des Landessportbundes ist —, amtsmüde wird, wenn er das mittragen muß, was der Kollege von Hofe vom Koalitionspartner der SPD-Fraktion hier am 24. Oktober über die Sportpolitik der Landesregierung ausgeführt hat. In der Debatte über unseren Entschließungsantrag am 24. Oktober sagte er — ich zitiere —:

„Im Einzelplan 07 kann es bei dem Bereich Jugend und Sport nicht darum gehen, für den Sport das Maximale herauszuholen. Deshalb werden wir im Sportbereich etwas kürzen.“

Das haben Sie im Haushalt zu Lasten des Sportstättenbaus nun auch getan. — Es kommt aber noch besser. Ich zitiere den Kollegen von Hofe erneut:

„Ich sage, daß die Förderung des Spitzen- und Leistungssports nicht Angelegenheit der Länder ist. Deshalb werde ich dafür eintreten, daß beim Olympia-Stützpunkt Hannover/Wolfsburg das Land Niedersachsen die Stellen für die 20 beschäftigten Sportlehrerinnen und -lehrer abzieht und daß das Geld hierfür nicht mehr eingestellt wird.“

Wie ich Kultusminister Wernstedt kenne, wird er diese Kürzung auch noch als seinen Beitrag zum Kienbaum-Gutachten feiern und das Ganze dem Finanzminister als Erfolgsbilanz verkaufen.

Ich möchte Ihnen ein weiteres Zitat von Herrn von Hofe nicht vorenthalten. In der genannten Landtagssitzung führte er aus — jetzt wird es wirklich dreist —, „daß die Vereine mit Statistiken nach Strich und Faden betrügen, nur um an das Geld heranzukommen.“ Das ist nachzulesen in dem Protokoll über jene Plenarsitzung.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Dr. Schneider, der Kollege Köneke möchte Ihnen eine Frage stellen.

Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]:

Das kann er gern tun.

Vizepräsident Jahn:

Bitte sehr!

Köneke (SPD):

Danke, Herr Dr. Schneider. Ich frage Sie: Können Sie anhand einer Zahl belegen, wo diese Landesregierung im Sportbereich gekürzt hat? Sie haben ja entsprechende Vergleiche zu der vorherigen Landesregierung gezogen. Können Sie die Behauptung, die Sie eben aufgestellt haben, anhand von Zahlen belegen?

Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]:

Das kann ich Ihnen belegen. Wir haben im Haushaltsplan für 1992 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3 Millionen DM für den Sportstättenbau ausgewiesen. Früher belief sich diese Verpflichtungsermächtigung auf 5 Millionen DM. Das ist eine Kürzung um 2 Millionen DM.

(Beifall bei der CDU. — Zurufe von der SPD.)

Es wäre schön, wenn Sie Ihren eigenen Haushalt einmal lesen würden. Lesen Sie es doch bitte einmal nach.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Dr. Schneider, wollen Sie weitere Zusatzfragen zulassen?

Dr. Schneider (Isernhagen)

Dr. Schneider (Isernhagen) [CDU]:

Nein, nein.

(Zuruf von der SPD: Er hat Angst!)

— Wir haben die Debatte ja eröffnet. Sie können sich gleich noch zu Wort melden. Wenn Ihre Fraktionen es Ihnen nicht gestatten, hier am Pult zu reden, dann müssen Sie sich in Ihren Fraktionen und nicht hier im Plenum zu Wort melden.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte damit nur sagen, daß dieser Verbalradikalismus zeigt, daß Schützen- und Sportvereine jetzt mitten ins Feindbild der rot-grünen Politik gerückt sind. Für mich persönlich — das möchte ich an dieser Stelle bekennen — sind Sportvereine und auch die Schützenvereine ein wichtiges Stück niedersächsischer Realität und Identität.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb werden wir als CDU-Fraktion alles daransetzen, daß Vereins- und Leistungssport in Niedersachsen nicht dafür bezahlen müssen, daß sie nicht in die rot-grüne Ökoidylle hineinpassen.

Abschließend möchte ich noch einen weiteren Punkt erwähnen: Sie sind wahrscheinlich im wahrsten Sinne des Wortes an der durch die Niedersächsische Elterninitiative gegen den Mißbrauch der Religion e. V. vorbereiteten Ausstellung „Destruktive Kulte“ vorbeigegangen. Zu diesem Thema haben wir im September-Plenum eine Große Anfrage gestellt, die vom Kultusministerium — auch nach Auffassung der Kollegen der Grünen — nur sehr unzureichend beantwortet worden ist. Diese Haltung wird auch im Landeshaushalt deutlich. Alle möglichen Initiativen und Initiativchen werden von Ihnen unterstützt, für Selbsthilfegruppen dieser Art gibt die Landesregierung jedoch keine einzige Mark aus. Hier setzen Sie falsche Schwerpunkte, hier lassen Sie die Betroffenen, deren Unterstützung in den Debatten des Landtages vollmundig als notwendig anerkannt wird, im Regen stehen. Hier sollten Sie — und das gilt für viele Bereiche — Ihre Kräfte koordinieren, hier sollten Sie Arbeitsgruppen bilden und Ihre doch so reichlich vorhandenen personellen Ressourcen sinnvoll einsetzen. An unserem Willen zur Zusammenarbeit im Bereich Jugend und Sport wird es nicht fehlen. Wir haben das in den Ausschußberatungen immer wieder deutlich gemacht, und ich möchte das an dieser Stelle auch noch einmal unterstreichen.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Schneider (Salzgitter).

(Frau Vogelsang [CDU]: Der erste Schneider war besser!)

Schneider [Salzgitter] [SPD]:

Ich habe ja noch gar nicht angefangen. — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war eigentlich darauf eingerichtet, nach Herrn Horrmann zu sprechen. Jetzt ist die Redezeit aufgeteilt worden. Insofern, Herr Horrmann, werde ich diesmal um den Genuß gebracht, nach Ihnen sprechen zu können. Ich muß mir dann also in Ruhe anhören, wie Sie das geißeln werden,

(Horrmann [CDU]: Sie haben ja wenigstens Genuß dabei, im Gegensatz zu mir, wenn ich Sie höre!)

was Sie selbst angestellt haben. Aber das kennen wir ja schon.

Meine Damen und Herren, das Bildungssystem in Niedersachsen und in der gesamten Bundesrepublik steht, wie wir alle wissen, vor gewaltigen Herausforderungen. Nahezu alle Prognosen haben sich als falsch erwiesen, denn weder die Kindergärten noch die Schulen stehen leer. Wir brauchen auch nicht über Verwendungszwecke für nicht mehr benötigte Hochschullehrer nachzudenken; im Gegenteil: Immer mehr Kinder benötigen einen Kindergartenplatz, die Schüler- und Studentenzahlen steigen an, es kommen qualitative Anforderungen hinzu, die sich aus höheren Ansprüchen der Arbeitswelt zum einen und aus der zunehmenden Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge zum anderen ergeben.

(Puls-Janssen [Grüne]: Ist das bei der CDU schon angekommen?)

Die frühere Landesregierung hat, wie wir alle wissen, diese Zusammenhänge nicht nur ignoriert und war nicht nur untätig, sondern sie hat durch eine Vielzahl von Fehlentscheidungen wesentliche materielle Grundlagen unseres Bildungswesens nachhaltig beeinträchtigt. Dies hindert Sie — wie wir gleich erleben werden — im übrigen nicht daran, die Folgen zu beklagen. Ihnen, meine Damen und Herren, ist zu bescheinigen — dem einen mehr, dem anderen weniger —, daß Sie Bildungspolitik über den Tag hinaus durch Ignoranz gegenüber Eltern, die Kindergartenplätze wollten, durch Stellenstreichungen an Schulen und durch Entscheidungsunfähigkeit im Hochschulbau gestaltet haben.

(Klare [CDU]: Sie täuschen die Wähler, die Eltern!)

Die rot-grüne Koalition hat im Gegensatz dazu die Zeichen der Zeit erkannt. Sie hat in der Koalitionsvereinbarung entsprechende Ziele festgelegt und im Haushalt 1991 sowie in dem nun abschließend zu beratenden Haushaltsplanentwurf 1992 die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Dazu einige Beispiele: Der Kindergartenbereich, den wir hier gerade schon vorgeführt bekommen haben, war lange Zeit das Stiefkind der alten Landesregierung. Das hat nicht Herr Dr. Schneider zu verantworten, sondern z. B. Herr Horrmann oder Herr Klare, der hier vorne sitzt. Noch im März 1990 erklärte der damalige Kultusminister Horrmann, der Kindergartenbereich sei eine ureigene Aufgabe der Kommunen. Er lehnte vor diesem Hause eine verstärkte Landesförderung ab. Nicht mehr als 4 000 neue Kindergartenplätze haben Sie in der 11. Wahlperiode gefördert, und Sie haben dafür 15,5 Millionen DM aufgewandt. Die Bezirksregierungen haben den Gemeinden seinerzeit den guten Rat gegeben, bitte doch keine Anträge zu stellen, da sowieso kein Geld vorhanden sei. Die Anträge sind wegberaten worden. Dabei war seinerzeit schon klar, wohin die Reise geht.

(Röhrs [CDU] zeigt eine rote Karte.)

— Sehr richtig, da hinten hebt ein Kollege die Rote Karte hoch. Herr Horrmann, Sie sollten sich einmal umdrehen; die gilt nämlich Ihnen.

(Zurufe von der CDU.)

— Das haben wir doch nicht zu vertreten, daß Sie nur 4 000 Plätze gefördert haben. Die ganze Misere haben Sie doch zu verantworten!

Was ist denn überall los? Warum fehlen denn soviel Kindergartenplätze? — Weil Sie ignoriert haben, was sich überall an gesellschaftlichem Bedarf aufgestaut hat. Ihre Regierung, Ihr Regierungschef, ist doch nach Bonn gegangen und hat aktiv verhindert, daß bei der Neufassung des Jugendhilferechts das Recht auf einen Kindergartenplatz vorgesehen wurde. Inzwischen haben Sie das doch erkannt und haben sich in einem Maße in die Kurve gelegt, daß Sie wie ein Brummkreisel rotieren.

(Mühe [SPD]: Horrmann ist ein Wendehals!)

— Ja. — Die Zahlen sind seinerzeit gewaltig angestiegen. Sie haben die Entwicklung aber ignoriert. Sie haben diese Entwicklung verschlafen. Sie haben sich am Ende, nach der verlorenen Wahl, um 180 Grad gedreht. Aber es war in der Sache zu spät.

(Zuruf von der CDU.)

— Zu dem, was wir machen, komme ich noch.

Zu den Schülerinnen und Schülern: Auch hier haben Sie völlig daneben gelegen. Gegenüber dem Vorjahr sind im Schuljahr 1990/91 11 000 mehr Schülerinnen und Schüler an den Schulen zu verzeichnen. Im darauffolgenden Schuljahr sind noch einmal mehr als 8 000 zusätzlich hinzugekommen. Die Expansion traf die Schulen unvorbereitet.

(Ach! bei der CDU. — Klare [CDU]: Das habe ich dem Minister in der Haushaltsdebatte gesagt!)

— Ihre Minister? Drei haben Sie in der vorigen Legislaturperiode verschlissen. — Sie haben die Hälfte aller Lehrerplanstellen, die durch Pensionierung frei geworden sind, gestrichen.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Mühe [SPD].)

2 000 Stellen haben Sie gestrichen. Und dann hier rumzuschreien, das ist wirklich unbeschreiblich.

(Horrmann [CDU]: Was haben denn die in Nordrhein-Westfalen gemacht, Herr Schneider?)

Daß ausgerechnet Sie Krokodilstränen beim Thema Unterrichtsausfall weinen, ist ein Ausmaß von Ignoranz, das unübertrefflich ist.

(Klare [CDU]: Ist es schlechter geworden oder nicht?)

Sie haben 2 000 Stellen an den Schulen gestrichen. Ähnlich war es an den Hochschulen. Über dieses Thema müssen wir uns auch noch unterhalten. Obwohl alle Welt weiß, daß die Annahme der Untertunnelung des Studentenberges auf Sand gebaut ist — das ist doch keine Erkenntnis von heute, sondern eine von vorgestern —, haben Sie Stellen gestrichen. Ich sage Ihnen auch, wieviel es waren, nämlich im Saldo in der vergangenen Wahlperiode 241 Stellen an den Hochschulen. Die Schere zwischen Studenten und Personal sollte noch größer werden. Sie haben nämlich 371 Stellen mit kw-Vermerken versehen gehabt. 371 weitere Stellen an den Hochschulen sollten nach dem Willen Ihrer Regierung wegfallen. Wir haben die kw-Vermerke inzwischen beseitigt.

(Zuruf von der CDU.)

— Die Hochschulstandorte wollten Sie auch streichen, wie ich der „Dewezet“ — die war es wohl — entnommen habe. — Sie haben sowohl Lehrerstellen als auch Hochschullehrerstellen gestrichen. Das sind die Fakten aus der vorigen Legislaturperiode, nachlesbar in den Haushaltsplänen der vergangenen Jahre.

Schneider (Salzgitter)

(Horrnann [CDU]: Sie sprechen von Düsselndorf, Herr Schneider?)

Sie haben nicht einmal den Status quo erhalten. Sie haben ihn verschlechtert. Es zieht sich wie ein roter Faden durch Ihre Bildungspolitik:

(Zuruf von der CDU: Denken Sie an Herrn Schwier!)

weniger Geld, weniger Stellen, Nichtbeachten gesellschaftlicher und quantitativer Entwicklungen.

Wir haben im letzten Jahr, meine Damen und Herren, einen Kindergartenbereich übernommen, in dem mehr als 30 000 Plätze im Lande fehlten, von Krippen und Horten nicht zu reden. Wir haben einen Schulbereich übernommen, dessen Lehrerschaft durch jahrelangen Einstellungsstopp und durch Stellenstreichungen für die ansteigenden Schülerzahlen nicht gerüstet war. Wir haben Hochschulen übernommen, an denen die Überlast längst zur Dauerlast geworden war und bei denen Sie trotzdem Stellen gestrichen haben.

Wir haben deutlich gemacht, daß wir diese Defizite erkannt haben und für Abhilfe sorgen wollten. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung festgelegt: 30 000 zusätzliche Kindergartenplätze, mindestens 1 000 Lehrereinstellungen jährlich, 15 000 flächenbezogene Studienplätze.

(Zuruf von Horrmann [CDU]. — Mühe [SPD] — zur CDU —: Ihr wolltet doch abbauen! Ihr hattet doch Minusbeträge in der Mipla! Scharlatan!)

Wie sieht es damit aus? Das Sofortprogramm zur Schaffung von Kindergartenplätzen, das wir aufgelegt haben, ist ein Renner. Ihre Landräte sind doch gekommen und haben in großem Umfang Anträge gestellt. Spitzenreiter bei den Anträgen sind z. B. die Landkreise Wolfenbüttel, Gifhorn oder die Stadt Osnabrück, in der Sie bis zur letzten Kommunalwahl die Mehrheit hatten.

(Horrnann [CDU]: Die Stadt Salzgitter, Herr Schneider!)

— Die Stadt Salzgitter gehört bei den Anträgen nicht zu den Spitzenreitern. — Die hatten also einen Riesennachholbedarf.

(Zurufe von der CDU.)

Unser Programm ist mit 5 000 DM Baukostenzuschuß je Platz und 50 000 DM Personalkostenzuschuß je Gruppe nicht nur deutlich besser dotiert als Ihre alten Programme, es ist auch so bemessen, daß keinerlei Anträge abgelehnt werden müssen. Wir konnten jetzt schon mehr als 15 000

neue Plätze bewilligen. Für 1992 liegen Anträge für weitere 6 900 Plätze vor.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Das ärgert Sie, meine Damen und Herren, weil wir Ihnen vormachen, wie Kindergartenpolitik gemacht werden muß.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Auch im neuen Haushaltsjahr werden wir wieder 33 Millionen DM für Baukostenzuschüsse zur Verfügung stellen. Bei den Personalkosten — der Herr Dr. Schneider hat offensichtlich die Mittelfristplanung nicht richtig lesen gelernt — werden wir über 106 Millionen DM aufwenden.

(Klare [CDU]: Wieviel Prozent?)

Das sind 30 % mehr, Herr Dr. Schneider, als die alte Mipla Ihrer Regierung ausgewiesen hat. Gucken Sie mal nach; 30 %!

(Klare [CDU]: Aber 80 weniger als versprochen!)

Dann werden Sie feststellen, daß Sie 77,7 Millionen DM für den gleichen Bereich ausgeben wollten. Wir liegen um 69 % über Ihren alten Ansätzen. Mehr als das Doppelte werden wir 1993 für den Kindergartenbereich ausgeben, als Sie ausgeben wollten.

(Klare [CDU]: Das sind aber 200 %!)

Im Schulbereich bleiben wir bei unserer Linie. Im kommenden Haushaltsjahr, Herr Klare, werden wir 1 350 Lehrkräfte neu einstellen. Damit werden die Schulen trotz weiter steigender Schülerzahlen in der Lage sein, ihren Lehrauftrag zu erfüllen. Bis zum Ende der Legislaturperiode werden wir 5 600 Neueinstellungen vorgenommen haben, davon rund 2 300 auf neuen Stellen. Sie haben 2 000 Stellen gestrichen — wir schaffen 2 300 neue Stellen. Das ist ein Unterschied, ein qualitativer Unterschied, den auch alle begreifen, nur Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Bei den Hochschulen sieht es ähnlich aus. Mit dem finanziell abgesicherten und inzwischen angelaufenen Fachhochschulentwicklungsprogramm und dem Hochschulentwicklungsprogramm werden die Weichen gestellt, die erforderlichen zusätzlichen Studienplätze in Niedersachsen zu schaffen. Insgesamt sind im kommenden Haushaltsjahr 234 neue Stellen an den Hochschulen vorgesehen, nachdem wir bereits im laufenden Jahr 300 Stellen schaffen konnten. Die Personalaufwendungen im Fachhochschulbereich liegen mit 152 Millionen DM um 25 % höher als in Ihrer alten Mipla.

(Hormann [CDU]: Die größtenteils der Bund bezahlt, Herr Schneider! Dafür müssen Sie sich bei Herrn Möllemann bedanken!)

— Es tut mir doch leid, Herr Hormann, daß Sie wie auch Ihr Kollege Cassens in Ihrer Regierung immer untergepflegt worden sind. An Ihrem guten Willen hat es doch nicht gelegen. Sie haben sich nur nicht durchsetzen können. Das sieht in dieser Regierung anders aus. Wir haben keine Probleme, gegenüber dem Finanzminister die Notwendigkeiten deutlich zu machen.

(Lachen bei der CDU. — Zurufe von der CDU.)

— Zum Sport komme ich noch. Da sehen Sie genauso alt und häßlich aus.

(Pörtner [CDU]: Darauf warten wir!)

Wir werden in der Mipla bis 1995 für die Fachhochschulen eine Steigerung auf jährlich 199 Millionen DM haben. Sie hatten 122 Millionen DM eingeplant. Allerdings, und das ist das Traurige daran, die praktische Auswirkung, die wirkliche Entlastung braucht ihre Zeit, bis das Personal tatsächlich da ist und als entlastende Wirkung auftritt. Das Reparieren Ihrer Versäumnisse hält uns wirklich arg in Atem.

Wir werden die Einrichtungen des Bildungssystems mit diesem Haushalt und den Folgehaushalten nicht nur befähigen, mit den beschriebenen Herausforderungen zurechtzukommen. Wir werden auch zusätzliche Akzente setzen. Dazu ein paar Stichworte: Erstmals werden wir mit 1,5 Millionen DM die Integration behinderter Kinder im Kindergartenbereich finanziell absichern. Die nächste Stufe der Lernmittelfreiheit wird wieder mit 70 Millionen DM finanziert. Es werden also weitere Schuljahrgänge einbezogen werden können. Für die Hochschulen haben wir eine Reihe von Verbesserungen vorgesehen, u. a. 6,2 Millionen DM zusätzliche Überlastmittel, um als Reaktion auf die schwierige Lage möglichst schnell weitere Lehraufträge zu ermöglichen. Wir haben Stellen bewilligt, zum Beispiel an den Universitätsbibliotheken Lüneburg und Hildesheim, um dort den Betrieb aufrechterhalten zu können. Im übrigen sind auch die ersten Stellen des Hochschulentwicklungsprogramms im Haushalt verankert, damit die Planungen und Stellenausschreibungen beginnen können.

(Klare [CDU]: Ein Schulpsychologe ist dazugekommen!)

— Herr Klare, Sie sollten öfter zuhören. Dann würden Sie nicht so viel Falsches erzählen. Bei

den Schulpsychologen haben wir doch auch ein paar Ihrer Stellenstreichungen inzwischen rückgängig gemacht. Das ist doch die Wahrheit.

(Klare [CDU]: Einer ist dazugekommen!)

Beim § 12 des Haushaltsgesetzes haben wir einige Veränderungen während der Haushaltsberatungen vorgenommen. Die Hochschulen werden damit größere Handlungsspielräume bekommen, und zugleich werden wir die Auflage des Landesrechnungshofs berücksichtigen.

Wir haben im Kulturbereich durch Konzentration auf die Bereiche Literatur, Theater und Soziokultur Akzente gesetzt, und wir haben dort Aufstockungen vornehmen können. Zudem kompensieren wir mit Landesmitteln im Jahre 1992 die im Zonenrand ausfallenden Bundesmittel, d. h. wir übernehmen Verantwortung für die Einrichtungen und für die Veranstaltungen dort, während sich der Bund aus der Verantwortung herauszieht.

Schließlich setzen wir im Erwachsenenbildungsbereich unsere Bemühungen um strukturelle Verbesserungen fort. Im laufenden Haushaltsjahr haben wir einiges über die allgemeinen Tarifierhöhungen hinaus getan, um Personal abzusichern und die allgemeine Finanzhilfe zu erhöhen. Im kommenden Haushaltsjahr werden wir für die Heimvolkshochschulen etwas tun, damit die Tagessätze wieder erhöht werden können. Auch dies ist im übrigen eine Korrektur, die — —

(Hormann [CDU]: Mit Mühe!)

— Mit Mühe mag ja sein. Aber wir korrigieren, Herr Hormann, einen Unfug, den Sie vor zwei oder drei Jahren angerichtet haben. Die kriegen jetzt die alten Sätze wieder, die Sie heruntergekürzt hatten.

(Beifall bei der SPD. — Kohlenbach [CDU]: Weil es Milliardenausfälle beim Förderzins gab!)

Nun zu den Sportstätten. Das kann sich der Herr Pörtner einmal anhören; der war nämlich damals noch nicht daran beteiligt. Deswegen fehlen ihm heute auch ein wenig die Zusammenhänge.

Kurz vor der Landtagswahl haben Sie erstmals eine Verpflichtungsermächtigung aus Landesmitteln — zusätzlich zu Lotto und Toto — in Höhe von 5 Millionen DM eingestellt, und Sie haben gesagt, das sei auf zwei Jahre begrenzt.

(Mühe [SPD]: Auf unseren Antrag hin!)

Wir setzen dies jetzt mit weiteren 3 Millionen DM fort. Wir haben aber noch etwas gemacht, was Sie dem Sport jahrelang verweigert hatten.

(Köneke [SPD]: So ist es!)

Schneider (Salzgitter)

Wir haben nämlich im vorigen Haushaltsjahr die Deckelung der Lotto- und Totomittel erhöht, d. h. wir haben den Deckel angehoben.

(Beifall bei der SPD.)

Der Sport hat das sehr wohl registriert. Unter Rot-Grün bekommt der Sport in Niedersachsen deutlich mehr Geld als zu Ihrer Zeit!

(Beifall bei der SPD. — Pörtner [CDU]: Das ist ja vielleicht eine Mathematik!)

— Das ist überhaupt keine Mathematik! Wenn Sie da nicht durchblicken, Herr Pörtner, dann schlage ich Ihnen vor: Begeben Sie sich von Ihrer Bank zu dem Herrn Vizepräsidenten. Der wird Ihnen das noch einmal genauer auseinandersetzen. Mir fehlt dazu im Moment die Zeit. Aber die Tatsachen sind so, wie ich sie eben dargestellt habe: Der Sport bekommt in Niedersachsen mehr Geld als zu Ihrer Zeit. Da beißt keine Maus den Faden ab.

(Beifall bei der SPD.)

Dies hat auch der Landessportbund anerkannt, der mit der Verpflichtungsermächtigung von 3 Millionen DM, die für 1993 eingestellt worden ist, auch zufrieden ist.

Natürlich kann man das alles beklagen: Das sei zu wenig, oder das sei nicht schnell genug. Das aber wäre eine wenig solide Oppositionspolitik.

(Köneke [SPD]: Sehr wahr!)

Damit komme ich zu dem Kern der heutigen Debatte, nämlich zu Ihrem Haushaltsantrag.

(Klare SPD: Ich habe hier Ihr Wahlversprechen!)

— Heben Sie doch einmal Ihren Haushaltsantrag hoch, Herr Klare. Heben Sie doch einmal dieses blamable Papier hoch, diesen bildungspolitischen Offenbarungseid, den Sie hier zur dritten Lesung des Haushalts 1992 eingebracht haben.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Sie müssen sich doch schämen für das, was Sie dem Hause damit zumuten. Da stellen sich die Bildungspolitiker der CDU-Fraktion hin — wahrscheinlich Herr Horrmann nachher auch noch — und fordern 1 000 zusätzliche Lehrkräfte auf neue Stellen, weil wir sie angeblich im Wahlkampf versprochen hätten, was im übrigen nicht wahr ist. Ist Herr von Wangenheim eigentlich hier? — Nein; das ist schade. Der hat wahrscheinlich gar nicht gewußt, was Sie im Kultusausschuß gemacht haben. Da fordern Sie in einer unbeschreiblichen Dreistigkeit, die Lehrerarbeitszeit müsse endlich herabgesetzt werden,

(Zuruf von der CDU: Wer hat das denn versprochen?)

obwohl Sie wissen, daß ein Anstieg des Unterrichtsfehls die Folge wäre. Zugleich überfluten Sie die Verwaltung des Landtages mit Kleinen Anfragen. Buchstäblich zu jeder einzelnen Schule fragen Sie nach der Unterrichtsversorgung und beklagen die angeblich schlechte Situation.

(Zurufe von der CDU.)

Und Ihr Haushaltsantrag? Halten Sie ihn doch noch einmal hoch! — Darin stellen Sie nicht einen einzigen Antrag auf eine Lehrerstelle.

(Beifall bei der SPD. — Mühe [SPD]: Das ist ja unglaublich!)

Da beklagen Sie sogar — siehe Seite 2 unten; wahrscheinlich haben Sie das gar nicht gelesen —, daß diese böartige rot-grüne Landesregierung die Landesverwaltung um rund 6 000 Stellen ausgeweitet habe.

(Eveslage [CDU]: Wie im Sozialismus! Viel Personal und keine Leistung!)

Sie sagen aber kein Wort davon, daß unter diesen Stellen allein 1 750 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen sind. Sie fordern nicht etwa konsequenterweise 1 200 neue Stellen, die für die von Ihnen gewünschte Arbeitszeitverkürzung notwendig wären.

(Klare [CDU]: Also ist die vom Minister nicht mehr gewünscht?)

— Herr Klare, nun erklären Sie doch einmal öffentlich, daß Sie ein — — —

(Klare [CDU]: Nein, Sie sollen Ihr Wahlversprechen einhalten!)

Wissen Sie, was Sie sind? — Ein Scharlatan, ein ganz übler Scharlatan!

(Beifall bei der SPD und Zurufe.)

— Ich akzeptiere das.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Schneider, Sie wissen: Der Präsident muß nicht alles hören, aber er darf auch nicht alles überhören. Dieses darf er nicht überhören, und darum erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf.

(Was? bei der SPD. — Beifall bei der CDU. — Unruhe.)

Schneider [Salzgitter] [SPD]:

Meine Damen und Herren, Ordnungsruf ist Ordnungsruf. Herr Klare ist kein Scharlatan, sondern

er geht lediglich im Lande herum und verspricht Dinge, die er dann im Konkreten nicht einzuhalten in der Lage ist, weil er für das, was er erzählt, in seiner eigenen Fraktion niemals eine Mehrheit finden wird.

(Pörtner [CDU]: Das ist ja eine interessante Definition!)

Nicht eine einzige Stelle wird von Ihnen beantragt. Nein, im Gegenteil: Sie schreiben in Ihrem eigenen Haushaltsantrag, Personalkosten müßten gesenkt werden, was im Klartext wohl heißt: Stellenstreichung.

Ich fasse zusammen: Die CDU fordert verbal mehr Stellen, beantragt nicht eine einzige, sondern beantragt statt dessen Stellenstreichungen im Landeshaushalt. Das alles darf man natürlich nicht Scharlatanerie nennen.

(Klare [CDU]: Wir wollen mal abwarten, was der Kultusminister dazu sagt!)

Da legen Sie von der CDU ein Kindergartengesetz vor — darüber hätte Herr Dr. Schneider vorhin einmal reden sollen —, welches nicht nur die derzeitigen Realitäten in Niedersachsen völlig ignoriert — Stichwort „Rechtsanspruch sofort“ —, sondern das auch Mehrkosten von mehreren hundert Millionen DM erfordert. Nun heben Sie doch bitte wieder Ihr Papier hoch, das ich vergessen habe, Ihren Haushaltsantrag, Ihren blamablen Haushaltsantrag, für den Sie sich schämen sollten. Den sollten Sie hochheben. Darin haben Sie wieder keine einzige Mark für das Gesetz beantragt, das Sie selber eingebracht haben. Sie bringen also ein Gesetz ein, für das Sie keine Deckung haben, und bemühen sich noch nicht einmal, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob Sie eine Deckung hätten.

(Frau Lübben [SPD]: Da kann man sehen, wie ernst sie es meinen!)

Das habe ich, ehrlich gesagt, noch nicht erlebt, daß die Opposition einen Gesetzentwurf ohne finanzielle Deckung einbringt und die Haushaltsplanberatung nicht einmal dafür nutzt.

(Hormann [CDU]: Denken Sie mal an Ihren Kindergartengesetzentwurf!)

Peinlicher, meine Damen und Herren, kann Oppositionspolitik nun wirklich kaum noch sein.

Im Hochschulbereich stellt sich der Abgeordnete Dr. Cassens in Osnabrück hin und wirft der rot-grünen Landesregierung vor, die Hochschulen, namentlich die Hochschule Osnabrück, würden durch Einsparauflagen stranguliert, derselbe Cassens, der den beschriebenen Raubbau an den Universitäten über Jahre hinweg als Minister zu

verantworten hatte. Und dann kommt ein Haushaltsantrag — da sind wir wieder bei Ihrem Papier —, der nichts, aber auch gar nichts bringt. Sie wollen lediglich 27 Millionen DM aus dem Drittmittelbereich von der VE zu Barmitteln umwidmen, obwohl das praktisch überhaupt keine Wirkung hat, weil alle wissen, daß der Abfluß dieser Mittel erst in 1993 erfolgen wird. Das ist reine Kosmetik!

Sie stellen auch zum Kindergartenbereich Forderungen auf, ohne Anträge zu stellen, weil Sie keine Finanzierungsvorschläge haben. Zum Sport stellen Sie Forderungen auf, haben aber auch nichts beantragt.

(Pörtner [CDU]: Nicht Forderungen, sondern Tatsachen haben wir dargestellt, und Herr Köneke hat es sogar zugegeben!)

— Sie haben nichts beantragt. — Zum Lehrerbereich stellen Sie Forderungen auf, stellen aber keine Anträge. Dabei gibt es angesichts der großen Herausforderungen Themen genug, über die wir uns in aller Ruhe und in aller Gelassenheit unterhalten könnten. Dies setzte aber voraus, meine Damen und Herren, daß Sie zu einer Form von Opposition finden, die solide ist

(Unruhe bei der FDP)

und die das, was Sie politisch wollen, in ein machbares Konzept einbettet.

(Klare [CDU]: Jetzt kommen wir wieder zu den Wahlversprechen!)

Forderungen ohne finanzielle Deckung in die Welt zu setzen ist keine solide Oppositionspolitik, mit der man sich vernünftig, sachlich und ruhig auseinandersetzen kann.

Wenn Sie Windeier in die Welt setzen, an die Sie selbst nicht glauben, können Sie doch nicht von uns erwarten, daß wir das für ernst nehmen und uns ernsthaft damit auseinandersetzen. Sie hätten sagen sollen, was Sie wie verändern wollen und woher Sie die Deckung bekommen.

Eines, meine Damen und Herren, ist doch wohl klar: Bildung wird dauerhaft mehr Finanzmittel erfordern als in der Vergangenheit. Darauf werden wir uns gemeinsam — Opposition, Regierungskoalition und auch Regierung — einstellen müssen; auch bei der Fortschreibung im nächsten Jahr.

Weiter gilt es zu bedenken, daß Bildungspolitik bezahlbar bleiben muß. Auch da sind wir gemeinsam gefordert. Dazu gehört auch, daß sich die Opposition auf gesichertem Pflaster bewegt, daß sie Anträge stellt, die finanzierbar sind und daß sie bei den Interessengruppen nicht den Ein-

Schneider (Salzgitter)

druck erweckt, hier seien Dinge möglich, die nach der gemeinsamen Überzeugung der Haushaltspolitiker aller Fraktionen überhaupt nicht finanzierbar sind. Das ist das, was ich Ihnen vorwerfe. Sie zeigen keine Alternativen auf. Sie wedeln mit Papieren herum.

(Klare [CDU]: Nein!)

— Sie wedeln nicht mit Papieren herum, weil Sie sich nicht trauen, Ihren Haushaltsantrag hochzuheben. Sie stellen keine konkreten Anträge in der Sache. Sie erwecken, wie gesagt, in der Öffentlichkeit den Eindruck, hier wären Dinge möglich, ohne daß Sie den Nachweis der finanziellen Machbarkeit erbringen. Dies, meine Damen und Herren, zeigt, daß Sie nach wie vor, auch andert-halb Jahre nach der verlorenen Wahl, ohne Konzept in der Jugendpolitik, ohne Konzept in der Sportpolitik, ohne Konzept in der Bildungspolitik, der Hochschulpolitik und der Kulturpolitik hier sitzen.

(Zuruf von Goldmann [FDP].)

Was nach mir kommt — Herr Goldmann, Sie sind dabei mit eingeschlossen —, wird das, was ich gesagt habe, nur noch erhärten. — Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Nächster Redner ist der Kollege Banner.

Banner (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich darauf beschränken, einige Anmerkungen zur Jugendpolitik zu machen. Mein Kollege Dr. Hruska wird den sportpolitischen Bereich aus unserer Sicht beleuchten.

Wir haben im Ausschuß — zumindest nach meiner Einschätzung — relativ einvernehmlich die einzelnen Maßnahmen im Jugendbereich behandelt. Dennoch möchte ich an dieser Stelle noch einmal die Wichtigkeit zukünftiger Jugend- und Jugendsozialpolitik aus der Sicht der FDP-Fraktion betonen.

Der vielzitierte Strukturwandel der Gesellschaft und dessen Auswirkungen verlangen in Zukunft viel Engagement von allen Seiten, insbesondere im Jugendbereich. Die Analyse der Situation von Jugendlichen im 8. Jugendbericht der Bundesregierung macht dies klar. Für die FDP-Fraktion stelle ich fest, daß die Bonner Regierungskoalition die veränderte Situation von Jugendlichen

erkannt hat und ihr in dem bereits seit einem Jahr gültigen Kinder- und Jugendhilfegesetz Rechnung getragen hat. Auch wir mahnen daher in diesem Zusammenhang die Vorlage eines entsprechenden Ausführungsgesetzes durch die rot-grüne Landesregierung an.

(Beifall bei der FDP.)

Ich meine schon, daß ausreichend Entwürfe vorgelegen haben. Es darf hier nicht wie bei dem Rettungsdienstgesetz so gehen, daß die rot-grüne Landesregierung notwendige Entscheidungen vor sich herschiebt und damit die Betroffenen im Regen stehen läßt.

(Waike [SPD]: Seit gestern wissen wir, wer in dieser Frage am längsten geschoben hat!)

Von Verantwortung und sachlicher Kompetenz auf diesem Gebiet ist daher diese Landesregierung nach unserer Ansicht zumindest weit entfernt. Seit Regierungsantritt sind die einzig markanten und auch kostspieligen Maßnahmen der rot-grünen Landesregierung im Personalbereich vorgenommen worden, und zwar an entscheidender Stelle im Sinne parteipolitischer Strukturpolitik. Damit ist klar, daß die nötigen Finanzen für eine gute Sachpolitik z. B. im Jugendbereich fehlen.

Ich habe einmal im Ausschußprotokoll nachgelesen. Eindrucksvoller kann meine eben gemachte Aussage nicht bestätigt werden. Da heißt es zum Beispiel: „Die haushaltmäßige Umsetzung in dem Ihnen vorgelegten Etatentwurf war noch nicht möglich.“

(Waike [SPD]: Herr Präsident, er liest aus dem Ausschußprotokoll vor!)

„insbesondere finanzielle Probleme sind hier noch zu lösen.“

Um weiter bei den finanziellen Problemen zu bleiben: Auf meine Kleine Anfrage vom März dieses Jahres bezüglich der Kosten zum KJHG, die den Kommunen entstehen, und bezüglich der Entlastungseffekte des Landes antwortete die Landesregierung: „Wir sind in Sondierungen mit den kommunalen Spitzenverbänden.“ Wohlge-merkt: Das war im März. Jetzt haben wir Mitte Dezember. Auch im Interesse der Kommunen ist also ein Ausführungsgesetz, wie ich ausgeführt habe, dringend erforderlich.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Banner, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Puls-Janssen zu?

Bannier (FDP):

Nein. — Die Auffassung der FDP zur Förderung von Kindergärten brauche ich nicht im Detail zu wiederholen. Eine bunte Landschaft alternativer Betreuungsmodelle ist nach wie vor gefordert. Nur so kann nach unserer Meinung der Vielfalt besonders Rechnung getragen werden. Diese Position ist in der Vergangenheit von uns in einem ausreichenden Maße erläutert worden.

Ich möchte jetzt jedoch nicht nur Kritik üben. Auch positive Dinge sollen und dürfen von mir nicht verschwiegen werden. Ich habe auch Lob anzubringen, und zwar Lob für die Maßnahmen im Jugendsozialbereich, hier speziell die Maßnahmen zur sozialpädagogischen Betreuung jugendlicher Straftäter,

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP])

die unter dem Stichwort „Uelzener Modell“ besser bekannt sind. Ich darf hinzufügen: Das war ein langjähriges Anliegen auch der FDP. Auch die Hilfen zur beruflichen Integration sozial benachteiligter junger Menschen mit finanziellen Mitteln des Europäischen Sozialfonds sind der FDP ein richtiges und wichtiges Anliegen.

Im Bereich der Jugendarbeit gilt es ganz besonders, das Projekt „Mädchen in der Jugendarbeit“ hervorzuheben.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Dieses Projekt soll dazu beitragen, Benachteiligungen von Mädchen in der Gesellschaft abzubauen. Wir begrüßen dies ausdrücklich.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP] und bei den Grünen.)

Ganz besonders freue ich mich darüber, daß offensichtlich auch die rot-grüne Landesregierung hier einen Förderungsschwerpunkt setzt, nachdem die CDU-FDP-Koalition bereits die Planung für dieses Projekt begonnen hatte. — Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Herr Kollege von Hofe.

von Hofe (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei meinem Kollegen Schneider von der CDU dafür bedanken, daß er mich so oft zitiert hat. Zum Bereich Sport brauche ich also von den Grünen nichts mehr hinzu-

zufügen. Das spart insgesamt Redezeit ein. Dafür möchte ich mich bedanken.

(Zustimmung bei den Grünen. — Frau Dr. Dückert [Grüne]: Das ist die Ökonomie der Zeit!)

— Genau, das ist die Ökonomie der Zeit, wie Thea Dückert eben gesagt hat.

Bei der Versorgung mit Kindertagesstättenplätzen hat die CDU in ihrer 14jährigen Regierungszeit Niedersachsen zu einem Entwicklungsland, bundesweit gar zu einem Schlußlicht absinken lassen. Ihre alte Familienideologie hat der CDU den Blick dafür vernebelt, wie sehr sich die soziale Realität in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahrzehnten verändert hat, wie sehr der Bedarf an Kinderbetreuung in den öffentlichen Einrichtungen angestiegen ist. So gab es Ende der 80er Jahre nur für 65 % der Drei- bis Sechsjährigen und nur für 1 % der bis zu Dreijährigen einen Kindergartenplatz. Die grün-rote Koalition hat jetzt 1991 damit begonnen, diesen eklatanten Mangel an Kitaplätzen zu beheben. Allein in diesem Jahr wurden Anträge für die Förderung des Baus von 22 000 Kitaplätzen gestellt.

(Zustimmung von Puls-Janssen [Grüne].)

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich einmal vor: Wir haben uns vorgenommen, in vier Jahren 30 000 zu realisieren. Nach eineinhalb Jahren sind wir schon bei 22 000 angelangt. Das ist doch eine tolle Leistung!

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Klare [CDU]: Die vertrauen auf 100 % Personalkosten!)

— Das haben wir nie versprochen.

In der Opposition nimmt die CDU jetzt plötzlich den Mund sehr voll. Schon zum 1. Januar 1992 will sie auf dem Papier — wohlgemerkt: auf dem Papier — allen Kindern von drei bis sechs Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz zusichern. Sie verrät uns allerdings nicht, wie die notwendigen Kindergartenplätze gebaut werden sollen, und auch nicht, woher das notwendige Geld kommen soll. Auf einen entsprechenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Haushaltsgesetz warten wir noch vergebens. Dieser Gesetzentwurf ist unglaublich, weil von der CDU-Fraktion überhaupt keine Deckungsvorschläge vorgelegt worden sind.

(Zustimmung bei den Grünen und bei der SPD.)

Während es die CDU bei starken Worten beläßt, sind wir aber dabei, mit dem Kita-Sofortprogramm das Angebot an Kitaplätzen zügig auszu-

von Hofe

bauen und damit auch die materielle Grundlage für einen Rechtsanspruch zu schaffen. Diesen Ausbau, meine Damen und Herren, werden wir bis 1992 unvermindert fortsetzen.

(Grill [CDU]: Was? Der Kultusminister hat mir vor vier Wochen erst geschrieben, er wüßte nicht, wieviel Geld er geben könnte.)

— Herr Grill, hören Sie bitte zu! — Aber wir wollen das Angebot an Kindertagesstätten nicht nur quantitativ ausweiten, sondern auch qualitativ verbessern. 1992 werden deshalb erstmalig ein- einhalb Millionen DM für die Förderung der integrativen Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder in Kindertagesstätten im Etat ausgewiesen sein.

(Beifall bei den Grünen.)

Damit, meine Damen und Herren, wird nicht nur gesichert, daß die Integrationsgruppen weitergeführt werden können, die im Rahmen eines Erprobungsprojekts eingerichtet werden sollen und die sich außerordentlich bewährt haben, sondern es sollen auch weitere Gruppen eingerichtet werden.

Besonderes Augenmerk werden wir darauf richten, daß auch Kinder mit schweren Hör- und Sprachstörungen nicht vom Integrationsprogramm ausgeschlossen bleiben.

Durch den hohen Anteil an freien Trägern können wir Kindertagesstätten in einer großen Vielfalt entwickeln, und sie können mit ihren Angeboten auf die jeweiligen Bedürfnisse eingehen. Neben den klassischen Kitas werden wir auch weiterhin Elternselbsthilfegruppen zur Kinderbetreuung unterstützen und damit auch deren Potential an pädagogischer Innovation fördern.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Das hat es in Ihrer Regierungszeit nicht gegeben. Wir wollen eine Vielfalt haben, und das werden wir auch entsprechend fördern. Erstmals werden wir mit Landesmitteln auch Einrichtungen unterstützen, die in besonderer Weise vor allem sozial benachteiligte Kinder im Schulalter betreuen und fördern. Mit diesem Erprobungsprogramm sollen vor allem innovative Einrichtungen gefördert werden, die die Formen einer außerschulischen Betreuung von Kindern in Schülerläden in Elternselbsthilfe weiterentwickeln.

(Klare [CDU]: Wer finanziert das?)

— Herr Klare, das ist in unseren Änderungsanträgen zum Haushalt enthalten. 700 000 DM sind dafür ausgewiesen. Wenn Sie das noch nicht gelesen haben, können Sie es vielleicht nachholen.

Damit tragen wir der Tatsache Rechnung, daß neben dem Bedarf an Plätzen in Kindergärten zunehmend auch der Bedarf an Betreuung von schulpflichtigen Kindern besteht. Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, läuft die Aufarbeitung der langjährigen Versäumnisse der CDU-FDP-Regierung erfolgreich an. Diese Arbeit wird im nächsten Jahr mit der Beratung und Beschlußfassung des neuen Kita-Gesetzes fortgesetzt. Ziel ist die Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz erstmalig in Niedersachsen. Damit wir ein vernünftiges Gesetz einbringen können, müssen wir es entsprechend gut ausarbeiten. Es müssen vernünftige Berechnungen vorgelegt werden.

(Pörtner [CDU]: Und das dauert seine Zeit!)

— Sehr richtig, Herr Pörtner, das haben Sie gut erkannt!

Vizepräsident Jahn:

Herr von Hofe, der Kollege Briese wollte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

von Hofe (Grüne):

Nein, meine Zeit ist abgelaufen; meine Kollegen wollen auch noch reden.

Die Grünen wollen so schnell wie möglich nach dem Motto „Jedem Kind ein Kita-Platz“ dieses Ziel erreichen. Weil der Haushaltsplan 1992 dazu beiträgt, findet er unsere Unterstützung. — Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren! Nächster Debattenredner ist der Kollege Horrmann.

(Zurufe von der SPD: Jetzt zieht er die Anträge aus der Tasche!)

Horrmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sollte das Glanzstück werden — —

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Die Rede jetzt?)

— Ich erhöhe auch immer die Genußfähigkeit des Herrn Kollegen Schneider! Die Bildungspolitik der rot-grünen Landesregierung sollte das Glanzstück werden. Den staunenden Niedersach-

sen wurde feilgeboten: die Lernmittelfreiheit, mehr Kindergärten, und das auch noch kostenlos für die Eltern!

(Beifall bei der SPD.)

Sie dürfen! Es steht in meinem Manuskript: Beifall von links! Weiter: Verbesserte Unterrichtsversorgung, jährlich tausend neue Lehrer,

(Beifall bei der SPD)

mehr Schulversuche; Originalton Regierungserklärung: „Denn Reformen sind kein Luxus.“ — Bitte klatschen! — Integrationsklassen, interkulturelle Erziehung, mehr Gesamtschulen, volle Halbtagschule, 15 000 neue Studienplätze, also 3 000 Studentenwohnheimplätze — von denen ist überhaupt noch nicht die Rede gewesen, aber das sollten Sie nicht so einfach unter den Tisch kehren —, 3 000 neue Wohnheimplätze und nachher mit der Hochschulgesetznovelle mehr Autonomie für die Hochschulen. Originalton Schröder aus der Regierungserklärung: „Was wir da tun, ist ein unerhörter Kraftakt!“

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, Schleiflack vom Feinsten — wir haben schon gestern und heute von den Lackierern gesprochen — war das Motto der bildungspolitischen Aufpolierer. Jedoch, der Hochglanz blieb aus. Die Politur blieb matt, und der Lack erhielt durch Sand im Getriebe bereits die ersten Kratzer, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD.)

Das fängt schon bei den Kindergärten an, lieber Herr Schneider. Die kurz vor der Wahl großspurig als politische Selbstverpflichtung der SPD in Niedersachsen für die Regierungstätigkeit nach der Landtagswahl angekündigte 100prozentige Übernahme der Personalkosten durch das Land hat sich bis heute nahezu in Luft aufgelöst. Sie erinnern sich: 100 %, Joke Bruns: 80 %, SPD: 50 %, jetzt auf einmal 20 %. Und Sie haben bis heute immer noch kein Kindertagesstättengesetz vorgelegt. Ich erinnere an Ihre Aussage: eine politische Selbstverpflichtung.

Herr Schneider, wie haben Sie eben so schön gesagt: Wir machen Ihnen vor, wie Kindergartenpolitik gemacht wird.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Wo denn?)

Meine Damen und Herren, das setzt sich in den Schulen fort. Die von Rot und Grün landauf, landab gepriesene Lernmittelfreiheit

(Auditor [SPD]: Herr Horrmann, zeigen Sie mal Alternativen auf!)

zeigt schon jetzt ihren finanziellen Pferdefuß. Die Höchstbeträge sind deutlich zu gering bemessen worden; das bestreitet niemand. Meine Damen und Herren, Sie werden zu den 70 Millionen DM pro Jahr mindestens einige Millionen nachlegen müssen; denn die Ansätze der Mittelfristigen Planung reichen nicht aus, um die auch bei sparsamer Haushaltsführung — dazu ermahnen wir Sie ja ständig — notwendigen Lernmittel zu beschaffen. Ich brauche nicht Prophet zu spielen: In absehbarer Zeit werden die Eltern wieder zur Kasse gebeten.

Wie ich der Presse entnommen habe, lieber Herr Minister, wollen Sie, daß Eltern zukünftig Atlanten und Wörterbücher wieder selbst bezahlen.

Wie sagte Schröder so schön? — Was wir tun, ist ein unerhörter Kraftakt.

Meine Damen und Herren! Die rechnerische Unterrichtsversorgung in Niedersachsen ist die seit acht Jahren schlechteste, auch wenn der Herr Minister dies gestern bestreiten wollte. Sie liegt heute bei 102,8 oder 102,9 — über dieses Zehntel wollen wir uns wirklich nicht streiten — gegenüber 1984. Herr Minister Wernstedt, schauen Sie einmal die Tabelle durch. Sie werden es nicht bestreiten können. Es sind Ihre eigenen Daten. Es ist die schlechteste Unterrichtsversorgung seit acht Jahren.

(Klare [CDU]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Nicht 1 000 Lehrer sind in Niedersachsen jährlich zusätzlich eingestellt worden. Wenn Sie es auch in Ihrem Wahlprogramm sehr subtil zum Ausdruck gebracht haben, hat es der Bürger doch so verstanden, daß jährlich 1 000 neue Lehrer zusätzlich eingestellt werden.

(Gansäuer [CDU]: Die SPD wollte auch, daß er es so versteht!)

Es ist gerade eben die Hälfte, die wirklich neu eingestellt wird.

(Zurufe von der CDU: Blamabel! Schwindel!)

Die Verkürzung der Stundentafel von der Grundschule bis zum Gymnasium, Herr Schneider, dient der Freisetzung von Lehrerstunden, die allerdings nicht für das allgemeine Schulleben zur Verfügung gestellt werden, wie mir Herr Wernstedt in meiner Amtszeit immer dringend pädagogisch empfahl; nein, er wird sie lediglich nutzen, um woanders weitere Löcher zu stopfen.

(Klare [CDU]: Genauso ist es!)

Horrmann

Ich brauche kein Prophet zu sein, um voraussagen, daß das so geschehen wird.

(Kohlenbach [CDU]: Das sind die schönen Taschenspielertricks!)

Im Haushalt — das haben Sie, Herr Schneider, ganz verschämt weggelassen — haben Sie zur internen Kürzung, um Umschichtungen vorzunehmen, 700 000 DM für katechetische Lehrkräfte weggestrichen. Das heißt, Sie werden im Religionsunterricht noch Engpässe bekommen.

(Schneider [Salzgitter] [SPD]: Das ist sachlich falsch!)

Meine Damen und Herren, das Kienbaum-Gutachten belegt für Nordrhein-Westfalen, daß Flächenländer finanziell nicht in der Lage sind, sich mit einer Vielzahl schulischer Angebote auszustatten. Das ist in meinen Augen die zentrale Botschaft dieses Gutachtens. Man kann über viele Aussagen in dem Gutachten streiten. Aber das ist die zentrale Aussage.

Die nordrhein-westfälische Bildungspolitik steckt in der Tat in der Sackgasse. Soweit ich mich erinnern kann, Herr Schneider, regiert dort nahezu seit einem Vierteljahrhundert — der Ministerpräsident läuft sich schon warm für das Jubiläum — die SPD. Bildungspolitik in der Sackgasse ist das Markenzeichen Nordrhein-Westfalens.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren! Niedersachsen steht in der Gefahr, nordrhein-westfälische Fehlentwicklungen zu wiederholen. Niedersachsen kann sich zwei voll ausgebaute Regelschulsysteme finanziell nicht leisten. Die Gesamtschule ist zudem um 30 % teurer als die entsprechenden Schulen des gegliederten Systems. Das sind Aussagen, die nicht nur ich mache, sondern die in der allgemeinen Bildungsexpertenlandschaft nicht bestritten werden, wie Sie wissen. Ganz zu schweigen von den fehlenden Finanzmitteln für ein dann notwendiges zusätzliches Schulbauprogramm.

Der Herr Minister wird morgen so ein Randgespräch haben, wie es zwischen der kommunalen und der Ministerialebene üblich ist. Da wird auf ihn eine Kommune zukommen und Mittel für den Bau einer IGS beantragen. Er wird dann aber sagen: Null. Null im Haushalt; null in der mittelfristigen Finanzplanung. — Trotz der fehlenden Schulbaumittel wollen Sie nun aber eine seriöse Schulpolitik betreiben.

Meine Damen und Herren, die niedersächsische Schulpolitik sollte sich auf das Notwendige beschränken, nämlich darauf, die bestehenden

Schulen gut auszustatten und entsprechend fortzuentwickeln, und nicht ein weiteres System auf den Weg bringen, das, wie Sie wissen, nicht nur sehr teuer, sondern dessen pädagogische Leistungsfähigkeit im übrigen auch heftig umstritten ist.

Meine Damen und Herren, offensichtlich — ich bitte den Minister, darauf nachher eine Antwort zu geben — verzögert sich die Vorlage der Schulgesetznovelle deshalb, weil der Finanzminister sie für unfinanzierbar hält. Herr Schneider, erinnern Sie sich noch an das, was Sie vorhin zu mir gesagt haben? Sie sagten: Sie haben durchaus den guten Willen gehabt, konnten sich aber nicht beim Finanzminister durchsetzen. — Wenn ich es richtig gelesen habe, dann ist die Verzögerung der Vorlage der Schulgesetznovelle ausschließlich auf die Bedenken des Finanzministers zurückzuführen. Wer ist denn da nun der Stärkere? — Wir werden das abwarten.

Meine Damen und Herren, er hat ja gar nicht so unrecht — im Augenblick sitzt er nicht auf seinem Platz; es sitzen aber Beamte dort —: Ein kostspieliges Gesetzesvorhaben ohne Zustimmung des Finanzministers auf den Weg der Anhörung zu geben, wie Sie, Herr Wernstedt, es offensichtlich planen, grenzt an ein Sandkastenspiel. Es ist ein arglistiges Täuschungsmanöver, wenn Sie die Kürzung der Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft — auch dazu haben Sie nichts gesagt, Herr Schneider —, die Ihnen der Ministerpräsident doch verboten hat — er ging ja ganz markig raus und sagte, daß da nichts passieren werde, was deren Status negativ beeinflussen werde —, nicht in den Gesetzestext hineinschreiben, sondern in die Ausschußberatungen hineinmogeln in der Hoffnung, daß das dort unter Umständen repariert werden kann.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, wenn es stimmt, daß Ihnen der Finanzminister bei der Fortschreibung der Mipla den Griffel führt mit der Absicht, Ihren Lehrereinstellungskorridor die Zahl von jährlich 1 150 nicht überschreiten zu lassen, dann können Sie Ihre Träume von zwei Regelschulsystemen sowieso begraben. Zwei halbe Sachen machen noch längst keine ganze Sache aus. Unsere Eltern wünschen sich aber nichts sehnlicher als eine solide Ausstattung unserer Schulen, damit ihre Kinder in Ruhe und auf der Basis verlässlicher staatlicher Rahmenbedingungen lernen können.

Lassen Sie — insbesondere Sie, Herr Minister — auch von der Kürzung der Grundschulstunden-
tafel ab, solange Sie dafür kein schlüssiges päd-

agogisches Konzept vorlegen können. In diesem Punkt schließe ich mich nachdrücklich der Kritik des Landeselternrates an. Erinnern Sie sich noch an Ihre Oppositionsaussagen, nach denen Sie in der Schule nichts anfassen wollen, wenn nicht schlüssige pädagogische Konzepte vorgelegt werden? In diesem Punkt gehen Sie nun aber über Ihre eigenen Ansprüche schlankweg hinweg.

(Beifall bei der CDU.)

Meine Damen und Herren, ich wende mich nun den Hochschulen zu. Die Hochschulpolitik der Landesregierung ist meiner Meinung nach durch ein hohes Maß an Unzuverlässigkeit und durch fehlende Perspektiven gekennzeichnet. Die rot-grüne Landesregierung hat Lehre und Forschung an den Universitäten durch Einsparmaßnahmen im Jahre 1991 und durch beabsichtigte Sparauflagen für das Jahr 1992 stark verunsichert, wie Ihnen die Hochschulpräsidenten und deren Kanzler sicherlich schon hinreichend mitgeteilt haben. Obwohl die rot-grüne Landesregierung seit Regierungsübernahme selbst weiß — wenn sie denn schon meint, wir hätten das verschlafen; mittlerweile aber hätten auch Sie es schon erfahren dürfen —, daß die Zahl der Studenten ansteigt, verfügte sie durch Haushaltsführungserlasse dennoch völlig unrealistische Einsparauflagen. Erst nach massiven Protesten und Demonstrationen aus bzw. an den Hochschulen sind die Sparauflagen zum Teil zurückgenommen worden, allerdings zu einem Zeitpunkt, Herr Schneider, zu dem viele Hochschulen mit den vorhandenen Mitteln noch nicht einmal mehr die Heizkosten ordnungsgemäß bezahlen konnten. Das hat Sie aber nicht davon abgehalten, im Jahre 1992 ausgerechnet in diesem Bereich weiter zu kürzen. Höhere Zahlen der Studenten, Überlast noch und noch. Sie aber kürzen in diesem Bereich, wohl wissend, daß das gar nicht geht. Wir werden es ja morgen sehen, wenn Sie anfangen, das zu reparieren. Aber allein schon die Idee, dort kürzen zu wollen, ist mit Ihren Ansprüchen überhaupt nicht in Einklang zu bringen.

Besonders bedauerlich ist — damit komme ich noch einmal auf Ihren Einwand mit den Verpflichtungsermächtigungen zurück, Herr Schneider —, daß die Landesregierung beabsichtigt, bei den Drittmitteln 27 Millionen DM Barmittel durch Verpflichtungsermächtigungen zu ersetzen. Wir werden versuchen, dies mit unserem Antrag zu reparieren. Das ist ein in der ganzen Bundesrepublik einmaliger haushaltstechnischer Trick. Herr Schneider, wenn Sie mir nicht glauben wollen, dann vertrauen Sie doch wenigstens auf die Autorität des Landesrechnungshofs, der

zu diesem Problem im Haushaltsausschuß u. a. ausgeführt hat — ich zitiere —, das, was im Jahre 1992 geschehen solle, lasse sich im Prinzip nicht wiederholen.

Erreicht werde dadurch also ein Einjahreseffekt. Dieser Einjahreseffekt habe jedoch, was den Verwaltungsaufwand angehe, eine Jahrhundertwirkung. Auf die Hochschulen komme ein riesiger Verwaltungsaufwand zu. Die globalen Ansätze müßten auf die einzelnen Fachbereiche und Institute und innerhalb der Institute sogar noch auf die einzelnen Projekte aufgeschlüsselt werden. Es müsse also eine riesige VE-Wirtschaft — diesen Ausdruck habe ich vorher auch noch nicht gekannt — aufgebaut werden. Damit dies in diesem Lande nicht passiert, zielt unser Antrag darauf ab, von den VE zu ordnungsgemäßen Barmitteln zurückzukommen. Sie hätten sich an dieser Stelle in Ihren Reihen etwas besser beraten lassen sollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Drittmittelkürzung hat darüber hinaus noch den ungeheuren psychologischen Effekt, daß diejenigen, die Drittmittel geben, durch das Verfahren und die Art und Weise, wie Niedersachsen damit umgeht, ungemein verunsichert werden. Das kann dazu führen, daß Drittmittelgeber in Zukunft Niedersachsen nur mit ganz spitzen Fingern anfassen werden, wenn Gelder für den Drittmittelbereich nach Niedersachsen fließen sollen. Sie haben hier einen ungemein großen Schaden angerichtet, der langfristige Auswirkungen zu Lasten dieses Landes und zu Lasten der Forschung in diesem Lande haben wird. Dies ist auch in Verbindung zu sehen, Herr Schneider, mit diesem mißratenen Erlaß zur militärischen Forschung an Hochschulen. Das ist sicherlich ein sehr sensibler Bereich, wie ich gern zugestehende. Aber die Art und Weise, wie Sie vorgegangen sind, hat die Hochschulforscher stark verunsichert und leistet ebenfalls einen Beitrag dazu, daß Niedersachsens Qualität als Forschungsland zurückgeht. Auch hier, Frau Ministerin, haben Sie mehr Schaden als Nutzen angerichtet. Das müssen wir Ihnen schon kritisch ins Stammbuch schreiben.

Der Haushalt 1992, meine Damen und Herren, gibt den Universitäten auch keine Signale für eine Verbesserung der Berufungsfähigkeit. Wer in Zeiten der in den letzten beiden Jahren stark angestiegenen Studienanfängerzahlen die Mittel für Lehre und Forschung reduziert, nimmt den Hochschulen nicht nur notwendige Freiräume, sondern führt sie im Vergleich zu anderen Bundesländern ins Hintertreffen und damit in eine schlechte Ausgangsposition bei der Berufung

Hormann

qualifizierter Hochschullehrer, auf die wir zukünftig angewiesen sind.

Ich will mich zu dem Bereich der Hochschulentwicklungsprogramme nicht ausführlicher äußern, Frau Ministerin, sondern — im Telegrammstil — nur zwei Bemerkungen machen. Beim Fachhochschulprogramm stimmen wir mit Ihnen prinzipiell überein. Im Hochschulentwicklungsprogramm vermissen wir Perspektiven, und Sie umgehen die neuralgischen Punkte; Stichwort: Lehrerbildungsstätten. Wir werden ja sehen, ob Sie dazu heute schon Ausführungen machen können oder aber in Ergänzung bzw. zur Ausführung Ihres Programms noch einiges sagen werden.

An Ihren Taten, meine beiden Minister, werden Sie gemessen, an Ihre Versprechungen werden Sie erinnert werden. Ihrer Ansprüchlichkeit an eine fortschrittliche Bildungspolitik sind beide Minister nach unserer Auffassung mit dem Haushalt 1992 nicht gerecht geworden, ganz im Gegenteil. Der Lack wird nicht nur matter und matter; das ehemals gepriesene politische Glanzstück zeigt bereits nach knapp zwei Jahren erste Roststellen. Damit wird Ihnen die TÜV-Plakette 1994 versagt werden. Dieser Roststellenansatz ist im Haushalt 1992 und in der Mipla erkennbar. Wenn Sie das nicht wünschen, dann müssen Sie spätestens mit dem Haushalt 1993 geänderte Grunddaten, geänderte Strukturdaten vorlegen. Dieser Haushalt wird den von Ihnen gestellten Ansprüchen und den Notwendigkeiten in diesem Lande nicht gerecht. Deswegen lehnen wir ihn auch ab.

(Beifall bei der CDU. — Auditor [SPD]:
Wo waren die Alternativen, Herr Hormann?)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat Frau Kollegin Hoops.

Frau Hoops (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Ausführungen beziehen sich auf den Einzelplan 06 — Wissenschaft und Kultur —. Wir haben ja schon während der letzten Plenarsitzung über die Hochschulpolitik beraten und gestritten. Deshalb will ich hier nur in aller Kürze noch einmal die Rahmenbedingungen, die Eckpunkte des zu beratenden Haushalts verdeutlichen. Die Nachfrage nach Studienplätzen ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Das wissen mittlerweile alle. Der Fortschritt ist, daß mittlerweile alle diese Entwicklung zur Kenntnis zu nehmen scheinen. Die Hochschulpolitik gründete auf der Prognose,

daß das Hochschulwesen lediglich kurzfristig eine Überlast zu überbrücken habe. Man ging davon aus, daß es einen Studentenberg geben werde, den man kurzfristig mit Sonderprogrammen untertunneln könne, bis die Nachfrage nach Studienplätzen wieder zurückgeht. Doch, meine Damen und Herren, man sieht kein Licht am Ende des Tunnels. Die Überlast wird zur Normallast. Alle Mahnerinnen und Mahner, die auf diese Entwicklung frühzeitig hingewiesen haben, blieben ungehört.

Falsche Prognosen waren nicht unbedingt eine niedersächsische Spezialität. Spezifisch niedersächsisch sind jedoch die hinzugekommenen strukturellen Schwächen der niedersächsischen Hochschullandschaft, wie z. B. die falsche Gewichtung zwischen der niedersächsischen Universitäts- und Fachhochschulausbildung, unzureichende Infrastruktur vor allem in den neuen Hochschulen und in den Fachhochschulen, Verwerfungen im Forschungsbereich, Verlagerung der Forschung in hochschulferne Institute oder auch regionale und damit strukturpolitische Ungleichgewichte. Angesichts dieser Situation ist es notwendig, den Hochschulen endlich wieder eine Perspektive zu geben, und das, meine Damen und Herren, tun wir mit dem hier vorliegenden Haushalt.

Der uns vorliegende Antrag der FDP, ein Sonderprogramm 1992 mit einem Gesamtvolumen von 20 Millionen DM einzurichten, soll ja wohl eher ein Witz sein. Sie, meine Damen und Herren von der FDP, wollen dieses Programm im wesentlichen mit dem Verzicht auf uns wichtige ökologische und soziale Maßnahmen decken, wie die Altlastensanierung, Zuschüsse für Behindertenheime und Sozialstationen. Ihnen ist ja wohl der Blick für das Ganze verlorengegangen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Der Antrag ist Ausdruck einer konzeptionslosen Oppositionsarbeit, mit der Sie noch nicht einmal an den Hochschulen Blumentöpfe gewinnen.

Meine Damen und Herren, sieht man sich den Einzelplan 06 an, dann stellt man fest, daß von der Propaganda der CDU und der FDP, Rot-Grün fahre ein Einsparprogramm für die Hochschulen, nichts übrigbleibt. Im Gegenteil: Mit diesem Haushalt werden die Hochschulen endlich von einer alten Einsparauflage der CDU-FDP-Regierung befreit. Wir schaffen 1992 insgesamt knapp 300 zusätzliche Stellen im Hochschulbereich, und das ohne Medizin.

Mit dem Fachhochschulentwicklungsprogramm werden neue Studienangebote aufgebaut und

dringende Konsolidierungsmaßnahmen vorgenommen. Mit diesem Programm, mit dem wir im ersten Schritt den prozentualen Anteil der Fachhochschulausbildung von rund 25 % auf 30 % anheben wollen, schaffen wir nicht nur endlich die stark nachgefragten Plätze, sondern wir entlasten auch die Universitäten. Wichtige Eckpunkte des Hochschulentwicklungsprogramms stellen wir bereits ab 1992 in den Haushalt ein. Mit dem Haushalt 1992 etatisieren wir ein landeseigenes Überlastprogramm in einem nie dagewesenen Volumen. Es weist die höchste Steigerungsrate auf, die es je gab.

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben die 16 Millionen DM globale Minderausgabe aufgehoben.

Meine Damen und Herren von der CDU! Was die Art der Veranschlagung der Drittmittel betrifft, betreiben Sie eine unverantwortliche Legendenbildung. Wenn es so sein sollte, daß Drittmittelgeber verunsichert werden, dann geschieht dies nicht durch die Art der Veranschlagung der Mittel, sondern durch Ihre Propaganda und Ihre Legendenbildung.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Ich sage es noch einmal: Hierbei handelt es sich nicht um einen Eingriff in die Drittmittel, sondern um ein haushaltsrechtlich übliches Verfahren, was der Landesrechnungshof bestätigt hat. Es wird den Hochschulen keine Mark genommen. Der CDU-Antrag ist daher hier völlig fehl am Platze.

Meine Damen und Herren, wir setzen aber nicht nur auf Quantität. Sie wissen, daß die Frauenförderung ein Schwerpunkt unserer Politik ist. Im Hochschulbereich bedeutet dies sowohl die besondere Förderung von Wissenschaftlerinnen und die Verstärkung von Frauenforschung als auch die Einrichtung von Frauenbüros. Hierbei ist uns mit dem vorliegenden Haushalt ein weiterer Schritt gelungen.

Besonders hervorheben möchte ich die Etatisierung einer Professur für Naturschutz samt dem erforderlichen Unterbau. Angesichts der komplexen Aufgaben und des Bedarf an ausgebildeten Fachleuten im ökologischen Bereich glaubt man kaum, daß es die erste Professur für Naturschutz in Niedersachsen ist. Wir haben damit einen wichtigen Schritt getan, um den Naturschutz in Forschung und Lehre zu etablieren.

(Zustimmung von Puls-Janssen [Grüne].)

Lassen Sie mich zum Wissenschaftshaushalt insgesamt feststellen: Wir sind auf dem richtigen

Weg. Angesichts der steigenden Studentenzahlen werden wir sicherlich noch nach weiteren Möglichkeiten suchen müssen, um den Aufgaben gerecht zu werden. Aber mit diesem Haushalt werden die richtigen Weichen gestellt.

Meine Damen und Herren, ich will noch kurz auf den Kulturhaushalt eingehen. Leider verbleibt mir dafür nur kurze Zeit. Ständig steht er ja in der Gefahr, neben dem Wissenschaftshaushalt in der Bedeutung verkannt zu werden. Wenn ich richtig aufgepaßt habe, hat noch kein Vorredner oder keine Vorrednerin bislang den Kulturhaushalt angesprochen.

Durch Umschichtung und Akzentuierung in der Verwendung von Spielbankmitteln ist es uns gelungen, den kulturellen Bereich verstärkt zu fördern und dabei den Schwerpunkt auf die freien Kulturträger zu legen. Wir werden die finanzielle Förderung der soziokulturellen Zentren fast verdoppeln. Mit den insgesamt 3 Millionen DM leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Ausbau eines Kultursektors, der verschiedene Kulturformen miteinander verknüpft und der für ein erweitertes Kulturverständnis steht.

Die Fraktionen der SPD und der Grünen wollen die Zuschüsse für die freien Theater zusätzlich um 740 000 DM erhöhen. Auch diese Mittelenerhöhung unterstreicht die Bedeutung, die wir den freien Theatern und der freien Kunst überhaupt schon in der Vergangenheit beigemessen haben. Die Kluft zwischen den öffentlich getragenen und den nicht abgesicherten privaten Theatern und Gruppen soll nicht weiter wachsen. Weiterhin wollen wir neue Wege der Literaturförderung gehen und haben dafür zusätzlich 350 000 DM in den Haushalt eingestellt.

Meine Damen und Herren, das sind wahre Glanzlichter, die zur Demokratisierung der Kultur beitragen und damit der Kunst und der Literatur den Ruf des Elitären nehmen.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Der nächste Debattenbeitrag kommt vom Kollegen Dr. Hruska.

Dr. Hruska (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich wenige Worte zum Kapitel 07 81 — Sportförderung — ausführen. Ich war immer in Sorge darüber, daß die rot-grüne Landesregierung, um ihre Haushaltsschwerpunkte zu decken, die Sportförderung kürzen würde. Nun-

Dr. Hruska

mehr bin ich doch froh darüber, daß der Ansatz des Kapitels 07 81 einigermaßen erhalten geblieben ist. Wenn ich „einigermaßen erhalten geblieben“ sage, dann meine ich damit die Kürzung um 1 %. Um dieses eine Prozent hätten wir aber ebenfalls kürzen müssen. Diese Kürzung haben Sie nicht zu verantworten. Sie resultiert aus dem Wegfall der Mittel für die Zonenrandförderung und der Kürzung der Zuschüsse des Bundes. Insofern handelt es sich im Bereich des Sports um die Fortführung der Haushalte der vergangenen Jahre.

Weitergehende Kürzungen wären angesichts wachsender Mitgliederzahlen in unseren Sportvereinen und angesichts der neuen Aufgaben, denen sich die Sportvereine stellen, auch nicht zu verantworten gewesen.

Ich habe das Wort ergriffen, um eine Anregung zu geben. Nun werden Sie mir gleich entgegen, warum diese Anregung nicht in einem Antrag für den Haushalt enthalten ist. Das will ich Ihnen erklären. Ohne eine Konzeption zu haben, hätte es keinen Sinn, Haushaltsmittel dafür einzustellen.

(Auditor [SPD]: Deshalb hat auch Herr Horrmann keinen Antrag gestellt! Jetzt ist mir das klar!)

— Ich habe mich doch mit Herrn Horrmann nicht abgesprochen. — Ich denke, über die Anregung, die ich Ihnen geben möchte, könnten wir uns unterhalten; darüber müssen wir uns nicht streiten. Dem Partnerland von Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, wird durch Landesmittel von verschiedenen Ministerien Hilfe gegeben. Das ist gut so, und das unterstützen wir. Ich meine, daß wir auch Hilfe beim Aufbau einer Sportstruktur leisten sollten, wie wir sie in Niedersachsen haben.

(Zurufe von der SPD.)

— Sind Sie also mit unserer Sportstruktur nicht zufrieden? — In der ehemaligen DDR ist der Leistungssport als Aushängeschild dieses Staates natürlich stark gefördert worden; der Breitensport wurde aber vernachlässigt. Es gab auch nicht die Vereinsstruktur und die Arbeit in den Sportvereinen, wie wir sie hier begrüßen. In dem Wandlungsprozeß bemüht man sich dort redlich, etwas Vergleichbares aufzubauen. Es fehlen den Vereinen aber häufig die Sportstätten, weil diese in den Jahren nach 1945 nicht mehr gepflegt worden oder in Betriebssportstätten der Betriebe übergegangen sind, die es zum Teil jetzt nicht mehr gibt, da sie nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Ich bitte also den Minister, doch einmal zu überlegen, ob wir für das Land Sachsen-Anhalt — natürlich sollte zuerst die Konzeption stehen, und dann sollten wir gemeinsam versuchen, Gelder dafür einzusetzen — nicht auch auf diesem Gebiet eine Hilfeleistung erbringen können, um dort wie in Niedersachsen den Aufbau von Sportstätten zu ermöglichen, auf den ich — offensichtlich im Gegensatz zu Ihnen — mit Recht stolz bin.

(Beifall bei der FDP.)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat der Kollege Puls-Janssen.

Puls-Janssen (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Niedersachsen war die Schulpolitik im vergangenen Jahrzehnt von einer beispiellosen Sparpolitik gekennzeichnet. In der Prioritätenliste der CDU-Regierung stand die Bildungspolitik weit hinten.

(Zuruf: Zum zehnten Male sagen Sie das!)

Der Kultushaushalt war die Verfügungsmasse für die Haushaltskonsolidierungspolitik der CDU.

Betrag der Anteil des Landeshaushalts für den Schulbereich im Jahre 1979 noch 17,2 %, so waren es im Jahre 1989 nur noch sage und schreibe 15,6 %. Fast jede zehnte Stelle im Bereich Schule und Berufsbildung wurde gestrichen.

Von den 76 288 Stellen, die im Haushaltsplan 1981 für diesen Bereich ausgewiesen waren, waren im Jahre 1990 gerade noch 70 147 übrig.

(Haselbacher [CDU]: Und wie war das mit den Schülerzahlen?)

— Ich komme darauf. Die CDU hat diesen Stellenabbau nämlich immer damit begründet,

(Zuruf von Dorka [CDU])

daß ja auch die Schülerzahlen zurückgehen würden. Aber, Herr Dorka, sie hat diese Begründung zu einer Zeit abgegeben, zu der längst absehbar war, daß die Zahl der Schülerinnen und Schüler Anfang der 90er Jahre wieder ansteigen würde.

(Horrmann [CDU]: Das ist objektiv falsch!)

Das ist ein Skandal. Wenn es in diesem Bereich eine Regresspflicht für eine Partei gäbe, dann müßte die CDU jetzt ihren Konkurs anmelden.

(Pörtner [CDU]: Denken Sie jetzt bitte einmal an Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege! Denken Sie nur an Herrn Schleußer!)

Als wir Grünen im Jahre 1987 den Antrag „Angemessene Unterrichtsversorgung an niedersächsischen Schulen“ eingebracht hatten, hat die damalige CDU-Landesregierung gehöhnt und vor zu kleinen Schulklassen gewarnt. Der damalige CDU-Kultusminister hat in der Debatte wörtlich erklärt:

„Wer meint, die Miniklasse sei eo ipso eine pädagogische Großtat und eine Wohltat für die Kinder, der hat offenbar seine eigene Schulzeit vergessen; der hat offenbar vergessen, daß man als Schüler manchmal auch den Rücken des Vordermannes braucht, in dessen Schutz man einmal für eine kurze Zeit seinen eigenen Träumen, ungestört vom fragenden Lehrer, nachhängen oder nachgehen kann.“

Ich möchte hier ergänzen: Damals hatte der Kultusminister wohl noch nicht begriffen, daß es auch Lehrerinnen und Schülerinnen geben kann.

Wenn es nach der CDU gegangen wäre, dann wäre der Abbau der Lehrkräftestellen auch in die 90er Jahre hinein kontinuierlich fortgesetzt worden. In der letzten von der CDU vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung war ein weiterer jährlicher Stellenabbau vorgegeben. Jetzt aber stellt sich die CDU hin und klagt über die schlechte Unterrichtsversorgung und stellt dazu ihre wöchentliche Kleine Anfrage.

(Ronsöhr [CDU]: Zu Recht!)

Das ist schlicht und ergreifend die alte Methode, laut „Haltet den Dieb!“ zu rufen, wenn man von der eigenen Verantwortung ablenken will.

In diesen Haushaltsberatungen warten wir bislang jedoch vergebens auf Änderungsanträge der CDU-Fraktion, z. B. auf Anträge, mehr Lehrkräfte einzustellen, und vor allem warten wir vergebens auf Vorschläge, woher dafür gegebenenfalls das Geld kommen soll.

(Horrnann [CDU]: Wir haben das Geld woanders verbraten!)

Ich habe mit Interesse den Änderungsantrag der Fraktion der CDU durchgeblättert. Ich muß gestehen, daß ich mich eigentlich schon beschweren wollte, weil ich glaubte, daß in meinem Abdruck eine Seite vergessen worden sei. Ich habe mich deshalb bei den Kolleginnen und Kollegen erkundigt. Danach scheint das aber nicht vergessen worden zu sein. Nein, Sie haben den Einzelplan 07 darin überhaupt nicht erwähnt. Das ist schlicht und ergreifend ein Skandal.

Vor einigen Monaten habe ich in bezug auf Herrn Klare in einer Rede gesagt: „Herr Klare, Sie sitzen

nicht im Glashaus, sondern Sie sitzen in einem Scherbenhaufen.“ Ich muß mich heute bei Ihnen entschuldigen, Herr Klare; denn nicht Sie sitzen in einem Scherbenhaufen, nein, nein, die ganze CDU-Fraktion sitzt in diesem Scherbenhaufen.

(Beifall bei der SPD. — Oh! bei der CDU.)

Nach zahlreichen dramatischen Auftritten im Kultusausschuß in ganz verschiedenen Rollen und Outfits stehen Sie jetzt völlig nackt da.

(Pfui! bei der CDU. — Ronsöhr [CDU]: Sie meinen seine Glatze! — Klare [CDU]: Einem nackten Mann können Sie nicht in die Tasche packen! — Weitere Zurufe.)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Das ist kein ästhetischer Anblick,

(Horrnann [CDU]: Das weise ich energisch zurück! Sie haben mich noch niemals nackt gesehen!)

sondern das ist Ihre Bankrotterklärung in der Schulpolitik.

(Zuruf von Frau Lenke [FDP].)

— Danke schön. 5,8 ist eine recht hohe Note, Frau Lenke. Das ist schon in Ordnung so. — Der quantitative Abbau ist aber nur die eine Seite. Damit war nicht nur eine qualitative Stagnation verbunden, sondern auch eine Rückwärtsentwicklung des Schulwesens hinter den in den 70er Jahren erreichten Standard.

(Klare [CDU]: Damals hatten wir 70 % Unterrichtsausfall!)

Mit der Demontage der Orientierungsstufe, mit der Abireform und mit dem Abbau der pädagogischen Autonomie der Schulen durch die Schulgesetznovelle von 1980 hat die CDU versucht, die Schule wieder auf den Stand der 50er und 60er Jahre zu bringen. Mit dem weitgehenden Einstellungsstopp hat die CDU ein Jahrzehnt lang verhindert, daß die jungen Lehrkräfte mit neuen Ideen an die Schulen kommen können.

(Ronsöhr [CDU]: Sprechen Sie wirklich über Niedersachsen, oder sprechen Sie von Nordrhein-Westfalen?)

— Herr Ronsöhr, Sie sollten zuhören; vielleicht können Sie das dann besser beurteilen. — Die CDU-Regierung hat eine ganze Generation von Lehrkräften weitgehend von der Tätigkeit an den Schulen ausgeschlossen.

(Pörtner [CDU]: Zu Nordrhein-Westfalen kommen wir noch!)

Puls-Janssen

Diese Generation fehlt heute in den Schulen. Das hat zur Folge, daß die Kollegien ausgebrannt sind,

(Böhlke [CDU]: Was sind die Kollegien? Nackt sind sie!)

daß sie schwer zu neuen Taten zu motivieren sind,

(Ronsöhr [CDU]: Das finde ich nicht schön, daß Sie so negativ über Nordrhein-Westfalen sprechen!)

daß ein hoher Krankenstand in den Kollegien zu verzeichnen ist und daß die Kollegien natürlich darüber zu klagen haben, daß immer mehr Mitglieder von ihnen früher in Pension gehen, als es eigentlich sein müßte. Trotzdem — das sage ich sehr deutlich — gebührt den Kollegien an den Schulen der Dank dafür, daß sie ihre Arbeit unter diesen Bedingungen noch vernünftig machen.

Wir müssen deshalb jetzt nicht nur trotz der bekanntermaßen knappen Kasse mit erheblichem Aufwand den Stellenbestand wieder aufbauen, sondern wir müssen auch darangehen, die innere Reform der Schule wieder aufzunehmen und weiterzuführen; denn die Aufgaben für die Schulen haben sich erheblich verändert. Die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen hat sich grundlegend gewandelt, und auch die Aufgaben, vor denen sie als Erwachsene stehen werden, haben sich geändert. Das bedeutet aber, daß auch das Lernen in der Schule heute anders aussehen muß, daß wir über die alten Fächergrenzen hinauskommen müssen, um das Denken in Zusammenhängen zu lernen. Und in ganz anderer Weise muß die Schule heute eine soziale Orientierung bieten, muß das soziale Lernen einen neuen Stellenwert erhalten.

Verändert hat sich die Schülerschaft auch insofern, als ein immer größerer Teil der Schülerinnen und Schüler ausländischer Herkunft ist. Alle Schulen werden sich dieser Aufgabe stellen müssen, mit dem Zusammenleben verschiedener Kulturen umzugehen und die daraus entstehenden Konflikte bewältigen zu lernen. Anders als früher wird es heute in unserer Gesellschaft auch nicht mehr akzeptiert, daß behinderte Kinder und Jugendliche einfach ausgesondert werden. Die Schule steht vor der Aufgabe, einen gemeinsamen Unterricht für behinderte und nicht behinderte Schülerinnen und Schüler zu ermöglichen. Wir meinen, daß beide Seiten davon profitieren werden.

Die Schule wird diesen neuen Aufgaben nur gerecht werden können, wenn sie stärker dezentralisiert wird, wenn sie mehr Autonomie bekommt,

wenn der Raum dafür gelassen wird, den pädagogischen Prozeß jeweils von den konkreten Motivationen und Neigungen, den Fragen und den Bedürfnissen der Beteiligten bestimmen zu lassen. Nur so kann die eigene Kreativität der Beteiligten freigesetzt werden und zu fruchtbaren Ergebnissen kommen.

(Glocke des Präsidenten.)

— Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident.
— Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, daß mit der Schulgesetznovellierung die pädagogische Autonomie gesichert und die Kooperation innerhalb der Schulen gestärkt wird. Damit wollen wir den Schulen den nötigen Freiraum geben, daß sie sich auch von innen her reformieren können. — Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat nunmehr der Kollege Goldmann.

(Zuruf: Fang doch schon an!)

Goldmann (FDP):

Ich will auch in den Zirkus. — Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Puls-Janssen [Grüne]: Als Clown?)

— Als Clown! Das ist eine sehr schwierige Rolle. Im allgemeinen werden gute Clowns hochbezahlt. Häufig sind das Leute, die viel Freude bereiten. Das konnte man von Ihrer Rede, Herr Puls-Janssen, nicht sagen.

Ich war noch vor eineinhalb Jahren in der Schule tätig. Ich habe manchmal den Eindruck, daß hier ein Bild von Schule gezeichnet wird, das der Realität auch nicht nur annähernd entspricht.

(Zuruf von Waike [SPD].)

Sicherlich gab es Schwierigkeiten in der Schule; zweifellos. Sicherlich hat es auch Zeitspannen gegeben, in denen zu wenige junge Lehrkräfte eingestellt worden sind, um Innovation in der Schule zu leisten. Aber insgesamt ist nach meiner Meinung über eine lange Zeitspanne an den niedersächsischen Schulen gute pädagogische, intensive pädagogische Arbeit geleistet worden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU. — Zuruf von Puls-Janssen [Grüne].)

— Herr Kollege Puls-Janssen, Sie probieren es immer wieder und fallen jedes Mal damit auf die Nase. Von 1984 bis 1990 hatten wir es mit einem Schüllerrückgang von 40 % zu tun; bei einem

gleichzeitigen Rückgang der Zahl der Lehrerinnen und Lehrer um 7 % in Niedersachsen. Das Bundesland Niedersachsen hebt sich hier in sehr wohlthuender Weise von anderen, SPD-regierten, Ländern ab.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich will mich hier nicht mit den grundsätzlichen konzeptionellen Vorstellungen, die ich gestern angemahnt habe und deren Fehlen ich beklagt habe, auseinandersetzen, sondern einige Punkte ansprechen, die meiner Meinung nach für die niedersächsische Kultuspolitik besonders wichtig sind.

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Goldmann, möchten Sie vorher noch eine Frage des Kollegen Puls-Janssen beantworten?

Goldmann (FDP):

Das möchte ich nicht.

(Zurufe.)

Es ist das Ziel, auch das erklärte Ziel der Landesregierung, schulische Vielfalt und schulische Autonomie zu pflegen. Sie, Herr Kultusminister, haben verschiedentlich gesagt, die Landesregierung wolle Vielfalt und Vielgestaltigkeit im Schulbereich fördern. Bis zu diesem Punkt sind wir mit Ihnen völlig einer Meinung. Wir sehen aber krasse Widersprüche zu Ihrem Hauptanliegen, die integrierte Gesamtschule als die einzig seligmachende Schulform in Niedersachsen auf den Weg zu bringen. Sie weigern sich auch, die besondere pädagogische Qualität von Schulen in freier Trägerschaft ernst zu nehmen

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und gefährden auch auf diese Weise die schulische Vielfalt. Sie sprechen von pädagogischer Innovation, die Sie nach meiner Auffassung sehr einseitig zugunsten der integrierten Systeme auslegen. Um wieder den Kollegen Puls-Janssen ins Feld zu führen: Sie selbst haben im Kultusausschuß angemerkt, daß der Hunderterkorridor für die Innovation viel zu knapp ausfällt. Dem schließe ich mich ausdrücklich an. Auch dieser Hunderterkorridor ist noch recht einseitig gewichtet, und zwar auf die integrierten Systeme: zu wenig Integration, zu wenig Chancengleichheit. Da bleiben Sie weit hinter den Erwartungen zurück, die Sie im Landtagswahlkampf geweckt haben. Sie sind dort widersprüchlich, denn Volle Halbtagschulen lassen Sie ganz offensichtlich nur in

der additiven Form zu, und Ganztagsangebote sehen Sie nur in der Form der integrierten Systeme.

Sie haben aber noch weitere Wahlversprechen bezüglich der Unterrichtsversorgung und der Arbeitszeitverkürzung gemacht. Ich weiß, daß es sehr schwierig ist, die Arbeitszeitverkürzung für Lehrer umzusetzen. Aber Sie haben noch in einer der letzten Ausgaben der Gewerkschaftszeitung „Erziehung und Wissenschaft“ gesagt, Sie stünden zu Ihrem Wort. Nun müssen Sie sich natürlich den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie in diesem Fall nicht zu Ihrem Wort stehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich denke, daß Ihre Überlegungen zu Stundentafelveränderungen, um die Lehrerversorgung optisch zu verbessern, und daß auch der Erlaßentwurf, den es hierzu gegeben hat — ehrlicherweise müßte man wohl „Vorpapier zum Erlaßentwurf“ sagen —, in krassem Widerspruch zu der Forderung stehen, ein wohnortnahes Schulangebot gerade für den Bereich der kleinen Grundschulen zu sichern.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Ich meine, gerade diese Schule ist in besonderer Weise geeignet, die Öffnung nach innen und außen in die Tat umzusetzen. Deswegen verstehe ich in diesem Punkt Ihre Haltung überhaupt nicht.

Sehr geehrter Herr Kultusminister, wir müssen uns daran gewöhnen, Aussagen Ihrerseits außerordentlich kritisch und hinterfragend zu betrachten. Es kommt leider sehr auf die Feinheiten an.

Bei der Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes haben Sie eine Formulierung vorgesehen, die wie folgt lautet:

„Bei der Gründung von Gesamtschulen muß ein gegliedertes Schulangebot in zumutbarer Entfernung vorhanden sein.“

Viele, die das lesen, kommen überhaupt nicht dahinter, den Umkehrschluß zu ziehen: Nach der Gründung von Gesamtschulen muß ein gegliedertes Angebot in zumutbarer Entfernung nicht mehr vorhanden sein. — Ich glaube, das Problem der Auseinandersetzung mit Ihnen ist, daß man so in die Details gehen muß und dabei manchmal die pädagogische Auseinandersetzung auf der Strecke bleibt.

Es gibt aber auch Lobenswertes. Ich sage das nicht aus meiner Hauserfahrung als ehemaliger Berufsschullehrer heraus. Ich bin sehr entschieden der Auffassung, daß gerade die berufsbildenden

Goldmann

Schulen der besonderen Fürsorge innerhalb der Gesellschaft und mehr Finanzmittel bedürfen.

(Zustimmung bei der FDP.)

Es ist löblich, daß für diesen Bereich 115 zusätzliche Stellen bereitgestellt werden, wobei man allerdings auch anmerken muß, daß es ernstzunehmende Berechnungen gibt, daß wir bis zum Jahr 2000 etwa 2 500 Stellen für diesen Bereich benötigen.

Ich finde es sehr gut, daß auch Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen gerade in den Mangelberufen — die allerdings etwas zu sehr beschränkt nur auf die Metall- und Elektrotechnik ausgerichtet sind. — den Zugang in den Lehrerberuf finden können. Auch das Anheben der Anwärterbezüge um 35 % ist der richtige Schritt, wie auch die Anhebung der Kosten für Internatsunterbringung auf 14 DM statt 11 DM bei Blockunterricht. Auch Ihre Überlegungen zur Altenpflegeausbildung sind meiner Meinung nach richtig, wenn Sie wirklich eine richtige Ausbildung über eine gewisse Zeitdauer — ich denke durchaus an drei Jahre — anstreben.

(Zustimmung bei der FDP.)

Setzen Sie einen besonderen Akzent in der Lehrerfort- und -weiterbildung — ich halte das für außerordentlich notwendig — und einigen Sie sich mit Ihrer Ministerkollegin, wer denn nun endlich die Bedarfsanalyse vorlegt, damit wir wissen, wie die konzeptionelle Neuorientierung in diesem Bereich gestaltet werden soll! Ich finde es auch löblich, daß im Bereich der Schulaufsicht die Zahl der Schulpsychologen von 85 auf 88 erhöht wird. Nicht richtig halte ich dagegen die Dezernatsversammlung von KGS und IGS in einem Dezernat.

Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen: Sie haben in verschiedenen Bereichen Ihr Wahlversprechen nicht gehalten. Herr Schneider sollte da den Mund nicht zu voll nehmen, wie er es vorhin getan hat und wie er es hier auch mit einem Wort belegt hat, das ich ja nicht wiederholen kann. Nach meiner Auffassung ist schulische Vielfalt in Gefahr. Sie behandeln den Elternwillen selektiv, und Sie geben auf wesentliche gesellschaftliche Herausforderungen keine konzeptionelle Antwort.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

In der Hochschulpolitik sieht es wesentlich düsterer aus. Mit der rot-grünen Hochschulpolitik sind wir überhaupt nicht einverstanden, vor allen Dingen nicht im universitären Bereich.

(Zustimmung von Dr. Hruska [FDP].)

Ich denke, daß es nicht überzogen ist zu sagen, daß wir es hier mit einer weitestgehenden Wischiwaschpolitik zu tun haben. Auf unsere Anfragen und Anträge zur Hochschulpolitik geben Sie Antworten, mit denen wir überhaupt nicht einverstanden sein können, wenn Sie denn überhaupt Antwort geben.

(Kirschner [SPD]: Das liegt daran, daß Sie es nicht verstehen!)

Auch die Gelegenheit zur qualifizierten Diskussion im Ausschuß nutzen Sie, Frau Ministerin, nicht, um einen gemeinsamen Konsens zwischen allen im Landtag vertretenen Parteien herzustellen. Diese Ihre Politik ist tödlich für unser Land. Ich betrachte es als eine Katastrophe, daß wir dieses Defizit im Bereich von Bildung, in Gesamtverantwortung für Wirtschaft, vor den Problemen der Vereinigung, vor den gesellschaftlichen Herausforderungen und vor einem Europa, das auf uns zukommt, aufweisen. Ich meine, Herr Minister Glogowski hätte neben der Problematik der Atommülltransporte sowie neben der Asylproblematik und der Müllentsorgungsproblematik unbedingt die Hochschulpolitik mit erwähnen müssen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU.)

Parteipolitische Strukturpolitik in Personalfragen räumen Sie hohen Wert ein. Sie versprechen 15 000 Plätze. Auch dort nehmen Sie den Mund sehr voll. Beim Unterstellen und beim Suchen der Fehler der Vergangenheit sind Sie einsame Klasse. Ihre Tunneltheorie kommt ja selbst bei Diskussionen überhaupt nicht mehr an, wie Sie es in Osnabrück ja selbst erlebt haben. Dieses Anmahnen des Ewiggestrigen halte ich wirklich für überholt und für nicht sachgerecht. Sie begehnen auf der einen Seite Abgesangspolitik — Beispiel Abteilung Vechta der Universität Osnabrück —, und auf der anderen Seite machen Sie nach Willkür Zusagen, Stichworte Buxtehude, Nienburg, Elsfleth, Hildesheim usw. Ich meine, daß die Hochschulstrukturkommission, die ja grundsätzliche Empfehlungen gegeben hat — die sicherlich durch die Vereinigung zum Teil überholt worden sind —, in ihrem Kernanliegen, nämlich den Fachhochschulen insgesamt mehr Bildungspotenz zuzugestehen, richtig liegt. Ich meine, Sie sollten diesem Anliegen nicht mit Ignoranz begegnen.

Das Hochschulmärchen, das Sie immer wiederholen, besagt: Wir haben ganz furchtbare Dinge übernommen, die uns hinterlassen worden sind. — Das ist falsch. Nehmen Sie Ihre eigene Statistik von 1991! Dann werden Sie feststellen, daß es

keine Stellenstreichungen gegeben hat, daß es sehr wohl Umschichtungen gegeben hat. Von 1980 bis 1990 sind nach Ihrer eigenen Statistik zusätzlich 1 419 Stellen geschaffen worden. Mit diesen Umschichtungen und der Schaffung dieser Stellen ist Strukturpolitik im Sinne einer Qualitätsverbesserung der Arbeit an Hochschulen geleistet worden.

(Beifall bei der FDP.)

Völlig einverstanden sind wir mit Ihren Positionen zum Fachhochschulentwicklungsprogramm. Es ist richtig, daß Sie die Möllemann-Mittel, die bereits von der CDU-FDP-Koalition auf den Weg gebracht worden sind, umsetzen wollen. Wir tragen die Entscheidung in bezug auf die Fachhochschulen nicht nur mit, wir wünschen uns sogar eine schnellere Realisierung.

Sie beklagen die Fehler der alten Landesregierung und begehen dann eigentlich einen Fehltritt unvergleichlichen Ausmaßes, wenn Sie den Universitäten die Autonomiemittel in § 12, die Eigenmittel über die Drittmittelfinanzierung, nehmen und Sachmittelkürzungen auferlegen, die die Hochschulen ganz einfach nicht erfüllen können. Da reihen Sie sich in eine Kette starker Ahnungslosigkeit ein. Frau Ministerin, hier wird sehr deutlich, was Mager einmal gesagt hat: Wer nicht weiß, wohin er will, wird dort ankommen, wo er nicht hin wollte. Sie werden, wenn Sie diese Hochschulpolitik weiterbetreiben, zum Schaden für Niedersachsen an der Fehlstelle ankommen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Wir haben die Probleme erkannt und uns deshalb in diesem speziellen Bereich für einen Antrag entschieden, der die Kürzung für die Hochschulen wegnimmt, der den Hochschulen 10 Millionen DM zur Verfügung stellt, um die Berufungsfähigkeit zu sichern und gleichzeitig 10 Millionen — insgesamt also 20 Millionen — zur Verfügung stellt, um die Lehrfähigkeiten der Schulen zu erhalten. Wir freuen uns darüber, daß die Regierungsparteien in bezug auf die Hochschulen an unsere Seite getreten sind, um auf dieses Problem aufmerksam zu machen, und daß Sie, Frau Ministerin, über diesen Weg gezwungen worden sind, Korrekturen vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP.)

Im Sinne der Qualität von Forschung und Lehre und der Qualität der Niedersächsischen Hochschulausbildung fordert die FDP die Landesregierung auf, endlich aus den Empfehlungen der Hochschulstrukturkommission Konsequenzen zu ziehen, und zwar nicht wörtlich, Herr Schneider, sondern konzeptionelle Konsequenzen. Es geht

darum, daß nicht nur gesagt wird, die Fachhochschulen sollen 35 % haben, daß nicht nur gesagt wird, es sollen neue Studiengänge an den Hochschulen sein. Konzeptionen für eine Hochschullandschaft, für Studiengänge müssen vorgestellt werden, die neuen Dimensionen der Bildung gerecht werden.

Im Bereich der Kulturpolitik sind wir mit vielen Akzenten, die Sie setzen, einverstanden. Auch wir wollen die gute Mischung von freien Aktivitäten und staatlicher Verantwortung. Wir wollen zwar nicht die institutionelle Förderung soziokultureller Zentren, aber die soziokulturellen Zentren sind wichtige Elemente der Kulturlandschaft.

Vizepräsident Jahn:

Kollege Goldmann, kommen Sie bitte zum Schluß!

Goldmann (FDP):

Ja. Ich meine, daß wir über die Mittelbereitstellung im Bereich der Erwachsenenbildung intensive Gespräche führen müssen. Ich bedauere, daß Volkshochschulen und Bereiche der Erwachsenenbildung zunehmend zu einer nicht zu rechtfertigenden Konkurrenz für freie Aktivitäten im Sport und im musischen Bereich geworden sind. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU.)

Vizepräsident Jahn:

Meine Damen und Herren! Es liegen mir jetzt noch die Wortmeldungen der beiden zuständigen Fachminister vor. Ich erteile zunächst das Wort Herrn Kultusminister Professor Wernstedt.

Wernstedt, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn ich verstehen kann, daß sehr viele von Ihnen anschließend noch in den chinesischen Zirkus möchten,

(Zuruf von der CDU: Wir wollen Sie ersatzweise hören!)

will ich doch versuchen, auf einige Vorkommnisse einzugehen. Herr Hottmann, Sie haben im vergangenen Jahr in der Haushaltsberatung das Kunststück fertiggebracht, zum Haushalt 07 fast gar nichts zu sagen, also Null-Rede. In diesem Jahr haben Sie sich übertroffen, indem Sie einen

Wernstedt

Antrag vorgelegt haben, in dem null Zahlen zu 07 enthalten waren.

(Horrmann [CDU]: Weil der Haushalt zu unseriös ist!)

Diese Politik hat natürlich ihren Grund. Der Grund ist darin zu sehen, daß Sie es in der Tat überhaupt nicht fertigbekommen haben, ein einziges qualitatives Element an Alternative zu dem vorzutragen, was wir konkret machen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich habe deswegen meinen Redeentwurf beiseite gelassen und Ihre erste Seite, die Sie vorgetragen haben, genommen. Ich muß sagen, daß das, was Sie vorgetragen haben, eigentlich nur mit selektiver Wahrnehmung zu tun haben kann.

Sie haben gemeint, uns im negativen Sinne vorhalten zu müssen, daß wir die Lernmittelfreiheit einführen. Ich möchte Ihnen sagen: Wir führen die Lernmittelfreiheit ein. Im Jahr 1992 wird der zweite Schritt kommen. Wir werden sie genau in dem Rahmen einführen, in dem wir das angekündigt haben.

(Horrmann [CDU]: Wir werden sehen!)

Insofern ist daran überhaupt nichts zu kritisieren, außer daß selbstverständlich im Vollzug jeweils einzelne Kleinigkeiten optimiert werden müssen. Aber das ist auch vorher gesagt worden. Erster Punkt, Herr Horrmann: keine Kritik.

(Horrmann [CDU]: Müssen die Atlanten bezahlt werden oder nicht?)

Zweiter Punkt: mehr Kindergärten. Wir haben das übrigens im Wahlprogramm überhaupt nicht versprochen. Wir haben im Wahlprogramm gesagt, wir werden dafür sorgen, daß wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz realisieren können. Wenn wir das realisieren wollen, dann müssen die Kindergärten doch gebaut werden.

(Horrmann [CDU]: Die Elternbeiträge!)

Es ist mehrfach vorgetragen worden, daß wir in einem Jahr inzwischen baureife Anträge für mehr als 20 000 Plätze bewilligt haben. Wer will denn noch mehr davon haben? Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei der SPD. — Horrmann [CDU]: Herr Wernstedt, wie sieht es mit den Elternbeiträgen aus?)

Wir haben in der Regierungserklärung und auch in der Koalitionsvereinbarung nicht ein einziges Wort davon gesagt, daß wir im Jahr 1991 ein Kindertagesstättengesetz einbringen wollen. Wir ha-

ben angekündigt, daß wir das im Laufe dieser Legislaturperiode machen wollen.

(Pörtner [CDU]: Aber den Eindruck erweckt!)

Wir haben jetzt zugesagt, daß wir zum 1. Januar 1993 mit der entsprechenden Gesetzesvorlage hier im Hause abschließen können. Das werden Sie auch bekommen, nachdem vernünftige Zahlen vorliegen.

(Zuruf von Horrmann [CDU].)

— Herr Horrmann, das Kultusministerium war 14 Jahre lang in der Hand der CDU. 14 Jahre lang war es nicht in der Lage, konkrete Zahlen zum Kindergartenbereich vorzulegen. Das haben wir erst jetzt in der Basis gebracht. Es war eine vernünftige Leistung, das nachzuholen.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: Warum vergessen Sie Ihre Wahlaussage?)

Dieses Land will solide regiert werden. Daran halten wir uns und nicht daran, was Sie uns hier erzählen wollen.

(Horrmann [CDU]: Sagen Sie mal etwas zum Elternbeitrag!)

Dritter Punkt: verbesserte Unterrichtsversorgung. Wir haben gesagt, wir wollen jedes Jahr 1 000 neue Gesichter in den Schulen haben, 1 000 Lehrer einstellen. In Wahrheit haben wir in eineinhalb Jahren inzwischen 1 800 zusätzliche Stellen, die wir gar nicht versprochen hatten, geschaffen und dazu noch mehr als 1 500 Stellen sozusagen als Ersatz besetzt. Das heißt, es gibt inzwischen mehr als 3 000 neue Gesichter in unseren Schulen. Das müssen Sie doch einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: Warum nehmen Sie nicht zur Kenntnis, daß sich die Unterrichtsversorgung verschlechtert?)

Was Ihre berühmte Propagandaformel von der schlechtesten Unterrichtsversorgung seit soundso angeht,

(Klare [CDU]: So ist es!)

werden wir uns darüber morgen früh noch einmal unterhalten. Wenn wir zum Beispiel die Klassenfrequenzen, die Sie noch 1984 hatten, zur Grundlage machen, was meinen Sie, wie Sie dann aussehen? Wir rechnen das genauestens vor. Dann werden Sie sich noch wundern, daß selbst im Februar 1990, dem letzten Datum, für das Sie die Verantwortung tragen, die Unterrichtsversorgung schlechter war als das, was wir vor dem Hin-

tergrund dramatisch steigender Schülerzahlen geleistet haben.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Puls-Janssen [Grüne]. — Klare [CDU]: Sie wollten doch kleinere Klassen!)

Sie beschäftigen sich viel zu viel mit dem, was irgendwann 1989, d. h. vor der deutschen Einheit, vor den ganzen Bevölkerungsbewegungen, entstanden ist. Sie sollten als Opposition aus dem, was wir Ihnen wirklich aus Erfahrung sagen können, lernen, irgendwann zur Sache zu kommen und nicht nur zu Propagandaformeln.

(Beifall bei der SPD. — Klare [CDU]: Auf welcher Grundlage sind Sie denn gewählt worden?)

Sie werfen uns des weiteren vor, wir hätten mehr Schulversuche versprochen, denn Reformen seien kein Luxus. Wir haben es auch getan. Sie nehmen es nicht zur Kenntnis. Wir haben nicht nur Ihren Nachmittagsbetreuungsversuch fortgesetzt und versuchen, ihn tatsächlich zu konsolidieren, was bei Ihrer Vorarbeit so nicht möglich war. Wir haben neue Schulversuche für Umweltprobleme, für die Gleichberechtigung der Geschlechter und für vieles andere mehr gemacht. Sie nehmen es nicht zur Kenntnis. Dann brauchen Sie aber nicht hier hinzutreten und zu sagen, wir machten das nicht. Das nimmt Ihnen auf Dauer auch keiner ab.

(Beifall bei der SPD. — Zuruf von Klare [CDU].)

— Das gleiche gilt für die Umweltprojekte, die Sie in die Welt gesetzt haben, ohne das finanziell abzusichern. Wir müssen jetzt erst einmal eine solide Basis dafür schaffen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Puls-Janssen [Grüne]. — Klare [CDU]: Das ist verkehrt!)

Sie machen uns zum Vorwurf, daß wir Integrationsklassen einführen wollen. Sie hatten damals drei Klassen laufen. Es war unter uns nicht strittig, daß das eine vernünftige Konzeption war. In eineinhalb Jahren, d. h. in zwei Schuljahren, für die wir Verantwortung tragen, haben wir neue hinzubekommen. Wir haben inzwischen 29. Ich hätte gern mehr, aber nach dem, was wir gemacht haben, ist eine Steigerung von 3 auf 29 eine ganz schöne Leistung.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Puls-Janssen [Grüne].)

Wir könnten jetzt eine pädagogische Diskussion führen, weil das Herr Goldmann immer gern möchte.

Der nächste Punkt: interkulturelle Erziehung. Das Problem, das wir mit den verschiedenen Kulturen nicht nur der Ausländer, sondern auch der unterschiedlich aufgewachsenen Menschen aus den neuen Bundesländern und aus den Herkunftsländern der Aussiedler haben, bringt eine zusätzliche Notwendigkeit von pädagogischer Innovation und von neuen Erlassen mit sich, die demnächst unter pädagogischen Gesichtspunkten hervorgebracht werden. Das heißt, hier leisten wir etwas, Herr Horrmann. Sie nehmen es leider nicht zur Kenntnis. Sie haben auch keine Anstrengung unternommen, das zu tun.

Mehr Gesamtschulen. — Herr Horrmann, auch das ist eine selektive Wahrnehmung. Ich habe in diesem Jahr zwei Gesamtschulen eingeweiht, nämlich eine kleine Kooperative Gesamtschule auf Norderney und die IGS in Schaumburg, die Sie noch genehmigt haben, obwohl Sie sie nicht haben genehmigen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen. — Jüttner [SPD]: Weil er nicht aufgepaßt hat!)

Ob aus dem, was sich dort entwickelt — auch die inzwischen bekanntgewordenen 50 Initiativen —, wirklich Gesamtschulen entstehen werden, weiß kein Mensch. Wir werden das, was sich für das nächste Jahr ankündigt, ganz normal, ganz ruhig, sehr solide und sehr pragmatisch — das hat überhaupt nichts mit Ideologie zu tun — bearbeiten. Wahrscheinlich werden es drei Kooperative Gesamtschulen und eine Integrierte Gesamtschule sein. So ist der Sachverhalt.

(Zuruf von Pörtner [CDU].)

— Es wird gar nichts privilegiert. Herr Pörtner, das, was Sie dauernd erzählen, ist wirklich das allerletzte. Hier wird gefragt: Wollen die Eltern das? Wollen das die Kommunen? Die Räte haben mit Zustimmung der jeweiligen örtlichen CDU einstimmige Beschlüsse gefaßt. Jetzt aber sagen Sie, wir würden das bevorzugen. Solche Geschichten müssen Sie sich irgendwann einmal abschminken. Sie verwenden immer noch das Vokabular der 70er Jahre und nicht das der 90er Jahre. Sie müssen sich mit uns in den 90er Jahren und nicht in den 70er Jahren auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Darüber werden wir im Zusammenhang mit der Schulgesetznovelle aber noch ausführlicher reden.

Volle Halbtagschulen. — Drei Volle Halbtagschulen hat Herr Horrmann genehmigt, nachdem er bzw. die CDU-Regierung lange, lange gezögert

Wernstedt

haben. Wie viele Volle Halbtagsschulen haben wir denn heute? — Heute haben wir 44. Machen Sie das einmal nach! Ich finde das ganz toll.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Ich würde den Wünschen sehr gern in einem größeren Umfang nachkommen, wenn wir angesichts der beschränkten Ressourcen des Landes keine Einschränkungen vornehmen müßten. Ich bin mir aber ziemlich sicher, daß wir die Anträge im Rahmen dessen, was wir vorgesehen haben, im nächsten Jahr im wesentlichen werden bedienen können. Herr Horrmann hat unser Programm also auf der ganzen Linie vorgestellt, er hat nur nicht wahrgenommen, daß er uns loben und nicht tadeln sollte. Das aber ist sein Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Nicht zur Kenntnis genommen haben Sie das Werkstattprogramm. Einige Vertreter der FDP-Fraktion haben dies dankenswerterweise aber getan. Sie haben auch kein Wort darüber gesagt, daß wir Sachsen-Anhalt helfen. In diesem Schuljahr besuchen allein 5 500 Teilzeitberufsschüler, die im vergangenen Jahr noch die Schulen der ehemaligen DDR besucht haben, niedersächsische Schulen. Das machen unsere Berufsschullehrer dankenswerterweise, ohne daß sie in den Genuß von Anrechnungsstunden kommen und ohne daß wir zusätzliche Stellen schaffen. Sie machen es, weil es für die Herstellung der Einheit unseres Volkes notwendig ist.

Dann muß ich noch folgendes sagen. Das, was in Sachen Sport erzählt worden ist, verstehe ich nun überhaupt nicht. Nun haben wir die Deckelung innerhalb von zwei Jahren aufgehoben. Das sind schon 6 Millionen DM.

(Horrmann [CDU]: Herr Wernstedt, ich habe Sie zur Schulgesetznovelle gefragt!)

— Die Schulgesetznovelle wird im Kabinett ordentlich verabschiedet. Dann wird es eine ordentliche Anhörung geben.

(Horrmann [CDU]: Wann?)

— Das werden Sie in den nächsten Tagen schon noch erfahren. Kümmern Sie sich doch nicht um interne Vorgänge und darum, was an der einen oder anderen Stelle kommt.

(Pörtner [CDU]: Arbeitszeitverkürzung der Lehrer!)

— Das ist das dollste. Die Arbeitszeitverkürzung der Lehrer. Ich habe gesagt: Das ist ein berechtigtes Anliegen. Wir können dieses Anliegen angesichts der zahlreichen anderen notwendigen Din-

ge aber nicht sofort umsetzen. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist etwas ganz anderes. Sie fordern in Ihrer Eingabe, über wir hier morgen abstimmen werden, daß die Arbeitszeitverkürzung für die Lehrer umgesetzt werden soll. Die Bildungspolitiker der CDU-Fraktion haben sich offensichtlich nicht durchsetzen können. Die Eingabe soll als Material überwiesen werden. Sie müssen wissen: Eine halbe Stunde, um die die Arbeitszeit verkürzt würde, würde die Bereitstellung von 1 100 zusätzlichen Lehrerstellen erfordern. Das können und wollen wir im Augenblick aber nicht durchsetzen; das geht nicht. Wenn Sie in diesem Zusammenhang von Versprechen reden, dann muß ich Sie auch daran erinnern, daß wir im alten Haushalt beispielsweise 400 Millionen DM vermuteten, die Herr Schnipkowitz zwar versprochen, aber nicht veranschlagt hatte.

(Beifall bei der SPD.)

Nun zur Frage der deutschen Einheit. — Wir müssen eines zur Kenntnis nehmen: Die Bevölkerungsentwicklung und das, was mit der deutschen Einheit im Zusammenhang steht, lassen es nicht zu — weder für Sie noch für uns —, daß wir auch heute noch Bildungspolitik oder Politik insgesamt unter denselben Prämissen wie im Jahre 1989 formulieren. Wir müssen uns in vielen Bereichen neu orientieren.

(Klare [CDU]: Sie haben es im Mai 1990 nach der Wahl versprochen!)

— Ich habe es noch einmal gesagt, Herr Klare, und zwar am 14. Mai. Danach habe ich es nicht mehr gesagt. Das wissen Sie ganz genau. Das ist im übrigen auch abgefrühstückt.

Auf gut deutsch: Herr Horrmann hat zum Einzelplan 07 gesprochen. Er hat aber einen Etat „007“ vorgelegt. Er hat sozusagen James Bond gespielt. Genau das ist es aber auch: reine Effekthascherei.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den Grünen.)

Vizepräsident Jahn:

Das Wort hat die Ministerin für Wissenschaft und Kultur.

Schuchardt, Ministerin für Wissenschaft und Kultur:

Meine Damen und Herren! Vielleicht kann ich damit Applaus erzeugen, indem ich ankündige, mich kurzzufassen.

(Beifall bei der CDU und von Schneider [Salzgitter] [SPD].)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es würde mich sicherlich reizen, auf vieles noch einmal einzugehen, was heute gesagt worden ist,

(Dierkes [CDU]: Widerlegen Sie mal Herrn Wernstedt!)

aber es war allzuviel Bekanntes dabei, auf das ich schon allzu häufig reagiert habe. Ich kann mich hier weitgehend auf das beziehen, was Herr Schneider und Frau Hoops gesagt haben.

(Hormann [CDU]: Dann kommen wir doch gleich zum Schluß!)

— So ist es. Wir kommen gleich zum Schluß. — Das Entscheidende für mich ist, daß wir eine Reihe von Konzepten diskutiert haben, die zum Teil schon beschlossen, zum Teil jedoch noch in der Diskussion sind. Was macht man nur mit Vertretern einer Opposition, die nicht bereit sind, diese Konzepte zu lesen? Man kann sich mit ihnen also auch nicht darüber auseinandersetzen.

(Hormann [CDU]: Sie können sie ihnen ja vorlesen! — Frau Tewes [SPD]: Die können ja noch nicht einmal zuhören!)

Das ist das eigentlich Schlimme. Deshalb weise ich an dieser Stelle auf alles das hin, was wir Ihnen vorgelegt haben, und sage darüber hinaus, daß wir auf die Bilanz der ersten zwei Jahre sehr stolz sind.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Stratmann [CDU]: Sehr bescheiden geworden!)

Der Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur macht zum erstenmal seit zehn Jahren wieder über 10 % des Gesamthaushalts aus. Die Steigerung auch in diesem Jahr ist überproportional. Selbst wenn die Preissteigerungen und Tarifsteigerungen mit berücksichtigt werden, bleibt ein erheblicher Zuwachs an Möglichkeiten zur Qualitätsverbesserung übrig. Darauf können wir, glaube ich, stolz sein. Sie wissen genau — und Sie sollten das mit uns einmal ehrlich diskutieren —, daß wir mit unserer Absicht, zusätzlich 15 000 Studienplätze in acht Jahren zu schaffen, auf gutem Wege sind und daß wir eine Vielzahl neuer Studiengänge an allen Fachhochschulen neu eingerichtet haben. Wenn es die Zeit zuließe, würde ich sie im einzelnen vorlesen.

Lassen Sie mich doch noch kurz etwas zu den Kürzungen sagen. Der Begriff „Kürzung“ hat ja eine merkwürdige Bedeutung. Es muß nämlich immer gefragt werden, von wo gekürzt wird. Wenn es enorme Zuwächse gibt — von denen ich gesprochen habe — und wenn auf der anderen Seite im letzten Haushalt eine Minderausgabe von 440 Millionen DM ausgewiesen wurde, dann

geht dies natürlich auch an dem Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur nicht vorbei. Wir haben also versucht, dies umzusetzen. Es war, wie wir heute wissen, jedoch nicht voll umzusetzen, und im Einvernehmen mit dem Finanzminister haben wir dies den Hochschulen dann auch erlassen.

Wir wissen, daß wir nach wie vor vor großen Herausforderungen stehen, denen wir sicherlich nur vernünftig gerecht werden können, wenn wir an den Stellen, an denen es einen Konsens gibt, auch einmal zugeben, daß wir im Konsens sind. Die Diskussion, die am heutigen Tage stattgefunden hat, war von der wilden Entschlossenheit geprägt, über die 20 oder 30 % zu reden, über die wir im Dissens sind, und der Öffentlichkeit nicht darzulegen, daß es unter den demokratischen Parteien auch ein ziemlich hohes Potential an Einvernehmen gibt. Ich glaube, daß dies die Menschen so an dieser Politik anekelt,

(Beifall bei der SPD — Dr. Stratmann [CDU]: Wenn man Hoffnungen weckt und die hinterher nicht erfüllt, das ekelt die Menschen an!)

daß man nicht bereit ist, auch einmal über das zu sprechen, was man bei dem anderen anerkennt. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir, gerade wenn es darum geht, diese Herausforderungen offensiv aufzunehmen, die Hoffnung nicht aufgeben sollten, daß wir einen großen Teil davon im Konsens regeln können. Ich glaube, daß die Tatsache, daß zur zweiten Lesung des Haushalts nur wenige qualitative Änderungen beantragt worden sind, zeigt, daß es hier ein hohes Maß an Einvernehmen gibt.

Wenn eine Fraktion meint, darüber hinaus könne man noch etwas tun, kann ich mich an das anschließen, was heute der Ministerpräsident gesagt hat: Darüber kann man ja reden. Dann muß man darüber reden, ob wir es leisten können oder nicht und ob die Deckungsvorschläge, die sie eingebracht hat, für uns erträglich sind. Die Deckungsvorschläge, die Sie eingebracht haben, sind für Rot-Grün und für mich unerträglich.

(Beifall bei der SPD. — Hormann [CDU]: Dann können wir es auch gleich lassen, Frau Schuchardt!)

Ich möchte mich darüber hinaus recht herzlich für die außerordentlich konstruktive Debatte bedanken, die wir in den Ausschüssen hatten. Vor allem bedanke ich mich dafür, daß die beiden Koalitionsfraktionen bereit waren, dort, wo es wünschenswert war, noch Erhebliches draufzusatz-

Frau Schuchardt

keln, und dies auch getan haben. Das werden Ihnen die Hochschulen und die Kultur danken.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Jahn:

Noch einmal zu Wort hat sich der Kollege Schneider (Salzgitter) gemeldet. Er hat noch Redezeit.

Schneider [Salzgitter] [SPD]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das geht ganz schnell. Ich habe vorhin einen Ordnungsruf dafür erhalten, daß ich den Herrn Klare Scharlatan genannt habe. Ich habe geprüft, ob ich mich vielleicht bei Herrn Klare entschuldigen muß. Kluges Etymologisches Wörterbuch erklärt: Scharlatano, Marktschreier, benannt nach den Händlern aus der Stadt Cerreto. — Ich stelle fest: Ich brauche mich nicht zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD. — Dr. Stratmann [CDU]: Herr Schneider ist der oberste Scharlatan! — Schneider [Salzgitter] [SPD]: — zum Präsidium —: Kriegt er einen Ordnungsruf? — Heiterkeit.)

Vizepräsident Jahn:

Herr Kollege Dr. Stratmann, ich hatte nicht vor, das zu kommentieren, was der Kollege Schneider

gesagt hat. Aber das, was Sie gesagt haben, gilt natürlich auch, so daß ich den Ordnungsruf an Sie weitergebe. Es bleibt dabei. Die Würde des Parlaments sollte uns allen so viel Wert sein, daß wir das hinterher nicht noch interpretieren. Der Kollege Rehkopf und ich sind uns darüber einig, daß das Anlaß war, einen Ordnungsruf auszusprechen. Ich bitte, diese Frage in der Fraktion zu erörtern. Mit dem Präsidium wird darüber nicht gestritten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Meine Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der heutigen Beratungen.

(Unruhe.)

— Darf ich Sie noch einen Augenblick strapazieren? — In der Wandelhalle findet jetzt ein weihnachtliches Konzert mit dem Berliner Männerchor Carl Maria von Weber statt. Ich möchte empfehlen und gehe davon aus, daß möglichst viele der noch anwesenden Kolleginnen und Kollegen an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Ich wünsche uns allen einen angenehmen Abend und eine erholsame Nachtruhe. Wir sehen uns morgen früh, 9 Uhr, wieder, um die Beratung fortzusetzen.

Schluß der Sitzung: 20.13 Uhr.